



AIB

Antiimperialistisches Informationsbulletin

2V 7426 E
3,50 DM

Nov. - Dez.
Nr. 11-12 / 1980
11. Jahrgang

Südliches Afrika am Wendepunkt



Krieg Irak-Iran
Türkei Spezial

El Salvador • Vietnam • Korea • Rede Fidel Castros

Inhalt:

AIB-Aktuell: Strauß gestoppt, und was nun?	3
Südliches Afrika	
Jürgen Ostrowsky: Das südliche Afrika am Wendepunkt	4-9
Angriffsziel Angola	7
Erklärung der Pariser Namibia-Konferenz	10-11
Namibia – Südafrika – BRD	
Wolff Geisler: Engagement der Bundesrepublik in Namibia	12-13
Alfred Babing: Die Multis – Stütze des Apartheidsystems	13-14
Südafrika	
C. Mzala: Bewaffneter Kampf in Südafrika	15-18
Vietnam	
Gabriel Garcia Marquez: Im Innern Vietnams	19-22
Laos	
Souphannouvong: Fünf Jahre der Veränderung	23-24
Korea	
Revolutionäre Partei für die Wiedervereinigung: Fakten zum Fall Kim Dae Jung	26-28
AIB-Sonderheft 2/1980: TÜRKEI	
Paul Maaskola: Militärs – Retter der Demokratie?	29-48
„Sicherer“ NATO-Flugzeugträger am Bosphorus	30-36
Türkei – Länderübersicht	32
Alfons I. Bresche: Türkeihilfe Bonns und der Westmächte	34
Jürgen Roth: Seichter Umgang mit den Grauen Wölfen	38-39
Bonner Verfassungsschutzbericht: Hauptgefahr von der türkischen Linken?	40-43
Herbert Lederer: Aushöhlung des Asylrechts für politisch Verfolgte	42
FIDEF-Erklärung: Bonns inhumane Asylrechtsnovelle	44-46
Erklärung des FIDEF-Bundesvorstands: Nein zur Militärdiktatur	45
48	
Kultur-Palästina	
Türkaya Ataöv: Die Palästinenser. Ihre Persönlichkeit und Kultur (1. Teil)	49-51
Ägypten	
Partei der Nationalprogressiv-Unionistischen Sammlung: Politisches Kommuniqué des 1. Kongresses	52-53
Irak – Iran	
Wolfram Bröner: Krieg am Persischen Golf	54-55
Peru	
Hanne Denk: Rückkehr zur Regierung Belaunde	56-57
Paraguay	
Doris Mies: Stroessners „vollgültige Demokratie“	58-59
Verschleppung Antonio Maidanas	59
El Salvador	
Gerhard Stuby: Berichtsentwurf einer Juristenkommission nach El Salvador	60-63
Schafiq Jorge Handal: Auf der Zielgeraden der Revolution	64-65
Kuba – USA	
Rede Fidel Castros (2. Teil): Alptraum Reagan	66-67
Entwicklungsländer – UNO	
Rainer Falk: Stillstand im „Nord-Süd-Dialog“	68-70
Rückblick: Simon Bolivar – „Befreier Südamerikas“	72
Rezensionen/Filme: Filme zum Verhältnis China – Vietnam nach 1975	73
Kurzinformationen: Chile, BRD – El Salvador, BRD – Kuba, Lateinamerika, Kolumbien, OPEC, Südafrika, Südafrika – Kirche, Tschad, Friedensbewegung	74-75
Kommentar: Freie Fahrt für CIA?	76



Das AIB erscheint monatlich. Jahresabonnement 20,- DM; Einzelheft 2,- DM; Doppelheft 3,50 DM; bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.
Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Tel. (06421) 24672.
Konten: AIB – Weltkreis-Verlag, Postscheckkonto 31 2093-607, Postscheckamt Frankfurt/M. oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 53390000), Konto Nr. 966.
Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Breuer, Wolfram Bröner, Dr. Jutta von Freyberg, Mechthild Jansen, Uwe Knickrehm, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer, Erich Rudolf, Werner Stürmann, Peter Tanzmeier, Dr. Frank Werkmeister, Prof. Erich Wulff.
Redaktionskollektiv: Wolfram Bröner (verantw.), Hanne Denk, Rainer Falk, Paul Maaskola, Jürgen Ostrowsky, Ludger Schmitz
Mitarbeiter: A. J. Arndt, R. Feicht, K. Graf, R. Hegewald, M. Hellmann, K. Jacobs, V. Klose, R. Khouidja, D. Mies, U. Rupp, G. Schmidt, J. Weber, H. Vortisch, B. Weng
 Verlag: Weltkreis Verlag, Dortmund
 Druck: Plambeck & Co., Neuss
 Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.
Adressenänderungen bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei Ihrer Poststelle bekanntgeben.
 Redaktionsschluss: 13. Oktober 1980
Anzeigen: Brasilienkunde Verlag, Informationsstelle Südliches Afrika, Service Civil International, Informationsstelle Guatemala, Türkei-Information, Hilfsaktion Vietnam, Antimperialistisches Solidaritätskomitee, Neue Stimme, Die Neue, Verlag Marxistische Blätter, Weltkreis Verlag, Roederberg Verlag, Brücken Verlag, pläne

AIB-Aktuell: Strauß gestoppt, und was nun?

Zum erstenmal in den zehn Jahren seines Bestehens hat das AIB in diesem Bundestagswahlkampf spezielle Beiträge publiziert und damit versucht, seinen Teil zur Bewegung „Stoppt Strauß!“ beizusteuern. Mit unserem Sonderheft 1/1980 zur „Weltpolitik der CDU/CSU“, mit verschiedenen Beiträgen zur Dritte-Welt- und Entwicklungspolitik der Bundesrepublik und der Erklärung des Antiimperialistischen Solidaritätskomitees „Keine Stimme für F.J. Strauß!“ (siehe AIB 9/1980) haben wir versucht, die Aufmerksamkeit und die Diskussion hierzulande auf die internationale Seite der Strauß-Kandidatur zu lenken.

Indem wir zur demokratischen Mobilisierung gegen den Machtanspruch des F.J. Strauß aufrufen, wandten wir uns zugleich und vor allem gegen ein Programm, dessen Verwirklichung der weltpolitischen Rolle der BRD – und speziell auch ihrer neokolonialistischen Expansion – eine merklich aggressivere, abenteuerlichere und unberechenbarere Akzentsetzung gegeben hätte. Wir teilen deshalb die Erleichterung der demokratischen Kräfte unseres Landes darüber, daß F.J. Strauß und die durch ihn repräsentierten Kräfte bei den Bundestagswahlen vom 5. Oktober 1980 nicht durchkommen konnten.

Zugleich jedoch ist – gerade nach dem Wahlergebnis – unübersehbar, wie wichtig es gewesen ist, den Kampf gegen F.J. Strauß zugleich gegen Rechts, gegen jene Rechtsentwicklung zu führen, die seit dem NATO-Raketenbeschluß die außenpolitische Orientierung der Führungen aller etablierten Parteien erfaßt hat. Und das ist unsers Erachtens eine Tendenz, die sich eben nicht auf den Namen oder das Programm Strauß bzw. der CDU/CSU beschränkt.

Im offiziellen Wahlkampf hat dies seinen Niederschlag darin gefunden, daß echte politische Auseinandersetzungen über die entscheidenden Fragen der Beziehungen unseres Landes zur Dritten Welt praktisch nicht stattfanden. Keine der Führungen der etablierten Parteien gab etwa eine weiterführende Antwort auf einen Prüfsteinkatalog, wie er von Terre des Hommes herausgegeben und in dem nach dem Abbruch der Bonner Beziehungen zu dem südafrikanischen Rassistenregime, der chilenischen oder bolivianischen Militärjunta oder der solidarischen Unterstützung der Forderung der Entwicklungsländer nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung gefragt worden war. In punkto Hochrüstungskurs zeigte sich eine nahezu ungebrochene Allparteien-Allianz, die Bundeskanzler Helmut Schmidt im Fernseh-Duell am Donnerstag vor der Wahl noch dadurch zu festigen bemüht war, daß er seine „Verdienste“ um die Durchsetzung des Brüsseler Atomraketenbeschlusses hervorkehrte.

Ein „gerüttelt Maß an Brutalität“

So gibt es jetzt, nach der Bestätigung der sozialliberalen Schmidt-Genscher-Regierung, die Wahrscheinlichkeit, daß diese das Wahlergebnis nicht als Willensbekundung einer breiten Mehrheit unseres Volkes für einen konsequenter als bisher durchgeführten Entspannungskurs, sondern als Legitimation für eine möglicherweise noch weiter nach Rechts abdriftende Außenpolitik nehmen wird.

Eine Rechtsverschiebung signalisiert bereits das erhöhte Gewicht der FDP, einer Partei, die mit Graf Lambsdorff über einen Politiker verfügt, der in der Abwehr der berechtigten Forderung der Entwicklungsländer nach einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung und bei der Durchsetzung eines rigorosen kapitalistischen Weltmarktliberalismus im Interesse des BRD-Imperialismus und seiner internatio-



Wahlverlierer H. Kohl und F. J. Strauß am 5. Oktober 1980

nen Monopole keine Kompromisse kennt; einer Partei, deren Vorsitzender H.D. Genscher die Vokabel „Unabhängigkeit der Dritten Welt“ nur deswegen so gern im Munde führt, weil er meint, auf diese Weise am besten den Antikommunismus bürgerlicher Regimes in der Entwicklungswelt mobilisieren zu können.

Es paßt in dieses Klima, wenn Finanzminister H. Matthöfer (SPD) bei der Jahrestagung von Internationalem Währungsfonds und Weltbank kurz vor der Wahl in einer Art und Weise auftrat, daß die Stuttgarter Zeitung im attestieren mußte, er schrecke „vor einem gerüttelt Maß an Brutalität“ nicht zurück, und hieran die sorgenvolle Charakterisierung knüpfte, dies alles klinge wie ein „neuer deutscher Kolonialismus“. Daher nimmt es auch kaum Wunder, daß die Bundesregierung unmittelbar nach dem 5. Oktober 1980 nichts eiligeres wußte, als der türkischen Militärdiktatur die ungeschmälerte Fortführung ihrer Türkei-Sonderhilfe zu versichern und als ersten hochrangigen Staatsbesucher ausgerechnet den ultrarechten pakistanischen Militärdiktator Zia ul-Haq in Bonn zu beehren.

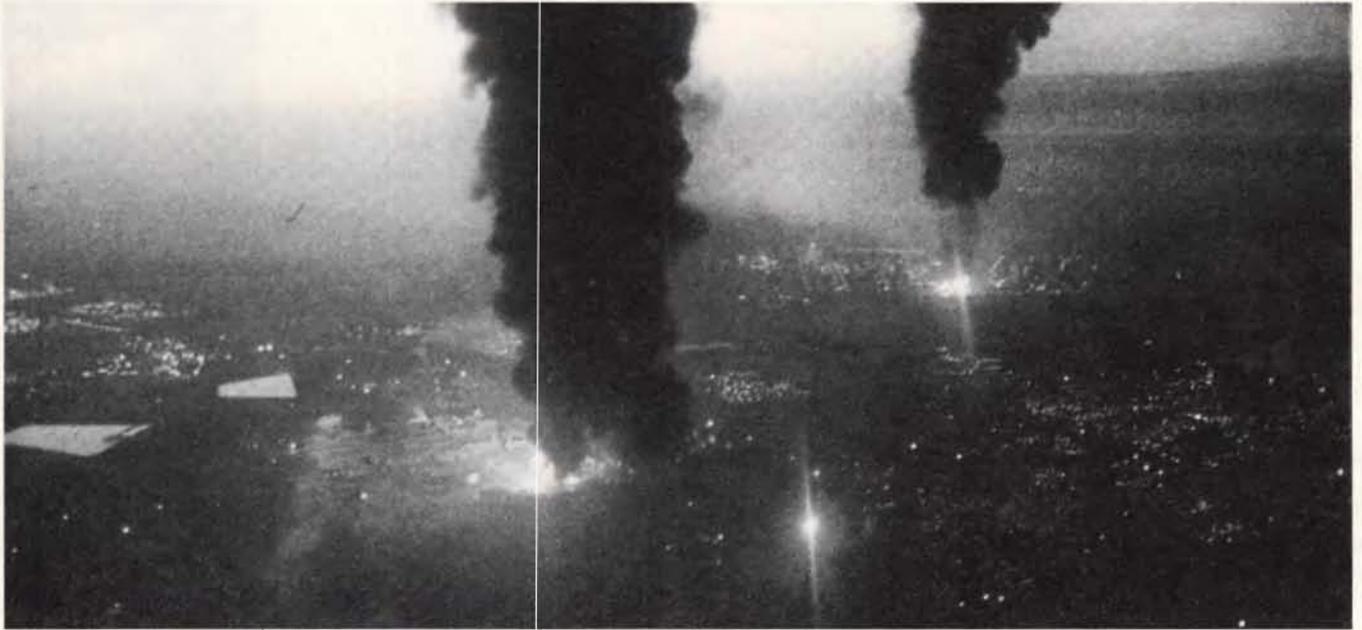
Es gibt also Grund zu der Annahme, daß alles beim alten bleibt. Und es kommt die berechtigte Befürchtung auf, daß im gegenwärtigen Kontext eines von der US-Administration weiterhin verschärften internationalen Klimas der Kurs der Bundesrepublik gegenüber der Dritten Welt wie gegenüber dem sozialistischen Lager noch ein Stück mehr in Richtung Konfrontation gehen wird.

Sofern es dabei auch zu verstärkten Meinungsverschiedenheiten mit Washington kommen sollte, so dürften auch in Zukunft im wesentlichen taktische Differenzen um den besten Weg der Systemerhaltung im Spiel sein. Zugleich geht es dem BRD-Neokolonialismus darum, seinen eigenen Expansionspielraum auch gegenüber den westlichen Konkurrenten zu erweitern.

Zupaß käme Bonn dabei auch das immer engmaschiger gestrickte Netz der EG-Beziehungen zu den AKP-Staaten (Afrika/Karibik), zu den ASEAN-Ländern (Südostasien), in die Region des Nahen und Mittleren Ostens und in jüngster Zeit selbst wieder nach Lateinamerika. Es dürfte sich dann jedoch um eine Expansionsschiene handeln, deren Wahl weniger aus an den breiten Massen ausgerichteten nationalen Interessen unseres Landes resultiert, als aus dem großbourgeois strategischen Kalkül, wie man für den deutschen Imperialismus erneut einen „Platz an der Sonne“ ergattern kann.

Jürgen Ostrowsky

Das Südliche Afrika am Wendepunkt



Alarmsignal am 2. Juni 1980: Rauchsäulen über Sasolburg (nahe Kapstadt), nachdem Guerilleros des ANC Öltanks in Brand schossen

Vor etwa mehr als einem Jahrzehnt ließ die damalige US-Regierung ein als „Kissinger-Studie zum Südlichen Afrika“ bekannt gewordenes Memorandum ihres Nationalen Sicherheitsrates, NSSM 39, anfertigen und machte eine der darin vorgeschlagenen Optionen zur Grundlage ihrer Afrikapolitik, in der es hieß: „Es gibt für die Schwarzen keine Hoffnung, die politischen Rechte, nach denen sie streben, durch Gewalt zu erreichen, die nur zu Chaos und wachsenden Möglichkeiten für die Kommunisten führen wird.“ Die empfohlene Politik sah verstärkte Kollaboration mit den Rassisten- und Kolonialregimes vor, kaschiert durch verbale Verurteilungen von Rassismus und Kolonialismus, und ergänzt durch den Ratschlag an die unabhängigen afrikanischen Nationalstaaten, ihrerseits enger mit den „weiß beherrschten Staaten“ zusammenzuarbeiten.¹

„Vitale Interessen“ der Westmächte: Gold, Chrom, Vanadium, Platin ...

Das Debakel dieser Politik wurde bereits 1974/75 mit den Siegen der Befreiungsbewegungen in den damaligen portugiesischen Kolonien, vor allem in Angola und Mocambique, eingeleitet. Heute ist überdies Zimbabwe nach langem bewaffnetem Kampf und dadurch erzwungenen freien Wahlen vom Februar 1979 befreit. In Namibia und in Südafrika (vgl. AIB 6/1980, S. 3-14) nehmen die Aktionen der Befreiungsbewegungen SWAPO und ANC an Breite und Intensität zu. Der Kampf für die Befreiung dieser innerhalb der westlichen Globalstrategie als äußerst wichtig angesehenen Region ist seinem Ziel erheblich näher gerückt und damit in eine ent-

scheidende Phase eingetreten.

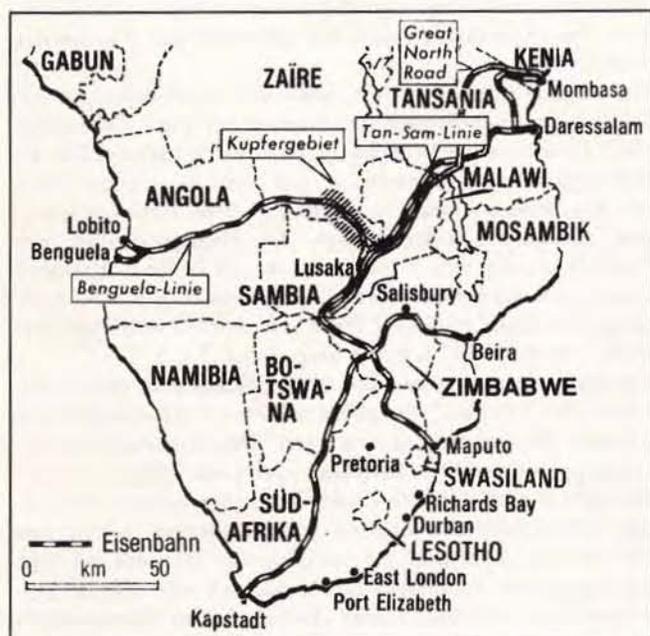
Ihre Komponenten sind das Anwachsen der Bewegung und des bewaffneten Kampfes für die endgültige Befreiung des Südlichen Afrika auf der einen, die Reaktionen des südafrikanischen Rassistenregimes und seiner westlichen Verbündeten auf der anderen Seite. Weit stärker als bei den vorangegangenen Befreiungskämpfen in Mocambique etwa oder auch noch in Zimbabwe sind ökonomische und strategische Interessen der imperialistischen Mächte und internationalen Konzerne sowie das politische und ökonomische Überlebensinteresse des südafrikanischen Ausbeutungs- und Unterdrückungssystems betroffen.

Die Haltung Südafrikas veränderte sich nach dem Scheitern der auf eine offen prosüdafrikanische Lösung abzielenden Manöver in Zimbabwe im Frühjahr 1979 nicht etwa in Richtung auf mehr Konzessionsbereitschaft hin, sondern sie verhärtete sich. Für die Westmächte – die USA, die BRD, Großbritannien und Frankreich vor allem – stehen Interessen auf dem Spiel, welche die Entwicklung im Südlichen Afrika ähnlich brisant machen wie diejenigen im Nahen und Mittleren Osten.

Im April 1979 erstellte die Abteilung für auswärtige Beziehungen und nationale Sicherheit des UN-Kongresses für den Auswärtigen Ausschuss des US-Senats einen Bericht, der die „vitalen Interessen der USA“ in Afrika definiert und Interventionsmöglichkeiten erörtert, sollten diese bedroht sein. Dieser Bericht verdeutlicht die beträchtlichen wirtschaftlichen Interessen der USA und darüber hinaus deren strategischen Stellenwert, berücksichtigt man, daß von den aufge-

fürten Rohstoffen etliche als militärisch und technologisch essentiell eingestuft werden. Danach beziehen die USA allein aus Südafrika 34% ihrer Importe an Industriediamanten, 56% ihres Vanadiums, 10% ihres Mangans, 30% ihres Chroms und an Gold 22%. Einer anderen Aufstellung zufolge verfügte Südafrika 1977 über 82,3% der bekannten Weltvorkommen an Platin, 74,1% an Chrom, 18,7% an Vanadium, 45% an Mangan.²

Der Bundeswehrgeneral und NATO-Befehlshaber a.D. Graf Kielmansegg zog die Konsequenzen im Sinne der NATO-Strategie: „Südafrika stellt die westliche Welt nicht allein vor das Problem zwischen Schwarz und Weiß in einem Land,



wie man glauben könnte, wenn man die westliche Südafrikapolitik betrachtet. Südafrika ist, auch wenn man davon absieht, daß es ein Hauptlieferant des Westens für Uran, Titanium und andere unentbehrliche NE-Metalle ist, viel mehr. Fällt Südafrika, wird die Verteidigung der westlichen Welt, vor allem Europas, sehr bedrohlich geschwächt“³ – womit verwiesen wird auf die seit dem israelisch-arabischen Krieg von 1967 verstärkte These einer angeblichen sowjetischen Bedrohung der Öltankerrouen um den Süden Afrikas herum.

Neokoloniale Lösung – nicht „ohne Blutvergießen“

Nimmt man die gewaltigen Investitionen internationaler Konzerne und zahlreicher anderer Firmen in Südafrika und Namibia hinzu (vgl. hierzu den Beitrag von A. Babing in diesem Heft), dann erklärt sich die enge Interessensgemeinschaft des Westens mit dem südafrikanischen Regime, das Rohstoffverfügung und Profite garantiert. Ungeachtet taktischer Differenzen besteht eine Interessenidentität, die noch vorhandenen Positionen zu erhalten und wieder auszubauen, d.h. revolutionäre Lösungen zu verhindern oder perspektivisch wieder zu revidieren.

Auf einer Solidaritätskonferenz bei Stockholm im April 1980 charakterisierte Oliver Tambo, Präsident des südafrikanischen Nationalkongresses (ANC), die Reaktion Südafrikas auf die nach dem Sieg der Befreiungsbewegung in Zimbabwe veränderte Situation so: „Das Pretoria-Regime versucht erstens, den Fortschritt der Befreiungskräfte unverzüglich zu stoppen; zweitens, Zeit zu gewinnen, und drittens, sein

großes strategisches Ziel im Südlichen Afrika weiter zu verfolgen, das darin besteht, die revolutionäre Bewegung und den Kampf der Völker für nationale Befreiung und genuine Unabhängigkeit zu isolieren und aufzuhalten.“⁴

Diese Politik bedient sich des Einsatzes verschiedenster Mittel, um neokoloniale Verhältnisse in dieser Region zu etablieren oder über die Beeinflussung, Spaltung, aber auch offene militärische Bekämpfung der Frontstaaten⁵ wiederherzustellen. In diesem Ziel trifft sich Südafrika mit den westlichen Staaten, die ihrerseits bemüht sind, den Strom der Befreiungsbewegung in einem Stadium unter Kontrolle zu bringen, das sog. friedliche Lösungen unter prowestlichen Vorzeichen ermöglicht.

Zum Charakter solcher friedlicher Lösungen äußerte Harry Oppenheimer, Präsident des verzweigten Anglo-American-DeBeers-Trusts, im Mai 1976: „Es ist eine irriige Annahme, daß es – wie vielfach behauptet wird – nur darum gehe, dieselbe Lösung entweder friedlich oder unter Blutvergießen zu erreichen. Der entscheidende Punkt, den es zu berücksichtigen gilt, ist, daß jede friedliche Lösung eine völlig andere sein würde als jedwede mit Gewalt erzwungene.“⁶

Auf eine friedliche Lösung unter Einbeziehung der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) orientieren offiziell die fünf Regierungen der USA, der BRD, Frankreichs, Großbritanniens und Kanadas in der Namibia-Frage jedoch äußerst „zurückhaltend“ seit für Zimbabwe ebenfalls eine Verhandlungslösung nicht ganz das erwünschte Ergebnis brachte.

Inwieweit der Ausgang des Befreiungskampfes in Zimbabwe die authentischen Ziele dieses Kampfes zur Verwirklichung kommen lassen wird, muß die weitere Entwicklung Zimbabwes zeigen. Unverkennbar sind jedoch die Versuche einer Reihe westlicher Länder, über ökonomische Offerten Einfluß zu erhalten bzw. zu gewinnen.

In Namibia hat sich Südafrika formell zur Durchführung eines Plans der Vereinten Nationen bereit erklärt, Wahlen unter UN-Aufsicht und unter Beteiligung auch der SWAPO

Haupthandelspartner Südafrikas

Einfuhr der Republik Südafrika
(in Mio Rand)

	1975	1978	1979	1979
Gesamteinfuhr	5.561,8	6.272,2	100,0%	100,0%
EG der Neun ges.	2.859,6	3.312,0	52,8%	–
BRD	1.033,9	1.274,8	20,3%	19,0%
Großbritannien	1.094,3	1.043,4	16,6%	18,2%
USA	985,0	986,5	15,7%	17,3%
Japan	611,5	823,6	13,1%	11,3%
Frankreich	244,9	475,5	7,6%	7,9%
Italien	203,3	220,9	3,5%	3,4%

Ausfuhr der Republik Südafrika
(in Mio Rand)

	1975	1978	1979	1979
Gesamtausfuhr	3.989,6	7.356,4	100,0%	100,0%
EG der Neun ges.	1.827,7	2.953,6	40,2%	53,7%
USA	434,9	1.350,7	18,4%	–
Großbritannien	928,1	1.263,8	17,2%	–
Japan	491,7	766,0	10,4%	–
BRD	445,1	682,2	9,3%	–
Schweiz	171,9	464,9	6,3%	–
Frankreich	115,1	295,5	4,0%	–

(Quelle: Bundesstelle für Außenhandelsinformation (BfA) – Marktinformation, Republik Südafrika. Wirtschaftsdaten und Wirtschaftsdokumentation. Ausgabe 1980, Köln, Juli 1980, S. 10-12)



Südafrikanische Truppen auf Aggressionskurs gegen Angola

stattfinden zu lassen. Tatsächlich jedoch hat es durch ständig neue Einlassungen und Forderungen den ursprünglichen Plan trotz weitgehender Konzessionen der SWAPO fast zu nichte gemacht und zugleich seine eigene interne Lösung vorangetrieben (vgl. AIB 6/1980, S. 12-14). Die letzten Schritte auf diesem Weg waren die Einsetzung eines Ministerrates und schließlich die Bildung einer Armee „Südwestafrikas/Namibias“ im vergangenen Sommer.

Die Rolle der fünf Westmächte hierbei beschreibt die SWAPO in einem Konferenzpapier: „Zurückblickend auf die vergangenen dreieinhalb Jahre Namibia-Verhandlungen sehen wir deutlich, daß die Fünf ihrem Versprechen nicht entsprochen haben, den notwendigen Druck auf Südafrika auszuüben. Im Gegenteil, ihre diplomatischen Bemühungen sind zu nichts anderem geworden als zu einem Schutzschild für Südafrika... Die Wahrheit ist, daß diese Mächte einer einseitigen Unabhängigkeitserklärung in Namibia zustimmen.“⁷

Bothas „totale Strategie“

Die faktische Kollaboration mit Südafrika in der Namibia-Frage, namentlich durch das Veto der drei im UN-Sicherheitsrat vertretenen Westmächte gegen einen Wirtschaftsboykott gegen Südafrika, hat das Rassistenregime in einem Maße bestärkt, daß dieses die Vereinten Nationen zu erpressen in der Lage ist und diese als Instrument der Herbeiführung einer echten Unabhängigkeitslösung weitgehend ohnmächtig sind. Die Kollaboration dient objektiv dem Ziel, Südafrika Zeit für die Stärkung der Pretoria genehmen Kräfte zu verschaffen – in stärkerem Maße als dies in Zimbabwe der Fall war – und damit den künftigen Einfluß der SWAPO zu schmälern.

Zugleich toleriert diese Politik die Terrorisierung Namibias und der Nachbarstaaten Angola und Sambia durch südafrikanisches Militär, mehr noch: Zugleich wird versucht Südafrikas internationale Isolation zu durchbrechen und es als geachtetes Mitglied der internationalen Gemeinschaft erscheinen zu lassen. Diese Politik – ebenso wie die unter Bruch des verbindlichen Waffenembargos der UNO von 1977 fortlaufende militärische Kollaboration (vgl. AIB 9/1980, S. 42) und die wirtschaftliche Stärkung – unter-

stützt die sog. „totale Strategie“ des Rassistenregimes, welche bereits 1977 im Verteidigungsweißbuch formuliert worden war.

Diese Strategie operiert auf zwei Ebenen. Auf der einen produziert sie „neue“ Formen der Repression, um die Herrschaft des Minderheitsregimes aufrecht zu erhalten. Auf der anderen zielt sie auf die Erweiterung der ökonomischen und militärischen Vormachtstellung Südafrikas über die Nachbarstaaten, die zwar ihre politische Unabhängigkeit gewonnen haben, aber noch um ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit kämpfen.⁸

Bezieht sich die letztere Orientierung auf die außenpolitische Ebene, so wird die erstere primär im innenpolitischen Bereich entwickelt. Das Hauptmerkmal der im Inneren vorgenommenen Maßnahmen ist der Ausbau und die Effektivierung des Apartheidsystems bei gleichzeitigen Anpassungskorrekturen.

Das Regime fuhr damit fort, seine Bantustan-Politik zu verfolgen, die Unabhängigkeitserklärung der sog. „Heimatländer“ der schwarzen Völkergruppen, obwohl bislang allen die internationale Anerkennung versagt blieb. Dazu gehört auch die Massenumsiedlung von in den „weißen“ Gebieten lebenden Afrikanern, einschließlich der Zwangsräumung von Stadtteilen, die von Schwarzen oder „Farbigen“ bewohnt waren. So wurden im nördlichen Transvaal 600.000 Menschen von ihren traditionellen Wohngebieten vertrieben und in ihr „Heimatland“ Lebowa umgesiedelt.⁹

Die völlige Ausschaltung der Afrikaner aus dem politischen Leben des „weißen“ Südafrika soll eine Verfassungsreform bringen, die Indern und „Farbigen“ Pseudoparlamente einrichtet, während die Afrikaner nur mehr Bürger „ihrer“ Bantustans sind. Mit der Zielsetzung, eine kooperationswillige kleinbürgerliche Schicht von Afrikanern neben den Indern und „Farbigen“ zu schaffen, die man mit der Verfassungsreform zu ködern hofft, soll sich eine Schicht bessergestellter Schwarzer bilden dürfen, die aus Selbständigen und einem ausgewählten Kreis schwarzer Arbeiter bestehen soll. Diese Ziele werden u.a. mit den Empfehlungen der Wiehahn- und Riekert-Kommissionen von 1979 verfolgt (vgl. dazu AIB 11-12/1979, S. 60-63).

Vorbereitung auf die entscheidende Schlacht

Parallel hierzu fuhr Pretoria damit fort, seinen Polizei- und Militärapparat auszubauen und die Repression gegen die Widerstandsbewegung zu verstärken. Von 1976 bis 1980 erhöhte sich der Militäretat Südafrikas von 1.350 Mio Rand (ca. 3,9 Mrd DM) auf nunmehr 2.074 (ca. 4,8 Mrd DM). Die Zahl politischer Prozesse gegen Angehörige der Befreiungsbewegung stieg dramatisch an; erstmals seit Beginn der 60er Jahre wurde mit Solomon Mahlangu 1979 ein ANC-Kämpfer hingerichtet; James Mange wurde nur durch die internationale Solidarität vor dem gleichen Schicksal bewahrt. Dennoch hat die zunehmende Repression den Aufschwung des Widerstandskampfes bislang nicht lähmen können, eher im Gegenteil.

Die herrschende Klasse Südafrikas bereitet sich auf die Austragung des entscheidenden Konflikts vor. Innerhalb ihrer politischen Führung hat ein Umgruppierungsprozeß stattgefunden, der im September 1980 zur Bildung eines neuen Kabinetts führte, in dem neben Premierminister P.W. Botha der bisherige Armeeeoberbefehlshaber M. Malan als Verteidigungsminister und der bisherige Generaladministrator Namibias, G. Viljoen, den Ton angeben.

Mit M. Malans Berufung nimmt ein weiterer dem südafrikanischen Militär verbundener Politiker eine wichtige Position ein (P.W. Botha selbst war bis 1978 Verteidigungsminister gewesen). Darin drückt sich der gewachsene Einfluß eines in

Angriffsziel Angola

Fünf Jahre nach der Proklamation der Unabhängigkeit der Volksrepublik Angola (VRA) vom November 1975 und fast 20 Jahre nach der Aufnahme des bewaffneten Befreiungskampfes des angolanischen Volkes im Februar 1961 herrscht noch immer Krieg im Lande. Geführt wird er von der Armee des südafrikanischen Rassenregimes vom Territorium Namibias aus gegen Angolas Südprovinzen mit Überfallaktionen, Bombenangriffen und großangelegten Invasionsoperationen.

Die Bilanz dieses in den bundesrepublikanischen Medien verschwiegenen Zermürbungskrieges gegen die junge Volksmacht: Zwischen März 1976 – als sich die südafrikanischen Truppen, im zweiten Befreiungskrieg Angolas geschlagen, zurückziehen mußten – und Oktober 1979 fanden nach den Ergebnissen einer internationalen Untersuchungskommission über 200 Luft- und Bodenüberfälle statt. 570 Angolaner und 612 Flüchtlinge aus Namibia starben bei diesen Aggressionen. In letzter Zeit eskalierte der Terror: Allein im ersten Halbjahr 1980 fanden 529 verschiedene Angriffsaktionen statt. Die größte darunter richtete sich im Juni/Juli d.J. gegen Lager der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) und Einrichtungen des Landes; an ihr nahmen 3.000 reguläre südafrikanische Soldaten mit Panzerwagen und Luftwaffenunterstützung teil. Im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen konnten sich diesmal auch die Westmächte der Zustimmung zu einer Verurteilung nicht entziehen. Darüber hinaus jedoch fielen ihre Stellungnahmen durch ausgesprochene Milde auf.

Dies hat seine Gründe. Die Interessen des Westens decken sich mit denen Südafrikas weitestgehend. Zwar behauptet Südafrika, seine Operationen richteten sich ausschließlich gegen die rückwärtigen Basen der SWAPO, doch die Tatsachen sprechen eine andere Sprache. Die Zerstörung von Leben und Material soll die Volksrepublik von ihrer Unterstützung der SWAPO abbringen – bisher allerdings ohne Erfolg. Mit Recht nimmt indessen Lucio Lara, Generalsekretär der Volksbefreiungsbewegung Angolas/Partei der Arbeit (MPLA/PT), an, daß Südafrika im Einvernehmen mit dem Westen zwei weitere Ziele verfolgt: Zum einen die ständige Unterbrechung der Bahnlinien aus Zentralafrika an die Atlantikküste, insbesondere der Benguela-Bahn aus dem sambisch-zairischen Bergbauegebiet, um damit Zaires und Sambias Rohstoffexporte auf das südafrikanische Schienennetz zu zwingen und die Abhängigkeit beider Länder zu erhalten. Zum anderen langfristig die Lähmung der angolanischen Wirtschaft und damit die Destabilisierung des Systems mit dem Ziel der Konterrevolution.

In diesem Zusammenhang spielt auch die UNITA genannte Untergrundbewegung des Jonas Savimbi eine Rolle, die von namibischem Gebiet aus mit südafrikanischen Waffen gegen die SWAPO und die VRA operiert. Sie setzt damit jene Tradition fort, die sie bereits im antikolonialen Befreiungskampf des angolanischen Volkes mit Terrorakten gegen MPLA-Kämpfer im Dienste der portugiesischen Kolonialmacht begonnen hatte und im zweiten Befreiungskrieg 1975/76 zusammen mit der FNLA Holden Robertos weitergeführt



Von Pretoria protegierter UNITA-Chef Jonas Savimbi



Juni 1980: Zerstörung und Tod nach einem Bombenangriff auf Lubango

hatte.

Unter der Federführung von US-Außenminister Henry Kissinger war die UNITA seinerzeit von der CIA massiv unterstützt worden. Durch ein Gesetz war diese Unterstützung 1976 verboten worden. Im Juni 1980 verabschiedete der US-Senat eine Vorlage, die dieses Verbot wieder aufhebt – die Vorbereitung für die Wiederaufnahme großangelegter Hilfe für die UNITA oder auch die FNLA, deren Chef Holden Roberto sich französischer Protegierung erfreut.

Reaktivierung der UNITA/FNLA-Banden

Die UNITA – obwohl ihre angeblichen militärischen Erfolge in Angola mehr freie Erfindungsgabe als Realität sind – genießt vielfältige Unterstützung rechter Kreise. Im November 1979 führte Savimbi in den USA Gespräche mit Henry Kissinger, dem ehemaligen CIA-Chef Schlesinger, einer Reihe rechter Kongreßabgeordneter sowie dem neuen Präsidenten des notorisch antikommunistischen Gewerkschaftsdachverbandes AFL/CIO, Lane Kirkland. Im Februar 1980 führte eine ähnliche Tour Savimbi vor allem mit Vertretern der britischen Konservativen Partei zusammen; organisiert wurde die Reise vom Direktor des Lonrho-Konzerns, Tiny Rowlands. In seinem Hauptquartier in Rabat, der Hauptstadt Marokkos (das seinerseits einen kolonialen Unterdrückungskrieg gegen die Befreiungsbewegung der Westsahara führt und mit seinen Truppen zugunsten des reaktionären Mobutu-Regimes in Zaire intervenierte), pflegt Savimbi eine Kontakte mit Mitgliedern der Partei des portugiesischen Ministerpräsidenten Sa Carneiro. Das rechtsextreme Magazin A Rua schrieb, die früheren Verbindungen Savimbis zum portugiesischen faschistischen Geheimdienst PIDE/DGS seien „die besten Empfehlungen, die (er) präsentieren könne“.

Daß ein solcher Politiker auf noch mehr Unterstützung für den Fall der Wahl bestimmter Politiker zu Regierungschefs hoffen kann bzw. konnte, liegt auf der Hand: US-Präsidentenskandidat R. Reagan versprach in einem Interview mit dem Wall Street Journal die Lieferung von Waffen an die UNITA. Und auch bei Franz Josef Strauß und dessen Umgebung ist Savimbi gut gelitten: F.J. Strauß, den Savimbi Ende 1979 in München traf, bezeichnet er als „seinen alten Freund“. Der Bayernkurier beklagt, daß das BRD-Außenministerium sich weigere, die UNITA „zur Kenntnis zu nehmen“. In München unterhält die UNITA ein Büro für ihre undurchsichtigen Aktivitäten. Schließlich organisierte die „Afrika-Stiftung“, die vom Büro des CDU-MdB Werner Marx aus geführt wird, die Savimbi-Reise, bei der er auch mit Gerhard Todenhöfer, dem CDU-Sprecher für Entwicklungspolitik, zusammentraf. Vorsitzender der Stiftung ist CDU-MdB Dr. Hans Stercken, zugleich Vorsitzender der noch zu Zeiten der faschistischen Junta gebildeten Vereinigung Deutsch-Griechischer Gesellschaften sowie Präsidiumsmitglied der Deutsch-Israelischen Gesellschaft. Und Israel ist ein enger Verbündeter des südafrikanischen Regimes.

den vergangenen Jahren entstandenen militärisch-industriellen Komplexes aus, der eine bedeutende Rolle innerhalb des staatsmonopolistischen Systems Südafrikas einnimmt. Dies zeigt sich in der zunehmenden Verflechtung privater Kapitalgruppierungen mit staatlichen Unternehmen und Institutionen, symbolisch etwa in der Berufung einer Anzahl einflußreicher Industrieller in staatliche Kommissionen oder in der Ernennung des Direktors eines der größten südafrikanischen Unternehmen zum Geschäftsführer der Waffenproduktionsbehörde ARMSCOR im Mai 1979.

Seit 1977 wurden zunehmend Elemente militärischer Planung in die staatliche Verwaltungs- und Regierungstätigkeit eingeführt. „Damit wurden die SADF (Südafrikanische Streitkräfte; d. Red.) aus einem Instrument der Regierung zur zentralen Kraft innerhalb der Regierung. Das Militär kontrolliert die Administration des Apartheid-Staates über zwei Kanäle: das Büro des Premierministers und den Staatssicherheitsrat.“¹⁰

Diese politische Führungskonstellation steht für eine Politik, die das Apartheid-Konzept in seinem Kern rigoros verfolgt, durch Anpassungen Druck vermindern und zugleich gegenüber den Befreiungsbewegungen und den sie unterstützenden Frontstaaten mit unnachgiebiger Härte vorgehen will.

„Es war nie Bestandteil des strategischen Denkens des faschistischen Südafrika seinen Überlebenskampf lediglich als internes Problem zu behandeln, das gewaltsame Auseinandersetzungen nur innerhalb Namibias und Südafrikas beinhaltet“, erklärte ANC-Präsident Oliver Tambo in seiner Stockholmer Rede.

Schon 1956, in jenem Jahr, in dem Ghana als erster Staat Afrikas nach 1945 unabhängig wurde, erklärte der Abgeordnete Johann von Moltke unter Berufung auf Verteidigungsminister Erasmus: „Wir wollen vorbereitet sein, wenn die weitere Entwicklung im Norden Afrikas entsprechende Maßnahmen verlangt.“¹¹ Im September d.J. erklärte der stellvertretende Verteidigungsminister Coetzee, Südafrika werde „als letztes Mittel“ Kernwaffen einsetzen.¹²

Südafrikas auswärtige Strategie zielt nach wie vor auf die Schaffung eines großen, unter seiner Herrschaft befindlichen wirtschaftlich von ihm abhängigen Blocks der Staaten des Südlichen Afrika (im wesentlichen die Frontstaaten) ab. Um dieses Ziel – dessen eine wesentliche Voraussetzung die Liquidierung der Befreiungsbewegungen ANC und SWAPO ist – zu erreichen, setzt es zum einen auf sein ökonomisches Potential und die vorhandene Abhängigkeit der meisten Länder der Region von Südafrika.

Im Bewußtsein der damit verbundenen Gefahren verabschiedeten die neun Staatschefs der Frontstaaten am 1. April 1980 eine Erklärung mit dem Titel: „Das Südliche Afrika: Hin zur ökonomischen Befreiung“, in der es freilich realistisch heißt: „Das Südliche Afrika ist von der Republik Südafrika abhängig als Zentrum von Transport- und Kommunikationswesen, als Exporteur von Waren und Dienstleistungen und Importeur von Waren und billiger Arbeitskraft.“¹³

Rückkehr zum direkten Militärinterventionismus?

Parallel hierzu führt Südafrika vor allem gegen die Volksrepublik Angola (VRA) einen Zermürbungskrieg, der anknüpft an den mit kubanischer Hilfe von der Volksbefreiungsbewegung Angolas (MPLA) 1975/76 zurückgeschlagenen Versuch, die Volksrepublik unter neokolonialistische Herrschaft zu bringen. Ständige militärische Überfälle, Massaker an der Zivilbevölkerung und die Zerstörung von Einrichtungen dienen dem Ziel, die VRA in die Isolation zu drängen und militärisch zerschlagen zu können.

Zugleich sind sie aber auch Bestandteil des längerfristigen

Konzepts der Destabilisierung der revolutionären Frontstaaten, um diese dem angestrebten Machtblock anfügen zu können. Demselben Ziel dient die Unterstützung der konterrevolutionären UNITA-Banden, die von Namibia aus angolanisches Territorium verwüsten (vgl. Kasten Angriffsziel Angola).

Südafrika ist damit Vorreiter einer Politik militärischer Interventionen, die von hiesigen Rechtskräften, innerhalb der US-Administration sowie seitens Frankreichs immer wieder in Betracht gezogen (und von letzterem 1977 und 1978 in Zaire auch praktiziert) wurde.

Diese Variante imperialistischer Politik ist auch Gegenstand des erwähnten US-Kongreß-Berichts. Ausgehend von angeblichen Bedrohungen der sog. „Sicherheitsinteressen der USA“ in Afrika durch die weitere Entwicklung dort, erörtert der Bericht unter bestimmten Vorwänden mögliche



Interventionsformen, darunter: „finanzielle, transporttechnische und technische Hilfe für Friedensaktionen in Rhodesien, Namibia oder anderswo zu leisten“; „zum Schutz der internationalen Schifffahrt entlang Afrikas Küsten“ (wofür der mit US-Politikern gut vertraute CDU-Politiker Leisler-Kiep im Extremfalle auch BRD-Flotteneinheiten ans Kap zu entsenden vorschlägt¹⁴) und schließlich: „Es ist ebenso unter bestimmten Umständen möglich, daß die Vereinigten Staaten eine militärische Antwort auf die sowjetische und kubanische Verwicklung in Afrika in Betracht ziehen könnten“, wobei die Hilfe Kubas für Angola als Umstand angesehen wird, „der die Frage nach der Sicherung der Rohstoffe des Südlichen Afrika und Zaires stellen lassen könnte.“

Derartigen Optionen wird seit langem eine Fundierung in Form von Militärbasen verliehen. Auf Diego Garcia im Indischen Ozean, bereits 1966 von Großbritannien gepachtet, errichten die USA beschleunigt eine gigantische Flotten- und Luftwaffenbasis, von der die US-Ergreiftruppe alle Regionen längs der Küsten des Ozeans bis in den Persischen Golf hinein erreichen kann. Parallel dazu beschloß der US-Senat die Aufhebung eines Gesetzes, das es den USA 1976 verbot, militärische Unterstützung für Untergrundbewegungen in Angola durch die CIA zu gewähren.

Diese Tendenzen zeigen, daß relevante Kreise innerhalb der imperialistischen Länder nicht nur bereit sind, den gefährlichen Kurs Südafrikas zu tolerieren und – bei gleichzeitig geheuchelter Empörung – nachhaltig zu unterstützen. In ihnen wird deutlich, daß Bemühungen im Gange sind, die westlichen Länder zunehmend in die Auseinandersetzung auch auf militärischer Ebene zu verwickeln und damit in einen Konfliktherd, der sich rasch verheerend ausweiten könnte.

Im Vordergrund der Politik Pretorias und des Westens steht das Ziel, eine Wende der Entwicklung im Südlichen Afrika zu erreichen, eine Umgruppierung der politischen Verhältnisse. Auch der Erfolg ökonomischer Hebel könnte sich als Rückschlag für die Befreiungsbewegung in Namibia und Südafrika und damit für den gesamten Subkontinent auswirken.

„Der Befreiungskampf innerhalb Südafrikas“ – so H. Winston – „hat direkte und entscheidende Wirkung auf den Befreiungskampf in Namibia sowie auf den Kampf der jüngst unabhängig gewordenen Nationen in Südafrikas Nachbarschaft um die Befreiung von neokolonialer Beherrschung.“¹⁵ Gelänge es Südafrika und dem Westen, in Zimbabwe auf längere Zeit die Realisierung der Vorstellungen der Befreiungsbewegung zu unterbinden und es in ihr Fahrwasser zu ziehen sowie in Namibia ein neokoloniales Regime zu installieren, so bedeutete dies das Entstehen einer neuen Konstellation im Südlichen Afrika. Es wäre die Restaurierung eines Sicherheitsgürtels um den Apartheid-Staat und damit ein schwerer Rückschlag für den gesamten Befreiungskampf.

Der Freiheitskampf im Südlichen Afrika hat in den letzten Jahren größere Fortschritte gemacht und größere Kraft und Breite gewonnen als je zuvor seit den 50er Jahren. Dennoch drohen durch die Strategie Südafrikas und seiner über gewaltige Mittel verfügenden Verbündeten Gefahren, wenn die internationale Solidaritätsbewegung in ihren Bemühungen nachläßt.

In diesem Sinne äußerte Oliver Tambo auf der Pariser Namibia-Konferenz im September d.J. zu den dringendsten Aufgaben der fortschrittlichen Kräfte: 1. Unterstützung der SWAPO, um diese in die Lage zu versetzen, „durch eine militärische und politische Offensive Südafrika aus Namibia zu vertreiben“; 2. Unterstützung für die Frontstaaten, insbesondere aber für die Volksrepublik Angola; 3. Darstellung und Beachtung des Imperialismus „in seiner wahren Rolle“, als Haupthindernis auf dem Weg zu Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit; 4. die Rolle der internationalen Konzerne als Ausbeuter und Ausplünderer der Länder des Südlichen Afrika klar zu sehen und ernst zu nehmen.¹⁶

Anmerkungen:

- 1) The Kissinger Study of Southern Africa, Nottingham 1975, S. 66/67
- 2) Nach: Die Neue, 23.4.1980 und Der Spiegel, Nr. 9/1980, S. 157
- 3) Nach: Europäische Wehrkunde, Nr. 6/1979, S. 267/68
- 4) In the Belly of the Beast, Rede Oliver Tambos auf der Konferenz der ICOSA (Internationale Solidaritätskonferenz für das Südliche Afrika), Stockholm, April 1980; in: Sechaba, London, Juli 1980, S. 6
- 5) Dies sind: Angola, Botswana, Mocambique, Sambia und Tansania, sowie seit Anfang 1980 Lesotho, Malawi, Swaziland und Zimbabwe.
- 6) Zit. nach: The African Communist, London, Nr. 70, III/1977, S. 40; deutsch in: AIB 10 und 11/1977
- 7) Namibia: Towards Genuine Independence. SWAPO Political Paper zur Internationalen Konferenz der Solidarität mit dem Kampf des Volkes von Namibia, Paris, 11. - 13. September 1980, S. 9/10
- 8) Henry Winston, New Strategic Stage in Southern Africa, in: Political Affairs, New York, August 1980, S. 10
- 9) Nach: Sechaba, Januar 1980, S. 7
- 10) Vgl. hierzu: Army and Politics, in: Sechaba, April 1980 – Juli 1980; Forward To People's Power – The Challenge Ahead, in: The African Communist, Nr. 80, I/1980, S. 6
- 11) Zit. nach: Die Welt, Beilage, 14.4.1971, S. 3
- 12) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.9.1980
- 13) Southern Africa: Toward Economic Liberation. Erklärung der Regierungen unabhängiger Staaten des Südlichen Afrika in Lusaka am 1. April 1980, London 1980, S. 1
- 14) Der Spiegel, Nr. 30/1980, S. 27
- 15) H. Winston, New Strategic Stage in Southern Africa, a.a.O., S. 10
- 16) Rede Oliver Tambos auf der Internationalen Konferenz der Solidarität mit dem Kampf des Volkes von Namibia, siehe Anm. 8, Tonbandabschrift.

Blow on wind

Bongi Makeba



30-cm-LP mit Text-
beilage, Nr. 88234

Verlag „pläne“ GmbH
Postfach 827
4600 Dortmund



Erklärung der Pariser Namibia-Konferenz

Im Gebäude der UN-Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) in Paris tagte vom 11.-13. September d.J. eine Internationale Konferenz der Solidarität mit dem Kampf des Volkes von Namibia, einberufen von einer Reihe nichtstaatlicher Organisationen sowie von der Befreiungsbewegung Namibias, der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO). Mehrere hundert Delegierte, darunter Regierungsvertreter afrikanischer Staaten, erörterten kurz vor Eröffnung der neuen UN-Vollversammlung die Situation Namibias und diskutierten in Arbeitsgruppen und Plenum die Aufgaben der Solidaritätsbewegung. In der hier dokumentierten Abschlusssdeklaration wurden diese Erörterungen zusammengefaßt.

Die Internationale Konferenz für die Solidarität mit dem Kampf des Volkes von Namibia wurde organisiert auf Initiative der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO), der einzigen und authentischen Repräsentantin des Volkes von Namibia, und mit der Unterstützung des Namibia-Rates der Vereinten Nationen, der legalen Verwaltungsbehörde des internationalen Territoriums von Namibia. Sie vereinte Regierungen, Organisation und Einzelpersonlichkeiten, die durch die Tat ihre unzweideutige Verpflichtung gegenüber dem Kampf des namibischen Volkes für seine Unabhängigkeit bezeugt haben.

Sie traten zu einem entscheidenden Zeitpunkt in der Geschichte des Kampfes für die Befreiung des Südlichen Afrika zusammen. Auf der einen Seite wurde der Triumph der Befreiung in Zimbabwe zu einem machtvollen Ansporn für die Befreiung Namibias und Südafrikas. Auf der anderen Seite versucht das südafrikanische Rassistenregime, entnervt durch das Scheitern seiner Manöver, Zimbabwe als Pufferstaat zu erhalten, den unumkehrbaren Strom der Befreiung zurückzulenken.

Unterstützung von Namibia-Rat und SWAPO

Mit der Unabhängigkeit von Angola, Mocambique und Zimbabwe erhielt der Kampf der Völker von Namibia und Südafrika neue Bedeutung. Die Völker dieser Länder steigerten ihre Mobilisierung für den endgültigen Sieg, und ihre Unterstützung wird heute zu einer dringlichen Aufgabe für die internationale Gemeinschaft.

Das südafrikanische Rassistenregime hat zu Verzweiflungsakten und Ablenkungsmanövern Zuflucht genommen, um seine illegale Okkupation Namibias fortzusetzen, seine illegitime Herrschaft über die große Mehrheit des Volkes von Südafrika aufrecht zu erhalten und den Vormarsch der Freiheit in Afrika umzukehren. Es hat sich selbst bis an die Zähne bewaffnet und versucht, in den Besitz der Fähigkeit zur Atomwaffenentwicklung zu gelangen – in Zusammenarbeit oder Komplizenschaft mit so mächtigen Regierungen wie denen Großbritanniens, der Vereinigten Staaten, Frankreichs und der Bundesrepublik Deutschland sowie ihrer internationalen Konzerne – mit dem Ziel, die Regierungen und Völker der gesamten Region einzuschüchtern und zu erpressen.

Das Südliche Afrika befindet sich daher am Scheideweg. Das Rassistenregime Südafrikas konfrontiert die gesamte internationale Gemeinschaft, die eine besondere Verantwortlichkeit für Namibia übernommen und ihre feierliche Verpflichtung gegenüber dem unterdrückten Volk von Südafrika bekundet hat, mit einer ersten Herausforderung. Die internationale Gemeinschaft sieht sich einer Bedrohung und Herausforderung gegenüber, der sie mit all ihrer Stärke begegnen muß.

Die Konferenz wurde daher organisiert, um alle fortschrittlichen Kräfte der Welt zu mobilisieren mit dem Ziel, internationale Aktionen für die Unabhängigkeit Namibias zu gewährleisten und die Beseitigung der weißen rassistischen Vorherrschaft im Südlichen Afrika

näherzubringen. Und sie gelobten, daß der Mut der kämpfenden Völker Namibias und Südafrikas eine Entsprechung in der Entschlossenheit aller solidarischen Kräfte finden werde.

Sam Nujoma, Präsident der Südwestafrikanischen Volksorganisation, sagte vor der Konferenz: „Diese gemeinsame Demonstration Ihrer Unterstützung für die und Solidarität mit der gerechten Sache unseres Volkes und mit dem Kampf für nationale und soziale Befreiung, der von der SWAPO in Namibia geführt wird, ist ein lebendiger Beweis dafür, daß unsere Sache eine universale ist und daß unser Volk mit seinem Leid und seinen Opfern nicht allein steht; sie zeigt uns, daß Imperialismus und Kolonialismus Feinde der ganzen Menschheit sind; sie ist Beweis dafür, daß Rassismus und Ausbeutung des Menschen durch den Menschen verhaßt, angeklagt, verurteilt und zurückgewiesen sind und werden; und daß die überwältigende Mehrheit der internationalen Gemeinschaft bereit und willens ist, dem namibischen Volk unter der Führung der SWAPO allumfassende materielle, finanzielle, militärische, politische und moralische Hilfe und Unterstützung zukommen zu lassen, um den Kampf für die nationale Unabhängigkeit Namibias an allen Fronten – militärisch, politisch und diplomatisch – zu verstärken, auszuweiten und voranzutreiben.“

Der Präsident des „Afrikanischen Nationalkongresses (Südafrikas)“, Oliver Tambo, sagte: „Das südafrikanische Rassistenregime wendet zahlreiche Mittel an und erfindet viele Pläne, um seine illegale Besetzung von Namibia zu verlängern. Die Antwort der internationalen Gemeinschaft auf diese Manöver sollte sich nicht darauf beschränken, diese mit Worten zu bekämpfen und sie als das darzustellen, was sie sind. Die Situation in Namibia erfordert eine Kriegserklärung an alle Manöver des Rassistenregimes und der Kontaktgruppe der Fünf (Westmächte; d. Red.), die die Vereinten Nationen in der Ausübung ihrer Pflicht gegenüber dem Volk von Namibia behindern. Die SWAPO muß umfassende materielle Unterstützung erfahren, so daß sie die Rassisten aus Namibia hinaustreiben und das Land befreien kann. Erst wenn das brutale Apartheidsystem endlich zerstört ist, kann es Frieden für Afrika und die Welt geben.“

Die Konferenz zog Nutzen aus der Anleitung des Präsidenten des UN-Rates für Namibia, Seiner Exzellenz, Herrn Paul Lusakas, der die Hauptrichtungen für dringliche Aktionen angab, um den heroischen Kampf der SWAPO und die Bemühungen des Rates zu bestärken als Mittel zur Aufhebung der besonderen Verantwortlichkeit der Vereinten Nationen für die Unabhängigkeit Namibias.

Die Vollversammlung der Vereinten Nationen beendete Südafrikas Mandat für Namibia am 27. Oktober 1966, dem Jahr des Beginns des bewaffneten Kampfes durch die SWAPO. Im Jahre 1967 errichtete sie den Namibia-Rat als legale Verwaltungsbehörde Namibias. 1971 gab der Internationale Gerichtshof seine Empfehlung zu Namibia ab. 1973 anerkannte die Vollversammlung die SWAPO als einzige und authentische Vertretung des Volkes von Namibia und erneuerte die Verpflichtung der Vereinten Nationen gegenüber dem Volk von Namibia.

Diese Entscheidungen und feierlichen Verpflichtungen in die Einlösung des „geheiligten Unterpfands“ müssen die Grundlage aller Aktionen der internationalen Gemeinschaft bleiben. Jede Abweichung von ihnen muß bloßgestellt, verurteilt und entschlossen zurückgewiesen werden.

1. Das südafrikanische Rassistenregime hält Namibia illegal besetzt, in Verletzung internationalen Rechts, der Charta und der Oberhoheit der Vereinten Nationen. Es betreibt die brutale Unterdrückung des namibischen Volkes und die rücksichtslose Ausplünderung der natürlichen Reichtümer des Territoriums. Es hat das Territorium als Ausgangsbasis für Angriffe gegen die Republik Sambia und die Volksrepublik Angola benutzt. Es ist der Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig; es ist der Hauptfeind Afrikas und der Vereinten Nationen; es muß aus dem internationalen Territorium Namibias vertrieben werden.

2. SWAPO, die nationale Befreiungsbewegung Namibias, ist die einzige und authentische Repräsentantin des namibischen Volkes. Dieser Status, der erworben wurde durch Kampf und Opfer und durch das Blut der Patrioten Namibias, wurde von den Vereinten Nationen 1973 bestätigt. Die SWAPO ist heute ein anerkanntes Mitglied der

internationalen Gemeinschaft.

3. Die nationale Einheit und territoriale Integrität Namibias – einschließlich Walvis Bays sowie der Penguin- und anderer der Küste vorgelagerter Inseln (Ichaboe, Hollamsbird, Mercury, Long Seal, Halifax, Possession, Albatross Rock, Pomona, Plum Pudding, Sinclairs) – muß erhalten werden.

4. Der UN-Rat für Namibia ist bis zur Unabhängigkeit die legale Verwaltungsbehörde Namibias. Seine Autorität darf in keiner Weise ausgehöhlt werden.

5. Jegliche Zusammenarbeit mit der illegalen Besatzungsmacht in Namibia, sei sie direkt oder indirekt, und jegliche Ausbeutung der natürlichen Ressourcen Namibias in Verletzung des UN-Dekrets Nr. 1 stellen feindliche Akte gegen das namibische Volk sowie gegen die Vereinten Nationen und die internationale Gemeinschaft dar.

Die Bedrohung des Friedens im Südlichen Afrika, die aus der Politik und den Aktionen des südafrikanischen Rassenregimes erwächst, stellt seit zwei Jahrzehnten eine Quelle schwerwiegender Besorgnis für die Vereinten Nationen und die internationale Gemeinschaft dar. Durch die Verstärkung ihrer Zusammenarbeit mit der Apartheid und durch ihre beständige Inschutznahme Pretorias vor Sanktionen haben die Westmächte deren Zerstörungskraft erhöht, die Effektivität der Vereinten Nationen untergraben und die Gefahr für den Frieden erhöht. Ihre auch nach der Beendigung des Mandats im Jahre 1966 sowie der Empfehlung des Internationalen Gerichtshofs vom Jahre 1971 fortgesetzte stillschweigende Übereinkunft mit dem Rassenregime hat nun dazu beigetragen die ernsteste Herausforderung der Autorität der Vereinten Nationen herbeizuführen.

Die Bemühungen des Namibia-Rates als der legalen Verwaltungshoheit des Territoriums wurden von diesen Mächten beständig vereitelt, die damit eine Mißachtung ihrer Verpflichtungen gemäß der Charta der Vereinten Nationen dokumentierten. Sie behielten diese Haltung auch bei, nachdem der Sicherheitsrat mit der vollen Unterstützung der SWAPO einstimmig die Resolution 385 (1976) über den Übergangsprozeß zur Unabhängigkeit durch freie und faire Wahlen unter Aufsicht und Kontrolle der Vereinten Nationen angenommen hatte.

Die Marionetteninstitutionen sind illegal

Als die fünf Westmächte (BRD, Frankreich, Großbritannien, Kanada, USA) 1977 ihre Dienste anboten, die Erfüllung dieser Resolution zu unterstützen, antworteten die SWAPO und die Frontstaaten dennoch in gutem Glauben, um einen schnellen Übergang der Macht an das Volk von Namibia zu erleichtern. Ihre Zusammenarbeit ermöglichte den UN-Plan für die Unabhängigkeit Namibias, der vom Sicherheitsrat in der Resolution 435 (1978) einstimmig bestätigt wurde.

Aber die Westmächte ermöglichten es dem südafrikanischen Regime dem Plan zu trotzen, indem sie wiederum versäumten Druck auf es auszuüben, und indem sie sich auf langwierige Gespräche einließen, die darauf abzielten, die Integrität der UN-Resolution und den Status der SWAPO sowie die Autorität des Namibia-Rates zu untergraben. Sie ermöglichten es dem südafrikanischen Regime unter dem Deckmantel dieser Gespräche seine Gewalt über das Territorium zu stärken, Marionetteninstitutionen zu bilden und die territoriale Integrität Namibias zu untergraben. Die Militarisierung des Territoriums und sein Mißbrauch als Aggressionsbasis gegen unabhängige afrikanische Staaten haben sogar die Gefahr für den internationalen Frieden und die Sicherheit erhöht.

Somit haben die Westmächte nicht nur versagt, eine Lösung in Übereinkunft mit der Sicherheitsratsresolution herbeizuführen, sondern überdies zur Schaffung einer schwererwiegenden Krise beigetragen. Mehr noch, trotz des verpflichtenden Waffenembargos gegen Südafrika wird Südafrika weiterhin mit militärischer Ausrüstung und Technologie aus diesen Ländern versorgt, und eine wachsende Zahl von Söldnern wird ebenfalls in ihnen rekrutiert.

Deshalb müssen diejenigen Regierungen und Völker, die der Freiheit wahrhaft verpflichtet sind, die Initiative ergreifen und in voller Solidarität mit der SWAPO handeln. Alle Anstrengungen müssen sich auf die Verhängung bindender Sanktionen, einschließlich eines Ölembargos, gemäß Abschnitt VII der Charta der Vereinten Nationen gegen das südafrikanische Regime richten, um seine Erfüllung der Sicherheitsratsresolutionen 385 (1976) und 435 (1978) und seinen bedingungslosen Rückzug aus Namibia sicherzustellen. Für dieses Ziel ruft die Konferenz zu koordiniertem Handeln seitens aller verpflichteten Regierungen und Organisationen auf.

Die internationale Gemeinschaft sollte in keiner Weise die Autorität des illegalen Besatzungsregimes anerkennen. Sie sollte seinen Manövern, die wirkliche Unabhängigkeit Namibias durch die Bildung von Marionetteninstitutionen und deren Ausstattung mit militärischen, Polizei- und anderen Repressionsvollmachten mit entschlossenem Handeln entgegenreten. Sie sollte die Sicherheitsratsresolution 435 (1978) von neuem bekräftigen und jedwede Anerkennung oder Aufnahme von Beziehungen mit irgendwelchen Autoritäten oder Institu-

tionen verhindern, die vom illegalen Besatzungsregime gebildet worden sind.

Alle, die die wirklichen Bestrebungen des namibischen Volkes nach Freiheit und Unabhängigkeit unterstützen, sollten der SWAPO und ihrem legitimen Kampf mit allen Mitteln – einschließlich des bewaffneten Kampfes – volle und bedingungslose politische und materielle Unterstützung zukommen lassen, um das aggressive illegale Regime aus Namibia zu vertreiben.

Sie sollten die internationalen Konzerne, die an der illegalen Ausplünderung der natürlichen Ressourcen Namibias beteiligt sind, bloßstellen und verurteilen. Um sicherzustellen, daß das UN-Dekret Nr. 1 (Dekret Nr. 1 zum Schutz der natürlichen Ressourcen Namibias untersagt u.a. die Ausbeutung, den Export usw. jeglicher natürlicher Ressourcen Namibias ohne Zustimmung und Erlaubnis des UN-Rates für Namibia. Bodenschätze, die ohne derartige Erlaubnis ausgeführt werden, sowie Schiffe usw., welche diese transportieren, unterliegen der Beschlagnahme im Namen des Rates, um treuhänderisch zum Nutzen des Volkes von Namibia verwahrt zu werden; d. Red.) wirksam ausgeführt wird, sollten auf Regierungsebene und öffentlich Aktionen unternommen werden, um die internationale Gesellschaften, Luftlinien und Schiffahrtsgesellschaften sowie andere Interessen zu bestrafen, die der Verletzung des Dekrets schuldig sind.

Sie sollten den Frontstaaten alle notwendige politische und materielle Unterstützung gewähren, die sich aufgrund ihrer Verpflichtung zur afrikanischen Befreiung und ihrer Loyalität gegenüber den Vereinten Nationen beständige Akten der Aggression und Subversion durch das Pretoria-Regime ausgesetzt sehen.

Mit diesem Ziel ruft die Konferenz zu den folgenden dringlichen Aktionen seitens Regierungen und Organisationen auf:

1. Die Konferenz fordert den Sicherheitsrat auf, nicht später als am 15. Oktober 1980 zusammenzutreten, um umfassende und verpflichtende Sanktionen, einschließlich eines Ölembargos, gegen Südafrika zu verhängen, um sein Eingehen auf die Sicherheitsratsresolutionen 385 (1976) und 435 (1978) zu erzwingen.

Sie fordert den Sicherheitsrat des weiteren auf, kategorisch zu erklären, daß Walvis Bay und alle der Küste vorgelagerten Inseln Namibias integrale und unstrittige Bestandteile des Territoriums sind und alle Versuche zurückzuweisen, die darauf abzielen, dies zum Gegenstand von Verhandlungen zwischen einem unabhängigen Namibia und Südafrika zu machen.

2. Die Konferenz bestätigt die Autorität des UN-Rates für Namibia als legaler Verwaltungsbehörde und unterstützt seine Erklärung von Algier.

Der Rat muß alle notwendige Zusammenarbeit und Unterstützung erhalten, um das Mandat anreten zu können, das ihm von der Vollversammlung übertragen worden ist. Die Konferenz gelobt volle Zusammenarbeit mit dem Rat, zusammen mit der Hilfe der Solidaritätsorganisationen, bei deren Bemühungen, die Weltöffentlichkeit zur Unterstützung der Unabhängigkeit Namibias zu mobilisieren.

3. Die Konferenz ruft alle Regierungen und Organisationen auf, diese Erklärung zu unterstützen und alle unter dem Aspekt der Schlußfolgerungen dieser Konferenz notwendigen Schritte zu unternehmen. Sie ruft alle Solidaritätsorganisationen auf, die öffentliche Meinung zur Unterstützung des Kampfes für die Unabhängigkeit Namibias zu mobilisieren, insbesondere während der Woche der Solidarität mit dem Volk von Namibia, die von der Vollversammlung der Vereinten Nationen proklamiert wurde und am 27. Oktober 1980 beginnt.

Die Konferenz fordert ihr Präsidium auf, eine Delegation zu benennen, um diese Resolution dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, dem Sicherheitsrat und dem UN-Rat für Namibia sowie weiteren geeigneten Gremien zu unterbreiten.

(Quelle: Hektographiertes Material, Paris, 13.9.1980)

issa

ISSA

wissenschaftliche reihe 11

Strukturen der Ausbeutung und Unterdrückung in Südrhodesien

Das koloniale Erbe des unabhängigen Zimbabwe

Hrsg. von Werner Biermann und Reinhart Köbber

348 S., DM 22,-, ISBN 3-921614-01-5

Auch nach der Befreiung Zimbabwes werden die durch die Siedlerherrschaft geschaffenen Verhältnisse und Abhängigkeiten eine wesentliche Rolle für die Planung des nationalen Aufbaus spielen. Die hier zusammengefaßten soziologischen und ökonomischen Analysen geben eine konkrete Vorstellung über den Ruin der afrikanischen Landwirtschaft, die Lage der Land- und Industriearbeiter und die Entwicklung des Kontrakt- und Wanderarbeitersystems. Hinzu kommen ein Überblick über die gesamtökonomische Situation Südrhodesiens und ausführliche weiterführende Literaturhinweise.

Informationsstelle Südliches Afrika

Blicherstraße 14

5300 Bonn 1

Vertrieb für den Buchhandel:

CON - Osterstraße 36 - 2800 Bremen

Wolff Geisler Engagement der Bundesrepublik in Namibia

(...) Das Eindringen (west-)deutschen Kapitals nach Namibia wurde in der Vergangenheit durch zwei Weltkriege und wird heute durch die Befreiungsbewegung behindert. Dennoch sind gegenwärtig über 70 westdeutsche Firmen in Namibia registriert, wobei die meisten zur Zeit jedoch nicht wagen, im Lande aktiv zu werden. Lediglich Projekte, die vor 1974 begonnen wurden, sowie einige, die 1977/78 von der Düsseldorfer Gesellschaft Alfred Hempel KG in Angriff genommen wurden, sind heute in Arbeit.

Das größte Unternehmen der westdeutschen Wirtschaft in Namibia ist die Beteiligung der Frankfurter Urangesellschaft an der Rössing Uran-Mine bei Swakopmund. Die westdeutsche Beteiligung beläuft sich, einschließlich Krediten, auf 200 Mio DM. Der größte Anteil der Uranimporte der BRD, nämlich 30%, stammt dem Ursprung nach aus Namibia. (...)

Konzernziele Uran u.a. strategische Mineralien

Die Otavi Minen AG, Frankfurt/M., produziert – und raubt – verschiedene andere strategische Mineralien in Namibia, so Lithium, Germanium, Rutil, Vermikulit.

Die Metallgesellschaft, Frankfurt/M., besitzt Lithium-, Kupfer- und Zinkminen in der Nähe von Karibib in Namibia (Helicon Mine, Rubicon Mine, Kiln Products Ltd., South West African Lithium Mines Ltd.).

Die Deutsche Tiefbohr AG, Bentheim, ist über ihre Tochtergesellschaft Tiefbohr Ltd. an der Ölsuche in der Etoschappfanne beteiligt.

Die Alfred Hempel KG, Düsseldorf, hält über die Futura Ltd. zahlreiche Beteiligungen an Gesellschaften, die Tantalit und andere seltene Mineralien in Namibia abbauen, und besitzt außerdem eine Uran-Lagerstätte in der Nähe von Rössing. (...)

Die Firmen Thorer & Hollender, Frankfurt/M., sowie Thorer & Co., Offenbach, sind durch ihre Tochterfirma South West Africa Karakul Centrale Ltd. am Handel mit wertvollen Fellen aus Namibia beteiligt. Sie besitzen dort überdies zwei der größten Farmen in Privatbesitz, die Neue Haribes bei Mariental mit einer Fläche von etwa 70.000 ha, und die Farm Duwisib bei Maltahöhe mit weiteren ungefähr 50.000 ha. Auf diesen Farmen wird in großen Maßstab Karakulschafzucht betrieben.

Insgesamt sind etwa 5.000 große Landbesitzer, darunter 2.000 „Deutsche“, an der Produktion dieses bedeutendsten landwirtschaftlichen Erzeugnisses im Lande beteiligt.

Gegenwärtig stehen etwa 80.000 südafrikanische Soldaten in Namibia. Und die Männer mit südafrikanischer und westdeutscher Staatsangehörigkeit, denen gegenüber die Regierung in Bonn eine besondere Verantwortung empfindet, sind Angehörige der südafrikanischen Armee und nehmen an dem Töten in Namibia teil.

Daneben stellen all die militärischen Lieferungen der BRD an Südafrika einen Beitrag zur Unterdrückung des Befreiungskampfes in Namibia dar:

● Es liegen Beweise dafür vor, daß Ausrüstungen aus der

BRD wie „Transall“-C-160-Militärflugzeuge, Panzerwagen der Typen „Eland“ und „Ratel“ (die von Firmen in Südafrika im Besitz westdeutscher Gesellschaften konstruiert wurden), „Unimog“-Militärfahrzeuge von Daimler-Benz, Militärfahrzeuge von Magirus-Deutz und MAN in Namibia eingesetzt werden.

● Teile des Grenzüberwachungssystems „Drumpel“, wie die Luftwaffenbasis Grootfontein und verschiedene Ortungs- und Radaranlagen an anderen Orten sind weitgehend von den westdeutschen Firmen AEG-Telefunken und Draloric gebaut worden.

Die Walvis-Bay-Station des „Advokaat“-Überwachungssystems wurde gleichfalls hauptsächlich von BRD-Firmen, so von AEG-Telefunken, Siemens und MAN, gebaut. Beide „Verteidigungs“anlagen („Drumpel“ wie „Advokaat“) wurden vom Materialamt der Bundeswehr in St. Augustin bei Bonn mit den NATO-Kodifizierungsnummern ausgestattet.

● 1976 wurden Entlaubungs- und Pflanzenvernichtungsmittel eingesetzt, um freie Schußfeldflächen um Flughäfen und andere strategische Einrichtungen herum zu schaffen, insbesondere um Windhuk. Informanten der SWAPO gaben an, daß die benutzten Chemikalien von der Hoechst South Africa Ltd. geliefert worden seien.

● In Tsumeb hat die Max-Planck-Gesellschaft auf einem Gelände, das der Otavi-Gesellschaft gehört, eine Ionosphären-Beobachtungsstation errichtet. Ihre Aktivität richtet sich auf die Überwachung von Raketenflügen. Die Station wurde vom Max-Planck-Institut für Aeronomie, Lindau/Harz, aufgebaut und unterhalten. Dieses Institut bezieht den größten Teil seiner Mittel vom Bundesverteidigungsministerium in Bonn. Die Ionosphären-Beobachtungsstation bei Tsumeb befindet sich bis heute im Besitz des Max-Planck-Instituts in Lindau/Harz; sie wird betrieben von Experten der Max-Planck-Gesellschaft und von der südafri-



Von namibischen Befreiungskämpfern gesprengter Mercedes-Lkw

kanischen militärischen Forschungsorganisation CSIR (Council for Scientific and Industrial Research), die heute auch als offizieller Betreiber der Station auftritt.

1975 beförderte das in staatlichem Besitz befindliche atomgetriebene Forschungsschiff „Otto Hahn“ einen Neutronenmonitor für die Station in Tsumeb. Dieser Monitor enthält u.a. 18 t elektronischen Materials. Er kann zur Beobachtung der Radioaktivität bei Nuklearversuchen eingesetzt werden.

• Ebenfalls 1975 untersuchten Rüstungsexperten der Firma Krupp, Essen, die Möglichkeit, in der Lüderitz-Bucht in Namibia einen Unterseeboothafen zu bauen.

Es ist denkbar, daß das in Monaco erscheinende Magazin *Armies & Weapons*, das von den großen Waffenhändlern insbesondere aus den USA finanziert wird, mehr über dieses Thema weiß. In seiner Ausgabe Nr. 50 vom Januar 1979 hieß es im Zusammenhang mit geplanten Waffenlieferungen

aus der BRD nach Südafrika: „...Es sind Untersuchungen im Gange über die Möglichkeit, fortgesetzte westdeutsche Interessen in Namibia durch Waffenlieferungen an Pretoria zu unterstützen, um die Freundschaft und finanziellen Übereinkünfte zu festigen. Für die Waffenlieferungen gibt es keine Probleme...“

Eine ähnliche Lösung könnte immer gefunden werden, und somit, mit einer Raketenbasis in Zaire, einer Luftwaffenbasis in Portugal und der künftigen Präsenz in Namibia, legt Westdeutschland die Grundlagen für etwas, das nicht bloß ein weiteres wirtschaftliches Imperium darstellt.“

(Quelle: Paper prepared for the International Conference in Solidarity with the Struggle of the People of Namibia, Paris, 11. - 13. September 1980, hsg. von H. Melber für die Anti-Apartheid-Bewegung der BRD und Westberlin, Bonn, September 1980, S. 3-6)

Alfred Babing Die Multis – Stütze des Apartheidsystems

In der Diskussion um die Aktivitäten der multinationalen Konzerne bildet ihr Wirken im Südlichen Afrika einen Schwerpunkt der Auseinandersetzung. Zu diesem Thema gibt es außerordentlich klare und eindeutige Aussagen, die sowohl in zahlreichen Dokumenten der Vereinten Nationen als auch aller internationalen Tagungen zu dieser Problematik enthalten sind. (...)

Die UN-Kommission für die Untersuchung der Aktivitäten der transnationalen Monopole hat am 22. März 1979 einen aufschlußreichen Bericht vorgelegt. Die multinationalen Konzerne der führenden NATO-Staaten kontrollieren die wichtigsten Wirtschaftszweige Südafrikas, Zimbabwes und Namibias. Der Außenhandel und die Investitionstätigkeit im Südlichen Afrika werden maßgeblich von diesen Ländern bestritten.

Die ökonomischen Fakten sprechen für sich. Die NATO-Länder bestreiten zusammen mit Japan und der Schweiz über 60% des Exports und des Imports von Südafrika, und der Handelsaustausch zwischen diesen Ländern hat sich gerade in den letzten Jahren weiter verstärkt. So können sich die rassistischen Regimes bei der Praktizierung ihrer völkerrechtswidrigen Politik auf die geballte Kraft des internationalen Finanzkapitals verlassen; und sie zeigen aufgrund dieser Rückendeckung und Unterstützung keinerlei Bereitschaft zur Achtung der Beschlüsse der Vereinten Nationen.

BRD – mit an der Spitze der Auslandsinvestoren

Wie aus dem Bericht der UN-Kommission hervorgeht, werden allein die direkten ausländischen Kapitalanlagen, die 1977 in Südafrika realisiert wurden, zu 63% von den EWG-Staaten und zu 22,1% von Nord- und Südamerika realisiert. An dieser Verteilung hat sich bis zur Gegenwart, wie in bürgerlichen Publikationen aus den NATO-Staaten betont wird, nichts Grundsätzliches geändert, wobei sich insgesamt die Auslandsinvestitionstätigkeit dieser Staaten im Südlichen Afrika weiter verstärkt hat.

Das Auslandskapital aus den NATO-Staaten hat in der Wirtschaftsentwicklung Südafrikas stets eine bedeutende Rolle gespielt. Seit dem Jahre 1960 stiegen die ausländischen Investitionen um etwa 1 Mrd Rand (1 Rand = 2,50 DM) pro

Jahr. Allein im Jahre 1978 standen Südafrika nicht abgerufene internationale Kreditfazilitäten in Höhe von 2.260 Mio Rand zur Verfügung.

Wie die Deutsch-Südafrikanische Industrie- und Handelskammer bekanntgab, betragen die (west)deutschen Direktanlagen in Südafrika von 1952 bis zum 30. Juni 1978 insgesamt 645,2 Mio DM. Die direkten und indirekten Investitionen der BRD seien schätzungsweise mit 1 Mrd Rand anzugeben. Etwas 450 (west)deutsche Unternehmen haben nach diesen Angaben finanzielle Interessen in Südafrika.

Die britischen Anlagen betragen Ende 1978 13.200 Mio Rand, und die amerikanischen Direktinvestitionen würden mit Ausnahme der Gebiete Bergbau, Erdöl und Transportausrüstungen für 1977 1.791 Mio Dollar betragen. Im Zusammenhang mit den Investitionen sind die Bankkredite aus den westlichen Staaten eine wichtige Quelle für die wirtschaftliche Expansion des Apartheidregimes und seine Anstrengungen zur Überwindung seiner Krisenerscheinungen. Auch hier spielen die multinationalen Konzerne, vor allem die Banken, eine wichtige Rolle. Banken aus der BRD kreditieren in führenden Positionen die strategische Ölversorgung des Apartheidregimes und helfen ihm dabei, eine Schlüsselposition seiner Anfälligkeit gegenüber internationalen Boykottaktionen zu behaupten. Wie aus einer Anfrage im BRD-Bundestag 1979 bekannt wurde, haben die Dresdner Bank, die Commerzbank, die Deutsche Bank und die Westdeutsche Landesbank dem südafrikanischen Strategic Oil Fund (auch als State Oil Fund bezeichnet) in den Jahren 1976 und 1978 insgesamt 111 Mio DM Kredite gewährt. Des weiteren plazierten die Dresdner Bank und die Bayerische Vereinsbank 1978 für den gleichen Zweck SOF-Emissionen in Höhe von insgesamt 80 Mio DM.

Auf diese Weise wird das Apartheidregime in die Lage versetzt, strategische Ölvorräte anzulegen und außerdem die Öl-aus-Kohle-Produktion mit dem Sasol-II-Projekt voranzutreiben. An dem Sasol-II-Projekt ist ohnehin schon seit einigen Jahren ein umfangreiches Engagement sowohl führender BRD-Energie- und Bankmonopole als auch des Staates festzustellen. Über die staatliche Hermes-Versicherungsgesellschaft wurden verschiedene Ausbaustufen über Ausfuhrgarantiebürgschaften kreditiert. Im Juni 1979 gewährte die Hermes-Versicherung weitere Ausfuhrgarantien in Höhe von

300 Mio DM mit einer Laufzeit von 8 Jahren. Dieses Beispiel demonstriert die Kombination von ökonomischer, politischer und militärstrategischer Hilfe für die rassistischen Regimes aus dem NATO-Lager. Es zeigt aber auch zugleich das Zusammenspiel zwischen den multinationalen Konzernen und den westlichen Staaten bei der permanenten Verletzung von UN-Beschlüssen.

Es soll in diesem Zusammenhang nicht übersehen werden, daß es verschiedentliche Überlegungen bei Vertretern westlicher Staaten zur Ausübung ökonomischer Boykotts gegen Südafrika gegeben hat. So entwickelten beispielsweise die Vertreter nordischer Staaten auf der Genfer Konferenz zum Kampf gegen Rassismus und Rassendiskriminierung (August 1978) entsprechende Vorstellungen. Sie fanden ihren Niederschlag in verschiedenen Maßnahmen, beispielsweise der schwedischen Regierung zur Einschränkung des weiteren Engagements multinationaler Konzerne aus Schweden im Südlichen Afrika.

Der BRD-Bundestagsabgeordnete Wolfgang Roth regte an, „der Regierung in Pretoria glaubhaft mit einem Ölboykott zu drohen, um einen 'friedlichen Wandel' durchzusetzen“. Aber daran wie überhaupt an konsequenten Maßnahmen des Westens mangelt es in ihrer gesamten Südafrikapolitik. Diese Feststellung gilt gleichermaßen für Empfehlungen westlicher Regierungen an multinationale Konzerne ihrer Länder, ihre Ausbeutungspraktiken zu ändern, die unter dem Begriff „Verhaltenskodex“ der Öffentlichkeit präsentiert wurden. Die im Südlichen Afrika ansässigen US-Konzernfilialen führten ihn im März 1977 ein, und die Vertreter der EWG-Staaten verabschiedeten ein Dokument ähnlichen Inhalts im September 1977. Worum geht es dabei?

Die Monopole sollen sich zu einer „fairen Beschäftigungspraxis“ gegenüber der schwarzen Bevölkerung entschließen. Das heißt, sie sollen das bestehende System der Lohndiskriminierung in ihren Betrieben abbauen, Löhne zahlen, die mindestens 50% über dem staatlichen festgesetzten Existenzminimum liegen, die Bildung von eigenen Gewerkschaften der schwarzen Angestellten und Arbeiter zulassen, ihnen die gleichen Aufstiegschancen wie den Weißen gewähren, die diskriminierenden Unterschiede bei den „Sozialleistungen“ (Alters-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung, gesundheitliche Betreuung und Wohnraumbeschaffung) beseitigen, die rassistische Trennung der Betriebsangehörigen beseitigen und zum Abbau der Wanderarbeit beitragen. Für südafrikanische Verhältnisse wäre dies zumindest schon ein erster Schritt. Aber wie sieht die Realität aus?

Tabelle I

**Lohnzahlungen an schwarze Arbeitskräfte
(Dezember 1978)**

(Angaben in Rand pro Monat, 1 Rand etwa 2,50 DM)

	BMW in Durban	Mercedes in East London	Henkel in Durban
gezahlter Mindestlohn	114,40	136,60	105,16
offiziell berechnetes Existenzminimum (örtlich unterschiedlich)	138,23	140,98	138,23
Mindestlohn nach den Auflagen des EWG-Verhaltenskodex	207,34	211,50	207,04

Wie nicht anders zu erwarten, ist die Mehrzahl der Monopolisten aus kurzfristigen Profitinteressen noch nicht einmal bereit, die von ihnen selbst erarbeiteten Reformvorschläge in der Praxis ihrer Konzerne zu verwirklichen.

Die (in Tabelle 1) folgenden Beispiele aus einigen Tochterunternehmen von BRD-Monopolen in Südafrika geben darüber aufschlußreiche Informationen.

Die Zahlen beweisen ganz eindeutig, daß die multinationalen Konzerne, vor allem auch aus der BRD, die brutale Ausbeutung der schwarzen Arbeiter unter Ausnutzung des Apartheidmechanismus ungehindert fortsetzen. Sie haben sogar keine Skrupel, noch geringere Löhne zu zahlen als das ohnehin nur karg bemessene offizielle Existenzminimum.

Wie die BRD-Bundestagsabgeordnete Frau Lenelotte von Bothmer Anfang Dezember 1978 in einer Bilanz zur Bonner Südafrikapolitik feststellte, habe sie aus eigener Erfahrung in Südafrika sehen können, daß BRD-Konzerne die Möglichkeit, „billige Arbeitskräfte ohne soziale Verpflichtungen einzustellen, nur zu selbstverständlich annehmen“. Sie betonte dabei nachdrücklich, daß es kein Instrumentarium gibt, „mit dem die Befolgung des Kodex bei deutschen Firmen einigermaßen zuverlässig geprüft werden könnte“, und kritisierte die Bundesregierung, daß sie die Praktiken der BRD-Konzerne pauschal gelobt habe, „ohne daß erkennbare Daten vorgelegt worden wären“.

Die militärisch-atomare Kollaboration

Ein besonders gefährliches Kapitel der Aktivitäten multinationaler Konzerne aus den NATO-Staaten ist die anhaltende militärisch-atomare Unterstützung, die sie den Rassisten direkt und indirekt gewähren.

Es bedarf wohl keiner großen Erklärung, daß diese Frage die Sicherheits- und Friedensinteressen nicht nur der afrikanischen Völker, sondern aller Staaten der Erde berührt.

Eine sehr detaillierte Untersuchung zu dieser Sache wurde im September 1978 vom Sekretär der britischen Anti-Apartheid-Bewegung Abdul S. Minty vorgelegt. Er verweist auf drei wichtige Zusammenhänge: 1. Südafrika ist faktisch in der Lage, eine Atombombe zu zünden. Die Welt hat ein Recht darauf zu erfahren, wie diese Kapazität entwickelt wurde. 2. Die langjährige nukleare Zusammenarbeit zwischen Südafrika und den westlichen Hauptmächten als Ursache für dieses Resultat hat gezeigt, daß die Resolution des UN-Sicherheitsrates über ein Waffenembargo vom November 1977 zu schwach ist. 3. Die nuklearen Hauptpartner Südafrikas – die USA, Großbritannien, Frankreich und die BRD – müssen sich vor der Welt mit der Tatsache auseinandersetzen, daß Südafrika mit seiner militärisch-nuklearen Kapazität keiner internationalen Kontrolle unterliegt, weil es bisher kategorisch den Beitrag zum Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen verweigert hat.

Die Konsequenzen dieser Aussagen sind eindeutig und klar: Das Apartheidregime ist zu einer akuten Bedrohung für den Frieden und die internationale Sicherheit geworden. Die multinationalen Konzerne aus den NATO-Staaten haben diese Entwicklung forciert und aus dieser Entwicklung selbst profitiert.

Die Schlußfolgerungen aus den gesamten Darlegungen können demzufolge kurz und prägnant sein: Rassismus und Apartheid im Südlichen Afrika lassen sich nicht durch verbale Erklärungen und unverpflichtende Appelle westlicher Politiker und Wirtschaftsfachleute bekämpfen. Allein ein konsequenter und umfassender internationaler Boykott kann das Regime in Pretoria dazu bringen, die UN-Beschlüsse im Südlichen Afrika zu verwirklichen.

(Quelle: Neue Perspektiven, Helsinki, Nr. 3-4/1980, S. 31-33)

C. Mzala **Bewaffneter Kampf in Südafrika**



In dieser Phase des Kampfes ist es die dringliche Aufgabe unserer Bewegung, unter den Massen unseres Volkes ein Gefühl des Vertrauens in ihre eigene Kraft zu wecken, daß sie die Rassisten überwinden können, und zwar durch kraftvolle revolutionäre Aktion, deren Hauptinhalt wirkungsvolle und fortgesetzte Guerillaoperationen sein müssen, einschließlich einer landesweiten Sabotage-Kampagne, die an die frühen 60er Jahre erinnert und damit dort ansetzt, wo es mit Rivonia (Prozesse gegen Führer des Afrikanischen Nationalkongresses – ANC, bei denen u.a. Nelson Mandela 1964 abgeurteilt wurde; d. Red.) aufhörte.

Das bedeutet nicht, daß wir nun hingehen, die Gewehre ergreifen und morgen irgendwo den Kampf beginnen müssen. Die marxistische Revolutionstheorie unterscheidet sich von allen anderen Theorien durch die bemerkenswerte Weise, in welcher „sie völlige wissenschaftliche Nüchternheit bei der Analyse der objektiven Lage und des objektiven Verlaufs der Entwicklung vereint mit der ausdrücklichsten Anerkennung der Bedeutung der revolutionären Energie, des revolutionären schöpferischen Geistes und ‚der revolutionären Initiative der Massen‘.“¹

Sicher, wir müssen nachdrücklich die abenteuerlichen Theorien nach Art der Narodniki² kritisieren, die den subjektiven Faktor völlig von den herrschenden objektiven Bedingungen trennen. Meine Betonung der Rolle des bewaffneten Kampfes in diesem entscheidenden Stadium der Revolution ist jedoch ein überlegtes Herangehen, das die neuen Anforderungen der Bewegung zu einer Zeit reflektiert, da die Bedingungen für eine machtvolle bewaffnete Revolution reif geworden sind. Es wäre daher falsch, wenn der Leser aus diesem Artikel folgern wollte, daß bewaffnete Aktivitäten allein eine Revolution in Südafrika herbeiführen könnten, unabhängig von der objektiven politischen Situation und unter Mißachtung anderer Formen des politischen Kampfes. Diese Vorschläge werden nicht aufgrund bloßer theoretischer Betrachtung, sondern aufgrund praktischer Überlegungen gemacht – und wie immer ist die Praxis die Überprüfung der Theorie.

Lenin lehrte, daß man, während man die objektiven Bedingungen nüchtern in Betracht zieht, nicht vergessen sollte, daß „in revolutionären Zeiten die Grenzen dessen, was möglich ist, tausendfältig expandieren“³ unter dem machtvollen Anstoß der historischen Massenaktion. Es sollte mit aller Billigkeit und Wahrheit gesagt werden, daß jedes Jahr, in der Tat jeder Monat, durch den die Befreiung Südafrikas beschleunigt wird, die Rettung von Millionen unterernähr-

ten Kindern vor dem Verhungern bedeutet, daß Hunderte vor Haft, Folter und Hinrichtung bewahrt bleiben, daß dem Volk endloser Schmerz erspart wird. Mit den Worten der Gründer des Umkhonto we Sizwe (Speer der Nation, bewaffneter Arm der Befreiungsbewegung ANC): „Die Zeit des Kleinmuts ist vorüber, weil die Geschichte uns keine Wahl läßt.“⁴

Slovo stellt, die Bedingungen zusammenfassend, welche die historische Entscheidung diktierten, im Dezember 1961 den Umkhonto we Sizwe (MK) zu bilden, fest: „Zu der Zeit hatte die Strategie des Massenkampfes auf gewaltlosem Wege ihr Potential, das Volk zu mobilisieren, erschöpft. Das Regime war zu unverhülltem Terror gegen jegliche militante Opposition gegen die Rassistenherrschaft übergegangen; die Befreiungsbewegungen waren verboten worden. Die Tatsachen hatten mit allen noch bestehenden Illusionen aufgeräumt, daß ein radikaler Wandel durch Aktionen errungen werden könnte, die bewaffnete Aktivitäten nicht einschlossen.“⁵

Das Manifest des MK erklärte: „Wir entwerfen einen neuen Weg zur Befreiung des Volkes dieses Landes. Die Regierungspolitik des Zwangs, der Unterdrückung und der Gewalt wird nicht mehr länger nur mit gewaltlosem Widerstand beantwortet werden! Diese Wahl ist nicht unsere; sie wurde von der Nationalisten-Regierung getroffen, die jedes friedliche Verlangen des Volkes nach Rechten und Freiheit zurückgewiesen und jede derartige Forderung mit mehr und mehr Gewalt beantwortet hat.“

Die Bildung des Umkhonto we Sizwe

Daß daher 1961 die Zeit gekommen war, die rassistische Gewalt mit revolutionärer Volksgewalt zu beantworten, kann nicht länger eine umstrittene Frage sein. Die oben angeführte Passage des MK-Manifestes reflektiert deutlich, daß die Entscheidung, zum bewaffneten Kampf überzugehen, nach reiflicher Überlegung und Abwägung getroffen wurde. Mehr noch, es ist ein Beweis für sich, daß der Umkhonto we Sizwe in jenem Anfangsstadium, da man kaum irgendwelche nennenswerten Materialressourcen hatte und in einem hoch-industrialisierten kapitalistisch-totalitären Staat operieren mußte, umgeben von feindseligen Staaten, es zuwege bringen konnte, mehr als 150 Sabotageakte innerhalb von 18 Monaten durchzuführen. Diese dramatischen Akte revolutionärer Angriffe, die mit jedem Monat an Intensität und Ausdehnung zunahm, sind Beweis genug, daß die Mehrheit des Volkes, 1. schon desillusioniert war darüber, die Befreiung mit gewaltlosen Mitteln zu erreichen, und 2. bereit war, den Ruf nach bewaffnetem Kampf zu erwidern. Angesichts dieser Bedingungen hängt der Erfolg der Durchführung des militärischen Kampfes von zwei Faktoren ab, einmal von der Existenz einer klaren Führerschaft mit verfügbaren materiellen Ressourcen, um den Funken zu zünden und militärische Operationen aufrecht zu erhalten, und zum anderen von der Stärke des Feindes.

Jene, die den sog. Fehlschlag der Sabotage-Kampagne der frühen 60er Jahre kritisieren, und als Beweis die letztendliche Verhaftung der Führung in Rivonia anführen, um so zu

beweisen, daß die Zeit noch nicht gekommen war, sollten sich bewußt sein, daß sie in ähnlicher Weise und wahrscheinlich aus den gleichen Gründen Fidel Castro in Kuba kritisiert hätten, wenn seine Guerilla-Truppe dabei gescheitert wäre, sich in der Sierra Madre zu behaupten. Überdies wurde der Fehler im Sicherheitsbereich, der zur Verhaftung der Führung in Rivonia geführt hatte, mit dem Beginn der Ausführung des Beschlußdokuments „Operation Mayibuye“ korrigiert, in dem es heißt: „Bevor die Operationen stattfinden werden, wird die politische Führung im Geheimen in einem befreundeten Land aufgebaut sein, um den Kampf im Innern wie im Ausland anzuleiten.“ Es ist daran zu erinnern, daß die Verhaftungen von Rivonia vor der Durchführung der „Operation Mayibuye“ stattfanden.

Wenn wir auch wissen, daß der Sieg in Südafrika gewiß ist, so konnten unsere Gründerväter es sich 1961 dennoch nicht leisten, in ihren Hauseingängen zu sitzen und darauf zu warten, daß die Apartheid als Leichnam vorbeiziehen werde. Sie waren sich wohl bewußt, im selben Sinne wie Marx es in einem Brief an Dr. Kugelmann ausdrückte, daß die „Weltgeschichte in der Tat sehr einfach zu gestalten wäre, wenn der Kampf aufgenommen werden könnte unter der Bedingung unfehlbar günstiger Aussichten“.

Das Problem der revolutionären Situation

Dann gibt es da jene, die behaupten, daß eine revolutionäre Situation stets die Voraussetzung für bewaffneten Kampf sei und daß das Gegenteil linksradikale Kinderei und Abenteuerismus sei. Dabei beziehen sie sich auf Aussagen Lenins, der einmal schrieb: „Für den Marxisten unterliegt es keinem Zweifel, daß eine Revolution ohne eine revolutionäre Situation unmöglich ist, wobei nicht jede revolutionäre Situation zur Revolution führt.“⁶ An anderer Stelle sagte Lenin: „Unterdrückung allein, wie groß sie auch sei, bedingt nicht immer eine revolutionäre Situation in einem Lande.“⁷

Diese Texte sind gründlich mißverstanden worden und zeitweilig dogmatisch von ihrem Kontext getrennt angewandt worden. Manche Avantgardebewegung hat sich historisch selbst zum Untergang verurteilt – weiterhin existierend, aber zu leben aufgehört –, indem sie passiv den Moment abwartete, in welchem die revolutionäre Situation auftrat und eine landesweite Krise ausbrach.

Was ist eine revolutionäre Situation? Sollte der Guerillakampf die revolutionäre Situation abwarten?

Lenin entwickelte das Konzept der „revolutionären Situation“ hauptsächlich während des 1. Weltkrieges, als es Anzeichen gab, daß in einer Anzahl europäischer Länder eine revolutionäre Situation heranreife.

Er beschrieb den Zustand der Gesellschaft, welcher einer politisch reifen Revolution vorausging. Seine Schlußfolgerungen waren das Ergebnis einer gründlichen Untersuchung der spezifischen Erfahrungen der russischen Revolution von 1905-07. Anfangs benutzte er nicht den Ausdruck „revolutionäre Situation“, sondern die Bezeichnung „politische Krise in landesweitem Maßstab“ und andere.

Zu keiner Zeit sagte er, daß ein bewaffneter Kampf nicht beginnen könne, bevor es eine revolutionäre Situation gebe. Zum Beispiel schrieb er: „Welches sind, allgemein gesprochen, die Merkmale einer revolutionären Situation? Wir gehen sicherlich nicht fehl, wenn wir folgende drei Hauptmerkmale anführen: 1. Für die herrschenden Klassen ist es unmöglich, ihre Herrschaft unverändert aufrecht zu erhalten; die eine oder andere Krise der 'oberen Schichten', eine Krise der Politik der herrschenden Klasse, die einen Riß entstehen läßt, durch den sich die Unzufriedenheit und Empörung der unterdrückten Klassen Bahn bricht. Damit es zur Revolution kommt, genügt es in der Regel nicht, daß die

'unteren Schichten' in der alten Weise 'nicht leben wollen', es ist noch erforderlich, daß die 'oberen Schichten' in der alten Weise 'nicht leben können'. 2. Die Not und das Elend der unterdrückten Klassen verschärfen sich über das gewöhnliche Maße hinaus. 3. Infolge der erwähnten Ursachen steigert sich erheblich die Aktivität der Massen, die sich in der 'friedlichen' Epoche ruhig ausplündern lassen, in stürmischen Zeiten dagegen sowohl durch die ganze Krisensituation *als auch durch die oberen Schichten selbst* zu selbständigem historischen Handeln gedrängt werden. (...) Die Gesamtheit dieser objektiven Veränderungen wird denn auch revolutionäre Situation genannt.“⁸

Die Vulgarisierung der Leninschen Thesen über die revolutionäre Situation hat praktisch zur Folge gehabt, daß alles, was die Avantgardebewegung zu tun habe, sei, Waffen und Kräfte im Lande zu horten, während man auf den Tag X wartet, an dem wir stark genug sein werden, der revolutionären Situation zu begegnen. Die Erfahrungen anderer Länder wie Algerien, Kuba, Angola dagegen zeigen, daß der Guerillakampf eine revolutionäre Situation herbeiführen kann.

Heute ist dies umso mehr der Fall, als die Befreiungskräfte über einen Vorteil verfügen (den die russischen Revolutionäre nie besaßen), nämlich die Existenz einer sozialistischen Gemeinschaft, die den Prinzipien des proletarischen Internationalismus verpflichtet ist. In faschistischen Ländern wie Südafrika wird deshalb ein offener, vom Volk unterstützter Kampf der Guerilleros mit Sicherheit die Entwicklung einer revolutionären Situation bis zu ihrem höchsten Stadium – der landesweiten Krise – beschleunigen.

Nach dieser Analyse ist die Frage, der enorme Bedeutung zukommt, diejenige der politischen Mobilisierung der Massen.

Der bewaffnete Kampf ist die höchste Form des politischen Kampfes, verlangt er doch erhebliche Opfer vom Volk. Es ist wichtig, dies zu betonen, weil jede Manifestation von Militarismus, die den bewaffneten Volkskampf von seinem politischen Kontext trennt, zu einer unermesslichen Tragödie und Katastrophe führen und in unserer besonderen Situation unsere Bewegung um Jahrzehnte zurückwerfen, wenn nicht ihren völligen Zusammenbruch verursachen kann.

Die Politik des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) in dieser Frage ist sehr klar: „... Die bewaffnete Herausforderung des Volkes gegen einen Feind mit fürchterlicher materieller Stärke führt nicht zu dramatischen und raschen Erfolgen. Der Weg ist übersät mit Hindernissen und wir hegen in dieser Hinsicht keinerlei Illusionen bezüglich Südafrikas. Sie kann langfristig nur erfolgreich sein, wenn sie die aktive Unterstützung der Volksmassen für sich gewinnen kann. Ohne dieses Lebenselement ist sie zum Untergang verurteilt.“⁹

Gleichgültig wie geschickt oder mutig unsere Guerillaeinheiten sein mögen, das Fehlen von Massenunterstützung könnte ihren Untergang bedeuten. Ein Beispiel hierfür ist der Kampf des philippinischen Volkes. William Pomeroy, ein zeitgenössischer Marxist und Experte des revolutionären bewaffneten Kampfes, der selbst am Guerillakampf des philippinischen Volkes teilgenommen hat, erklärt warnend: „Breite und universelle Verallgemeinerungen über die Wirksamkeit des bewaffneten Kampfes oder von Guerillataktiken können nicht mit Sicherheit getroffen werden.“¹⁰

Wie aber mobilisiert man das Volk in Südafrika nun praktisch? Geht man von Mann zu Mann und fordert ihn auf, dem ANC beizutreten? Oder erinnert man ihn daran, daß er durch die Gesetze X, Y und Z unterdrückt wird? Gewiß, wenn sich der Kampf zuspitzt und verstärkt, wird die politische Mobilisierung die Form umfassender Erziehungs- und Agitationsarbeit annehmen – denn nur, wenn der Feind

fortwährend gestört wird und seine Kräfte zerstreut und somit geschwächt sind, kann wirksame Propaganda durch unsere Untergrundeinheiten sowie bewaffneten Kämpfer die Massen zu einer höheren Stufe der Organisation hin mobilisieren.

Wir dürfen nicht vergessen, daß die Propaganda der Waffen insbesondere in diesem Anfangsstadium an sich ein politisch mobilisierender Faktor ist. Slovo hat Recht, wenn er bemerkt: „Erfahrungen in Südafrika wie in anderen hochorganisierten Polizeistaaten haben gezeigt, daß es, bis zum neuen Typus von Aktionen übergegangen wird, zweifelhaft ist, ob politische Mobilisierung und Organisation über einen bestimmten Punkt hinaus entwickelt werden können. Angesichts der Desillusionierung des Volkes über die alten Kampfformen ist eine Demonstration der Fähigkeit der Befreiungsbewegung, den Kampf auf neue Weise führen und durchhalten zu können für sich selber ein wesentlicher Schritt dahin, organisierte Verbundenheit und Unterstützung anzuziehen. Insofern würde die Zurückstellung jeglicher bewaffneter Aktivität bis zu dem Zeitpunkt, da politische Mobilisierung und organisatorischer Wiederaufbau ein genügend hohes Niveau erreicht hätten, um deren fortschrittliche Formen durchzuhalten, die Aussichten einer vollständigen politischen Mobilisierung selbst untergraben.“¹¹ Die zitierte Passage entspricht der Präambel des Dokuments „Operation Mayibuye“, die in revolutionärem Optimismus betonte, daß der Plan im Anfangsstadium „einen massiven Angriff auf ausgewählte Ziele vorsieht, der ein Höchstmaß an Zerstörung und Verwirrung im gegnerischen Lager hervorruft“ und in den Volksmassen ein Gefühl des Vertrauens erzeugt, daß „hier nun eine Befreiungsbewegung ist, die ausgerüstet und fähig ist, sie zum Sieg zu führen“. Dies wird dann die geeignete Atmosphäre für eine allmähliche Massenbeteiligung an ihrer eigenen bewaffneten Revolution schaffen.

Die Frage der politischen Mobilisierung kann nicht abstrakt behandelt werden. Wie in Algerien, Kuba und anderswo wird der allgemeine Aufstand durch organisierte und gut ausgerüstete Guerillaoperationen ausgelöst werden, in deren Verlauf die Volksmassen einbezogen und bewaffnet werden. Das faschistische Gespenst quält unser Volk noch immer. Es umgibt sich mit dem Mythos der Unbesiegbarkeit. Eine ernsthafte Herausforderung dieses Mythos durch eine Demonstration bewaffneter Siege des Volkes, so gering sie sein mögen, wird diesen Mythos erschüttern – und Schlagworte wie „der lange Arm des Gesetzes“ und „Wände haben Ohren“ werden bedeutungslos werden und sich als bloße Drohungen erweisen.

Die Stärke des Feindes

Im Hinblick auf die politische Mobilisierung der Massen sind MK-Operationen wie die Angriffe auf Polizeistationen in Soweto (vgl. AIB 6/1980; d. Red.) ideale Operationen, und zwar nicht notwendigerweise aufgrund ihres offensiven Charakters, sondern weil sie siegreich waren. Daß es Verluste auf unserer Seite gibt, wird eine nur natürliche Entwicklung sein, gewiß aber keine vorsätzliche; das Gesetz des Handelns auf dieser Stufe lautet: „Angriff ohne Scheu auf den Schwachen und Flucht ohne Scheu vor dem Starken.“¹² Wir würden Tagträumen nachhängen, bestritten wir die beträchtlichen militärischen Vorteile, über welche die Pretoria-Buren in diesem Stadium unserer Revolution verfügen; so ihre reiche Wirtschaft (die jetzt schon ein gewaltiges Aggressionsbudget finanziert), eine große Armee und Polizei, einen hohen Industrialisierungsgrad und die modernen Straßen und Schienenwege, die den Transport in alle Landesteile erleichtern. In „Strategie und Taktik des ANC“ wird jedoch



ANC-Guerilleros in einem Ausbildungscamp irgendwo im südlichen Afrika

richtig festgestellt, daß, „wenn es eine Lehre gibt, welche die Geschichte des Guerillakampfes lehrt, es die ist, daß materielle Kräfte und Ressourcen des Feindes keineswegs ein entscheidender Faktor sind“.

Guerillakriegführung bedeutet gerade ihrer eigenen Definition nach, vorteilhaft (auf lange Sicht) für den materiell Schwachen gegenüber dem materiell Starken zu sein, und ihr Erfolg ist garantiert durch ihren Ursprung im Volk und ihre Unterstützung durch das Volk; so daß von daher, gleich wie stark die Kräfte des Feindes sind, geschickte Durchführung von Guerillataktiken wie Überraschung, Beweglichkeit und taktischer Rückzug es dem Feind schwer machen, seine überlegene Feuerkraft in irgendeine entscheidende Schlacht einzubringen.

Die Notwendigkeit für die Rassistsoldaten, sich selbst auszubreiten, um jeden Zentimeter der Verbindungswege zu überwachen, und die Notwendigkeit die weit verstreuten Einrichtungen zu schützen, von denen die Wirtschaft abhängt, wird es ihnen unmöglich machen, sowohl innerhalb des Landes zu sein wie in Namibia und überdies in den Straßen, um auf Arbeiter zu schießen, wenn diese streiken. Ohne das Element des bewaffneten Kampfes in der südafrikanischen Revolution wären die Rassisten an allen genannten Orten gleichzeitig zu finden.

Gegen einen Feind von der Stärke Südafrikas ist es nur logisch für die Befreiungskräfte sich auf einen langen Krieg einzustellen; das Gegenteil hieße, eine Katastrophe herauszufordern. Es sollte jedoch in Erinnerung behalten werden, daß gerade die Komplexität und hochentwickelte Struktur des südafrikanischen Industriebereichs ihn für wirksame Guerillaangriffe gegen wirtschaftliche Ziele verwundbar macht, so daß innerhalb kurzer Zeit (und wahrscheinlich weitaus eher als wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt absehen können¹³) Verheerung und Verwirrung über das Land kommen können und somit die revolutionäre Erhebung der Ergreifung der Macht näherbringen – selbstverständlich vorausgesetzt, daß unsere Bewegung auf diesen Fall vorbereitet ist.

Um eine Revolution zu vollbringen, müssen wirkliche Kräfte und reife subjektive Bedingungen vorhanden sein. Die subjektiven Voraussetzungen für die Revolution bestehen, wenn die fortschrittlichen Kräfte die Fähigkeit besitzen, bewußte revolutionäre Aktionen zu unternehmen mit dem Ziel, das alte System zu stürzen und ein neues zu errichten.

Wenn diese Kräfte nicht vorhanden sind, mag die Chance vertan sein – wenn die subjektiven Kräfte nicht hinreichend reif entwickelt sind, wird die Revolution eine Niederlage erleiden. Konkret ausgedrückt: Das Bestehen einer klaren Führung (mit klarer Führung sind solche Führer gemeint, die

die wirklichen Repräsentanten des arbeitenden Volkes nicht nur der Theorie, sondern der Wirklichkeit nach sind) zusammen mit den materiellen Mitteln zu ihrer Verfügung, um Operationen in Gang zu setzen und durchzuhalten, ist eine zwingende Notwendigkeit. Daß Operationen durchgehalten werden können müssen, ist unbedingt zwingend, da spontane, isolierte Aktionen (gleich wie gut sie gemeint sein mögen) nicht ausreichen, um den Sieg in der Revolution zu erringen. Es ist lebenswichtig, daß die Bewegung deutlich macht, daß sie angetreten ist, um zu bleiben. Nur dann kann sie dem Volk Vertrauen und die Fähigkeit geben, Möglichkeiten zu sehen.

Isolierte und unkoordinierte Aktionen spielen letztlich dem Feind in die Hände, der das Volk dahingehend zu täuschen versucht, daß die Guerilleros ein furchtsamer, verzweifelter und gangsterhafter Haufen seien, der Angst vor den Sicherheitskräften des Staates hat. Eine isolierte Aktion geht in einem Lande wie Südafrika zum Beispiel leicht unter in den tagtäglichen Sensationsthemen des Landes, von denen viele von Verbrecherbanden ausgelöst werden.

Eine Einschätzung des Reifegrades der subjektiven Faktoren auf dieser Stufe der Revolution muß nicht allein die Bereitschaft der Avantgardebewegung und ihrer politischen Führung ermitteln, sondern auch die materiellen Möglichkeiten, den Kampf durchzuhalten, bis die Massen in der Lage sind davon, lediglich bloße Anhänger der Revolution zu sein, dazu überzugehen, aktiv an ihr teilzunehmen. Der letztere Faktor ist aufgrund seines mechanischen Charakters sehr leicht einzuschätzen und auch zu gewährleisten (nimmt man die Existenz der sozialistischen Gemeinschaft sowie die Ressourcen des Feindes im Land), der erstere jedoch kann nur in der Praxis überprüft werden und nicht allein in der Theorie – denn allein die Praxis ist das Kriterium der Wahrheit.

Soweto und unsere Zeit

Die politischen Kräfte der Revolution werden geformt und geprüft in den Flammen des politischen Kampfes auf der Basis der praktischen Erfahrungen, die von den Massen angesammelt werden. Die Massen selbst werden wirklich im Kampf selbst organisiert. Lenin sagte: „Die wirkliche Erziehung der Massen darf nie von ihrem politischen und besonders dem revolutionären Kampf getrennt werden. Nur der Kampf erzieht die ausgebeutete Klasse. Nur der Kampf eröffnet ihr die Größe der eigenen Kraft; erweitert ihren Horizont, erhöht ihre Fähigkeiten, klärt ihr Denken, stählt ihren Willen.“¹⁴

Er fuhr fort aufzuzeigen, daß der grenzenlose revolutionäre Enthusiasmus des Volkes neue historische Horizonte eröffnet und der Bewegung neue große Aufgaben setzt (Aufgaben, von denen Schreibtisch-Revolutionäre nicht einmal zu träumen wagen). Revolutionäre Zeiten zeichnen sich sodann durch rasche Entwicklungsschritte aus; Geschichte bemißt sich dann nicht in Jahren und Jahrzehnten, sondern in Wochen und sogar Tagen. Nur unter derartigen Bedingungen erhält unsere Losung „Freiheit zu unseren Lebzeiten“ für die Massen Geltung.

Die politischen Ereignisse in Südafrika in der Periode seit dem 16. Juni 1976 (dem Tag des Polizeimassakers in Soweto; d. Red.) haben von neuem die überwältigende Mehrheit des Volkes überzeugt, daß bewaffneter Widerstand und militärisch offensive Operationen der Volksarmee notwendig sind, um den Zusammenbruch des Rassistenregimes herbeizuführen.

Dies läßt sich ablesen an der offensiven Haltung der Jugendlichen von Soweto und anderswo, die Steine und Mülltonnendeckel trugen. In Soweto hatten diejenigen, die starben

– anders als in Sharpeville (vgl. AIB 3/1980) – ihre Wunden nicht im Rücken auf der Flucht vor dem Terror der Polizei, sondern sie starben, während sie gegen das rassistische Ungeheuer vorrückten. Gerade die Bereitschaft der Menschen, selbstmörderische offensive Kampagnen in der Art von Soweto zu unternehmen, ist ein deutliches Zeichen der revolutionären Militanz, die heute von ihren Herzen Besitz ergreift.

Es gibt für unser Volk keinen anderen Weg zur Befreiung als den des bewaffneten Kampfes. Andere Auffassungen zu vertreten, hieße sich auf eine leblose theoretische Diskussion einzulassen, der jegliche praktische Bedeutung abgeht. Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen bemerkte das Zentralkomitee der Südafrikanischen Kommunistischen Partei in seiner Analyse Sowetos unmittelbar nach dem Ereignis: „Soweto hat die Debatte über die Legitimität zum bewaffneten Kampf überzugehen abgeschlossen.“¹⁵ Ebenso erklärte das Nationale Exekutivkomitee des ANC das Jahr 1979 zum „Jahr des Speeres“ – nicht ohne Grund.

(Quelle: The African Communist, London, Nr. 82, III/1980, S. 65-73)

Anmerkungen:

- 1) W.I. Lenin, Gesammelte Werke, Bd. 13 (Engl. Ausg.), S. 36 (Rückübersetzung aus dem Englischen)
- 2) Narodniki: „Volkstümler“, vornehmlich aus Intellektuellen bestehende sozialrevolutionäre Bewegung im Rußland des späten 19. Jahrhunderts. Ihre in erster Linie kleinbürgerlich/kleinbäuerlich-radikalen Vorstellungen wurden von Lenin scharf kritisiert; d. Red.
- 3) W.I. Lenin, Gesammelte Werke, Bd. 23 (Engl. Ausg.), S. 323 (Rückübers.)
- 4) „Operation Mayibuye“, Beschlußdokument
- 5) B. Davidson/ J. Slovo/ A. Wilkinson, Southern Africa: The New Politics Of Revolution, Harmondsworth 1976, S. 180
- 6) W.I. Lenin, Gesammelte Werke, Bd. 21 (Dte. Ausg.), S. 213
- 7) W.I. Lenin, Gesammelte Werke, Bd. 19 (Engl. Ausg.), S. 221 (Rückübers.)
- 8) W.I. Lenin, Gesammelte Werke, Bd. 21 (Dte. Ausg.), S. 206/07
- 9) Strategy And Tactics Of The ANC, Morogoro 1969
- 10) William Pomeroy, Guerilla Warfare And Marxism, New York 1968, S. 31
- 11) B. Davidson/ J. Slovo/ A. Wilkinson, Southern Africa: The New Politics Of Revolution, a.a.O., S. 194
- 12) „Operation Mayibuye“, Beschlußdokument
- 13) Dieser Artikel wurde vor dem ANC-Bombenanschlag im Juni auf die Kohleverflüssigungsanlagen von SASOL I und II geschrieben. Vgl. AIB 7-8/1980; d. Red.
- 14) W.I. Lenin, Gesammelte Werke, Bd. 23 (Engl. Ausg.), S. 241 (Rückübers.)
- 15) Political Report, adopted by the Plenary Session of the Central Committee of the South African Communist Party, April 1977. Dt. in: AIB 10 und 11/1977

SERVICE CIVIL INTERNATIONAL, Deutscher Zweig e. V. — AFRIKA-KOMMISSION —

Freiwillige für Workcamps gesucht

In Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen in Afrika (Senegal, Sierra Leone, Elfenbeinküste, Ghana, Togo, Nigeria, Botswana und Lesotho) vermittelt die Afrika-Kommission des SCI im Sommer 1981 wieder Teilnehmer in internationale Workcamps (3-6 Wochen).

Die Freiwilligen helfen durch unbezahlte Arbeit beim Aufbau einer Infrastruktur wie Schulen, Hospitälern u.ä. Dies wird grobenteils zur Unterstützung von Selbsthilfeprojekten der ländlichen Bevölkerung durchgeführt.

Voraussetzung zur Teilnahme ist die Beteiligung an zwei Vorbereitungsseminaren im April und Juni 1981. Im Herbst führen wir dann ein Auswertungstreffen durch.

Wir erwarten auch die weitere Mitarbeit in der Afrika-Kommission, beispielsweise bei unserer Solidaritätsarbeit in der BRD.

Informationsmaterial und Voranmeldung (mit Vermerk AIB-Anzeige) bis Ende Dezember 1980 an:

SCI – Afrika-Kommission, Burbacherstr. 193, 5300 Bonn 1

Gabriel Garcia Marquez

Im Innern Vietnams



Gabriel Garcia Marquez, weltbekannter kolumbianischer Schriftsteller, nahm den „Informationskrieg“ gegen das bedrängte Vietnam (siehe auch den Beitrag von J. v. Freyberg in AIB 5/1980) zum Anlaß, um sich vorort ein eigenes Bild zu machen. Er stellte dabei die Hinterlassenschaften des US-Krieges und die Gegenwärtigkeit der chinesischen Kriegsandrohung ebenso in Rechnung wie die Mühen der sozialrevolutionären Veränderungen im 1975 befreiten Süden.

(...) Ich kam in Vietnam auf dem Höhepunkt des Aufbruchs um die „boat people“ („Bootsleute“) an, mit der einzigen Absicht, um meines Gewissens willen die Wahrheit von dem ganzen Rummel zu trennen. Aber das Flüchtlingsdrama (siehe detailliert in: AIB 9/1979, S. 17-19; d. Red.), so unmittelbar und herzerweichend es auch war, wurde für mich angesichts der erschreckenden Wirklichkeit des Landes zu einer zweitrangigen Angelegenheit.

Noch keine Zeit, das Haus auszufegen

Von Anfang an beeindruckte mich am meisten, daß die Trümmer des Krieges gegen die USA, der vor 4 Jahren endete, unberührt geblieben waren. Die Vietnamesen hatten noch nicht einmal die Zeit gefunden, ihr Haus auszufegen. Ihre Zivilflughäfen waren übersät mit Wrackteilen von Kampfflugzeugen und Schlachthubschraubern, die die Yankees zur Zerstörung wehrloser Dörfer benutzt hatten, und mit Eisenschrott der todbringenden Maschinerie, der in der abschließenden wilden Flucht zurückgelassen worden war. Von den verwüsteten Straßen konnte man die Asche von Dörfern sehen, die mit Napalm ausgelöscht worden waren, ein Niemandsland, das einst Wald war, durch chemische Entlaubungsmittel unfruchtbar gemacht, Bombenkrater an jeder Seite. Eine Autofahrt von 50 km, die gut 4 Stunden gedauert haben mag, war ein einziges Kriegsabenteuer. Die Bewässerungskanäle, die das Land aus der Luft wie ein riesiges Schachbrett aussehen ließen, waren kaum wieder in Betrieb genommen. (...)

In mancher Hinsicht war der Krieg nicht zu Ende. Etwa 300.000 Tonnen Minen und Bomben, die nicht explodiert waren, waren immer noch über dem Land verstreut, wartend und nach neuen unschuldigen Opfern ausspähend. (...) In einer einzigen Provinz kamen etwa 4.000 Personen seit dem Krieg auf diese Weise ums Leben.

Es wird geschätzt, daß die USA über Vietnam einige tausend mal mehr Bomben abgeworfen haben als alle im 2. Weltkrieg abgeworfenen zusammengenommen. Es war der grausamste Feuersturm, den jemals ein Land in der Menschheitsgeschichte erlitten hat. (...)

In den wenigen Jahren dieses Wahnsinns der verbrannten Erde radierten sie (die USA) 9.000 Dörfer von der Landkarte, zerstörten sie das nationale Eisenbahnnetz, vernichteten sie das Bewässerungs- und Kanalsystem, töteten sie 900.000 Büffel und verwüsteten 100.000 qkm bebauten Landes, ein Gebiet, das mehr als 120 mal so groß ist wie die Stadt New York. Nicht einmal Schulen oder Krankenhäuser entkamen dieser grauenhaften Ausrottung: Die 2.500 Leprakranken in der Kolonie Qhynhlap gingen in einem einzigen Luftangriff in Rauch auf, unter einer Todesdusche von brennendem Phosphor.

Um all dem Unglück die Krone aufzusetzen, erlitt Vietnam zwei Katastrophen, kaum daß der Krieg vorbei war: durch eine Dürre im Jahre 1977 verlor es 1 Mio t Reis, weitere 3 Mio wurden dann durch eine Reihe von Überschwemmungen und Wirbelstürmen, den heftigsten dieses Jahrhunderts, zerstört. Auf diese Weise vervollständigte Gott den einmaligen Holocaust, den die Yankees unvollendet hinterlassen hatten. Die Folgen: Ein zertrümmertes Land und 50 Mio in Armut gestürzte Menschen.

Aber so ernst der materielle Schaden auch war, er war kleiner und weniger irreparabel als das menschliche Verderben und die moralische Zerrüttung. Vielleicht treten gerade hier die Unterschiede zwischen den nördlichen Provinzen, sozialistisch seit über 20 Jahren, und den südlichen Provinzen, vor gerade 4 Jahren befreit, am deutlichsten zutage. Sie sind tatsächlich nicht nur zwei unterschiedliche Länder, sondern in vielerlei Art gegensätzlich.

Sozialismus auf zwei Rädern

Hanoi, die Hauptstadt, muß sich seit den Tagen der französischen Besatzung nur sehr wenig verändert haben. In diesem heißen Monat Juli war Hanoi immer noch eine ruhige Stadt, in der es immer 4 Uhr nachmittags zu sein schien. Trotz der Luftfeuchtigkeit und der stickigen Atmosphäre hatte man nicht das Gefühl, in den Tropen zu sein. Inmitten verlockender Seen gelegen, mit vielen alten Bäumen, die die biblischen Regenfälle dieser Tage unversehrt gelassen hatten, erinnerte das Leben in Hanoi an die offizielle und melancholische

liche Stimmung kleiner französischer Residenzstädte.

Die Hälfte seiner 2 Mio Bevölkerung flutete von der Morgendämmerung an auf Fahrrädern, ohne Hast und umsichtig in die Pedale tretend, mit einer natürlichen Ruhe, die nur von Zeit zu Zeit von den allzu auffallenden Wagen von Diplomaten gestört wurde. Behördenfahrzeuge waren selten. Regierungsbeamte, einschließlich einiger Minister, radelten auf ihren Arme-Leute-Fahrrädern mit einer Bescheidenheit und einem Sinn für soziale Gleichheit wie sie in unserer Welt nur schwer zu begreifen ist. (...)

1.000 km weiter im Süden blieb Ho-Chi-Minh-Stadt die ganze Nacht über hellwach, wie ein unaufhörliches Donnern. Es ist eine riesige Stadt, aufgeregt und gefährlich, mit nahezu 4 Mio Einwohnern, die zu jeder Zeit die Straßen entlangbummelten, weil sie nichts anderes zu tun hatten. Im Gegensatz zu Hanoi war es eine südliche Hafenstadt voll von Getöse.

Radfahrer, sogar auf den Bürgersteigen, die keinem bestimmten Ziel zustrebten, der nicht auszuhaltende Lärm der Mopeds, das Gewimmel der menschengetriebenen Fahrradtaxi, Autos, die unaufhörlich hupten, um die unpassierbare Masse zu durchdringen, hielten das Leben in einem dauernden Alarmzustand.

So besorgt wie Graham Greene sich wohl gefragt haben würde, wo Gott in dieser infernalischen Stadt sei, fragte ich mich erstaunt, wo die Regierung war. Der Schwarzmarkt blühte überall. Unter den Arkaden befanden sich schmutzige kleine Tische, auf denen amerikanische Zigaretten, britische Schokolade und französische Parfums verkauft wurden. Im Cholon-Viertel (Chinesenviertel; d. Red.) war alles, was an seine frühere Herrlichkeit erinnerte, der Schmuggelwarenmitteln auf der Straße.

In der Abenddämmerung versammelte sich eine Schar Halbwüchsiger, westlich beeinflusst wie fast die gesamte Jugend von Saigon, um auf den Plätzen Luft zu schnappen, gekleidet im US-Stil, und träumte bei Rock-Musik-Klängen von der Vergangenheit, die für immer vorbei war.

Wolken der Unwirklichkeit in Ho-Chi-Minh-Stadt

Im Gegensatz zu den Frauen des Nordens, deren Schlichtheit unübertrefflich ist, verzierten die Frauen des Südens ihre natürliche Schönheit mit dem Make-up westlicher Mode, zogen auffallende Farben selbst in ihren fernöstlichen Kleidern vor und wußten die Risiken des Flirtens zu beherrschen. Unter der US-Besatzung hatte die Stadt völlig ihre kulturelle Identität verloren. Sie war ein künstliches Paradies, unterstützt durch militärische und zivile US-Hilfe und 700.000 t an geschenkten Lebensmitteln im Jahr. Ihre Einwohner hatten zum Schluß geglaubt, daß dies das Leben wäre. Das Ende des Krieges überraschte sie auf einer Wolke der Unwirklichkeit schwebend, von der sie es 4 Jahre nach Abzug des letzten Yankees noch nicht geschafft haben, herunterzusteigen.

Die Bilanz des Deliriums war erschreckend: 360.000 Verstümmelte und Verkrüppelte, 1 Mio Witwen, 70.000 Prostituierte, 50.000 Rauschgiftsüchtige, in der Hauptsache Minderjährige, 8.000 Bettler, 1 Mio Schwindsüchtige und 900.000 Soldaten des alten Regimes – unmöglich sie mehr als teilweise in eine neue Gesellschaft einzugliedern. 1/4 der Bevölkerung von Ho-Chi-Minh-Stadt litt an ernsthaften Geschlechtskrankheiten, und im gesamten Süden gab es 4 Mio Analphabeten.

So war es keine Überraschung, in den Straßen der Stadt immer noch Horden von verwahrlosten Kindern anzutreffen, für die es immer noch keine Möglichkeit gab, sie in Waisenheimen unterzubringen. Sie nannten sich mit einem

selbsterfundenen, unübersetzbaren Namen: „Staub des Lebens.“ Es wußte auch niemand, wer ihnen Arme, Brust und Handrücken mit geheimnisvollen Inschriften tätowiert hatte: „Mama leidet eine Menge für mich... Papa, komm nach Hause... Die, die mich lieben, können mich nicht finden.“ Mitten im fernöstlichen Gedränge, sowohl in den Straßen als auch in den Waisenheimen fielen die eichhörnchenfarbenen Haare, blauen Augen, sommersprossigen Nasen oder die dunkle Hautfarbe der zufälligen Nachkommenschaft der Invasoren auf. In einem der Waisenheime wurden sie gezählt: 67 Yankees ohne Väter.

Vietnams Anstrengungen, diese Wunden zu heilen, hatten am ersten Tag nach der Befreiung begonnen. Das Land wurde wiedervereinigt, und die administrative, politische und soziale Umgestaltung des Südens begann sofort. Die Systeme des Landtransportes und des Anbaus wurden so weit wie möglich wiederhergestellt, und ein ungeheurer Prozeß der Wiedereingliederung von Menschen wurde eingeleitet, um zu versuchen, die ursprüngliche Identität des Südens wiederherzustellen. Das jahrhundertealte Analphabetentum wurde mit einer Wirksamkeit überwunden, die einen Sonderpreis der UNESCO erntete.

Ein Not-Erziehungssystem wurde eingeführt, das in diesem Jahr ca. 15 Mio Kinder erfaßte. Eine prophylaktische gesellschaftliche Gesundheitsfürsorge wurde organisiert und die Rehabilitation von Prostituierten, Waisen und Drogenabhängigen eingeleitet. Kriegsverbrecher wurden vor Gericht gestellt und hingerichtet, wie in allen Kriegen. Viele wurden in die einzigen Gefängnisse gebracht, die es gab, von den Franzosen gebaut, oder in Umerziehungslager, wo die Bedingungen eben so so waren, wie sie in einem verwüsteten Land sein konnten.

Aber das von den USA verkündete Blutbad fand nicht statt. Im Gegenteil, es wurden Anstrengungen unternommen, um in der neuen Gesellschaft Plätze für die ehemaligen Soldaten des Regimes und die jetzt funktionslose Bourgeoisie zu finden, und Quellen neuer Arbeitsplätze wurden erschlossen, um zu versuchen, die mehr als 3 Mio Arbeitslosen zu absorbieren.

Die Spannweite der Probleme war jedoch weit größer und drängender als der immens große gute Willen, die grenzenlose Geduld und der Geist der Opferbereitschaft der Vietnamesen. Die Wahrheit war, daß dem Land Hilfsmittel jeder Art fehlten, um einer Katastrophe dieses Ausmaßes zu begegnen. Die Operation Phoenix hatte dem Süden eine Un-



Februar 1979: Chinesische Invasoren stürmen Lang Son

menge Leitungskader geraubt, die ausgebildet waren, die korrupten – und jetzt nicht ersetzbaren – Beamten des alten Regimes zu ersetzen.

Zur selben Zeit hatten sich die USA im Pariser Abkommen von 1973 verpflichtet, Vietnam eine Kriegsschädigung von 3 Mrd Dollar innerhalb eines Fünfjahreszeitraums zu zahlen. Aber Präsident Gerald Ford erkannte die Verpflichtung nicht an. Die Carter-Administration ging noch weiter: Unter Benutzung des Flüchtlingsdramas als Vorwand arrangierte sie den Wegfall anderer Hilfe von außen und sparte nun keinerlei Anstrengungen zur totalen Isolation Vietnams. Das war die tägliche Realität, mit der sich das Land im August 1979 konfrontiert sah, während die westliche Presse ein lautes Geschrei über das Schicksal der „Bootsleute“ anstimmte. Alles in allem, mein vorherrschender Eindruck von einer fast einmonatigen Reise voller genauester und gedankenvoller Beobachtungen war, daß die größte Sorge der Vietnamesen nicht von den ungeheuren wirtschaftlichen Problemen herrührte, sondern vom Bevorstehen eines neuen Krieges mit China.

Die legendäre vietnamesische Gelassenheit

Es war eine nationale Besessenheit, die das gesamte tägliche Leben durchdrang. Auf dem Flughafen von Hanoi waren reguläre Flüge verspätet, weil der Luftraum durch Kampfübungen von MIGs belegt war. Auf örtlichen Straßen mußten Radfahrer und Büffel Panzern ausweichen. Sonntags in den Parks, inmitten von Kindern, Vögeln und dem glühenden Duft der Paradiesblumen erhielt eine Generation Heranwachsender eine eilige militärische Ausbildung. Bauern im Mekong-Delta schliefen mit den Waffen der gesamten Familie in Reichweite.

Die Gewißheit eines neuen Krieges mit China hatte das gesellschaftliche Bewußtsein so tief durchdrungen, daß man denken konnte, Vietnam hätte nach so vielen Jahren bewaffneten Widerstandskampfes eine umfassende Kultur des Krieges entwickelt. Man sah es in fast allen Aspekten des täglichen Lebens, sogar in der Kunst und in der Liebe. Kinder in südlichen Waisenheimen grüßten Besucher militärisch, sangen patriotische Hymnen und führten Theaterstücke über Siege der Vergangenheit auf. In den Museen stellten die auffallendsten Ausstellungsstücke Kriegsthemen dar und priesen Tapferkeit und Opferbereitschaft.

Auf Kulturveranstaltungen sangen die hübschen jungen Mädchen zur 16-saitigen Laute Klagelieder zur Erinnerung an die in der Schlacht gefallenen. Romane und Dichtkunst, die die Vietnamesen mit einer fast heiligen Inbrunst kultivieren, bezogen ihren Stoff für viele Jahre aus persönlichen Kriegserlebnissen. Dennoch, was mich bei den Vietnamesen am meisten in Staunen versetzte war das völlige Fehlen von Dramatisierungen. Sie schienen immer freundlich und herzlich und zeigten einen großen Sinn für Humor. „Wir sind die Latinos Asiens“, sagte mir eine hochgestellte Persönlichkeit. Einmal übersetzte mit ein Dolmetscher eine schreckliche Geschichte, während das Gesicht des Mannes, der sie erzählte, von einem ewigen Lächeln erleuchtet war. Ich widersprach dem Dolmetscher: „Dieser Freund kann doch unmöglich solche furchtbaren Dinge mit diesem glücklichen Gesicht erzählen.“ Aber es war so, und es war immer so. Nicht einmal das Thema der Beziehungen mit China veränderte die legendäre Gelassenheit der Vietnamesen. Aber in Wirklichkeit dachten sie an nichts anderes.

Ministerpräsident Pham Van Dong vertrat die Meinung, daß diese gesellschaftliche Spannung historisch gerechtfertigt war. Der alte und erfahrene Führer, dessen ruhige Klarheit zusammen mit seiner physischen Robustheit seine 76 Jahre unglaublich machten, empfing mich und meine Familie im



Regierungspalast zu einer Stunde – 6.00 Uhr morgens –, zu der die meisten Staatsoberhäupter noch im Bett liegen. Es war eine lange Unterhaltung, im vietnamesischen Stil zugleich bescheiden und zeremoniell geführt, und wir konnten nicht anders als ständig auf das Thema eines neuen Krieges mit China zurückzukommen.

Ich fragte ihn rundheraus, ob diese unwiderstehliche Spannung nicht von der Regierung provoziert wurde, um die nationale Stimmung in einem ständigen Zustand der Erregung zu halten, oder ob es die reale Gefahr einer erneuten chinesischen Invasion gäbe. Pham Van Dong antwortete: „Das ist eine Gefahr, die seit tausenden von Jahren existiert.“ Er schloß in seinem feierlichen Französisch: „C'est un reve imperial fou.“ „Es ist ein verrückter imperialer Traum.“

Lang Son – eine Lektion Peking

Xuan Thuy, Vorsitzender des Komitees für Auslandsbeziehungen der Kommunistischen Partei Vietnams, war in historischer Hinsicht ausführlicher. In seiner Wohnung in Hanoi, die an diesem Abend von dem ersten Wirbelsturm der Saison gepeitscht wurde, erklärte er mir, daß das chinesische Vorgehen gegen sein Land tatsächlich vor mehreren Jahrhunderten begonnen hatte, sich jedoch in den 60er Jahren verschlimmerte. In dieser Periode, so sagte er, beging Chruschtschow einige Fehler, innen- und außenpolitisch, und die vietnamesische KP hielt es für notwendig, ihn sehr ernsthaft zu kritisieren. „Wir haben auf diese Weise versucht, die Einheit des sozialistischen Lagers zu erhalten“, sagte er. „Aber China versuchte die Gelegenheit zu seiner Spaltung auszunutzen, und schlug Vietnam ein Treffen mit anderen kommunistischen Parteien vor mit dem Ziel, eine neue Internationale gegen die Sowjetunion zu schaffen.“

Xuan Thuy war der Meinung, daß die Zurückweisung dieses Vorschlages der erste ernsthafte Zwischenfall in den viet-

namesisch-chinesischen Beziehungen der Gegenwart war, und daß dies Mao dazu bewegte, die Schaffung von maoistischen Gruppen überall in der Welt zu betreiben.

Wie aber, fragte ich Xuan Thuy, konnte man dann Chinas Hilfe für Vietnam während des Krieges gegen die USA erklären? „China unterstützte uns, weil es ein Weg war, seine eigenen Grenzen zu verteidigen, die ebenfalls durch die USA bedroht waren,“ sagte er. „Aber sobald diese beiden Länder eine Übereinkunft erzielt hatten, änderte sich Chinas Verhalten gegenüber Vietnam grundlegend.“

Nach dem Besuch Nixons in Peking im Dezember 1972 wurde Hanoi rücksichtslos und ohne Pause 12 Tage lang bombardiert. Xuan Thuy schien überzeugt zu sein, daß dies das erste Ergebnis der Vereinbarung zwischen den USA und China war; und Vietnams militärische Aktion in Kambodscha, die so viele Kontroversen hervorrief, war gerechtfertigt als eine weitere Episode im jahrhundertalten Krieg. Er war überzeugt, daß chinesische Truppen bereit waren, einige kambodschanische Provinzen zu besetzen, sehr zur Freude von Pol Pot, um Vietnam an seiner schwächsten Flanke anzugreifen. „Sie werden nicht aufgeben bis sie uns fertig gemacht haben,“ sagte er. „Wenn Sie es nicht glauben, gehen Sie zur Grenze, und Sie werden sehen, zu was sie fähig sind.“

Natürlicher Charme der Yankees

Ich war am Tag zuvor nach Lang Song gegangen, ein paar Kilometer von der chinesischen Grenze entfernt. Die Stadt war zerstört worden, nicht durch die Schlacht, sondern durch Dynamit. Die Chinesen hielten sie für einen Tag besetzt und zerstörten sie systematisch. Sie sprengten die Parteibüros in die Luft, die öffentliche Bibliothek, die Kinderkrippe, die Industriezentren. Rund um den öffentlichen Markt, wo der gesamte örtliche Handel konzentriert war, war eine ebene Wüste alles was übriggeblieben war.

Alle Vietnamesen, die ich kennenlernte, stimmten darin überein, daß eine Wiederholung des Ereignisses unvermeidlich sei. Trotzdem sprach niemand melodramatisch. „Wir erwarten sie“, sagte Pham Van Dong. „Dieses Mal werden sie uns besser vorbereitet finden,“ sagte der Außenminister Nguyen Co Thach. „Sie werden uns wieder zweimal angreifen,“ sagte Xuan Thuy, als ob er eine fernöstliche Prophezeiung machen würde, und schloß mit seinem unzerstörbaren Lächeln: „Nur wenn wir sie dreimal besiegt haben, werden sie verstehen, daß sie uns nicht brechen können, und werden sich möglicherweise entscheiden, eine langfristige Friedensvereinbarung einzugehen.“

Dieser Abend beendete meinen Besuch in Vietnam, obwohl ich noch drei Tage warten mußte bis der verfrühte Wirbelsturm, der bereits Schwaden von Verwüstung und Tod in den Elendsquartieren von Hongkong hinterlassen hatte, vorüber war. Man fühlte sich wie in einer gigantischen Espresso-Maschine. Der Regen fiel fast waagrecht über dem „See des wiedergewonnenen Schwertes“ und die ersten Böen des Todeswindes hatten schon die Baumspitzen und die Blätter der Bougainvilleas vor der alten Residenz der französischen Gouverneure zerzaust. Die einzige Veränderung waren die Radfahrer, die Plastikkappen über ihre kegelförmigen Hüte gezogen hatten und aussahen wie ein Völkchen von Straßengeistern.

Ein befreundeter Schriftsteller in unserer Gruppe bemerkte, daß sich diese Leute in einem Wirbelsturm genauso verhielten wie sie sich während der Bombardierungen verhalten hatten: Sie mußten sogar dazu getrieben werden in den Schutzräumen Deckung zu suchen.

Ein Komitee des US-Senats, dessen Flugzeug das letzte war, das im Flughafen von Hanoi gelandet war, hatte unser Hotel

heimgesucht. Ihre Mission bestand darin, mit den zuständigen Stellen irgendeinen Aspekt des Flüchtlingsproblems zu erörtern, und sie wurden mit offiziellen Ehren empfangen. Aber sie kamen mit einer Ausrüstung an, bereit, an einer Expedition zur Auffindung Tarzans teilzunehmen. Sie brachten Plastiktanks mit Trinkwasser, Getränke und Bier jeglicher Marke, Lebensmittel in Dosen, tiefgefrorene Früchte und Gemüse, eine transportable Bar und ein Feldlazarett mit, das speziell für die Behandlung von Schlangenbissen ausgerüstet war. Sie hatten alle möglichen Insektizide und Desinfektionsmittel und eine komplette Feuerlösch-ausrüstung. All das war in Metallkisten mit dem offiziellen US-Wappen untergebracht, die zusammen mit der Film- und Fernschausrüstung die gesamte Hotelhalle blockierten. Unter dem Lesestoff, der mit dem persönlichen Gepäck abgeladen wurde, befand sich eine Anleitung zum Überleben im Dschungel.

Mit dem natürlichen Charme der Yankees, die in der Welt frei herumlaufen, drückte ein Teilnehmer der Expedition sein Erstaunen darüber aus, daß gerade jetzt ein westlicher Schriftsteller in Vietnam sein mußte. „Jeder ist doch jetzt gegen sie,“ meinte er zu mir. In der Tat unterstützten US-amerikanische und europäische Intellektuelle und Künstler, die auf dem Höhepunkt des Leidens zu Vietnam hielten, jetzt die Flüchtlingskampagne (u.a. die Folkloresängerin Joan Baez; d. Red.). (...)

So waren meine persönlichen Schlußfolgerungen – wenn sie auch nur um meines Gewissens willen gezogen wurden – dazu verdammt, gegen den Strom zu schwimmen. Vietnam war wieder einmal das Opfer einer großen internationalen Verschwörung geworden. (...) Nichts konnte daran geändert werden: Am Ende so vieler Jahrhunderte des Krieges hatte Vietnam eine große Schlacht in einem Krieg verloren, der weniger bekannt, aber genauso blutig war wie die vorangegangenen: der Informationskrieg.

(Quelle: Third World, Mexiko Stadt, Nr. 5/1980, S. 25-33)



Patenschafts-BON

Reis
für die
Menschen
in
Vietnam

Hilfsaktion Vietnam e.V.
Bismarckstraße 33 - 4000 Düsseldorf 1
Telefon (02 11) 36 01 09
Bank für Gemeinwirtschaft Düsseldorf
(BLZ 300 101 11) Kto.-Nr. -1016 250 300
Postcheckkonto Essen Nr. 900 40-430

diesen Teil bitte abtrennen und ausgefüllt an die
Hilfsaktion Vietnam e.V. zurücksenden !

P A T E N S C H A F T S B O N

Ich/wir übernehme/n für ein Jahr die Patenschaft für

----Vietnamesen und werde/n per Dauerauftrag monatlich

----DM auf ein Spendenkonto der Hilfsaktion Vietnam
überweisen.

Unterschrift

Vor- u. Zuname -----genaue Anschrift-----
(die Patenschaft für die Reiseration für 5 Vietnamesen
beträgt monatlich DM 15,-; für 10 Vietnamesen DM 30,-;
für 50 Vietnamesen DM 150,- usw.)

Spenden an die HILFSAKTION VIETNAM können steuerlich abgesetzt werden.

Souphannouvong

Fünf Jahre der Veränderung



Staatspräsident Souphannouvong (r.) und Ministerpräsident K. Pomphihane

Die US-Aggression gegen Laos im Jahr 1971 sollte sich spätestens 1975 als ein Bumerang erweisen. Am 2. Dezember 1975 nämlich beschloß der Nationale Kongreß der Volksvertreter die Proklamation der sozialistisch orientierten Volksdemokratischen Republik Laos (VDRL). Die Befreiungsbewegung Pathet Lao (gegr. 1944) und ihre führende Kraft, die Laotische Revolutionäre Volkspartei, hatten sich getragen von einer machtvollen Volksbewegung endgültig durchgesetzt.

Prinz Souphannouvong, Führer der Pathet Lao und Zentralkomitee-Mitglied der Revolutionären Volkspartei, wurde zum Staatspräsidenten der VDR Laos gewählt. In einem Istwestija-Gespräch nahm Souphannouvong zu Fragen der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung seit 1975 Stellung.

Die Volksmacht in Laos begeht im Dezember d.J. ihren fünften Jahrestag. Ein Zeitraum, der kurz scheint. Für unsere Geschichte jedoch bedeuten die Ereignisse der letzten



Laotisches Dorf

Jahre weitaus mehr als einige Jahrzehnte im alten Laos. Es waren Jahre des schweren Kampfes und bemerkenswerter Veränderungen.

Unter Führung der Laotischen Revolutionären Volkspartei erzielte unser Volk beachtliche Erfolge bei der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus, wobei es nie den Schutz der Volksmacht vor den Machenschaften und Subversionsakten der Überreste laotischer Reaktionäre vernachlässigte. Von den ersten Tagen an waren wir gezwungen, gegen Anschläge der Feinde unserer Revolution zu kämpfen. Dank der hohen Wachsamkeit der Volkstreitkräfte gelang es, Sicherheit, Unabhängigkeit und Souveränität des Landes zuverlässig zu gewährleisten und auch die letzten von ausländischen Spionagediensten ausgehaltenen konterrevolutionären Banden zu vernichten.

Somit wurden die Voraussetzungen dafür geschaffen, das Leben der Bevölkerung zu normalisieren, die innenpolitische Situation zu stabilisieren und sich auf die friedliche Aufbauarbeit zu konzentrieren.

Vorzüge der kollektiven Arbeit

1980 ist das letzte Jahr unseres Dreijahrplanes zur Wiederherstellung und Entwicklung der Volkswirtschaft. Auf welche Errungenschaften können wir verweisen?

Spürbar hat sich im letzten Jahr die Landwirtschaft entwickelt. Die Anbaufläche, auf der zwei Reisernten im Jahr eingebracht werden können, wurde im Vergleich zu 1978 fast verdoppelt. Auch die Erträge sind gestiegen. Als günstig hat sich die Anlage von Versuchsflächen erwiesen, auf denen die für die eine oder andere Region günstigen Reis- oder Obstsorten experimentell gezüchtet werden.

In der Zentralprovinz Vientiane und in einigen anderen Gebieten wurden Genossenschaften ins Leben gerufen, die der Staat alleseitig unterstützt. Auf Grund des Mangels an landwirtschaftlicher Technik orientierte die Regierung darauf, die Anzahl der Zugtiere zu erhöhen. Heute gibt es im Land etwa 1 Mio Büffel, Pferde und Ochsen. Eine solche Anzahl hat es früher in Laos nie gegeben.

Der Prozeß der Gründung und Stabilisierung von landwirtschaftlichen Kooperativen geht mit hohem Tempo voran. Gegenwärtig existieren in Laos rund 2.800 Kooperativwirtschaften, die 50% aller Bauernfamilien in den Reisanbaugebieten vereinigen.

Natürlich ist das kompliziert, erfordert Geduld und sorgfältige Vorbereitung. Wir müssen das Prinzip des freiwilligen Eintritts in die Kooperative streng einhalten, die Bauern an konkreten Beispielen von den Vorzügen der kollektiven Arbeit überzeugen. Gleichzeitig muß das Lebensniveau der Bevölkerung erhöht und die Versorgung mit Lebensmitteln und anderen Waren des täglichen Bedarfs gesichert werden. Die Partei konzentriert ihre Aufmerksamkeit auf die Entwicklung des staatlichen Sektors in der Industrie. Alte Betriebe wurden rekonstruiert und Dutzende neu erbaut, die landwirtschaftliches Gerät und Konsumgüter produzieren. Mit Hilfe der Bruderländer der sozialistischen Gemeinschaft sind auch solche für die laotische Wirtschaft wichtigen Objekte errichtet worden wie Ziegeleien, Autoreparaturwerkstätten, Betriebe zur Salzverarbeitung und für die Herstellung von Impfstoff für das Vieh sowie Textil- und Bekleidungsfabriken.

Wesentlich für den Aufschwung der laotischen Wirtschaft ist das System der wiederhergestellten oder unlängst gebauten Autostraßen, die Entwicklung des Transportnetzes für das Land. Laos hat keinen direkten Zugang zum Meer. Darum wird in unseren Plänen dem Bau von Chausseen und Brücken, der Verbesserung der Arbeit des Transportwesens großes Gewicht beigemessen.

Unterpfand sozialistischer Internationalismus

Wenn man von Veränderungen sozialen Charakters spricht, kann man die Liquidierung des Analphabetentums nicht umgehen. Vor der Befreiung konnte die überwiegende Mehrheit der Laoten weder lesen noch schreiben. Die Partei widmet dem Kampf gegen das Analphabetentum besonderes Augenmerk.

In allen allgemeinbildenden Schulen haben wir den Übergang zum neuen, sozialistischen Unterrichtssystem abgeschlossen. Es wurden einheitliche Programme eingeführt, in Übereinstimmung damit neue Lehrbücher herausgegeben. Auch in den Hochschuleinrichtungen wurden die Lehrpläne verändert. Aus dem Staatshaushalt werden große Mittel für den Bau von Schulen, Lehranstalten und Instituten bereitgestellt. Im vergangenen Schuljahr hatten wir 660.000 Schüler in Laos, in den technischen und Berufsschulen wurden mehr als 8.000 ausgebildet, an den Hochschulen des Landes sind etwa 2.000 Studenten immatrikuliert. Man muß auch berücksichtigen, daß Tausende laotischer Jungen und Mädchen eine Ausbildung an den Hoch- und Fachschulen der Sowjetunion und anderer sozialistischer Länder erhalten.

All diese Errungenschaften sind eine gute Basis für die Verwirklichung der sozialistischen Umgestaltung. Natürlich gibt es noch Schwierigkeiten. Mitunter reichen Baustoffe und technische Ausrüstungen nicht aus, macht sich das Fehlen von Spezialisten in bestimmten Gebieten der Wirtschaft bemerkbar. Die Praxis zeigt aber, daß diese Probleme lösbar sind. Der Kurs der Partei hat sich bewährt.

Unterpfand unserer zukünftigen Erfolge ist die sich mit jedem Tag festigende Freundschaft mit der Sowjetunion und mit den anderen sozialistischen Ländern. Die laotisch-sowjetischen Beziehungen tragen vielseitigen Charakter. Mit Hilfe der Sowjetunion sind etliche volkswirtschaftlich bedeutende Objekte erbaut worden. Sowjetische Institutionen unterstützen uns bei der Projektierung und beim Bau von Fabriken und Brücken, bei der Wiederaufnahme der Zinnförderung, bei der Erkundung der Waldreichtümer und deren rationeller Ausnutzung.

Unser Volk ist stolz auf die brüderlichen Beziehungen mit dem Land des großen Lenin. Diese Beziehungen basieren auf

den Prinzipien des sozialistischen Internationalismus. Freundschaft, Brüderlichkeit und vielseitige Hilfe der Sowjetunion sind ein wichtiger Beitrag zum Aufbau des Sozialismus in Laos. Ständig wächst das Ansehen der Sowjetunion in unserem Land. In den langen Jahren des antikolonialistischen und antiimperialistischen Kampfes für seine Unabhängigkeit hat das laotische Volk stets die Sympathie und die allseitige Unterstützung seitens des sowjetischen Volkes verspürt. Die Errungenschaften unserer Revolution verdanken wir der brüderlichen Hilfe der Sowjetunion und der anderen Länder der sozialistischen Gemeinschaft.

In der Außenpolitik verfolgt die Volksdemokratische Republik Laos beharrlich den Kurs auf die Festigung der Solidarität und der Zusammenarbeit mit allen Ländern des Sozialismus, tritt sie für die Geschlossenheit aller Kräfte ein, die für Frieden, Demokratie, nationale Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt, gegen Hegemonismus und Expansion, gegen Imperialismus und Aggression kämpfen.

Die Volksdemokratische Republik Laos tut alles nur mögliche, um ihren würdigen Beitrag zur Erhaltung des Friedens in der Welt zu leisten. Wir schätzen die von der Sowjetunion verfolgte Politik der internationalen Entspannung hoch ein und unterstützen sie entschlossen; wir werden auch weiterhin einen aktiven Kampf gegen die Aktivitäten der Imperialisten und der Kräfte der internationalen Reaktion führen, alle Menschen unterstützen, die für Frieden, nationale Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt kämpfen. Unser Land tritt für die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen und die Zusammenarbeit mit Ländern unterschiedlicher Gesellschaftssysteme ein. Mit vielen Staaten, die eine andere politische Ordnung haben, unterhalten wir gute Beziehungen auf der Basis der gegenseitigen Achtung der Souveränität und der Unabhängigkeit, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen.

(Quelle: Horizont, Berlin, Nr. 28/1980, S. 25-26)

NEUE STIMME

Ökumenische
Monatsschrift
zu Fragen in Kirche,
Gesellschaft und Politik

Die NEUE STIMME ist ein Organ engagierter Christen. Herausgeber, Mitarbeiter und Redaktion bemühen sich,

- Christen und Kirchen in der BRD für Frieden und Abrüstung zu aktivieren.
- die gesellschaftliche Verantwortung der Christen und Kirchen für den Bestand der Demokratie in der BRD herauszuarbeiten.
- die Kirchen aus ihrer Bindung an die wirtschaftlich Mächtigen zu lösen.
- die ökumenische Verantwortung der Kirchen in der BRD zu betonen.
- Kirchen und Christen an die gebotene Solidarität mit den um Gerechtigkeit und Freiheit kämpfenden Völkern heranzuführen.

Wir stehen in der Tradition der Bekennenden Kirche. Unsere Parteinahme begründen wir aus dem Evangelium, das das Recht des Menschen und der Völker auf menschenwürdiges Leben und soziale Gerechtigkeit fordert. Wir haben Konsequenzen gezogen.

Fordern Sie kostenlos und unverbindlich Probeexemplare an!
Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51



ANC/SA (Hrsg.):

Malibongwe

Freiheitsgedichte südafrikanischer Frauen,
176 Seiten, illustr., 9,80 DM.

Malibongwe – Freiheit“ in der Sprache des schwarzen Südafrika, ist Kampfruf des Widerstandes seit Soweto 1976.

Die Gedichte wurden von Frauen verfaßt, die in Soweto leben, besonders hart vom Rassismus betroffen sind. Sie nennen die Unterdrücker, rufen auf zum Widerstand, zum Kampf für die Gleichberechtigung der Rassen und Geschlechter, für die Befreiung von Ausbeutung und Apartheid.



Michael Opperskalski
Gott ändert nichts...
Iran gestern und heute,
240 S., illustr., 9,80 DM.

Der Autor, Sprecher des Iran-Solidaritätskomitees in der BRD, war seit der Revolution zweimal im Iran. Er sprach mit Mullahs, SAVAK-Agenten und US-Botschaftsbesetzern. Er war auf der Suche nach „Chaos“ und „religiösen Fanatikern“. Er fand ein Volk, das seine erkämpfte Freiheit sichern und verteidigen muß. Das Buch deckt auch die Vorgeschichte und den Hintergrund der Botschaftsbesetzung auf.



Pomorin/Junge/Biemann/Bordin:
Blutige Spuren
Der zweite Aufstieg der SS,
240 Seiten, illustriert,
9,80 DM.

Das Buch dokumentiert den zweiten Aufstieg der SS am Beispiel der Nachkriegskarrieren hoher NS-Führer. Deutlich wird, wie die Gründung und Entwicklung der BRD mit SS-Einfluß verflochten ist.



Mannhardt/Schwamborn (Hrsg.):
Zivildienststories
162 Seiten, illustriert, 9,80 DM.

Die Stories und Tagebuchaufzeichnungen dieses Buches dokumentieren den Widerspruch zwischen den Erwartungen der Kriegsdienstgegner und einem zermürbenden Zivildienst als billige Mädchen für alles.



Floh de Cologne (Hrsg.):
Rock gegen Rechts
Beiträge zu einer Bewegung, 250 Seiten,
ill., 12,80 DM.

Rockmusiker und ihr Publikum gemeinsam gegen rechts. Dieses Rock-gegen-rechts-Buch ist eine umfassende Darstellung der Wurzeln und Antriebskräfte dieser neuen politischen Bewegung.



Roter Faden, Taschenkalender '81, mit Roman, Fotos und Comics, 208 Seiten,
6,00 DM.

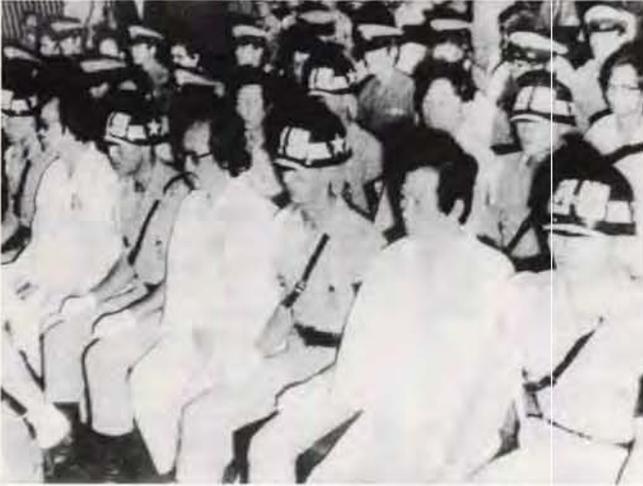
Alles worüber Jugendliche reden, lachen, streiten, ist in diesem Jugendkalender enthalten: Lehre, Schule, Sex, Drogen, Wohnen, Freizeit, Urlaub u. a.

Erhältlich in jeder Buchhandlung oder direkt bei
Postfach 789, 46 Dortmund



Revolutionäre Partei für die Wiedervereinigung

Fakten zum Fall Kim Dae Jung



Angeklagter Kim Dae Jung (2. v. r.) und über 20 Mitangeklagte vor Gericht

Seit der grausamen Niederschlagung der Volkserhebung von Kwangju vom 17. - 27. Mai 1980, die nahezu 2.000 Todesopfer forderte, baut der neue südkoreanische Militärdiktator Chon Du Hwan seine Alleinherrschaft aus. Ende August d.J. wurde Chon Präsident. Ende September d.J. kündigte er noch für Oktober d.J. die Verabschiedung einer neuen Verfassung an, derzufolge künftig all jenen politische Betätigung verboten sein soll, „die für die politischen und sozialen Unruhen in der Vergangenheit verantwortlich“ gewesen seien. Daß das nicht nur Auflösung des alten Parlaments und Verbot der Parteien heißt, zeigen derzeit rund 40.000 politische Gefangene (laut Chon „Tagediebe und Gauner“) und das am 17. September d.J. verhängte Todesurteil gegen den liberaldemokratischen Oppositionsführer Kim Dae Jung an. Kim (54) wurde von einem Militärtribunal ohne jede Zeugenanhörung oder Beweisführung zum Tode durch den Strang verurteilt, weil er angeblich Pläne zum Sturz der Regierung geschmiedet und die antidiktatorischen Massenproteste angestiftet habe. Die Vorgeschichte und aktuellen Hintergründe des Falles Kim Dae Jungs erhellt die folgende Stellungnahme, die das Zentralkomitee der südkoreanischen Revolutionären Partei für die Wiedervereinigung am 4. August 1980 veröffentlichte.

Der Verräter Chon Du Hwan, neuer Militärdiktator, erfand einen neuen Fall Kim Dae Jung und setzte eine völlig willkürliche faschistische Offensive gegen die demokratischen, patriotischen Kräfte in Gang. (...)

Es handelt sich dabei um ein umfangreiches politisches Komplott, das tief in dem schon alten Zustand der Konfrontation zwischen Demokratie und Faschismus in diesem Land wurzelt.

Die „Präsidentenwahl vom 27. April“ im Jahre 1971 war der Ausgangspunkt des Falles Kim Dae Jung. Obgleich diese Wahl durch eine Konfrontation zwischen dem Kandidaten der Oppositionspartei, Kim Dae Jung, und dem Kandidaten der regierenden Partei, dem Verräter Pak Chung Hee, gekennzeichnet war, warf sie doch die entscheidende Frage

nach der Wahl zwischen Demokratie und Faschismus auf. Die allgemeine politische Lage und die öffentliche Stimmung wandten sich am Vorabend der Wahl rasch zum Nachteil für den Verräter Pak Chung Hee, der eine noch tyrannischere faschistische Diktatur ansteuerte, und zum Vorteil für Kim Dae Jung, der nach demokratischen Bürgerrechten und friedlicher Wiedervereinigung rief. (...)

Der Terrorismus der Pak-Chung-Hee-Clique gegen Kim Dae Jung wurde sogar im Ausland ausgeübt. Voller Verärgerung wies Pak Chung Hee den südkoreanischen Geheimdienst (KCIA) an, Kim Dae Jung, der seine Verbrechen entlarvte, zu ermorden. (...)

Der Entführungsakt, der am 8. August 1973 am helllichten Tage im Herzen Tokios (an Kim Dae Jung) verübt wurde, war ein großes internationales Gangsterstück, das den Höhepunkt der Machenschaften der Pak-Chung-Hee-Clique zur Ermordung Kim Dae Jungs bildete.

Als das Verbrechen der Entführer, die Kim Dae Jung heimlich zu töten versuchten, vor aller Welt bloßgestellt wurde und im In- und Ausland unter wütenden Beschuß geriet, versuchten die Pak-Chung-Hee-Banditen ihn unter der Anklage des Prokommunismus zu bestrafen, mangels Rechtfertigung aber ohne Erfolg.

Später brachte ihn die Pak-Chung-Hee-Faschistenclique unter der Anklage, das „Wahlgesetz“ und die „Notverordnungen“ verletzt zu haben, ins Gefängnis, verfolgte ihn unmenschlich und legte unter Entzug seiner Bürgerrechte seinen politischen Aktivitäten durch einen verlängerten Hausarrest Fesseln an. (...)

Chons „entschlossene Maßnahmen“

Unmittelbar nach dem Attentat auf Pak Chung Hee vom 26. Oktober 1979 legte Chon Du Hwan vor der Leiche des Diktators, dem er als seinem wahren „Vater“ gedient hatte, einen Schwur ab. Was er gelobte, war, nach den „Wünschen“ des Vorgängers um jeden Preis den „Yusin“-Faschismus (nach der Yusin-Verfassung von 1972, die Pak diktatorische Vollmachten auf Lebenszeit sicherte; d. Red.) als Erbe zu übernehmen und zu verlängern. (...) Chon Du Hwan schätzte ein, daß die Beseitigung Kim Dae Jungs, der einen beträchtlichen Einfluß auf das Lager der demokratischen Bewegung hatte, eine der Möglichkeiten zur Niederschlagung der demokratischen Kräfte und zur effektiven Verwirklichung seiner Machtergreifung bildete. (...)

Auf dem am 30. April (1980; d. Red.) abgehaltenen „Treffen der Befehlshaber der drei Waffengattungen“ erklärte Chon Du Hwan offen: Die Zeit ist gekommen, wo wir „entschlossene Maßnahmen“ gegen das massive Vorrücken von Studenten und Arbeitern ergreifen und „Kim Dae Jung beseitigen“ sollten. Durch eine Warnung des „Kriegsrechtskommandos“ bedrohte auch Li Hui Song, Befehlshaber der „Kriegsrechtstruppe“ Kim Dae Jung, indem er sagte: „Wir werden es nicht zulassen, daß die Universität zu einem Schauplatz für politische Propaganda reduziert wird.“ Solche Droh- und Erpressungsmanöver der Chon-Du-Hwan-

Clique gegen Kim Dae Jung und andere Demokraten sowie gegen die demokratische Bewegung von Menschen aus verschiedenen Schichten forderte die Volksmassen zu noch hartnäckigerer Opposition und Widerstand heraus.

Empörte Studenten und patriotisch gesinnte Menschen aus allen Schichten lieferten im Mai mit nie gekannter Hartnäckigkeit Kämpfe gegen Faschismus und für Demokratie unter Losungen, die zur „Abdankung Chon Du Hwans“ und zur „Abschaffung des Yusin-Systems“ aufriefen. Das Feuer des Kampfes verbreitete sich über ganz Südkorea und nahm im Lauf der Tage an Umfang und Intensität zu. (...)

Die Chon-Du-Hwan-Clique, die auf eine Gelegenheit gelauret hatte, Kim Dae Jung und die demokratischen, patriotischen Kräfte auf einen Streich loszuwerden, beschloß schließlich am 17. Mai (1980; d. Red.), das „Notstandskriegsrecht“ über ganz Südkorea auszudehnen. Sie verhaftete Kim Dae Jung und über 1.000 Demokraten und Studenten.

Die militärfaschistische Clique stellte Mitglieder der Oppositionspartei und nicht an der Macht befindliche Persönlichkeiten unter Hausarrest, verbot alle politischen Aktivitäten und schloß alle Universitäten und höheren Schulen. (...)

Traute Übereinstimmung mit Washington

All diese politischen Intrigen, sich dieses Demokraten zu entledigen, spielen sich nicht Kraft einer unabhängigen Entscheidung der Chon-Du-Hwan-Gruppe ab, sondern in völliger Übereinstimmung mit den Wünschen des Weißen Hauses, die demokratischen Kräfte in Südkorea zu vernichten.

Jetzt zeigen die Vereinigten Staaten nach außen hin „Zweifel“ oder drücken ihr „Bedauern“ aus über den Fall Kim Dae Jung, als ob sie damit unzufrieden wären, oder sie zeigen „tiefe Besorgnis“ über den faschistischen Despotismus, als ob es ihnen um die „demokratische Entwicklung“ in Südkorea ginge. Aber das alles ist ein großer Betrug. (...)

Als der Verräter Chon Du Hwan den „Säuberungscoup der Armee“ vom 12. Dezember (1979; d. Red.) inszenierte, mischten der Befehlshaber der US-Armee in Südkorea, Wickham, mit dem Chon Du Hwan seit seiner Studienzeit in den Vereinigten Staaten und den Tagen des Vietnamkrieges auf vertrautem Fuß steht, und der Leiter der Abteilung für politische Angelegenheiten der US-Botschaft in Südkorea (CIA-Agent der Klasse A) hinter den Kulissen direkt mit. Er ersann ein Komplott zur Ausschaltung Kim Dae Jungs, veranstaltete die Exzesse vom 17. Mai (1980; d. Red.) und führte das Kesseltreiben gegen demokratische Kräfte und

das blutige Massaker an den Menschen in Kwangju (im Mai 1980, siehe AIB 7-8/1980, S. 42-43; d. Red.) durch.

Es ist niemand anders als das US-Kommando und die US-Botschaft im Südkorea, die ihn an Ort und Stelle als Marionette benutzen, um Kim Dae Jung und andere Demokraten und Studenten zum Tode zu verurteilen.

Dies wurde durch die Tatsache offenbar, daß Gleisteen, US-Botschafter in Südkorea, am 23. Mai bei dem Essen mit den regierenden und oppositionellen Mitgliedern der „Nationalversammlung“ sagte, die US-Seite habe bereits „Verständnis“ für die Ausweitung und Intensivierung des Kriegsrechts zum Ausdruck gebracht und sie stimme ihm zu. Und dies geschah dadurch, daß Chon Du Hwan südkoreanischen Herausgebern und Verlegern selbst erzählte, er habe die US-Behörden über alle Ereignisse in Südkorea im voraus informiert und ihr „Verständnis“ eingeholt.

Besonders am 1. Juni (1980; d. Red.) bewies Präsident Carter beredt, daß die US-Imperialisten die direkten Verschwörer und heimlichen Manipulatoren des Falles Kim Dae Jung waren, als er die politischen Intrigen und die faschistische Tyrannei der „Yusin“-Reste offen verteidigte, indem er sagte, daß sich die gegenwärtige Situation in Südkorea als Signal für eine Rücknahme des Demokratisierungsprozesses deuten ließe, doch könnten die Vereinigten Staaten die Bande zu Chon Du Hwan nicht durchtrennen.

Das unheilverkündende Unternehmen der Chon-Du-Hwan-Gruppe zur Vernichtung Kim Dae Jungs auf Betreiben der US-Imperialisten erhob sich zu einem Crescendo in den am 22. Mai veröffentlichten „Zwischenergebnissen der Untersuchung“, als der Volksaufstand in Kwangju auf seinem Höhepunkt war, und dem „vollständigen Bild der Untersuchung des Komplotts zur Rebellion“, veröffentlicht am 4. Juli. Beides sind Dokumente voll absurder Lügen.

Mit der Veröffentlichung dieser Dokumente planen die Chon-Du-Hwan-Banden Kim Dae Jung mit der Todesstrafe zu belegen unter der Anklage der „versuchten Rebellion“ und der Verletzung des „Antikommunistengesetzes“, des „Gesetzes zur nationalen Sicherheit“ und des „Kriegsrechts“, wobei sie soviel Aufhebens machen, als hätte er „Hochverrat“ begangen, so unvorstellbar schrecklich, daß dieser vom Volk kaum toleriert werden könne. (...)

Der kriminelle Charakter der Dokumente, mit deren Hilfe Kim Dae Jung umgebracht werden soll, findet seinen konzentrischen Ausdruck in der „Hochverrats“-Anklage gegen ihn, ohne jegliche legale Grundlage und ohne auf klaren Tatsachen beruhende Materialien.

Darin lassen sich die „Yusin“-Reste dahingehend aus, daß



Von der Armee im Blut erstickter Aufstand von Kwangju

Kim Dae Jung, „ein Anstifter zur Rebellion“, „zum Sturz der Regierung aufhetzte“, den Kampf der Studenten gegen Faschismus und für Demokratie und den Volksaufstand in Kwangju „hinter den Kulissen manipulierte“, und zu diesem Zweck einige Leute in verschiedenen privaten Organisationen in Bewegung setzte sowie illegal ausländische Währung als politischen Fonds erhielt. Dies aber sind reine Erfindungen und die Argumente von Straßenräubern, die niemanden überzeugen können.

Was Kim Dae Jung betrifft, so ist es für niemanden ein Geheimnis, daß er nach „einem friedlichen Machtwechsel“ und friedlicher Wiedervereinigung rief und eine legale Bewegung zur nationalen Errettung gegen Faschismus und für Demokratie anführte, immer in vorderster Reihe mit patriotischen Volksmassen aus allen Schichten. (...)

Und die schlußfolgernde Behauptung der „Untersuchung“, der Volksaufstand von Kwangju und sonstige Kämpfe von Menschen aller Schichten gegen Faschismus und für Demokratie seien ein von Kim Dae Jung „hinter den Kulissen manipulierter Aufruhr“ gewesen, womit man ihm die Verantwortung dafür zuschieben will, ist eine unerträgliche Verzerrung der Tatsachen.

Unsere Jugendlichen und Studenten und Menschen aller Schichten führen seit langem ohne Unterlaß einen Kampf für Demokratie und nationale Errettung. Es ist ein zutiefst heiliger patriotischer Kampf. Sie führen ihn im Einklang mit ihrer festen Überzeugung und ihrem Willen, die ihrem einmütigen Bestreben und Verlangen nach Beendigung der faschistischen Diktatur entspringen, die die Menschenrechte verletzt, um die dem Menschen innewohnende Unabhängigkeit wiederherzustellen, die Tragödie der nationalen Teilung zu beenden und die nationale Souveränität zu sichern. Es ist ein Aufmarsch des ganzen Volkes zur Loslösung von alten Formen und zur Schaffung einer neuen Politik und eines neuen Lebens. (...)

Kim Dae Jung – „Anstifter“ des Aufstands von Kwangju?

Wie alle Welt weiß, nahm der Aufstand von Kwangju, den das Kriegsrechtskommando eine „blutige, gewaltsame Revolution“ nannte, eine Wende zum bewaffneten Widerstand, kurz nachdem Fallschirmjäger mit dem Massaker begannen, als Kim Dae Jung bereits verhaftet worden war.

Es war ein gerechter patriotischer Kampf, der von der Chon-Du-Hwang-Gruppe selbst ausgelöst wurde, als sie nach der Verkündung eines neuen militärischen Notstandsrechts eine friedliche Demonstration von Studenten und Bürgern, die Freiheit und Demokratie forderten, grausam unterdrückte und unbewaffnete Menschen, Männer und Frauen, Alt und Jung (ohne Unterschied) ermordete unter Aufbietung von Panzern, Panzerfahrzeugen und Truppen.

Wenn also die Verantwortung für die bewaffnete Erhebung in Kwangju geklärt werden soll, dann darf man nicht Kim Dae Jung, der zu der Zeit schon verhaftet worden war, danach fragen, sondern Chon Du Hwan, der bei dem Massaker an den Menschen in Kwangju den Oberbefehl führte. (...)

Die Nationale Allianz für Frieden und Nationale Einheit, die Gesellschaft für eine demokratische verfassungsmäßige Regierung, die Jugendgesellschaft für Demokratische Allianz usw., die durch das Kriegsrechtskommando zu Kim Dae Jung „Privatorganisationen“ gestempelt wurden – sie alle sind legale demokratische Massenorganisationen, die in Übereinstimmung mit dem Willen von Menschen aller Schichten entstanden, die nach demokratischen Freiheiten und Rechten streben, die sich die ganze Zeit dafür eingesetzt haben, daß ihren gemeinsamen Forderungen Genüge getan wird. (...)

Die Machenschaften, mit denen das Kriegsrechtskommando Kim Dae Jung mit gesetzwidrigen Strafen belegen will, finden auch darin ihren offenkundigen Ausdruck, daß man ihn grundlos als „Kommunisten“ und „prokommunistisches Element“ deklariert.

Jeder, der ein wenig über Kim Dae Jung Bescheid weiß, zweifelt nicht daran, daß er kein Kommunist, sondern „Anhänger einer liberalen Demokratie“, ein konservativer Politiker und Katholik ist, der nach Demokratisierung der Gesellschaft und nach friedlicher Wiedervereinigung strebt. Selbst der frühere Diktator, dessen lebenslängliches Geschäft der Antikommunismus war, hatte keinen Zweifel hieran.

Dennoch unternahm die Chon-Du-Hwan-Gruppe in den „Zwischenergebnissen der Untersuchung“ und dem „vollständigen Bild der Untersuchung“ außerordentliche Anstrengungen seine gesamte Geschichte vor seiner Wiedereinsetzung zu erkunden und erfand noch eine weitere schamlose Anschuldigung, er sei bei „gegen den Staat gerichteten Handlungen“ aktiv gewesen, „indem er mit der Linie des Nordens sympathisiert habe“ als „aktiver Kommunist, der direkt nach dem 15. August 1945 an linken Aktivitäten teilgenommen habe“.

Kim – schon gar kein „Kommunist“

Wenn es stimmte, wie die „Ergebnisse der Untersuchung“ behaupten, daß er „aktiver Kommunist“ war, der sich direkt nach der Befreiung linken Aktivitäten anschloß, warum bestrafte Pak Chung Hee, der unter dem Deckmantel des Antikommunismus mit Hilfe des KCIA zu einer Politik faschistischer Verschwörungspläne griff, ihn nicht dafür, daß er Kommunist war?

Und wenn es wahr wäre, wie konnte er auch nur einmal eine politische Tätigkeit ausüben in diesem berüchtigten Südkorea, wo der Antikommunismus über drei Jahrzehnte lang zur „Staatsdoktrin Nr. 1“ erhoben worden ist? Und wie konnte er sich zudem in dem antikommunistischen Staat um das Amt des Präsidenten bewerben?

Das „Vorbereitende Komitee zum Nationalen Aufbau“ kurz nach dem 15. August 1945, an dem Kim Dae Jung angeblich als „aktiver Kommunist“ beteiligt war, war weder eine ideologische Organisation der Kommunisten, noch eine prokommunistische Organisation. Es war eine Massenorganisation, der sich die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung mit patriotischer Leidenschaft anschloß, um ein neues Land jenseits von ideologischen Vorstellungen aufzubauen. (...)

Die „Yusin“-Kräfte Chon Du Hwans zitierten auch Äußerungen Kim Dae Jungs im In- und Ausland, die angeblich mit der „Linie des Nordens“ sympathisieren, als Vorwand, um ihn auf dem Altar des „Antikommunistengesetzes“ zu opfern. (...)

Die Revolutionäre Partei für die Wiedervereinigung appelliert ersnthaft an die Patrioten aller Schichten, eine breitere, landesweite Bewegung in Gang zu setzen, um Kim Dae Jung und andere festgehaltene Demokraten und patriotischen Studenten vor dem Tode zu retten mit der entschlossenen Absicht, den heiligen Kampf zur nationalen Errettung für Demokratie und Wiedervereinigung frühzeitig zu einem neuen, höheren Stadium zu entwickeln in diesem entscheidenden Augenblick, wo ihr Leben an einem seidenen Faden hängt.

(Quelle: The Pyongyang Times, Pjöngjang, 16.8.1980)

**Adressenänderungen bitte rechtzeitig bei der
Redaktion und bei der Post bekanntgeben!**

AIB

Sonderheft 2/1980

2,- DM



TÜRKEI

Paul Maaskola

Militärs – Retter der Demokratie?



Putschistenpräsident General Kenan Evren

Der Militärputsch vom 12. September 1980 brachte die Türkei wieder einmal in die Schlagzeilen. Das Durchgreifen der Militärs um Generalstabschef Kenan Evren ist freilich nichts gänzlich Neues. Denn schon zweimal zuvor innerhalb der beiden letzten Jahrzehnte hat die türkische Armeespitze durchgegriffen: Am 27.5.1960 stürzte ein von Offizieren gebildetes „Komitee der nationalen Einheit“, das 1961 die Regierungsgeschäfte an eine Zivilregierung weitergab, das Regime A. Menderes. Am 12.3.1971 zwangen die Militärs die Regierung S. Demirels zum Rücktritt und diktierten über ein von der Armeespitze bestücktes Regime die Regierungs-

geschäfte bis zu den Parlamentswahlen 1973. Die nachfolgenden gewählten Zivilregierungen Ecevit und Demirel aber vermochten es nicht, der Dauerkrise in der Türkei Herr zu werden. Worin sind die Ursachen von Krise und Militärdiktatur zu suchen? Welcher Stellenwert kommt dabei dem desolaten Zustand der Wirtschaft, der strategischen Rolle der Türkei und dem Terrorismus-Problem zu? Sind die Putschgeneräle wirklich die Retter der türkischen Nation? Die Türkei in den Griff zu bekommen, ist für die Westmächte 1979/80 noch wichtiger geworden. Das Ausscheren Griechenlands aus dem militärischen Bereich der NATO 1974, der Verlust der Militärbastion Iran 1979, der Zerfall des Militärpaktes CENTO 1979 sowie das Scheitern der US-Invasion 1980 in Afghanistan und im Iran haben die Rolle der Türkei nachdrücklich aufgewertet. Ihre gegenwärtig außerordentlich große Bedeutung für die NATO liegt in der einmaligen strategischen Position: Von der Türkei aus ist das östliche Mittelmeer, darunter insbesondere die Meerengen zu sowjetischen Häfen, zu kontrollieren, die UdSSR elektronisch auszuhorchen und militärisch zu fixieren. Das Quellengebiet von rund 2/3 des von Westeuropa importierten Erdöls, die arabisch-iranische Ölregion, insbesondere die progressiven Bewegungen dort, sind von der Türkei aus militärisch überwachbar, um dort „nötigenfalls“ einzugreifen. Schließlich können Stützpunkte in der Türkei auch als Sprungbrett in die knapp 300 km entfernt schwelende Nahostkonflikt-Region genutzt werden (siehe auch Kasten).

Krise einer abhängigen Wirtschaft

Die Türkei ist jedoch nicht nur ein vorgeschobener NATO-Vorposten im Kalkül des Imperialismus. Flächenmäßig so groß wie die BRD und Frankreich zusammen, mit einer 43-Mio-Bevölkerung, reichen Bodenschätzen und günstigen natürlichen agrarwirtschaftlichen Bedingungen ist die Türkei auch von wirtschaftlichem Interesse für die Westmächte, insbesondere für die multinationalen Konzerne.

Doch die natürlichen Ressourcen des Landes sind kaum erschlossen. So werden etwa die nationalen Energievorkommen (Kohle, Erdöl, Wasserkraft) kaum genutzt, da wichtige Industriebereiche wie z.B. die Stromerzeugung des Landes oder die Düngemittelindustrie auf dem von US-Ölmultis gelieferten Erdöl aufgebaut wurde. Wegen Devisenmangel kann die Ölrechnung häufig nicht beglichen werden, was zur Rationierung und Unterbrechungen der Stromversorgung geführt hat. Aus dieser Situation profitieren allein die Ölmultis: 1979 mußte die Türkei 3,2 Mrd Dollar für ihre Ölimporte an die Mineralölkonzerne abführen – im gleichen Jahr betrug der Gesamtwert des türkischen Warenexports 2,9 Mrd Dollar.¹

Besonders stark ist die türkische Industrie von den kapitalistischen Wirtschaftszentren abhängig. Die in den 60er Jahren eingeleitete Industrialisierung durch Investitionen der türkischen Großbourgeoisie und der internationalen Groß-

konzerne – gelockt durch das niedrige Lohnniveau und freien Gewinntransfer – führte zur Errichtung von Gemeinschaftsunternehmen hauptsächlich im Bereich der Konsumgüter- und Zwischenprodukteindustrie (86% der verarbeitenden Industrie 1977). Damit gerieten Schlüsselpositionen des privaten Industriesektors unter die Kontrolle des Auslandskapitals, das sich Anfang 1980 zu ca. 70% auf die Chemie-, Automobil-, Metallwaren und Elektrogeräteindustrie sowie die Tourismusindustrie konzentrierte.

Dabei hielt die BRD mit 22 von 95 Firmen mit Auslandsbeteiligungen die Spitzenstellung (USA 17, Schweiz 12 Beteiligungen). Allerdings entfiel auf die USA der größte Umfang der Auslandsinvestitionen mit 543 Mio TL (19%), gefolgt von Frankreich (15%), der Schweiz (14%) und der BRD (367 Mio TL; 13%).

Der seit Kemal Atatürk traditionell starke staatliche Sektor – 40% der Industrie im Staatsbesitz – umfaßt vor allem Grundstoff- aber auch Baumwollindustrien sowie das Verkehrswesen und andere öffentliche Dienste. Bei den privaten Industriebetrieben mit Auslandsbeteiligung handelt es sich zumeist um Montagebetriebe, aus der BRD z.B. von Siemens, Bosch, Mannesmann oder MAN, wo lediglich die letzten Verarbeitungsstufen der jeweiligen Produktionskette realisiert werden. Bei gleichzeitiger bewußter Vernachlässigung des Aufbaus einer türkischen Schwerindustrie (Ausnahmen: sowjetische Großprojekte z.B. Eisenhüttenwerk bei Iskenderun, Ölraffinerie in Izmir oder Aluminiumhütte bei Saydisehir) erzielt das in- und ausländische Großkapital durch Errichtung der Montageindustrie eine extrem hohe Abhängigkeit der türkischen Wirtschaft vom Import teurer Vorprodukte. Bei Importanteilen an Endprodukten von über 50% durchschnittlich sowie der Notwendigkeit über 80% der Investitionsgüter zu importieren steigt der Importbedarf schneller als die Industrieproduktion – eine Entwicklung an der die multinationalen Konzerne besonders

hohe Gewinne erzielen.²

Durch diese abhängige Struktur ist die türkische Wirtschaft den Preissteigerungen auf internationalen Märkten ausgesetzt und der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise ausgeliefert. Dies ist auch die Hauptursache für die gegenwärtige Wirtschaftskrise der Türkei. Bei rapide sinkender Produktivität war 1980 die Kapazität der meisten Betriebe nur zu 30 - 50% ausgelastet, die extrem hohe Auslandsverschuldung betrug über 20 Mrd Dollar und die Inflationsrate lag über 120%.³

Militäreinsatz gegen „unübersehbare“ Streiks

Ausgetragen wird diese Entwicklung auf Kosten der Bevölkerungsmehrheit, die zu etwa 2/3 von der Landwirtschaft lebt. Der Agrarsektor ist zugleich der rückständigste Bereich der türkischen Gesellschaft. In weiten Teilen ist feudaler Großgrundbesitz vorherrschend; noch 1976 befanden sich über 700 Dörfer samt Einwohnern im persönlichen Besitz und in totaler Verfügungsgewalt von Feudalherren. Das Fehlen einer Agrarreform ist das Hauptentwicklungshindernis der ländlichen Türkei. Daß sie, trotz mehrerer Anläufe u.a. durch Gesetzesinitiativen, nie durchgeführt worden ist, dafür hat die türkische Nationalkammer gesorgt, wo etwa 300 von 450 Abgeordneten zu Großgrundbesitzern und Unternehmern (Stand 1976) zuzurechnen waren.

Die Herrschaft feudalistischer Großagrarien verursacht eine unaufhaltsame Verelendung breiter Bevölkerungsteile durch die fortgesetzte Senkung der Einkommen, wobei das Arbeitsentgelt auf dem Lande ohnehin etwa nur die Hälfte des Lohnes eines ungelerten Arbeiters in der Stadt beträgt. Frauenarbeit wird generell mindestens um 25%, Kinderarbeit sogar über 50% unterbezahlt.⁴

Die Anhebung der Verbraucherpreise bis zu 800% bei gleich-



Grauer Alltag in Istanbul: Bei Razzien von Militärstreifen zwingt man Passanten in den Straßenschmutz

„Sicherer“ NATO-Flugzeugträger am Bosphorus



US-Radarstation von Pirinlik

Bundesrepublikanische Militärstrategen bezeichneten den südöstlichen NATO-Vorposten Türkei jüngst als „das letzte Flugzeug-Mutterschiff für die Vereinigten Staaten in diesem Raum“. (Wehrtechnik, Mai 1980, S. 12) Gemünzt war dies darauf, daß mit dem Verlust der Militärbastion Iran im Februar 1970 ein strategisches Loch im US-Einkreisungsring um das sozialistische Lager aufgebrochen war. Im März 1979 war mit dem Austritt des Iran der zentralasiatische CENTO-Pakt, zu dessen Gründungsmitgliedern die Türkei gehörte (1955 geg. als Bagdad-Pakt, 1959 in CENTO umbenannt), zerfallen. Auf irischem Territorium büßten die USA ein Konzentrat an Horchposten, Militärstützpunkten und Militärpersonal (rund 40.000) ein, das sich vor der Haustür der Sowjetunion und der arabischen Ölländer so gut wie nicht ersetzen ließ.

Neben massiven US-Interventionsversuchen im Iran und Afghanistan, die auf die Errichtung willfähiger neokolonialistischer Regimes zielten (ausführlich siehe AIB 7-8/1980, S. 4 ff.), wurden Pakistan und ganz besonders die Türkei mit „Stabilisierungshilfen“ seitens der Westmächte überhäuft. Die westliche Wirtschafts- und Militärhilfe für das Land am Bosphorus erreichte mit 3,05 Mrd Dollar für das Jahr 1980 absolute Weltspitze (siehe Beitrag von A.I. Bresche in diesem Heft). Die militärstrategische Bedeutung der Türkei als NATO-Vorposten wurde kräftig aufgewertet.

Die NATO-Mitgliedschaft der Türkei bringt es mit sich, daß der Großteil der türkischen Militäreinrichtungen ohnehin dem Kommando der Generalität des atlantischen Bündnisses unterstellt sind. Zusätzlich dazu unterhält die NATO-Führungsmacht USA auf türkischem Boden 61 Militärbasen mit einem eigenen Personalaufwand von nahezu 5000. Auf die Türkei kommen demnach allein rund 1/3 der gegenwärtig im gesamten Mittelmeerraum von den US-Streitkräften betriebenen Einrichtungen (199 nach dem Stand vom April 1979). Sie können in vier Kategorien gegliedert werden: 1. Kampfstützpunkte und Einrichtungen wie Luft-, Flotten- und Raketen(auch Nuklear-)basen; 2. Elektronische Spionagestationen; 3. Melde- und Nachrichtenstützpunkte; 4. Trainings- und Nach-

schubbasen. Die Modalitäten in der Handhabung dieser US-Militärbasen wurden in zweiseitigen amerikanisch-türkischen Militärabkommen geregelt, die in den Jahren 1952, 1969 und 1980 unterzeichnet wurden.

In einem US-Senatsbericht des Jahres 1979 wurde die Luftwaffenbasis von Incirlik (nahe Adana) als die vorgeschobenste amerikanische Bodenrampe „im östlichen Mittelmeer hochgeschätzt, von der aus ein taktischer atomarer Schlag“ im Konfliktfall in der Region zu starten sei. Wie Incirlik so sind auch die anderen wichtigen US-Installationen auf türkischem Terrain wie Sinop, Pirinlik (nahe Diyarbakir), Golbashi (nahe Ankara), Iskenderum, Yumurtalik (Anlaufpunkt der 6. US-Flotte) und Izmir (NATO-Südost-Hauptquartier) in zwei Richtungen disponibel: gegen die Sowjetunion und die vorderasiatischen Befreiungsbewegungen (vgl. MERIP REPORTS, Washington, September 1980, S. 6/7).

Startrampe für US-Atomschläge und Interventionsakte

Die in der Türkei stationierten US-Kampfbomber und -Raketen können weite Teile der Sowjetunion, mit einem Radius bis nach Moskau und zum Aral-See mit Atomwaffen belegen. Der ehemalige türkische Geheimoffizier und jetzige Senator Tunçkanat kommentierte dies so: „In dem Luftwaffenstützpunkt in Incirlik befinden sich der strategischen Luftwaffe der USA angehörende Düsenjäger mit Atom- und Wasserstoffbomben. Ferner gibt es Düsenjäger-Geschwader für die Verteidigung des Stützpunktes. Hier ist auch amerikanisches Personal untergebracht, das für die logistische Unterstützung und Wartung der Flugzeuge verantwortlich ist. Auch wenn durch die offiziellen türkischen Stellen bestritten wird, daß die aus diesen Stützpunkten abfliegenden Flugzeuge ohne die Genehmigung der türkischen Regierung unsere Nachbarländer angreifen können, kann man auf keine Weise kontrollieren, wohin diese Flugzeuge nach dem Start fliegen. Heute ist es möglich, daß aus Incirlik ausgeflogene Düsenjäger nach Angriff eines tausend Kilometer entfernten Ortes zum gleichen oder zu einem anderen Stützpunkt zurückkehren. Denn die türkischen Stellen verfügen über kein Kommando- und Befehlsrecht.“ (zit. nach: Türkei-Informationen, Düsseldorf, Juni 1980, S. 15)

In der Tat ist im neuen Militärabkommen vom März 1980 festgehalten, daß in Incirlik ausschließlich US-Personal zur Kontrolle der US-Flugzeuge berechtigt ist. Und an diesem Ort sind immerhin zwei taktische Geschwader der 401. taktischen Abteilung der US-Luftwaffe zwecks „Unterstützung der NATO-Verteidigungspläne“ stationiert. Unter den geheimen Klauseln des Militärabkommens, die selbst dem türkischen Parlament vorenthalten wurden, finden sich nun auch solche, denen zufolge man es US-Militärmissionen offenstellt, ihre „territorialen Betätigungsmöglichkeiten“ zu erweitern. Dies schließt ihre Nutzung im Falle von US-Interventionsakten, Ölkriegszügen usw. im Nahen und Mittleren Osten ein (nach: MERIP REPORTS, a.a.O.; New Statesman, 20.6.1980).

Es wäre im übrigen nicht das erste Mal. Schon 1958 diente Incirlik als Sprungbrett für die US-Invasion im Libanon. Und im April 1980 nutzte die Carter-Administration diese Basis für ihren – mißglückten – Luftlande-Einfall gegen den Iran, die sog. „Operation Blaulicht“.



US-Militärbasen auf türkischem Boden

zeitigem Lohnstopp Anfang 1980 traf nicht nur die Landbevölkerung. Da die Reallöhne der Arbeiter und Angestellten zwischen 1977 und 1979 bereits durchschnittlich um 46% gesunken waren, wurden vor allem auch die Werktätigen in den Industriezentren der Türkei zum Opfer der reaktionären Wirtschaftspolitik.

„Die Zahl der Arbeitslosen steigt. Der Lebensstandard sinkt. In den durch Landflucht ständig wachsenden Slums am Rande der Großstädte, bei einem Großteil der Arbeiterschaft und bei den unteren bis mittleren Verdienstgruppen der Angestellten und Beamten fühlen sich viele über den Rand des Existenzminimums hinausgedrängt... Die Zahl der bestreikten Betriebe ist nicht mehr zu übersehen,“ berichtete die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 19.3.1980 aus Ankara.

Tatsächlich intensivierte sich der Kampf der Werktätigen gegen die Verschlechterung ihrer sozialen und politischen Situation nach der Jahreswende 1979/80 spürbar.

So beantworteten beispielsweise 11.000 Arbeiter des agroindustriellen Staatskonzerns Taris im Februar 1980 ihre angekündigte Entlassung und zuvor stattgefundene Ausschreitung von Polizei und Gendarmerie mit einer dreitägigen Betriebsbesetzung. Ein blutiger Polizei- und Militäreinsatz folgte. An einem daraufhin vom progressiven Gewerkschaftsbund DISK ausgerufenen Generalstreik in Izmir beteiligten sich 100.000 Arbeiter. Durch den Einsatz von über 10.000 Soldaten, Panzern, Hubschraubern und Flugzeugen wurden die Massenproteste nach einer Woche andauernder Kämpfe unterdrückt – 11 Tote und über 100 Verletzte waren das Resultat.

Ab Mitte März 1980 befanden sich über 60.000 Arbeiter der Metallgewerkschaft MADEN-IS sowie aus der Textil- und Glasereibranche im Streik. „Vor allem,“ so Mehmet Karaca, Generalsekretär der MADEN-IS, „ist die Haltung des Metallunternehmerverbandes MESS nach wie vor unnachgiebig. Er lehnt sogar Verhandlungen über einen gerechten Inflationsausgleich ab, von einer Lohnerhöhung ganz zu schweigen... Die von den Monopolen verursachte Krise erweist sich für sie äußerst gewinnträchtig. Die wichtigsten von ihnen konnten in den letzten beiden Jahren ihre Nettogewinne fast verdoppeln. Die Haltung der Unternehmer wird durch die Regierung direkt unterstützt, in dem sie ihrerseits die Tariverhandlungen mit den Gewerkschaften absichtlich in die Länge zieht, oder aber Tarifvereinbarungen vorschlägt, die den vom Internationalen Währungsfond (IMF) diktierten Bedingungen entsprechend sehr niedrig liegen.“⁵

Repressionswelle unter S. Demirel

Die tiefe Wirtschaftskrise hat vor allem die internationalen Gläubiger und Finanziere, allen voran die BRD und die USA, in die Lage versetzt, dem Land eine Entwicklungspolitik aufzuzwingen, die allein ihren militärstrategischen und ökonomischen Interessen entspricht. Eskalierende Rüstungsproduktion – an der auch insbesondere die Armeespitze beteiligt ist – und Militarisierung deformieren Wirtschaft und Gesellschaft, Kreditbedingungen heben die nationale Souveränität faktisch auf. So muß die Regierung in Ankara – ob zivil oder in Uniform – folgende Bedingungen erfüllen, um Kredite vom IMF zu erhalten: Lohnstopp, Steuer- und Preiserhöhungen; Abwertung der Währung und keine Kontrollen des Auslandskapitals; Einschränkung der Staatsinvestitionen, des schwerindustriellen Aufbaus und des Handels mit der UdSSR.

Dieser Kurs kann nur auf Kosten der Bevölkerungsmehrheit verwirklicht und nur mit Gewalt gegen den Widerstand der Werktätigen durchgesetzt werden. Deshalb war die Regierungszeit S. Demirels seit Herbst 1979 von einer zunehmen-



Trauernde Arbeiter vor dem Sarg des ermordeten Gewerkschaftsführers Kemal Türkler

den Repressionswelle begleitet, die schließlich in den Militärputsch vom 12. September 1980 mündete. Wie steht es dabei mit einem der Hauptargumente der Militärs, die Nation vor dem eskalierenden „Terror von links und rechts“ retten zu wollen?

Die demokratischen Rechte wurden im Laufe des Jahres 1980 stark eingeschränkt. Bevor die Militärjunta nach ihrem Putsch alle politischen und gewerkschaftlichen Verbände für aufgelöst erklärte, war ein Großteil der demokratischen Organisationen verboten worden, darunter der Progressive Jugendverband (IGD), die Verbände der Beamten (TÜM-DER), der technischen Angestellten (TÜTED), der Polizei (POLDER), der Lehrer (TÖB-DER), der Fortschrittliche Frauenverband (IKD), der Demokratische und der Volkskulturverein (DDKD bzw. DHKD). Am 8. Mai 1980 wurde die 1975 gegründete, kleine linksstehende Arbeiterpartei der Türkei (TED) verboten, weil sie sich für das Recht der Kurden in der Türkei auf eine Ausbildung in ihrer Muttersprache eingesetzt hatte.

Wegen „staatsabträglichen“ Parolen, wie „Für eine sozialistische Türkei“, wurden am 5. - 6.7.1980 alle 588 Delegierten des Parteitag der Arbeiterpartei TIP samt Parteiführung vorübergehend verhaftet. Nach dem 7. Kongreß der DISK im Juni/Juli 1980 beantragte die Istanbuler Staatsanwaltschaft am 1.8.1980 das Verbot des gewerkschaftlichen Dachverbandes. Doch diesem Schritt kam der Militärputsch zuvor.

Die staatlich gestützte Terrorwelle sollte die türkischen Werktätigen und ihre Organisationen zur bedingungslosen Unterordnung niederknüppeln. Hauptakteure waren dabei die Konter-Guerilla, der staatliche Geheimdienst (MIT), die Polizei sowie die zahlreichen faschistischen Organisationen: die Partei der Nationalen Bewegung (MHP) mit ihren Grauen Wölfen, dem faschistischen Gewerkschaftsbund (MISK) und anderen.

Die Konter-Guerilla, offiziell „Abteilung für besondere Kriegsführung“, wurde Mitte der 60er Jahre beim türkischen Generalstab, sorgsam von der Öffentlichkeit abgeschirmt, mit der Aufgabe gebildet, Widerstandskräfte für den Fall einer ausländischen Aggression oder eines „Aufstandes... der

Türkei-Länderübersicht

Territorium: 780.576 qkm, damit mehr als dreifache Fläche der Bundesrepublik

Bevölkerung: rund 43 Mio (1979)

Hauptstadt: Ankara (2 Mio Einwohner)

Nationalflagge: Rotes Feld mit weißem Halbmond und Stern

Sprache: Amtssprache ist Türkisch, das von rund 90% der Bevölkerung gesprochen wird. Andere Sprachen nationaler Minderheiten sind Kurdisch, Arabisch, Armenisch, Griechisch

Religion: Islam zu 98%, wovon rund 3/4 sunnitischer und etwa 1/4 schiitischer Glaubensrichtung

Währung: Türkische Lira (TL); 1 TL = 0,22 DM (Stand Juni 1980)

Staatsform: Republik Türkei. Die Exekutivgewalt liegt seit Gründung der parlamentarischen Republik 1923 unter General Mustafa Kemal Pascha (Atatürk) beim Präsidenten und der Regierung. Verfassungsgemäß werden sie im Vierjahresrhythmus gewählt von der Großen Nationalversammlung (Parlament), die aus zwei Kammern, der Volkskammer und dem Senat besteht. Nach Auflösung dieser Organe durch den Putsch vom 12.9.1980 ist General K. Evren Staatsoberhaupt und Vorsitzender des Nationalen Sicherheitsrates (MGK), bestehend aus 6 Generälen, dem als Exekutive ein Ministerrat unter Ex-Admiral B. Ulusu mit 27 Mitgliedern (davon 7 Generäle in Schlüsselministerien) unterstellt wurde.

Parteien: Von den insgesamt 11 legalen Parteien waren vor dem 12.9.1980 sechs im Parlament vertreten. Aus den letzten Wahlen zur Nationalversammlung waren die sozialdemokratisch orientierte **Republikanische Volkspartei (CHP – gegr. 1923)** unter Bülent Ecevit mit 41,4% und die konservative **Gerechtigkeitspartei (AP – gegr. 1961 als Nachfolgeorganisation der 1946 konstituierten Demokratischen Partei)** unter Süleiman Demirel mit 36,9% der Stimmen als stärkste Fraktionen hervorgegangen. Bei den Zwischenwahlen vom Oktober 1979 wurde das Stimmenverhältnis mit 47,8% für die Gerechtigkeitspartei und nur noch 29,3% für die CHP auf den Kopf gestellt. An die Stelle der Koalitionsregierung Ecevit rückte die Minderheitsregierung Demirel. Drittstärkste Partei ist die nationalistische **Nationale Heilspartei (MSP)** unter N. Erbakan. Weitere Parteien sind die faschistische **Partei der Nationalen Bewegung (MHP)** unter Alparslan Türkeş, die linkssozialistische **Türkische Arbeiterpartei (TIP – gegr. 1961)** unter Behice Boran, die **Türkische Sozialistische Arbeiterpartei (TSIP – gegr. 1974)**, sowie die seit 1923 illegale **Türkische Kommunistische Partei (TKP – gegr. 1920)**.

Wirtschaft: Die Türkei hält als schwachentwickelter kapitalistischer Agrar-Industrie-Staat das Schlußlicht im europäischen Entwicklungsniveau. Noch immer sind rund 60% der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft beschäftigt, gegenüber 15% im Industriebereich. Am Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist die Landwirtschaft mit 25%, die Industrie mit 30% beteiligt. Rund 2/3 des türkischen Exportwertes entfallen auf Agrarprodukte, doch der Nahrungsmittelbedarf im Lande kann – eine Folge u.a. des vorherrschenden Groß-

grundbesitzes – nicht selbst gedeckt werden. Die Auslandsverschuldung erreichte 1976 25 Mrd Dollar, d.h. 50% des BIP.

Wichtigste Zweige sind in der Industrie die Textil- und Nahrungsmittelproduktion sowie die Chrom-, Nichteisenerz- und Schwefelförderung, in der Landwirtschaft der Anbau von Getreide, Zuckerrüben, Mohn, Tabak, Baumwolle und die auf die Wollerzeugung abgestellte Viehhaltung.

Rund 2/3 des türkischen Außenhandels entfallen auf die Westmächte, angeführt von der BRD, den USA, Italien, Großbritannien, der Schweiz und Frankreich. Die Türkei ist seit 1964 der EWG assoziiert.

Soziales: Die Alphabetenrate entsprach 1976 mit 55% dem arabischen Standard. Die Lebenserwartung betrug 57 Jahre, die Kindersterblichkeit mit 119 Todesfällen bei 1.000 Geburten (bis zum ersten Lebensjahr) das Dreifache des westeuropäischen Vorletzten, Portugal. 1980 wurde der Anteil der Arbeitslosen offiziell auf über 20% beziffert, zuzüglich über 1,1 Mio türkischen Emigranten allein in der Bundesrepublik.

Geschichte:

Ca. 550	Entstehung des früh türkischen Reiches in der Mongolei
1288-1326	Begründung des Osmanischen Reiches unter Osman I. Ghasi
1919-22	Nationaler Unabhängigkeitskrieg
1923	Gründung der Republik unter Präsident Atatürk
1938	Tod Atatürks. Nachfolger als Führer der Republikanischen Volkspartei (CHP) und Präsident wird Ismet İnönü
1947	Hilfsabkommen mit den USA
1950	Wahlsieg der Demokratischen Partei. Regierung A. Menderes
1952	Beitritt zur NATO
1955	Beitritt zum Bagdad-Pakt, später CENTO
1960	Sturz der Regierung Menderes. Provisorische Regierung unter General C. Gürsel
1965	Nach Wahlsieg der Gerechtigkeitspartei Regierung S. Demirel
1971	Militärputsch und Installierung einer Rechtsregierung unter Nhat Erim
1974	Koalitionsregierung unter dem neuen CHP-Vorsitzenden Bülent Ecevit
1975	Türkische Invasion auf Zypern
1975	Nationalistische-Front-Regierung Demirel, in der konservative Parteien mit der faschistischen MHP koalieren
1978	Erneute Koalitionsregierung B. Ecevit. Verhängung des Kriegsrechts über 1/3 des Landes
1979	Minderheitsregierung S. Demirel
1980	„Militärputsch unter General K. Evren

politischen und sozialen Opposition gegen die hergebrachte Ordnung“ bereitzustellen.

Geleitet durch Generäle der Armee, führende Geheimdienstler, Mitarbeiter des CIA und des international organisierten Verbrechertums (Mafia), ist die Konter-Guerilla mit der Zentrale in Istanbul und Zweigstellen in Polizei- und Militärhauptquartieren, in allen Landesteilen präsent. In Ankara sind ihre Büros im gleichen Haus mit der US-Militärmission



Armee-Einsatz gegen streikende Arbeiter in Izmir im Februar 1980

untergebracht. Dirigiert von der US-Botschaft, unter Anleitung und mit Schulungsmaterial des CIA führt sie den „unkonventionellen Krieg“. Ihr zugehörige Offiziere sind ausgebildet in Sabotage, Verhör und psychologischer Kriegsführung. Sie übernehmen auch die Vorbereitungen, etwa durch Ermittlungen und Anlegen von Waffendepots, wie die Durchführung solcher Aktionen. So wurde beispielsweise unter ihrer Anleitung Anfang 1972, nach Verhängung einer Ausgangssperre, Istanbul sieben Stunden lang mit 85.000 Soldaten „auf der Suche nach geflohenen Gefangenen“ durchkämmt.⁶

Parallel zum Aufbau der Konter-Guerilla begann 1968 der Aufbau der faschistischen Grauen Wölfe. Seit Mitte der 70er Jahre hat man die Zusammenarbeit intensiviert und eine personelle wie aktionsbezogene Verflechtung zwischen dem türkischen Geheimdienst, der Konter-Guerilla und der MHP vollzogen. Besonders in den Jahren 1975-78, als die Regierung unter S. Demirel in einer Koalition mit der MHP (Partei Führer Alparslan Türkeş als Vizeministerpräsident) regierte, wurden zahlreiche Schlüsselpositionen bei der Polizei mit Faschisten besetzt.

Selbst scheinbar bedeutungslose Protest- und Widerstandszeichen der Bevölkerung sind zum Anlaß für Terrorübergrif-

fe gemacht worden. „So im März 1980 in Tarsus. Dort führt eine unfallträchtige NATO-Straße durch ein Wohnviertel. Allein in den Jahren 1978-79 wurden dort 25 Fußgänger bei Verkehrsunfällen getötet. Die Forderungen nach dem Bau einer Unterführung blieben unerfüllt. Als am 22. April ein 15-jähriges Mädchen von einem LKW überfahren wurde, zogen die Bewohner mehrerer Stadtviertel zur NATO-Straße und errichteten aus Protest Straßensperren. Die ca. 1.500 Menschen waren bald von Polizei und Gendarmerie umstellt. Als die Diskussion zwischen beiden immer heftiger wurde, eröffneten Polizei und Gendarmerie plötzlich das Feuer und ermordeten 10 Demonstranten, darunter drei Kinder. 300 wurden verletzt, 21 davon schwer, 87 Menschen wurden verhaftet.“⁷

Zielscheibe des Terrors sind vornehmlich die demokratischen und Linkskräfte der Türkei. In einer gemeinsamen Aktion des Geheimdienstes, der Faschisten und der Maoisten wurde die Maifeier 1977 in Istanbul, zu der die DISK aufgerufen hatte und an der 1/2 Mio Menschen teilnahmen, von umliegenden Gebäuden minutenlang mit automatischen Waffen beschossen. Es starben 38 Menschen. In der ostanatolischen Stadt Kahramanmaraş richteten faschistische Kommandos an Weihnachten 1978 ein Blutbad an, bei dem ca. 200 wehrlose Frauen, Männer und Kinder ermordet wurden. In Fatsa, einer kleinen Stadt an der Schwarzmeerküste, drangen Mitte Juni 1980 motorisierte Armee- und Gendarmerieeinheiten in Begleitung von 50 Panzern ein. Nach Hausdurchsuchungen, mit Hilfe maskierter – da steckbrieflich gesucht – MHP-Mitglieder durchgeführt, wurden über 400 Verhaftungen vorgenommen. Die Inhaftierten, unter ihnen der unabhängige Bürgermeister Fikri Sönmez, wurden Folterungen unterworfen. Der Grund: In Fatsa hatte eine große Koalition von linken Gruppen bis zur islamischen Nationalen Heilspartei (MSP) durch selbst organisierte Komitees das Eindringen und die Überfälle von MHP-Kommandos verhindern können.

Und dann kamen die Generäle

Anfang Juni 1980 führten in Corum von Faschisten provozierte Auseinandersetzungen zwischen den religiösen Gruppen der Aleviten und Sunniten zu 5 Tage lang andauernden Kämpfen, bei denen MHP-Kommandos zusammen mit Polizei und Gendarmerie – ausgerüstet mit Panzern aus der BRD – ganze Stadtteile überfielen und die Bevölkerung massakrierten. Ohne diejenigen mitzuzählen, die an nachher durchgeführten Folterungen starben, wurden fast 30 Todesopfer gezählt.

Neben dem „Flächenterror“ wurden in zunehmendem Maße prominente Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens Opfer faschistischer Anschläge. Dabei handelte es sich nicht nur um Gewerkschafter und Linkskräfte, z.B. wurde am 22.7.1980 der Vorsitzende der Metallgewerkschaft MADENIS, Kemal Türkler, ermordet, sondern auch um Zentrumspolitiker wie den Abgeordneten der Republikanischen Partei (CHP), N. Köksalolu, der Anfang Juli d.J. ermordet wurde, und sogar Angehörige der Rechten: Nihat Erim, Expremierminister des Repressionsregimes 1971-73, wurde am 25.7.1980 ermordet. In den ersten Septemberwochen 1980 stieg die Anzahl der Opfer politischer Mordanschläge auf bis zu 35 pro Tag.

Die Methode, die dahinter steckt, umschrieb einer der Organisatoren der Konter-Guerilla, General a.D. Kemal Ersun so: „Durch Sabotageaktionen und politische Morde einen Bürgerkriegszustand schaffen – und dann kommen wir.“⁸

Und sie kamen. Am 12. September 1980 putschte die türkische Generalität unter Führung von Generalstabschef Kenan Evren. Er ernannte sich zum Staatspräsidenten und

Folterungen aus Versehen?



65.000 aus politischen Gründen Inhaftierte zählte man unmittelbar vor dem Militärputsch vom 12. Dezember 1980 in der Türkei (Le Monde, Paris, 21./22.9.1980).

Der Präsident der Rechtsanwaltsvereinigung von Istanbul, Orhan Apaydin, auf einer Pressekonferenz am 7.5.1980: „Niemand weiß, wieviele Personen vor ein Gericht gestellt wurden, wieviele freigelassen wurden. Verwandte erfahren nichts über den Aufenthaltsort der Gefangenen. Wir haben zahlreiche Hinweise, die belegen, daß die Verhöre politischer Häftlinge mit Foltermethoden durchgeführt werden. Nach Zeugenaussagen werden Häftlinge völlig unbekleidet auf den Fußboden gelegt und mit kaltem Wasser übergossen. Sodann werden Elektroden an ihre Genitalorgane, am Kinn oder Ohrfläppchen angebracht. Zigaretten werden auf der Haut der Häftlinge ausgedrückt. Es ist sogar vorgekommen, daß die Folterer Schlagstöcke in den Anus der Opfer einführen. Das Schlagen auf die entblößten Fußsohlen ist noch die harmloseste Foltermethode. Diese unmenschlichen Folterpraktiken werden so lange fortgeführt, bis der Häftling eine vorgefertigte Erklärung unterzeichnet. Weigert sich das Opfer zu unterzeichnen, so drohen die Folterer mit Erschießung oder Hinauswerfen aus dem Fenster. Diese Drohung wird wahrgemacht; es sind bereits Tote auf dem Boden der Gefängnishöfe gefunden worden. Die Polizei spricht in solchen Fällen von Selbstmord.“

Obwohl im Bericht der UN-Menschenrechtskommission die Türkei zu den Ländern gezählt wird, in denen gefoltert wird, will die Bundesregierung von nichts wissen. In einem Gutachten des Auswärtigen Amtes vom 14.5.1980 zu einem Asylverfahren heißt es: „Es gibt keine politische Verfolgung durch staatliche Organe. Das... Übergriffe staatlicher Organe vorkommen, ist zwar nicht mit absoluter Sicherheit auszuschließen, dem Auswärtigen Amt sind jedoch konkrete Fälle nicht bekannt. Amtsmissbrauch und Körperverletzung im Amt sind strafbar. Der Staat verfolgt diese Delikte.“

stellte sich an die Spitze eines Nationalen Sicherheitsrates, zusammengesetzt aus den Oberbefehlshabern von Heer, Luftwaffe, Marine, Gendarmerie sowie dem Befehlshaber der Ägäis-Streitkräfte.

Regierung und Parlament wurden aufgelöst, die Verfassung außer Kraft gesetzt. Das Kriegsrecht, das bereits in 20 von insgesamt 69 Provinzen galt, wurde auf das ganze Land ausgedehnt. Parteien, Gewerkschaften und Verbände wurden für aufgelöst erklärt, über 150 Gewerkschaftsbüros geschlossen und jede politische Betätigung verboten. Mehrere Tausend Personen wurden verhaftet, darunter alle führenden Politiker des Landes, vor allem aber Linkskräfte, sowie hunderte Gewerkschaftsfunktionäre, angefangen beim Vorsitzenden der DISK, Abdullah Bastürk.

Die Einsetzung der Regierung – als Exekutivorgan für den Nationalen Sicherheitsrat – verdeutlichte die Marschrichtung der neuen Machthaber: Premierminister B. Ulusu, Exadmiral mit langjähriger NATO-Erfahrung, wird mit sieben anderen Generälen in Schlüsselministerien für einen strammen NATO-Kurs im 27-köpfigen Kabinett sorgen. Der Verbindungsmann zum internationalen Finanzkapital und Mitinitiator des türkischen „Stabilisierungsprogramms“, Turgut Özal, wurde gar zum stellvertretenden Ministerpräsi-

denen ernannt. Als ehemaliger Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes der Metallindustrie (MESS) sowie als Staatssekretär für Wirtschaftsfragen in der vorangegangenen Demirel-Regierung – ihm waren alle Schlüsselstellungen der Wirtschaft aus den zuständigen Fachministerien unterstellt worden – bringt er eine langjährige praktische Kampferfahrung gegen die Arbeiterklasse mit sich.

Zu den Hauptprogrammpunkten der neuen Machthaber zählt die Effektivierung des bisherigen Wirtschaftsprogramms, wobei schwerpunktmäßig die Rüstungsindustrie gefördert und die Streitkräfte modernisiert werden sollen. Die Bekämpfung des „Terrorismus“ soll durch eine neue Gesetzesgrundlage erleichtert werden, die Parteien-, Wahl- und Staatssicherheitsgesetze sowie das Strafrecht sollen ebenfalls erneuert werden.

Die Praxis offenbart eine Gangart rechts von der vorangegangenen konservativen Demirel-Regierung. Durch die Verordnung eines Streikverbots mußten 40.000 Streikende in allen Landesteilen an ihre Arbeitsplätze zurückkehren. Angesichts der Preiserhöhungen von bis zu 20% (u.a. für Zucker, Heizöl, Benzin und Düngemittel) kommt die kurz zuvor verordnete Lohnerhöhung von 70% einer Niederlage der Arbeiter gleich. Angesichts der galoppierenden Inflation und eines Lohnstopps hatten sie Lohnerhöhungen von bis zu 300% gefordert. Alle Gemeinderäte wurden aufgelöst und die meisten Bürgermeister abgesetzt. Künftig, so erklärten die Militärs, würden Ernennungen erst nach eingehender Prüfung durch örtliche Kriegsverwaltungen vorgenommen werden.⁹

Die Behauptung, die Putschgeneräle würden das Erbe Kemal Atatürks vertreten, entbehrt jeder Grundlage. Das Gegenteil ist der Fall. Nicht das Streben nach politischer und ökonomischer Unabhängigkeit vom Ausland, eines der Grundprinzipien des Kemalismus, kennzeichnet K. Evren und die führenden Militärs. Evren selbst personifiziert geradezu den Ausverkauf nationaler Interessen an den US-Imperialismus. Bereits 1950 befehligte er im US-Sold türkische Truppenkontingente im Koreakrieg der USA. Den intimen Kontakt zum CIA pflegte Evren im türkischen Generalstab. Dort war er – vor seiner Ernennung zum Generalstabschef 1978 durch B. Ecevit – zuständig ausgerechnet für die Leitung der Konter-Guerilla.

Die Putschisten – keine Erben Atatürks

Darüber hinaus ist K. Evren mit seinen Generalsfreunden eng mit dem Auslandskapital liiert. Als Verwalter eines riesigen Fonds – der Unterstützungskasse der Armee (OYAK) – besitzen sie Beteiligungen bei türkischen Niederlassungen internationaler Großkonzerne wie Mobil Oil, Shell, Renault, Goodyear, Hilton oder International Harvester. Hinzu kommt ein umfangreicher Besitz an der Rüstungsindustrie. Nach offiziellen Angaben erzielten sie 1977 einen Gewinn von 335 Mio Türkischen Lira (TL), 130 Mio TL mehr als die nächstgrößere Finanzgruppe, die Is-Bank.¹⁰

Der Ruf der Generäle nach nationaler Einheit richtet sich daher sowohl an die Arbeiterklasse und Bauernschaft, mit der impliziten Forderung nach kampfloser Unterordnung unter die Interessen des Großkapitals, als auch an die nationale Bourgeoisie, die partiell andere Interessen vertritt als die sie ruinierenden internationalen Monopole.

Da die nationale Bourgeoisie in der Gerechtigkeitspartei S. Demirels und in der Republikanischen Volkspartei B. Ecevits starke Positionen innehat, war es den bisherigen Regierungen nicht möglich, die Forderungen des in- und ausländischen Großkapitals in die Praxis umzusetzen. Daran scheiterte auch die Regierung S. Demirels. Die Putschgeneräle sind dazu berufen, die Interessen des Auslandskapitals

aus den USA und der BRD durchzusetzen. Dies zeigen auch die Umstände ihrer Machtergreifung.

Am Vorabend des Putsches traf aus Washington der Luftwaffenbefehlshaber und das heutige Mitglied des Nationalen Sicherheitsrates, T. Sattinkaya, ebenso wie ein General der NATO-Südostflanke in der Türkei ein. Eingebettet war der Militärputsch in das NATO-Manöver „Anvil Express 80“ (Amboß-Express). Unter diesem Code führte die auf Abruf bereitstehende multinationale „Eingreifbrigade“ des Obersten NATO-Befehlshabers Europas vom 11.9. bis 6.10.1980 in der Türkei ausgedehnte Manöver durch. Kaum daß die „Operation Demokratie“ in der Türkei angelaufen war, drang die erste Information über den Putsch aus der 12.000 km entfernten US-Hauptstadt Washington in alle Welt.

Anmerkungen:

- 1) Bundesstelle für Außenhandelsinformation, Marktinformation Türkei, Nr. MI-A/588, Köln 1979; Türkei-Informationen, Düsseldorf, Juni 1980
- 2) AIB 6/1979, S. 4 ff.; Info Türk Bulletin, Brüssel, Nr. D. 19/ Mai 1980, S. 7-8
- 3) Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 27.9.1980; Time, London, 29.9.1980
- 4) Neue Perspektiven, Helsinki, Nr. 4/1976, S. 38
- 5) Türkei-Informationen, Juli/August 1980, S. 19
- 6) Info Türk Agentur, Massaker in Ankara, warum? Brüssel 1978, S. 10; Die Neue, Westberlin, 26.7.1980
- 7) Föderation der Arbeitervereine Kurdistans in der Bundesrepublik Deutschland (KOMKAR), Türkeihilfe – wofür?, Frankfurt 1980, S. 8-9
- 8) Financial Times, London, 25.6.1980, Frankfurter Rundschau, 29.8.1980, Türkei-Informationen, a.a.O.
- 9) Time 6.10.1980; International Herald Tribune, Zürich, 16.9.1980; Le Monde, Paris, 23.9.1980
- 10) Die Tat, 19.9.1980; FAZ, 19.9.1980; AIB 7-8/1980, S. 41



- Ich bestelle AIB Nr.
- Ich bestelle ... Exemplar(e) AIB-Sonderheft 2/80 zur Türkei (Preis 2,- DM zuzügl. Porto)
- Ich bestelle ... Exemplar(e) AIB-Sonderheft 1/80 „F.J. Strauß und CDU/CSU-Weltpolitik“ (Preis 2,- DM zuzügl. Porto)
- Ich abonniere das AIB ab Nr. bis auf Widerruf (Jahresabo: 20,- DM inkl. Porto)*
- *) Kündigungen nur bis zum Jahresende – bis jeweils 31.10.
- Ich bitte um Zusendung von Katalogen und Probeexemplaren

[] []																			
Vorname, Name																			
[] []																			
Straße										Beruf									
[] []																			
Postleitzahl, Ort Nr. des Zustellpostamtes																			

- (Unterschrift) _____ (Datum) _____
- Ich überweise den Abonnementpreis entweder auf das Postscheckkonto des Weltkreisverlags, Konto Nr. 312 093-607 beim Postscheckamt Frankfurt/M. oder auf das Konto des Weltkreisverlags Nr. 966 bei der Volksbank Marburg (BLZ 533 900 00).
- Mit der Abbuchung des Abonnementpreises von DM 20,- bin ich einverstanden. Mit dem Ende des Abonnements erlischt diese Einzugsermächtigung.

Mein Bank-/Postscheckkonto []

Nr. []

in [] BLZ []

Internationale Gegenwartsliteratur

collectiv
literatur



Miguel Angel Asturias
Die Maismänner
Roman
Verlag Volk und Welt, Berlin,
373 S., Leinen, DM 10,20
Best.-Nr.: 59/6471836

Der Roman gliedert sich in sechs episodische Einzelerzählungen, die zeitlich aufeinanderfolgen und nach der jeweiligen Hauptperson benannt sind. Durch ihre Augen vermittelt der Autor dem Leser den Kampf der Ureinwohner Guatemalas ums Überleben. Dabei spielt die Beschreibung der indianischen Lebensverhältnisse und der uralten Traditionen eine große Rolle.

Neueste Geschichte Chinas Von 1917 bis zur Gegenwart

Verlag der Wissenschaften,
Berlin, 388 Seiten, Broschur,
17,80 DM
Best.-Nr.: 30/570/9128

Mit dieser Arbeit legen sowjetische Historiker die erste geschlossene und umfassende Darstellung der Geschichte Chinas seit 1917 vor.

Harry Thürk
**Nachts
weint die Sampaguita**
Militärverlag, Berlin
304 S., mit Abb., Leinen,
8,50 DM
Best.-Nr.: 172/7461939

In diesem Tatsachenbericht informiert H. Thürk den Leser mit großer Sachkenntnis, eindrucksvoll und spannend über einen wichtigen Abschnitt der Geschichte der Philippinen. Die Huk-Bewegung war eine nationale Befreiungsbewegung mit starken sozialen Zügen. Warum die Huk nach der Zerschlagung der japanischen Truppen wieder in den Untergrund gingen und was aus ihnen später wurde, darauf gibt das Buch zuverlässige Antwort.

Erwin Strittmatter
Der Wundertäter
Band I
502 S., Leinen, 9,30 DM
Best.-Nr.: 50/6105190

Band II
439 S., Leinen, 8,65 DM
Best.-Nr.: 50/6112796

Band III
600 S., Leinen, 14,70 DM
Best.-Nr.: 50/6123065

Nun sind sie komplett, die drei Bände des „Wundertäters“. Der erste Band schildert Kindheit und Jugend des Stanislaus Büdner, der zweite Band seine unfreiwillig freiwillige Teilnahme an seinem Schicksal danach. Der dritte Band schildert die Heimkehr Büdnerns in sein Dorf, das nun in der DDR liegt.

Lothar Hitziger
Der Erde Brot
Müssen Menschen hungern?
Verlag Neues Leben, Berlin,
214 S., kart., DM 14,50
Best.-Nr.: 58/6428432

Jahrtausende hindurch hat der Hunger die Menschen fast ebenso untrennbar verfolgt wie ihr eigener Schatten. Der Hunger ist nicht von der Natur bewirkt, sondern ausnahmslos von Menschen, d. h. von den gesellschaftlichen Bedingungen.

Miguel Barnet
Das Lied der Rachel

Edition Neue Texte Aufbau



Miguel Barnet
Das Lied der Rachel
Aufbau-Verlag, Berlin,
190 S., Pappband, 5,75 DM
Best.-Nr.: 50/6123399

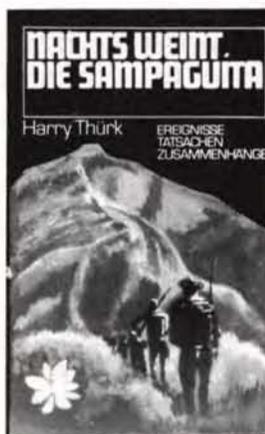
Bald naiv-unverbildet, bald klug-raffiniert plaudert Rachel, die Sängerin und Tänzerin in den Music-Halls der dreißiger Jahre von Havanna. Auf originelle Weise beurteilt sie aus ihrer Sicht eine ganze, von Unterentwicklung und Abhängigkeit gezeichnete Generation.

Heynowski und Scheumann
Phoenix
Inside CIA
Verlag der Nation, Berlin,
152 S., Taschenbuch, DM 4,10,
Best.-Nr.: 150/6965932

„Phoenix“ – ein Computerprogramm für Völkermord. Ausgedacht von CIA-Spezialisten für den Einsatz in Vietnam. CIA-Agentenführer K.B. Osborn enthüllt den elektronisch geplanten Massenmord.

Heynowski + Scheumann
(Hrsg.)
**Briefe
an die Exzellenz**
Porträt einer Schutzmacht
Verlag Volk und Welt,
Berlin, 255 S., Paperback,
DM 8,10
Best.-Nr. 59/6477736

Saigon Mai '75. Die USA haben fluchtartig das Land verlassen. Im Gelände der amerikanischen Botschaft entdecken die DDR-Dokumentaristen Heynowski und Scheumann aufschlußreiches Material.



Kurt Kauter
**Flieg Kondor –
Tupac Amaru**
Militärverlag, Berlin,
224 S., mit Fotos,
Leinen, DM 6,70
Best.-Nr.: 172/7461883

Der Autor schildert den berühmten Indianeraufstand von 1780/81 unter Führung von Tupac Amaru II. 60000 schlecht bewaffnete, kampfunerfahrene Indianer folgten dem Ruf des Inkasprosses und griffen die spanischen Kolonialherren in der alten Inkahauptstadt Cuzco an.



Kang Kjong-ä
**Morgengrauen
über Intschon**
Verlag Volk und Welt, Berlin,
344 S., Leinen,
DM 10,90
Best.-Nr.: 59/6477138

Die koreanische Schriftstellerin Kang Kjong-ä schrieb den Roman im Jahre 1934. Ausgehend vom Schicksal der jungen Son-bi, schildert sie das Erstarben und die sozialen Kämpfe der Arbeiterklasse im Korea der zwanziger und dreißiger Jahre.

aus Ihrer collectiv-Buchhandlung

Alfons I. Bresche

Türkeihilfe Bonns und der Westmächte



Der „Kranke Mann am Bosphorus“

(aus: Nebelspalter)

„Nicht kleckern sondern klotzen“ sollte die BRD mit ihren Finanzmitteln in der Türkei, meinte die FDP-Abgeordnete Helga Schuchart in den Stuttgarter Nachrichten vom 1.7.1980. Sie unterstrich damit noch im Nachhinein ihre Übereinstimmung mit dem Bundestagsbeschluss zum Nachtragshaushalt vom 19.6.1980, der für die Türkei u.a. eine Rüstungssonderhilfe (170 Mio DM), Verpflichtungsermächtigungen (490 Mio DM) und Zusatzhilfe (330 Mio DM) zum gleichen Zweck in den nächsten Jahren festlegte.

Eine entschiedene Abfuhr erlitt hingegen ein von 27 SPD-Abgeordneten vorgelegter Zusatzantrag mit den Forderungen an die türkische Regierung, sie möge die Menschenrechte beachten, die Wirtschaftshilfe besonders zu sozialen Verbesserungen und die Militärhilfe nur zu NATO-Zwecken verwenden. „Dieser Antrag ist eine unzulässige Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates“, begründete der CSU-Abgeordnete Dr. Riedl aus München laut Bundestagsprotokoll vom 19.6.1980 die Übereinstimmung seiner Fraktion mit denen der SPD und FDP.

War zu erwarten, daß diese Türkei-Hilfe im Falle eines Militärputsches in Ankara berührt würde? „Ein unzumutbarer, ungerechtfertigter Gebrauch oder gar Mißbrauch der Kredithilfen“, so der internationale Türkei-Hilfe-Koordinator und Bundesfinanzminister H. Matthöfer (SPD) in der Frankfurter Rundschau vom 2.7.1980, „würde mit Sicherheit einen schwerwiegenden und folgenreichen Vertrauensverlust nach sich ziehen.“ Aber ein solcher „Vertrauensverlust“ widerfuhr den Putschgenerälen nicht. Im Gegenteil. Die Bundesregierung werde der Türkei auch weiterhin Hilfe gewähren, versicherte Bundeskanzler H. Schmidt gleich einen Tag nach dem Putsch vom 12. September 1980, und zwar, wie US-Vizeaußenminister W. Christopher tags darauf betonte, in Übereinstimmung mit den USA: „Washington billigt und unterstützt die deutsche Auffassung, die bevorstehende Tranche (Teilbetrag; d. Red.) einer Bonner Militärhilfe an Ankara solle in Ausführung der Verträge gezahlt

werden... Washington und Bonn wollen an den in der Türkei bevorstehenden NATO-Manövern und dem über Wirtschaftliches hinausreichenden Hilfsprogramm keine Änderungen vornehmen.“¹

Wenig wiegen neben diesen Klarstellungen beispielsweise die vom SPD-Vorsitzenden W. Brandt geäußerten „Sorgen“: „Die Nachrichten von den Verhaftungen des Sozialdemokraten Ecevit und weiterer führender Repräsentanten der politischen Parteien in der Türkei erfüllen uns allerdings mit Sorge... Wir hoffen, daß die Militärs in der Türkei möglichst rasch den Zugang zu demokratischen Verhältnissen wieder eröffnen... Das Militär hat im letzten Winter beide großen Parteien gebeten, in einer kritischen Zeit gemeinsam die Verantwortung zu übernehmen. Für mich war es schon damals klar, daß, wenn dies scheitern würde, das Militär bürgerkriegsähnliche Zustände nicht lange hinnehmen würde.“² Kein Verständnis für das Eingreifen der Militärs mochte in dieser Situation hingegen die französische Schwesterpartei der SPD aufbringen: „Die Sozialistische Partei (Frankreich; d. Red.) verurteilt die Beseitigung der demokratischen Institutionen.“³

Die überaus positive Haltung aller Bundestagsparteien zum türkischen Militärputsch ist eine Folge des starken politischen, wirtschaftlichen und militärischen Engagements der BRD, auch im Rahmen der EWG und der NATO, in der Türkei.

Die Führungsrolle der BRD – des türkischen Hauptaußenhandelspartners vor Italien und den USA – in der westlichen Türkeihilfe datiert vom Gipfeltreffen der Regierungschefs der USA, BRD, Frankreichs und Großbritanniens in Guadeloupe im Januar 1979.

Die internationale Hilfsaktion für die Türkei war bereits im Jahr zuvor angelaufen, doch ohne den erhofften Erfolg: Hauptbestandteil – neben Umschuldungsvereinbarungen mit europäischen Gläubigerländern – war ein Stand-by-Abkommen (Bereitschaftskredit) mit dem Internationalen Währungsfond (IMF), das aber nach Zahlung der ersten Tranche (150 Mio Dollar) im September 1978 außer Kraft gesetzt wurde. Unstimmigkeiten waren wegen der Einhaltung einer „stabilitätsorientierten Wirtschaftspolitik“ im Sinne des IMF entstanden.

Hoffnungen setzte man nun in den vom Bundeskanzler H. Schmidt (SPD) zu seinem persönlichen Beauftragten und zum internationalen Chefkoordinator ernannten CDU-Politiker W. Leisler-Kiep: „Ein Mann rettet die Türkei“, schrieb die Zeit am 15.6.1979. Doch es kam anders. Zwar konnte W. Leisler-Kiep seine Mission in knapp drei Monaten in Paris damit abschließen, daß am 30.5.1979 dort die 17 Mitgliedsländer der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) Kredite in der Höhe von 961 Mio Dollar für die Exportfinanzierung in bilateralen Abkommen gewährten. Als einer der ersten zahlte die Bundesregierung gleich 200 Mio Dollar (u.a. leisteten die USA 248, Belgien 75, Frankreich 70 und Italien 40 Mio Dollar). Hinzu kamen Kredite seitens der Weltbank, der Europäischen Gemeinschaft (EG) und von Privatbanken.

Doch die Regierung unter B. Ecevit konnte die Bedingun-

gen, insbesondere die mit einem neuen IMF-Stand-by-Abkommen (327,5 Mio Dollar) gekoppelten Einschränkung öffentlicher Ausgaben, darunter der Löhne und Gehälter, Inflationsbekämpfung, „Sanierung“ von Staatsbetrieben durch Privatisierung und Preiserhöhungen, nicht einhalten. Die Kredite flossen nur schleppend.

Zur Jahreswende 1979/1980 wurde die internationale Stellung der Türkei nachhaltig aufgewertet. Die neue Ölkrise, der Sturz des Schah-Regimes, die Weltkrisen um Afghanistan und den Iran, die neuerlich Zuspitzung des Nahostkonflikts, der Zerfall des CENTO-Pakts erhöhten die Notwendigkeit für die Westmächte, die bankrotte Türkei ökonomisch zu stabilisieren. Die Türkeihilfe wurde neu angekurbelt, diesmal unter Leitung des Bundesfinanzministers H. Matthöfer (SPD). Nach Besuchen in Paris, Genf, New York, Tokio, Athen und Ankara war am 16.4.1980 das neue Aktionsprogramm zur Türkei-Sanierung fertiggestellt.

16 Mitgliedstaaten der OECD sagten Kredite in der Höhe von 1,16 Mrd Dollar verbindlich zu; davon betrug der USA- und BRD-Anteil (der mit günstigeren Bedingungen zum Zeitpunkt des Militärputsches bereits ausgezahlt war) je 295 Mio Dollar (560 Mio DM). Für 1980 wurden durch westliche Industrieländer 1,03 Mrd DM staatlicher oder staatlich verbürgter Kredite umgeschuldet. Zahlungsaufschub für 1,1 Mrd Dollar wurden für vier, 2,3 Mrd Dollar für fünf Freijahre eingeräumt.

Die EG beschloß Ende Juni 1980 innerhalb eines Fünfjahresprogrammes die Vergabe von 1,5 Mrd DM, darunter 150 Mio DM als „verlorener Zuschuß“ und 788 Mio DM als Sonderdarlehen mit einer Laufzeit von 40 Jahren.

Der IMF stellte Mitte Juni 1980 der Türkei einen Beistandskredit für drei Jahre über 1,6 Mrd Dollar zur Verfügung und zahlte davon gleich 340 Mio Dollar aus.

Die Weltbank stellte der Türkei für 1980 275 Mio Dollar zur Verfügung. Darüber hinaus haben einzelne Länder zahlreiche Finanzhilfen geleistet oder versprochen, darunter Saudi Arabien, das am 1.5.1980 250 Mio Dollar, 1/4 der von den Saudis zugesagten Kredite, in bar auszahlte.

Zum Zeitpunkt des Militärputsches belief sich die Gesamtsumme der westlichen Finanzhilfe an die Türkei für 1980 auf 3,05 Mrd. Dollar.⁴

„Doch die Türkei gilt als Faß ohne Boden, das Milliarden schluckt, ohne Wirkung zu zeigen. Das einzig durchschlagende Argument,“ so die Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20.6.1980, „das man für die zivile und die militärische Hilfe vorbringen kann, ist, daß sie dazu beiträgt, durch Er-

haltung des Rahmens einer parlamentarischen Demokratie den besonderen Hütern der türkischen Stabilität notfalls Bewegungsfreiheit zu sichern: den militärischen Führern des Landes.“

Daß nicht nur die Finanzen die Militärs gestärkt haben, sondern auch die an sie gelieferten Waffen – zum Einsatz gegen die eigene Bevölkerung – hob das Handelsblatt bereits am 5.2.1980 hervor: „Aber es ist gut, daß die Bundesregierung – bevor andere Finanzmittel für die Türkei flüssig machen – mit der Militärhilfe beginnen möchte. Nicht des Krieges oder der Verteidigung wegen, sondern der Autorität der militärischen Führung im Lande wegen.“

Doch begonnen hat die Bonner Militärhilfe an die Türkei bereits 1964. Im Rahmen der NATO-„Verteidigungshilfe“ hatte die BRD bis Anfang 1980 11 Tranchen über 930 Mio DM gezahlt. Dabei handelt es sich um die Schenkung von Neumaterial und von „Überschußmaterial“ der Bundeswehr sowie um eine Mitfinanzierung der türkischen Rüstungsproduktion.

Bonner Rüstungsbeihilfe: „Autoritätsstärkung“ der Militärs

Die Finanzhilfe für die Rüstungswirtschaft fließt direkt in die Taschen der türkischen Generalität, da sie in diesem Wirtschaftssektor stark engagiert ist (vgl. auch Beitrag von P. Maaskola in diesem Heft): Die Offiziere der Luftstreitkräfte betreiben Flugzeugbau mit einem Betriebskapital von 1,5 Mrd Türkischen Lira (TL), Offiziere der Landstreitkräfte sind mit 400 Mio TL in der militärischen Elektronikbranche und die Führungskreise der Marine mit 500 Mio TL im Schiffbau aktiv.

Mitfinanziert hat die Bundesrepublik u.a. die Lieferung von zwei großen U-Booten, den Bau von sieben Schnellbooten, den Bau einer Fabrik für automatische Handfeuerwaffen und einer Fabrikationsanlage für Panzerabwehrraketen des Typs „Cobra“. Darüber hinaus wurde ein Instandsetzungswerk für Panzer errichtet.

Infolge der Einstellung der US-Militärhilfe an die Türkei als Antwort auf die türkische Zypern-Invasion 1974 stieg die Bundesrepublik noch stärker in das Geschäft ein. Durch zwei Abkommen mit der Türkei 1975 und 1979 übernahm die BRD die Lieferung von „Überschußmaterial“ der Bundeswehr im Gesamtwert von 560 Mio DM: Munition, Sanitätsmaterial, Verpflegung, Truppenbekleidung und BW-Kraftfahrzeuge der ersten Generation.

Eine sog. bundesdeutsche Rüstungsbeihilfe, im Rahmen der NATO nach den gescheiterten US-Afghanistan-Plänen Anfang 1980 vereinbart, umfaßt bis 1983 Lieferungen im Werte von 600 Mio DM, davon 150 Mio 1980. Finanziert werden soll die Modernisierung veralteter US-Panzer vom Typ M 48 durch neue Dieselmotoren und stärkere Kanonen mit Kaliber 10,5 cm, die Ausstattung der türkischen Armee mit 240 Panzerabwehrraketen vom Typ Milan sowie 70 Panzer des Typs Leopard 1-A-3.⁵

„Es wäre unsinnig, fast 38 Mrd DM für die Bundeswehr auszugeben und gleichzeitig zuzusehen, wie ein militärisch wichtiger Bündnispartner durch wirtschaftliche Schwierigkeiten ruiniert wird. Die Hilfgelder für die Türkei sind auch im Interesse unserer Sicherheit gut angelegt“, so H. Matthöfer in einem Stern-Interview vom 6.3.1980. Und sei es auf den Trümmern einer parlamentarischen Demokratie...

Anmerkungen:

- 1) Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 16.9.1980
- 2) Die Welt, 13./14.9.1980
- 3) Le Monde, Paris, 17.9.1980
- 4) AIB 7-8/1980, S. 40 f.; Bundesstelle für Außenhandelsinformation (Hrsg.), Mitteilungen, Nr. BM 17, Köln 1980; FAZ, 13. und 15.9.1980; Süddeutsche Zeitung, 13./ 14.9.1980
- 5) FAZ, 13.9.1980; Frankfurter Rundschau, 13.2.1980; Le Monde 17.9.1980



Bundesdeutscher Exportpanzer Leopard, produziert bei Rheinmetall

Jürgen Roth

Seichter Umgang mit Grauen Wölfen

„Beni öldürecek! Bicakliyor! Kurtarin Beni!” Er bringt mich um! Er sticht! Helft mir! In der Halle A 14 von AUDI-NSU in Neckarsulm stach ein türkischer Faschist, ein Grauer Wolf, auf einen Andersdenkenden ein. Wochen zuvor schon wurde der Niedergestochene von den Grauen Wölfen bedroht: „Wir werden Euer Blut in Heilbronn vergießen und Eure Särge in die Türkei zu Vater und Mutter schicken.”

Und was geschah weiter bei AUDI-NSU? Um ihren Gesinnungsfreund zu retten, erfanden die Grauen Wölfe die Geschichte vom planmäßigen Angriff auf den Messerstecher. Nicht das Opfer sei schuldlos, sondern der Messerstecher. Die Geschäftsführung von AUDI-NSU glaubte den Faschisten und sprach gegenüber dem Niedergestochenen und denjenigen, die ihm zur Hilfe kamen, die fristlose Kündigung aus. Der DGB in Heilbronn sprach von einem „Komplotz”. In anderen Betrieben sieht es nicht anders aus! Der Gesamtbetriebsrat von Daimler-Benz in Sindelfingen: „Beide türkischen IG-Metall-Betriebsratsmitglieder brachten erneut zum Ausdruck, daß sie unter den ständigen Drohungen sich



Dortmunder Großkundgebung der Grauen Wölfe mit A. Türkes...

kaum mehr in der Lage sehen, die Interessen der Arbeitnehmer und unserer Organisation wahrzunehmen.”

Das sind keine Einzelfälle, im Gegenteil. In den letzten Wochen greifen die Grauen Wölfe gezielt Mitglieder und Funktionäre der IG Metall an. „In den Betrieben und an verschiedenen Orten nehmen die Einschüchterungen, die Drohungen, die Übergriffe der türkischen Faschisten zu. Bei Betriebsversammlungen kommt es zu Ausschreitungen, in deren Verlauf Gewerkschaftsvertreter bedroht und das Verteilen von Zeitschriften behindert wird. Im Vorfeld von Vertrauensleute- und Betriebsratswahlen werden türkische Gewerkschaftsfunktionäre so lange eingeschüchtert und bedroht, bis diese aus Angst um ihr eigenes Leben oder das Leben ihrer Familienangehörigen auf eine Kandidatur verzichten.” (Presseerklärung der IG-Metall-Bezirksleitung, Stuttgart, 1.3.1980)

Totschlag im Namen des A. Türkes

Türkische Verhältnisse in der Bundesrepublik! In den letzten beiden Jahren kamen bei politischen Attentaten in der Türkei 2500 Menschen ums Leben – 80% waren Opfer der türkischen Faschisten. Sie werden vom Ex-Obristen Alparslan Türkes und seiner MHP (Partei der Nationalistischen Bewegung) nicht nur geistig geführt.

Auch in der Bundesrepublik hat der Terror der türkischen Faschisten schon zu Todesopfern geführt. In den letzten drei Jahren wurden vier Türken Opfer der faschistischen Gewalt. Der letzte Fall: Anfang dieses Jahres erstachen in West-Berlin rechtsfanatische Türken den IG-Metall-Kollegen Celattin Kesim auf offener Straße.

Bis auf den letzten Fall verneinte die Polizei politische Hintergründe. Sie sieht in den blutigen Auseinandersetzungen zumeist Familienfehden und bemüht sich überhaupt nicht darum, den politischen Hintergrund aufzuklären.



... und türkische Gegendemonstranten in Hagen

Dabei braucht man nur die Flugblätter der türkischen Faschisten zu lesen. Da beweisen „Jugendliche, die dem Ideenverein angehören“, daß sie „kämpfen können, auch wenn sie sterben müssen“. (Ideenverein Dinslaken) Oder: „Ich rufe die türkische Nation auf zum Kampf gegen die Demokratie, die auf den Straßen zum Spinatpreis verkauft wird, gegen die Korruption, gegen die rechtsstaatliche Ordnung. Ich rufe auf zum Kampf gegen die Freiheit.“ (Kulturverein Saarbrücken).

In der Bundesrepublik und in Westeuropa übernimmt die Propagandaufgabe für die türkischen Faschisten die in Frankfurt ansässige Türk-Föderation, von der aus die gesamten Aktivitäten der regionalen Kultur- und Idealisten-Vereine gesteuert werden. Publizistisch unterstützt die rechtsradikale Zeitung Tercüman das faschistische Treiben. Haben die Faschisten etwas zu veröffentlichen, im Tercüman finden sie immer genügend Platz.

In den Büroräumen der Zeitung treffen sich von Zeit zu Zeit die führenden Mitglieder der MHP. Nach den meist geheimen Treffen im Büro des Vorstandsmitgliedes Ilicak gehen die Faschisten in das naheliegende Hotel Erika, um weiter darüber zu reden, wie man die finanziellen Mittel, die der MHP in Europa zuströmen, kapitalkräftig einsetzt. Sicher ist jedenfalls, daß die Türk-Föderation über außerordentlich viel Geld verfügt. Heroinhandel und Prostitution dürften dazu beigetragen haben, aber auch die Erpressung der türkischen Arbeitnehmer, die in den Betrieben und Wohnheimen gezwungen werden, monatlich hohe Geldbeträge an die MHP zu überweisen.

Die Nürnberger Nachrichten vom 23. Februar 1980: „Ein Geschäftsmann ist wegen seiner standhaften Weigerung, Spenden an die MHP zu zahlen, mit öffentlich ausgesprochenen Morddrohungen belegt worden.“ Das Geld wird gut angelegt. Denn irgendwoher müssen die faschistischen Kommandos in der Türkei ihre Waffen beziehen. Eine in Belgien gekaufte Kalashnikow kostet ca. 1500 Dollar, ein US-Colt 45 bis 400 Dollar, ein iranischer G3 ca. 1000 Dollar und die häufig eingesetzte MG Uzi ca. 900 Dollar. Und der Waffenschmuggel ist überdies ein einträgliches Geschäft.

Rechter Herzschlag der Geheimdienste

Schließlich, so sagt es der Vorsitzende der Türk-Föderation, ein Mann namens Celebi: „Ich bin voll bereit für unseren heiligen Krieg. Hand in Hand werden wir alle Arbeit erledigen. Mit dem Beistand Gottes werden wir eines Tages an die Macht kommen.“ Und im Standardwerk der türkischen Faschisten, dem Buch Die nationale Frage und Türkes aus dem Jahr 1977, steht: „Wir, die Grauen Wölfe von Türkes, sind im Krieg. Wir kämpfen gegen die roten moskauer Leute und nehmen Rache für unsere Gefallenen. Der Wolf ist unser Symbol.“

Hinter all dem steht ein Mann, Alparslan Türkes, der, vom amerikanischen Geheimdienst CIA unterstützt, die linke und demokratische Bewegung in der Türkei zerschlagen will, um einen „Ständestaat“ in einer „Großtürkei“ zu errichten. Türkes: „Ich habe die Sache, die mir anvertraut wurde, fest in die Hand genommen. Wenn ich unterwegs fallen sollte, tragt die Fahne weiter. Sollte ich umkehren, schlagt mich tot. Schlagt alle tot, die unsere Sache mitgemacht haben und umkehren wollen.“

Und das Sprachrohr der MHP in der Türkei, Devlet, schreibt: „Man muß die Straßen erobern, man muß den Staatsapparat erobern, man muß das Parlament in die Hand nehmen.“ Niemand wundert sich daher auch, daß Mein Kampf von Adolf Hitler zur Standardlektüre der türkischen Faschisten gehört und in einem MHP-Verlag herausgegeben wurde. Denn, so ein Parteigänger von Türkes: „Die türkische



Von faschistischem Schlägertrupp überfallener Türke in Westberlin

Rasse ist wertvoller als alle anderen Rassen.“

Doch die Bundesregierung und besonders der Verfassungsschutz sehen nichts, im Gegenteil, sie verteidigen die Grauen Wölfe, die es nach Ansicht des Verfassungsschutzes überhaupt nicht gibt. So hat das Bundesamt für Verfassungsschutz am 11. Februar 1980 den Mitarbeiter einer Nachrichtenagentur zu einer internen Besprechung eingeladen, damit dieser ungeprüft die Ansichten „leitender Mitarbeiter des Bundesamtes“ am nächsten Tag über die Ticker laufen lassen konnte. Die Verfassungsschützer beschwerten sich über die negative Berichterstattung gegenüber den aufrechten Grauen Wölfen und machten die Berichterstattung darüber für die Gewalttätigkeiten unter den Türken verantwortlich. Originalton Verfassungsschutz: „Es sei den Linken gelungen, die Nationalisten in der Öffentlichkeit als Faschisten und reißende Wölfe hinzustellen... Nach dieser Untersuchung erwies sich auch die Behauptung, rechtsgerichtete Türken würden organisiert mit der NPD zusammenarbeiten, als nicht stichhaltig. So scheinen die nach Meinung der Beamten agitatorisch geschickten Kommunisten unter den Türken den Verfassungsschützern größeres Kopfzerbrechen zu machen.“

Da fragt man natürlich prompt, wo denn der Kopf der Verfassungsschützer bei solchen Aussagen geblieben ist, wenn nur ihr rechtes Herz spricht!

Am 25. Februar 1980 konnte man lesen, daß der Vorsitzende der Nationalsozialistischen Demokratischen Arbeiterpartei, NSDAP, Herr Schönborn, eine Aufbauorganisation für Türken gegründet habe. 50 Türken, vor allem des Kulturvereins, haben sich daran beteiligt.

Es ist schon mehr als merkwürdig, daß die Argumente der „leitenden Mitarbeiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz“ die gleichen sind, die Alparslan Türkes in der De-

Bonner Verfassungsschutzbericht Hauptgefahr von der türkischen Linken?

Am 10. Juli 1980 legte Bundesinnenminister Gerhard Baum in Bonn den diesjährigen Verfassungsschutzbericht vor. Tenor: Rechts- und Linksextremismus eher rückläufig; die Hauptgefahr droht von türkischen Radikalen.

Der „Bericht 1979“ bestätigt den Trend bei den Sicherheitsbehörden, ihnen sattem bekannte Fakten hartnäckig auf den Kopf zu stellen, indem sie die von ihnen geduldeten Gewalttaten der „Grauen Wölfe“ mit erfundener Gewaltneigung der Linken zu kompensieren versuchen, um dann den Spieß vollends umzudrehen: Die Hauptgefahr drohe, so suggerieren die vermeintlichen Schützer der Verfassung, vor allem von der FIDEF. Dabei erweisen ihnen einige hoffnungslos isolierte Desperados (Mitglieder der maoistischen ATÖF/ATIF-Vereine waren u.a. an Handgreiflichkeiten am 18. Juni 1980 in Augsburg beteiligt; d. Red.), die nichts mit der FIDEF zu tun haben, nützliche Dienste.

Wo sich gewisse Stellen mit Gerüchten, Kolportagen und Assoziationen nicht begnügen können, greifen sie schlicht und einfach zur Lüge: Im Teil 9 des Verfassungsschutzberichtes 1979 („Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern“) auf Seite 18 heißt es: „Am 17. Februar (1980; d. Red.) schlugen in Rüsselsheim Anhänger einer Mitgliedsorganisation der orthodox-kommunistisch beeinflussten 'Föderation der türkischen Arbeitervereine in der Bundesrepublik Deutschland e.V.' (FIDEF) mit Steinen und Knüppeln auf Angehörige des 'Türkischen Kulturvereins', Mitgliedsverein der von der extrem nationalistischen türkischen 'Partei der Nationalen Bewegung' (MHP) beeinflussten 'Föderation Demokratischer Türkischer Idealistenvereinigungen in Europa' (ADÜTDF), ein. Vier Personen wurden verletzt, mehrere Pkw beschädigt.“

Tatsache ist: Kein einziges FIDEF-Mitglied war an gewalttätigen Ausschreitungen beteiligt, weder am 17. Februar noch zu einem anderen Zeitpunkt, obwohl es in Rüsselsheim, einer Hochburg türkischer Faschisten, immer wieder zu Auseinandersetzungen kommt. Doch davon ist keine Rede.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz ist der demokratischen Öffentlichkeit eine Erklärung für diese nachweisliche Lüge schuldig. Charakteristisch für die Vorgehensweise des Bundesamts für Verfassungsschutz ist auch der Absatz auf Seite 19: „In den ersten Monaten des Jahres 1980 war eine weitere Verschärfung der Auseinandersetzung zwischen türkischen Extremisten in der Bundesrepublik Deutschland festzustellen, die zu 3 Todesopfern geführt hat. Am 5. Januar 1980 wurde in Berlin ein dem linksextremistischen Lager angehörender Türke getötet, am 3. und 28. Mai 1980 wurden in Reutlingen und Hamburg zwei dem rechtsextremistischen und extrem nationalistischen Bereich zuzurechnende türkische Staatsangehörige tödlich verletzt.“

Diese objektiv anmutende Aufzählung von Fakten verschweigt jedoch eine Reihe von Tatsachen, und erzählt Bände über den Blickwinkel ihrer Verfasser. Da wird ein politischer Mord zu dem sich als Täter die „Grauen Wölfe“ bekannt haben, begangen an einem engagierten Gewerkschafter, einem Mitglied des FIDEF-Vereins Westberlin, dem Sekretär des Türkischen Zentrums in Kreuzberg (C. Kesim; d. Red.), in einem lapidaren Halbsatz in Verbindung gebracht mit zwei Ereignissen, die keinerlei politische Motive erkennen lassen. Nichts steht darin über Aussagen der Tatverdächti-

gen, nichts über ihre seit Jahren offen vorgetragenen Aufrufe zur Gewalt. Einfach verschwiegen wird die Tatsache, daß diesem Mord mehrere gewalttätige Übergriffe der religiösen und nationalistischen Fanatiker am gleichen Ort vorausgegangen sind.

Mit keinem Wort werden die Schlag- und Stichwaffen erwähnt, die in der Moschee gefunden wurden, die den Tätern als Schlupfloch diente. Kein Wort auch über Waffen und anderes „belastendes Material“, das im Gebäude der „Türk-Föderation“ in Frankfurt beschlagnahmt wurde, als der Vorsitzende des Frankfurter Mitgliedsvereins mit weiteren „Grauen Wölfen“ am 25. November 1979 unter Verdacht des versuchten Totschlags an vier Landsleuten festgenommen wurde. Die vier waren schwer verletzt worden als drei von ihnen sich geweigert hatten, die Flugblätter der „Türk-Föderation“ anzunehmen.

Schon Wochen vor der Bekanntgabe des Berichtes stand fest, daß der Mord an Tireli in Reutlingen aus Eifersuchtsmotiven begangen worden war und der Täter eher unter den rechtsextremistischen Gesinnungsfreunden des Ermordeten, Tireli, zu suchen ist. Auch in diesem Punkt verdreht der „Bericht“ nachweislich und absichtlich die Tatsachen. Es geht eindeutig darum, den unbefangenen Lesern und Multiplikatoren in den Institutionen und Presseorganen zu suggerieren, daß die Tat den Linksextremisten anzulasten wäre. Und bei dem Mordfall in Hamburg fehlt jeglicher Hinweis auf die sogar in der lokalen Presse breitgetretenen privaten Motive des Tatverdächtigen, der erst vor wenigen Wochen einem auf offener Straße unternommenen Mordversuch des Opfers entgangen war.

Verharmlosung des Faschistentreibens

Durch Auslassungen, Übertreibungen und Beimengungen von Halb- und Unwahrheiten versuchen die Verfasser nicht nur eine „Ausgewogenheit“ herzustellen. Die Aufzählung mit dem vorangestellten Satz „In den ersten Monaten des Jahres 1980 war eine weitere Verschärfung der Auseinandersetzung zwischen türkischen Extremisten in der Bundesrepublik Deutschland festzustellen, die zu 3 Todesopfern geführt hat“, dient dazu, den „Linksextremisten“ zwei Morde zu unterstellen. Der heimtückische Mord an Kesim wird mit der Bemerkung verharmlost, wenn nicht quasi entschuldigt, das Opfer gehörte ja dem linksextremistischen Lager an.

„Die Verfassungsschützer sind vor allem besorgt über das Anwachsen der orthodoxen, moskautreuen Linksextremisten... 18.000 – der harte Kern – finden sich allein in der FIDEF wieder.“ Aber: „Etwas anders sieht es bei den Rechten aus. Ihre Zahl stieg von Ende 1978 bis Ende 1979 nur um 25 Prozent. Rein rechnerisch – denn beim Zählen gingen die Behörden mit unlauteren Mitteln vor. Sie warfen plötzlich – warum? – Nationalisten, religiöse Eiferer und echte Rechtsextremisten in einen Topf und kamen so ebenfalls auf die Zahl von 29.000 Extremisten. Wie gemogelt wurde, zeigt die Entwicklung des Rechenexempels. 1977 gab es nur 5.100 Rechtsextremisten, doch dann zählten die Behörden plötzlich die sogenannten 'Idealistenvereine' zu den Rechtsabweichlern hinzu, und schon 1978 kam dabei die stattliche Summe von 22.500 heraus. Angeblich hat die für deutsche Begriffe rechtsextreme 'Partei der Nationalistischen Bewegung' von Alparslan Türkeş in den vorher nicht als gefährlich geltenden Idealistenvereinen die Oberhand gewonnen.“

Aus diesen Zahlen geht – einmal abgesehen von Fehlinterpretationen und Falschmeldungen – deutlich hervor:

1. Die Hauptsorge derjenigen im Bundesamt für Verfassungsschutz, die den Bericht erstellt haben, gilt der FIDEF.
2. Einigen Beamten des Verfassungsschutzes wird vorgeworfen, daß sie bei den Zahlen der Rechten gemogelt hätten.
3. Diejenigen Herren, die sich jetzt durchsetzen konnten, betrachten sogar die neofaschistische MHP nicht als gefährlich.
4. Nach ihrer Auffassung hat die MHP auch nur angeblich in den Idealistenvereinen die Oberhand gewonnen.

Mit allen nur erdenklichen Mitteln soll der Öffentlichkeit vorenthalten werden, was unter den türkischen Rechtsextremisten, von den Behörden geduldet, von NPD und ihren Nebenbuhlern, aber auch von „honorigen“ CDU/CSU-Politikern gefördert, vor sich geht: Die Gefahren, die von der „Türk-Föderation“, der Tarnorganisation der „Grauen Wölfe“ der MHP ausgehen, werden verharmlost.

(Quelle: Türkei-Informationen, Hrsg. FIDEF, Düsseldorf, Juli-August 1980, S. 33-38; Ausschnitte)



Protestdemonstration nach der Ermordung C. Kesims im Januar 1980

zember-Nummer seines Mitteilungsblattes Hasret veröffentlicht hatte. Sicher ist jedenfalls, daß die Grauen Wölfe als ideale Allzweckwaffe gegen die linksorientierten Türken eingesetzt werden. Die Geheimdienste, insbesondere der türkische MIT, der amerikanische CIA und der Verfassungsschutz, sind momentan dabei, diese Waffe noch schärfer zu machen.

Unter diesen Umständen verwundert es natürlich nicht, daß der Kanzlerkandidat Franz-Josef Strauß den türkischen Faschistenführer Türke Ende April 1978 zu einer Privataudienz empfing. Das einstündige Gespräch drehte sich darum, für die MHP ein günstiges Klima in der Bundesrepublik zu schaffen, weil die MHP ein Bollwerk gegen die Gefahr des Weltkommunismus sei. Und bei dieser Lageeinschätzung gab es Übereinstimmung zwischen beiden „Führern“ – wie nicht anders zu erwarten (zum Verhältnis von F.J. Strauß und der CDU/CSU zu den türkischen Faschisten siehe ausführlich: AIB 2/1980, S. 25-27; d. Red.).

Bonn unternimmt nichts gegen Graue Wölfe

Beschämend ist, daß trotz beschwörender Appelle der Gewerkschaften und demokratischer türkischer Arbeitervereine, die Bundesregierung nichts gegen das Treiben der faschistischen Grauen Wölfe unternimmt. Rüde und schon fast unverschämt werden parlamentarische Anfragen einzelner Bundestagsabgeordneter abgeblockt – mit dem lapidaren Satz, daß die türkischen Rechten harmlos wären. Die deutschen Gewerkschaften werden somit als Propagandisten und Lügner hingestellt.

Gefährlich sind nicht nur die Grauen Wölfe, sondern auch die fanatisch-religiösen Islamischen Kulturzentren. Das Islamische Kulturzentrum Köln ist mit 133 Gemeinden der mit Abstand größte islamische Spitzenverband in der Bundesrepublik! Die Besucherzahl beläuft sich nach Erhebungen aus dem Frühjahr 1978 auf jährlich 935.000 Personen.

Chefagitator dieser islamischen Sekte, der Süleymanisten, ist ein H.R. Tüylüoglu. Er war in der Türkei einer der führenden Süleymanis. Die dort agierende Sekte wurde verboten, und Tüylüoglu flüchtete nach Deutschland. Man sagt, daß er in Köln sehr schnell mit dem Auto-Export in die Türkei reich geworden ist. Zugleich hat er ein unterirdisches Netz von Süleymanis aufgebaut, mit vielfachen Verbindungen zur MHP. Von allen islamitischen Bewegungen sind die Süleymanis am offensten antikommunistisch und antidemokratisch; sie stehen dichter bei dem reinen Faschismus als andere Sekten.

Am 9. November 1979 erklärte Tüylüoglu: „... wir haben schon vor Jahren dafür Sorge getragen, daß die dreckigen Antlitze der Judendiener dem islamischen Volk präsentiert werden.“ Zuvor schon verkündete der islamische Chefhetzer: „Wer uns nicht glaubt, ist ein Feind der mohammedanischen türkischen Nation. Ich werde all diese Menschen mit der Wurzel ausrotten. Ich zeige auch die Leute, die unsere Gegner sind, die die Welt zerstören.“ Der DGB in einer Dokumentation vom 19. Februar 1980: „Die Süleymanisten selbst vertreten die Auffassung, daß die Anhänger der islamischen Revolution alle Mittel nutzen müßten, um an die Macht zu kommen. Man müßte zuerst durch Korankurse die Religion verbreiten. Angefangen bei den religiösen Einrichtungen müßte man im gesamten Staatsapparat Brückenköpfe erobern, das gelte auch für die politischen Parteien.“

Auch die Süleymanisten können bislang ungehindert ihr politisches Gift unter die ahnungslosen Türken verteilen, die in ihrer sozialen und kulturellen Isolation Halt in der Religion suchen. Die Frage drängt sich auf, warum diese faschistischen und fanatisch-religiösen Gruppen unterstützt werden. Braucht man sie etwa, um die türkischen Arbeitnehmer

zu spalten und einzuschüchtern, die einen radikaldemokratischen oder gar sozialistischen Weg in der Türkei gehen wollen und die sich hier offen organisieren können? Ist das Ausdruck einer Machtpolitik, die nur das Ziel hat, die Türkei fester an die NATO und den sog. freien Westen zu binden?

Die Frage ist beantwortet, wenn man einen Aufsatz nachliest, der in einer höchst ominösen Zeitschrift, den Beiträgen zur Konfliktforschung, im letzten Jahr veröffentlicht worden ist. Im Beirat dieser Zeitschrift sitzen sinnigerweise CDU-Abgeordnete und hohe Militärs aus der NATO: „Ein wesentlicher Grund, warum die MHP als faschistisch beschuldigt wird, ist ihre Überzeugung, daß die Türkei auch in der Außenpolitik sich zur freien Welt bekennt und fest zum NATO-Bündnis steht. Die Türkei ist ein NATO-Staat von Gewicht. Sie ist ein notwendiger Stabilisierungsfaktor der Südflanke der westlichen Verteidigungsgemeinschaft. Würde das Land aus dieser Koalition ausbrechen, Teil eines neutralen, wahrscheinlich westfeindlichen islamischen Blocks werden oder den Russen anheimfallen, so würde damit auch die Sicherheitskonzeption der Bundesrepublik ausgehöhlt.“ (...) (Quelle: druck und papier. Zentralorgan der Industriergewerkschaft Druck und Papier, Stuttgart, Nr. 7/1979, S. 24-25)

TÜRKEI Informationen

**60 Jahre KP der Türkei
Stoppt
die Finanzierung der
Militärdiktatur durch Bonn!
Grauer Wolf packt aus
Abgeordnete der CHP
zu Gast bei FIDEF
Asylsuchende berichten
Verfassungsschutz:
Persilscheine für
Graue Wölfe
Ausländische Kinder:
Schulprobleme aufgelöst**

Stapf & Partner
Düsseldorf

erscheinen jetzt monatlich und berichtet regelmäßig

- über die demokratische Bewegung in der Türkei
- über die Lage der ausländischen Arbeiter in der Bundesrepublik
- über die Bildungssituation ausländischer Kinder und Jugendlicher
- über die Aktivitäten der "Grauen Wölfe" und anderer türkischer Rechtsextremisten in der Bundesrepublik.

Ich bestelle die bereits erschienenen Hefte 1, 2, 3, 4/5, 6 (zutreffendes ankreuzen!).

Ich abonniere "Türkei-Informationen" für mindestens ein Jahr ab.....

Falls nötig, kann ich diese Erklärung innerhalb einer Woche widerrufen.

Einzelpreis (ca. 32 Seiten) 3,-DM zuzüglich Porto;
Jahresabonnement 36,-DM incl. Porto.

Name/Institution/Firma:

Straße/Platz und Haus-Nr.

PLZ, Ort

Datum/Unterschrift

Bitte ausfüllen und einsenden an: "Türkei-Informationen"
Lichtstr. 31, 4000 Düsseldorf 1

Herbert Lederer

Aushöhlung des Asylrechts für politisch Verfolgte

„Ausländer raus aus Deutschland!“, so lautete die Losung der neofaschistischen Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) im Bundestagswahlkampf 1980. Die Bundestagsparteien hatten freilich seit Beginn des Jahres mit ihrer „Debatte“ über die Ausländerpolitik in der Bundesrepublik den Boden für derartige Exzesse bereitet. Im Mittelpunkt stand dabei die nachstehend von H. Lederer untersuchte Frage der Asylsuchenden, deren Anzahl 1980 sprunghaft auf über 100.000 gestiegen ist. Sie soll nun drastisch gesenkt werden...

Nach wie vor sind jedoch die bundesdeutschen Grenzen für Reaktionäre und Faschisten aus aller Herren Länder weit geöffnet. Von den Behörden geduldet steigt nicht nur die Anzahl und Gefährlichkeit von Anschlägen türkischer Ultra-rechter (siehe Beitrag von J. Roth). Nach dem kürzlichen Bombenanschlag auf ein Vietnamesen-Wohnheim in Hamburg, bei dem es zwei vietnamesische Todesopfer gab, „sind Anhänger des ehemaligen Thieu-Regimes in Südvietnam zunehmend dazu übergegangen, Flüchtlinge aus Vietnam zu Gewalttätigkeiten gegen demokratische Landsleute und Vertreter der Solidaritätsbewegung anzustiften“, so heißt es in einer Erklärung der Freundschaftsgesellschaft BRD-Vietnam vom September d.J. Weiter wird in der Erklärung konstatiert: „Die Organisation der 'Ehemaligen Offiziere und Soldaten der Thieu-Armee' muß verboten werden. Denjenigen, die sich in einem Komitee zusammenschließen, das sich blumenreich 'Komitee der Kämpfer, die bereit sind, die Partei-gänger Hanois zu töten' nennt, muß das Handwerk gelegt werden. Vor dem Hintergrund der Diskussionen um das Asylrecht erklären wir mit aller Deutlichkeit, daß das Asylrecht für tatsächlich politisch Verfolgte nicht angetastet werden darf.“

Die Vorschläge zur „Bereinigung“ des Asylantenproblems reißen nicht ab. Die einen, die am ehesten noch gerade am Rande unserer Rechtsordnung denken, versprechen sich alles von der Straffung der Asylanerkennungsverfahren, insbesondere des gerichtlichen. Einige aus ihren Reihen, teilweise höchste, von ihnen, den Sozialliberalen eingesetzte Richter denken da schon weiter.

In einem Rundfunkvortrag für den Deutschlandfunk, in dem der Präsident des Bundesverwaltungsgerichts die verfassungswidrige Berufsverbots-Rechtsprechung seines Gerichts rechtfertigte, nahm er sich neben den Radikalen einer weiteren Minderheit an und meinte, wegen des bedrohlichen Anstiegs von Asylsachen müsse das in Artikel 16 des Grundgesetzes verbrieft Grundrecht, wonach „politisch Verfolgte Asylrecht“ genießen, unter Gesetzesvorbehalt gestellt werden, auf deutsch, durch einfaches Gesetz eingeschränkt werden können.¹

Andere gehen darüber hinaus. Die CDU/CSU-Vertreter werden nicht müde, den Grenzrichter feilzubieten. Das soll ein Richter an der Grenze sein, der nach kurzem Prozeß, der diesen Namen nicht verdient, Asylsuchende sofort wieder zurückweisen kann. Die Väter der Verfassung haben dazu in der 18. Sitzung des Hauptausschusses des Parlamentarischen

Rates bereits das Erforderliche gesagt – und zwar durch ihr CDU-Mitglied Dr. von Mangoldt: „...wenn wir irgendeine Einschränkung aufnehmen würden, wenn wir irgendetwas aufnehmen würden, um die Voraussetzungen für die Gewährung des Asylrechts festzulegen, dann müßte an der Grenze eine Prüfung durch die Grenzorgane vorgenommen werden. Dadurch würde die ganze Vorschrift völlig wertlos.“ (Unterstreichung vom Verfasser) Und der sozialdemokratische Ausschußvorsitzende Dr. Schmid daraufhin: „Dann beginnt das Spiel: Man schickt den Mann zurück oder man schickt ihn an die andere Grenze, und von dort geht es wieder weiter.“ (Dr. von Mangoldt: Wir haben unsere Erfahrungen aus dem Krieg.)²



Beerdigung der beiden beim Bombenanschlag von Hamburg ermordeten Vietnamesen

Von wem die Vorschläge auch kommen, sie werden sämtlich begründet und plausibel gemacht durch die hysterische Aufbauschung der Asylanten-Zahl und damit der Dimension des Problems. Es ist dabei kein Zufall, daß sich in diesen Chor auch Stimmen gemischt haben, die unter der Flagge des Fremdenhasses „Ausländerstopp“, „Deutschland den Deutschen“ und „Schluß mit der Völkervermischung“ fordern. Die gleiche, wenn nicht sogar erfolgreichere Wirkung wird von denen erzielt, die vornehmer unter Anspielung auf eigene nationale Probleme, z.B. das der Arbeitslosigkeit die angeblich fast alle Asylanten betreffende Lüge vom „Wirtschaftsflüchtling“ in die Welt gesetzt haben und damit besonders die Türken meinen, die den größten Anteil der Antragsteller in letzter Zeit ausmachen (siehe Kasten FIDEF-Erklärung). Mit Interesse wird den ersten ablehnenden Bescheiden entgegengesehen, mit denen das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge türkische Arbeiter nach dem Putsch zurückweisen wird. Wahrscheinlich werden sie sich nicht unterscheiden von denen, die unter der Demirel-Zeit ergingen.

Der türkische Staat, so hieß es, sei ein laizistischer Staat. In

ihm hätten sowohl Völker wie die Kurden volle Rechte als auch die religiöse Minderheit der Aleviten. Der türkische Staat täte auch alles in seinen Kräften Stehende, um den Terrorismus von „rechts und links“ zu unterbinden und hätte dabei auch Erfolge. An dieser Einschätzung seitens der Bundesregierung wird sich erst recht nichts unter der Militärdiktatur geändert haben, so daß ein Aktiver der progressiven Gewerkschaftszentrale DISK, des progressiven Jugendverbandes IGD oder der demokratischen Kurden wohl auch in Zukunft bei uns kaum Chancen auf Anerkennung haben wird, sei er auch gerade aus einer polizeilichen Folterstation oder einem Gefängnis geflohen, sei er einem Attentat der Grauen Wölfe oder des türkischen Geheimdienstes gerade noch entkommen.

Für die meisten der Vorschläge ist typisch, daß die Ursachen für die Flüchtlingsbewegungen und damit die wirklichen Gründe der Asylantragsteller nicht zur Kenntnis genommen werden, mit einer, wenn auch verfälschten Ausnahme. Die Ausnahme betrifft die sog. Kontingentflüchtlinge aus sozialistischen oder antiimperialistisch befreiten Staaten. Über deren Gründe muß man ja auch einiges wissen, hat man doch selbst genügend an deren Entstehung gekurbelt.

Denn unabhängig von den anderen Ursachen für Migrationsbewegungen stellt die von imperialistischen Staaten organisierte Flucht aus befreiten Staaten spätestens seit Gründung der DDR, verstärkt aber in den letzten Jahren mit all den nicht einhaltbaren Versprechungen, eine solche Ursache dar. Da ist man dann auch nicht kleinlich.

Die „Abstimmung mit Füßen“ gegen den Sozialismus, die befreite Länder als nicht lebenswert kennzeichnen soll, lassen sich die imperialistischen Strategen manchen Preis kosten. In einem lesenswerten Artikel von Maria-Christine Zauzich in der Frankfurter Allgemeinen (FAZ) heißt es dazu: „Wie fragwürdig es ist, mit Zahlen zu argumentieren, zeigt ein anderes Beispiel: 20.000 Vietnamesen hat die Bundesregierung die Aufnahme zugesagt. Diese sog. 'Kontingentflüchtlinge' wurden 'hereingenommen' – im Gegensatz zu denen, die 'hereingekommen' sind. Nicht alle – müßten sie den Weg durch das Asylverfahren antreten – hätten eine Chance, nach geltendem Recht als politische Asylanten anerkannt zu werden.“³

Türkische Demokraten: Kaum Chancen auf Asylanerkennung

Da die Bundesregierung realistisch davon ausgeht, daß weitere Völker den Weg der antiimperialistischen Befreiung gehen und sich die Politik des Imperialismus ihnen gegenüber bei aller Anpassung prinzipiell nicht ändern wird, wird der Bundestag alsbald ein Gesetz verabschieden, in dem Kontingentflüchtlinge Asylanten gleichgestellt werden – das in einem Moment, in dem unser Land angeblich unter dem Strom der „falschen“ Asylanten zusammenbricht.

Andere Ursachen, andere Zahlen werden aus verständlichen Gründen nicht genannt: So würde die Erwähnung der Tatsache von ca. 14 Mio Migranten nicht nur zeigen, wie gering die Zahl derjenigen ist, die bei uns an die Tür klopfen, sondern zum anderen auch die Frage aufwerfen: Warum gibt es soviel Flüchtlinge? Wer angesichts dieser Bewegung mit dem Primitivargument der Sog-Wirkung, gerade bei uns ganz gängig, kommt, wonach Annehmlichkeiten unseres Landes, z.B. die Sozialhilfe den Prozeß auslösen, verwechselt Ursache und Wirkung und kann nichts zur Lösung beitragen. Ursache sind und bleiben die existentiellen Mängel der Herkunftsländer, seien es politische (Verfolgung, Unterdrückung, Ausrottung ganzer Stämme, Fehlen jeglicher politischer Rechte) oder sozial-wirtschaftliche, vor allem Hunger und Armut. Die Frage nach deren Ursachen würde aber an

FIDEF-Erklärung Bonns inhumane Asylrechtsnovelle

Wie den Massenmedien zu entnehmen ist, wurde in den letzten Wochen das „Asylanten-Problem“ in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion gerückt. Bei näherer Betrachtung wird jedoch deutlich, daß die überwiegende Mehrheit der Berichterstattung und der Kommentare in erster Linie den Zweck verfolgt, die politischen Entwicklungen in der Türkei zu verschleiern und der Öffentlichkeit die Asylgründe von Tausenden von Menschen als „wirtschaftliche Gründe“ zu suggerieren.

Der FIDEF-Bundesvorstand stellte fest, daß die Gründe für mehrere tausend Landsleute, in der Bundesrepublik ein Asylgesuch einzureichen, ihren Ursprung nicht in wirtschaftlichen, sondern in politischen Verhältnissen haben.

Dieser Zustand ist eine Folge der politischen Entwicklung in unserem Lande. In der Türkei herrscht ein halb-militärisches Regime. In den 20 bevölkerungsreichsten Provinzen, die alle wichtigen Industriezentren umfassen, herrscht seit Dezember 1978 das Kriegsrecht. Die staatlichen und militärischen Unterdrückungsmittel der Demirel-Regierung haben das Leben in eine Hölle verwandelt. Allein in den letzten sechs Monaten seit dem Amtsantritt der Demirel-Regierung sind über 1.800 Menschen den Terroranschlägen zum Opfer gefallen, 16.689 Menschen wurden bei diesen Anschlägen verletzt. (...)

Die reaktionär-faschistischen Kräfte haben ihren Gegnern den offenen Krieg erklärt. Oppositionelle Menschen, Demokraten, Sozialisten, Sozialdemokraten, Kommunisten und andere fortschrittliche Menschen werden systematisch liquidiert. Mit gezieltem Terror wird versucht, die breiten Schichten der Bevölkerung in die Resignation zu treiben. Die Mordpläne zielen in erster Linie auf engagierte Demokraten in den Betrieben, in den Gewerkschaften und Lehranstalten. Bekannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Journalisten und Schriftsteller werden ermordet. Unter den Opfern befinden sich Mitglieder der Republikanischen Volkspartei (CHP), der seit 59 Jahren in der Illegalität wirkenden Kommunistischen Partei der Türkei (TKP), der Arbeiterpartei der Türkei (TIP), der Sozialistischen Arbeiterpartei der Türkei (TSIP). Der Staatsterror und die militärische Unterdrückung in Türkisch-Kurdistan werden verschärft. Die NATO-Tagung in Ankara (vom Juni 1980; d. Red.) verfolgte offensichtlich das Ziel, diesen Terror zu legitimieren und die Bevölkerung weiter unter Druck zu setzen.

Diese Tatsachen zeigen auf, warum für viele Menschen in der Türkei politisches Asyl in Betracht kommt. Tausende unserer Landsleute fühlen sich gezwungen, aufgrund der akuten Existenzbedrohung, des nackten Terrors und der Unterdrückungsmechanismen im Ausland Schutz zu suchen. Daraus folgt, daß die Asylanten nicht, wie in der Öffentlichkeit suggeriert wird, wirtschaftliche, sondern rein politische Beweggründe haben.

Wir betrachten das politische Asyl im Ausland nicht als den Weg, der unser Land in Frieden und Demokratie führt. Es gilt nach wie vor, gegen die Reaktion, gegen Terror und Unterdrückung zu kämpfen. Aber es ist offensichtlich, daß die Emigration nicht zu stoppen ist, solange nicht in der Türkei demokratische Verhältnisse hergestellt worden sind. Mit der Unterstützung dieses reaktionären, volksfeindlichen Demirel-Regimes bewirkt die Bundesregierung, daß die Ursachen der politischen Emigration weiter verfestigt und der Strom der Asylsuchenden aus der Türkei in Zukunft noch größer wird.

Wir rufen die demokratische Öffentlichkeit in Europa auf, den Kampf der demokratischen Kräfte in der Türkei zu unterstützen, damit der blutigen Herrschaft der reaktionären Demirel-Regierung ein Ende bereitet wird und eine demokratische Regierung gebildet werden kann. Nur so können wir erreichen, daß das Recht der Bevölkerung in der Türkei auf ein gesichertes Leben wieder hergestellt, die Folterungen und Massenmorde gestoppt werden können. Schutz und Unterstützung für Tausende von Asylanten aus der Türkei, die aus politischen Gründen Asyl suchen! Diesen Asylbewerbern müssen nach internationalen Regelungen Aufenthalts- und Arbeitsmöglichkeiten eingeräumt werden, bis in der Türkei ihre Existenz nicht mehr bedroht ist. Die bitteren Erfahrungen des deutschen Volkes unter der Nazi-Herrschaft hat gezeigt, wie lebenswichtig diese Unterstützung sein kann!

Hoch die internationale Solidarität!

(Quelle: Presseerklärung des Bundesvorstandes der Föderation der Türkischen Arbeitervereine in der BRD – FIDEF vom 28.6.1980, in: Türkei-Information, Düsseldorf, Juli-August 1980, S. 4)



Ausländerlager Zirndorf

den eigenen kolonialistischen (Vergangenheit) oder neokolonialistischen (Gegenwart) Nerv rühren⁴ bzw. bei Ländern wie der Türkei auch die Gründe für die Unterstützung solcher Militärdiktaturen bloßlegen.

Daß dabei die Politik des Antikommunismus eine hervorragende Rolle spielt, ist offensichtlich und hat sich auch in der über dreißigjährigen Asylpolitik und -praxis erwiesen, bei der es Antikommunisten noch immer wesentlich leichter hatten als Antiimperialisten und Demokraten. Zusammengefaßt kann ausnahmsweise dem Kommentator der FAZ nicht widersprochen werden: „Der Strom der 'Wirtschaftsflüchtlinge' wird nur dann dünner werden, wenn die Ursachen dieser Wanderbewegung beseitigt werden. Das heißt, es müssen in den Herkunftsländern der Flüchtlinge Bedingungen geschaffen werden, die den dort lebenden Menschen ein menschenwürdiges Dasein ermöglichen.“⁵

Keinen Beitrag dazu stellt das dar, was in den letzten Monaten in der Bundesrepublik im Weg von Gesetzen oder Verordnungen beschlossen worden ist.

Das 2. Gesetz zur Beschleunigung des Asylverfahrens⁶ hat lediglich zu einem weiteren Abbau des Grundrechts auf politisches Asyl geführt, ein Abbauprozeß, der niemals nur für die unmittelbar Betroffenen von Bedeutung ist, sondern der meist Vorstufe der Minderung von Rechten auch der eigenen Bevölkerung darstellt. So ist die Entscheidung auf einen einzigen Bediensteten des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge verlagert, der kein Volljurist sein muß. Die Ausschüsse sind abgeschafft worden.

Der Richter am OVG Berlin Fritz Franz meint in seinen Thesen zum Deutschen Juristentag 1980, daß diese Verlagerung „der Qualität der Entscheidung kaum förderlich sein“ dürfte. Der Grundsatz des rechtlichen Gehörs wird – weiter nach F. Franz – auf den Kopf gestellt durch die Tatsache, daß der „Bedienstete“ nicht verpflichtet ist, den Betroffenen persönlich anzuhören.⁷ So lassen sich 1000 Ablehnungen pro Monat natürlich schaffen und einige „Bedienstete“ haben dabei auch schon ihre Qualifikationen gezeigt. Von gravierender Bedeutung sind die administrativen Maßnahmen im „Sofortprogramm“ des Bundesinnenministers Gerhard Baum, das in den Städten und Gemeinden, an den Arbeitsämtern mit ungeheurer Schnelligkeit umgesetzt worden ist, und das leider auch vom DGB begrüßt worden ist.⁸

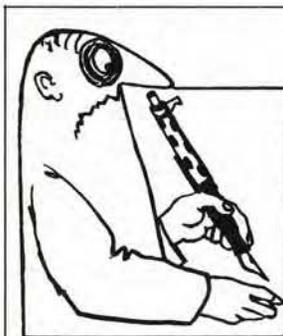
Unabhängig von den verfassungsrechtlichen Bedenken und solchen, die den dirigistischen Unsinn des Visumzwangs betreffen, sind die ergriffenen Maßnahmen unmenschlich. Sie fördern den Fremdenhaß und stellen Einbruchstellen für weitere, die Situation des politischen Flüchtlings verachtende Maßnahmen dar. Dies muß so formuliert werden, auch wenn für den Stuttgarter Oberbürgermeister Rommel „das Ganze keine moralische, sondern eine praktische Frage“⁹ ist.

So sollen Asylsuchende ein Jahr lang vom Arbeitsmarkt ausgesperrt werden. Sie sollen lediglich Sozialhilfe erhalten und zwar in Form von Sachleistungen. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß der KPD-Abgeordnete Renner im Parlamentarischen Rat aufgrund der Erfahrungen in der antifaschistischen Emigration forderte: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht einschließlich des Rechts auf Arbeit.“¹⁰ Keiner der Verfassungsgeber widersprach dem, hielt die Regelung jedoch nicht für erforderlich, weil jeder, also auch der Asylant sowieso das Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit hätte.

Die Asylanten sollen nicht nur auf den Status des Sozialhilfe-, sondern des Almosenempfängers heruntergestuft werden. Durch die Streichung von Wohngeld wird die immer wieder angesprochene Frage von Sammellagern zwangsläufig sein, was unter anderem wegen der psychischen Konsequenzen und der Folgen für das soziale Klima auch vom Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche, die sich bisher immer sachkundig mit den Problemen der Ausländer beschäftigt hat, abgelehnt wird.¹¹ Daß selbst das Kindergeld vorenthalten wird, unterstreicht den besonders kleinlichen und unmenschlichen Charakter dieses „Sofortprogramms“. Der Putsch in der Türkei muß für uns neuer Anlaß sein, die Aushöhlung des Asylrechts für politisch Verfolgte zu beobachten und ihr entgegenzuwirken.

Anmerkungen:

- 1) Frankfurter Rundschau (FR), 11.8.1980
- 2) Zit. nach: Sten. Protokolle Hauptausschuß, 4.12.1948, S. 217
- 3) M. Ch. Zauzich, Können Ausländer in der Bundesrepublik Schutz vor Verfolgung finden? in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 14.2.1980
- 4) Vgl. dazu und zur BRD-Ausländerpolitik: AIB 6/1979, S. 14-17
- 5) K. Natrop, Das Heer der Hoffnungslosen, in: FAZ, 7.8.1980
- 6) rechtspolitischer dienst (rpd), Nr. 26/ 25.6.1980, S. 962 f.
- 7) 53. Deutscher Juristentag 1980. Thesen der Abteilung Ausländerrecht, These 8.1. und 8.2. Dr. Franz
- 8) rpd, a.a.O., S. 964
- 9) FR, 6.9.1980
- 10) 44. Sitzung Sten. Protokoll des Parlamentarischen Rates vom 19.1.1949, S. 582
- 11) FR, 19.9.1980



Achtung! AIB- Leserumfrage

Im letzten AIB 10/1980 fand sich in der Heftmitte ein **Fragebogen**. Wir bitten Sie im beiderseitigen Interesse diesen Fragebogen ausgefüllt an uns zurückzusenden. Nicht vergessen: **Einsendeschluß** ist der **15. November 1980!** Die Auswertung bringen wir in AIB 1/1981. Also den Fragebogen bis spätestens 15. November senden an: AIB-Redaktion, Liebigstr. 46, 3550 Marburg 1

Aurel Billstein
**Fremdarbeiter
 in unserer
 Stadt**



**Kriegsgefangene und
 deportierte
 „fremdvölkische
 Arbeitskräfte“
 1939 – 1945
 am Beispiel Krefelds**

196 Seiten, kartoniert, 15,- DM
 ISBN 3-87682-726-4

„Ob die anderen Völker in Wohlstand leben, oder ob sie verrecken vor Hunger, das interessiert mich nur so weit, als wir sie als Sklaven für unsere Kultur brauchen, anders interessiert mich das nicht.“ Dieser Satz aus einer Rede Heinrich Himmlers, „Reichsführer SS“, charakterisiert die zynische Menschenfeindlichkeit des deutschen Faschismus.

Am Beispiel Krefelds wird demonstriert, wie „Fremdarbeiter“ in der Industrie ausgepreßt, in Lagern geschunden und von Gestapo und anderen faschistischen Institutionen verfolgt und ermordet wurden. Gleichzeitig wird aber auch dokumentiert, wie Deutsche den Ausländern auf die unterschiedlichste Weise halfen.

Fania Fénelon

**Das
 Mädchenorchester
 in Auschwitz**

Aus dem Französischen
 von Sigi Loritz
 264 Seiten, kartoniert,
 mit Schutzumschlag 19,80 DM



**„Dieses Buch
 wird nie in der
 Bundesrepublik
 erscheinen“**

...sagte Fania Fénelon zur NEW YORK TIMES, als die amerikanische Ausgabe ihres erregenden Buches über das Innenleben von Auschwitz vorgestellt wurde. Fania Fénelon, französische Jüdin, Mitglied dieses makabren Mädchenorchesters inmitten der Todesfabrik Auschwitz, hat nicht recht behalten. Denn dieses menschlich wie literarisch gleichermaßen faszinierende Buch, das in Paris und London Furore machte und verfilmt wird (Drehbuch Arthur Miller), muß erst recht in der Bundesrepublik gelesen – und verstanden werden.

tat

**kräftig
 gegen:
 Neonazismus
 und
 Rechtsgefahr,
 Kriegstreiberei
 und
 Militaristen,
 Verfassungsbruch
 durch
 Berufsverbote,
 Schnüffeleien
 und
 Zensur**



**weil
 Antifaschisten
 eine
 antifaschistische
 Zeitung brauchen**

- Ich möchte kostenlose Probeexemplare
 Ich möchte „die tat“ abonnieren

Postbezug jährlich DM 34,-
 Sonderpreis für Studenten, Schüler, Soldaten, ZDL, Auszubildende
 DM 18,-

Name: _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Datum _____

Unterschrift _____

Einsenden an

Röderberg-Verlag



Postfach 4129,
 6000 Frankfurt/M.

Erklärung des FIDEF-Bundesvorstandes

Nein zur Militärdiktatur!



Der Bundesvorstand der Föderation der Türkischen Arbeitervereine in der BRD (FIDEF) verabschiedete unmittelbar nach dem Militärputsch auf einer außerordentlichen Sitzung am 14. September d.J. die nachstehende Erklärung. Sie fordert die Bundesregierung zur Einstellung ihrer Türkeihilfe, zum Durchgreifen gegenüber faschistischen türkischen Kräften auf bundesdeutschem Boden und zur Rechtshilfe für die Opfer der Unterdrückung in der Türkei auf. Die demokratische Öffentlichkeit unseres Landes ist zur tätigen Solidarität mit dem Volk der Türkei aufgerufen.

Es sind dies Forderungen, die der verstärkten Unterstützung aller demokratischen Kräfte gerade der Bundesrepublik bedürfen, hat doch Bonn die Federführung innerhalb der westlichen Sonderhilfe für die Herrschenden der Türkei inne und lebt doch hier mit rund 1,1 Mio Türken die größte türkische Auslands-„kolonie“. Kontaktadresse: FIDEF, Lichtstraße 31, 4000 Düsseldorf 1; Tel.: 0211 - 664284.

Die Generäle, unterstützt von der NATO und den USA, haben am 12. September 1980 in der Türkei geputscht. Mit Angriffen auf die demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes haben die von der NATO und dem Imperialismus abhängigen, von Demirel und Türkes vertretenen Kreise den Weg für diesen Putsch geebnet. Somit konnte die Junta die Regierungsmacht übernehmen und eine offene Militärdiktatur errichten. Die Arbeit der Parteien mußte eingestellt werden; die Gewerkschaften und alle demokratischen Organisationen wurden verboten, ihre Vorstände verhaftet. Das Grundgesetz wurde außer Kraft gesetzt.

Die Verfolgung und Unterdrückung der demokratischen Kräfte hat einen neuen Höhepunkt erreicht. Die Menschenrechte in der Türkei werden mit Füßen getreten.

Aber die Bevölkerung des Landes ist in ihrem Kampf gegen ihre Unterdrücker nicht allein. Auch in der Bundesrepublik erhoben eine Reihe von demokratischen Organisationen, wie GdED, IG Chemie, DKP, SDAJ, MSB Spartakus, Jusos, DFU, VVN u.a. ihren schärfsten Protest gegen die Unterdrückung der demokratischen Organisationen in der Türkei und gegen die Militärjunta.

In einer solchen Situation kommt auf die fortschrittlichen Arbeiter und Jugendlichen aus der Türkei eine große Verantwortung zu. Alle demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik müssen vor dem aktuellen Hintergrund Wege und Möglichkeiten einer Aktionseinheit im Interesse einer demokratischen Türkei anstreben. Nur auf diese Weise kann die Solidarität mit dem für seine Rechte und Freiheiten kämpfenden Volk der Türkei verstärkt werden.

Die Arbeiter aus der Türkei in der Bundesrepublik stellen gemeinsam mit den Organisationen der Arbeiterbewegung und anderen demokratischen Kräften im Sinne einer demokratischen Türkei und der Freundschaft zwischen den Völkern der BRD und der Türkei folgende Forderungen an die Bundesregierung:

- Jegliche Militär- und Wirtschaftshilfe für die Junta muß sofort eingestellt werden.
- Alle faschistischen Tarnorganisationen der MHP, die Türk-Föderation der Grauen Wölfe müssen verboten, die für den Terror Verantwortlichen müssen ausgewiesen werden.
- Das Asylrecht für die Opfer des Terrorregimes in der Türkei darf nicht ausgehöhlt werden.

Die demokratischen Organisationen der Arbeiter aus der Türkei sind davon überzeugt, daß die Solidarität der demokratischen Öffentlichkeit in der Bundesrepublik mit dem Volk der Türkei noch verstärkt wird.

(Quelle: Erklärung des FIDEF-Bundesvorstandes, in: FIDEF-Nachrichten/ Kommentare/ Informationen, Düsseldorf, 16.9.1980)



Antimperialistisches Informationsbulletin

Das AIB erscheint monatlich. Jahresabonnement 20,- DM; Einzelheft 2,- DM; Doppelheft 3,50 DM; bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Tel. (06421) 24672.

Konten: AIB - Weltkreis-Verlag, Postscheckkonto 312093-607, Postscheckamt Frankfurt/M. oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 53390000), Konto Nr. 966.

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Breuer, Wolfram Bröner, Dr. Jutta von Freyberg, Mechthild Jansen, Uwe Knickrehm, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer, Erich Rudolf, Werner Stürmann, Peter Tanzmeier, Dr. Frank Werkmeister, Prof. Erich Wulff.

Redaktionskollektiv: Wolfram Bröner (verantwortl.), Hanne Denk, Rainer Falk, Paul Maaskola, Jürgen Ostrowsky, Ludger Schmitz

Mitarbeiter: A. J. Arndt, R. Feicht, K. Graf, R. Hegewald, M. Hellmann, K. Jacobs, V. Klose, R. Khoudja, D. Mies, U. Rupp, G. Schmidt, J. Weber, H. Vortisch, B. Weng

Verlag: Weltkreis Verlag, Dortmund

Druck: Plambeck & Co., Neuss

Redaktionsschluß: 13. Oktober 1980

Anzeigen: Roederberg Verlag, Brücken Verlag, Türkei-Information

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Türkkaya Ataöv

Die Palästinenser. Ihre Persönlichkeit und Kultur (1. Teil)

Die kulturelle Identität des arabischen Volkes Palästinas und das Verhältnis von palästinensischer Kultur und Befreiungskampf sind das Thema des Beitrages des türkischen Autors Türkkaya Ataöv. Dr. T. Ataöv ist Professor für internationale Beziehungen an der Universität Ankara, vielfacher Buchautor und Exekutivsekretariats-Mitglied der Internationalen Organisation zur Beseitigung aller Formen rassistischer Diskriminierung.

Das palästinensische Volk befand sich in Palästina seit der arabischen Eroberung Syriens im 7. Jahrhundert u.Z. Es führte gegen die zionistische Einwanderung einen bewaffneten Widerstandskampf, dessen erste Anzeichen schon im Jahr 1886 auftraten, verbunden mit bestimmten Formen des politischen Protestes. Die zweite Welle der zionistischen Einwanderung, die im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts begann, schuf die Grundlage der Politik der „jüdischen Arbeit“, unter der die einheimischen Palästinenser litten.

Der arabische Schriftsteller Naguib Nassar begann seine Zeitung Al-Carmel (1909) als ein Instrument gegen die zionistische Besiedlung zu benutzen. Naguib Azuri, ein Araber aus Jerusalem, hatte schon (1905) eine Gesellschaft in Paris gegründet, die sich Liga des Arabischen Vaterlandes nannte. Er gab auch ein Buch mit dem Titel Das Erwachen der arabischen Nation heraus. Kurz vor dem Ausbruch des 1. Weltkrieges wurden mehrere Organisationen gegründet; eine davon war die Palästinenservereinigung an der Amerikanischen Universität in Beirut (1913).

Solche Vorstöße nationalen Bewußtseins konnten jedoch nicht verhindern, daß die zionistische Herausforderung ihr Ziel erreichte. Die Balfour-Deklaration (Brief des britischen Außenministers Balfour von 1917, in welchem dieser insgeheim der Zionistenbewegung eine „nationale Heimstätte“ zusichert, falls Palästina britisches Kolonialgebiet werden sollte; d. Red.) und die folgende britische Besetzung (Mandatsregime seit 1920; d. Red.) erleichterten die Etablierung einer „nationalen Heimstätte des jüdischen Volkes“, was für die Palästinenser ihre eigene Entwurzelung und die Zerstörung ihrer organischen Einheit bedeutete. Trotz der gewöhnlich vorgebrachten zionistischen Argumente, daß die Juden Mit-Semiten seien, die in ihre Heimat zurückkehrten, und daß sie die arabische Kultur respektieren würden,¹ stellten alle Untersuchungskommissionen, die bei jedem Ausbruch von Unruhen nach Palästina gesandt wurden, fest, daß die Araber der Errichtung einer jüdischen Nationalheimat in Palästina ablehnend gegenüberstanden.²

Nach der Entscheidung der Vereinten Nationen (vom Jahre 1947; d. Red.), Palästina zu teilen, sah sich das Volk des Landes einem programmäßigem Versuch gegenüber, der auf die Auslöschung seiner Existenz und die Vernichtung seiner nationalen Identität gerichtet war. Das Land wurde zwischen Israel und dem haschemitischen Königreich Jordanien aufgeteilt, wobei letzteres das Westufer (Westjordangebiet; d. Red.) erhielt. Zusätzlich sollte Al-Hammah im Norden von den Syrern verwaltet werden und der Gaza-Streifen im

Süden von den Ägyptern.

Durch die Unterwerfung eines Teils unter israelische Herrschaft und den Anschluß der anderen Hälfte an Jordanien wurde ein schwerer Schlag gegen die Einheit dieses Volkes geführt, in dessen Ergebnis „Flüchtlinge“ in alle Himmelsrichtungen zerstreut wurden. Die zionistischen Kreise und ihre Freunde präsentierten der Weltöffentlichkeit die Frage als „Flüchtlingsproblem“, das sich um Unterstützung, Unterbringung, Beschäftigung, Ernährung und Entschädigung drehte. Die Frage selbst wurde für einige Zeit auf einen Grenzkonflikt zwischen den arabischen Staaten und Israel reduziert.

Deshalb bemühten sich die Palästinenser zwischen der Katastrophe von 1948 (des 1. Nahostkrieges; d. Red.) und den 60er Jahren um die Wiederbelebung ihrer unabhängigen nationalen Identität.

Al-Fatah (Eroberung, größte Guerillaorganisation, gegründet 1956; d. Red.) ging in dieser Hinsicht allen anderen Organisationen voran. Ihre Zeitschrift Unser Palästina, herausgegeben in Beirut, legte den Schwerpunkt auf palästinensische Ideen und Konzepte, die sich in der Hauptsache auf palästinensische Quellen stützten. Dies schloß auch die Zurückweisung jeglicher Vorherrschaft über die Palästinenser ein. Der Sieg der Algerier im Jahr 1962 war für die Palästinenser ein weiterer Beweis dafür, daß jedes Volk das Ziel seiner nationalen Bestrebungen durchsetzen kann, wenn es seine Sache fest in die eigene Hand nimmt.

Deshalb wurde die Gründung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO, zu ihrer Geschichte siehe AIB, Nr. 3/1979, S. 18ff.) in der ersten Sitzung einer Konferenz angekündigt, die in Jerusalem 1964 unter Teilnahme von 388 Delegierten abgehalten wurde. Die PLO vervollständigte bald ihre grundlegenden Strukturen und ermöglichte es der palästinensischen Persönlichkeit, sich zur Geltung zu bringen.

Israels widerrechtliche Usurpation der Volkskultur

Nach der israelischen Aggression im Jahr 1967 und dem Sieg von Karameh im Jahr 1968 wurde der Freiheitskämpfer das Symbol der palästinensischen Persönlichkeit. Die Widerstandsbewegung ist jetzt der Ausdruck der Existenz eines Volkes, und die PLO ist der Mechanismus, durch den die tatsächliche Verkörperung dieser Persönlichkeit erreicht werden kann und sollte. Die Abstimmung der UN-Generalversammlung im Jahr 1974, in der der PLO der Beobachterstatus eingeräumt wurde, ist eine weitere Geltendmachung der Einheit und Selbstbehauptung des palästinensischen Volkes. Trotz Spaltung, Vertreibung und Exil ist seine nationale Identität unveräußerlich. Die Erhebungen der unter Besatzung lebenden Palästinenser am Tag des Bodens (30. März) sind ein leuchtender Beweis ihrer unabhängigen Identität, Einheit und Loyalität zu einer einheitlichen Führung.



Die palästinensische Führung vertraut auf die Massen als die einzige Kraft, die fähig ist, den Sieg zu erringen. Der revolutionäre Krieg, für den eingetreten wird, hat das klare politische Ziel, den Palästinensern ihr Heimatland wiederzugeben. Tawfiq Zayad (kommunistischer Bürgermeister von Nazareth und israelischer Parlamentsabgeordneter; d. Red.), der palästinensische Dichter, drückt die Mobilisierung der Massen in den folgenden Zeilen aus: „Es ist viel leichter für dich/ Einen Elefant durch ein Nadelöhr gehen zu lassen/ Oder in der Milchstraße gebackenen Fisch zu fangen/ Die See zu pflügen/ Oder ein Krokodil zu zivilisieren/ Als durch Verfolgung/ Die schimmernde Glut eines Glaubens zu zerstören/ Oder unseren Marsch/ Um nur einen einzigen Schritt aufzuhalten.“

Die Palästinenser stellen nun fest, das Israel nicht nur ihr eigenes Land besetzt hat, sondern darüber hinaus alle Zeichen einer unabhängigen nationalen Existenz unterdrücken will und versucht, auf jede mögliche Weise ihre Kultur zu stehlen.

Das palästinensische Volk hat eine alte Kultur mit allen Ausdrucksformen bewahrt wie zum Beispiel Blauglasarbeiten in Hebron, Glasbläserei in Jerusalem, Teppich- und Brückenknüpferei in Nazareth und Gaza, Stickerei in Bethlehem und Ramallah, Holz- und Perlenverarbeitung in Jerusalem und Bethlehem, Keramik in Gaza, Kupfer- und Silberarbeiten in anderen Gebieten.

Bekanntlich besitzt das gesamte Palästina eine eigene, unverwechselbare Architektur. Diese Beweise sind nicht auf die heiligen Städte beschränkt; sie sind in den Städten der arabischen Küsten, in Nablus und anderen Orten anzutreffen. Aber Israel ist darauf bedacht, die Züge nationaler Identität auszulöschen. Eine Anzahl von Volkskunstarbeiten, mit dem Etikett „Made in Israel“ versehen, die in Werbematerial wie z.B. „Israel – 25 Jahre“ auftauchen oder in den Läden von Batsheva (Tel Aviv), der Wizo (Internationale zionistische Frauenorganisation) und der Maskit verkauft werden, sind in Wirklichkeit palästinensische Handarbeiten. Diese Stücke werden einfach billig von der arabischen Bevölkerung eingekauft und als israelische Waren verkauft oder

auf Auslandsmärkte exportiert. Ein Vergleich solcher Produkte mit neuern Veröffentlichungen über palästinensische Volkskunst deckt die verbreitete Aneignung einer Kultur auf, die einem anderen Volk gehört.³

Deshalb war eines der Ziele von SAMED, der Arbeitsgesellschaft palästinensischer Märtyrer, die Palästinensische Produktion zu fördern. SAMED bietet Berufsausbildung für die Kinder der palästinensischen Märtyrer an und beschäftigt andere Leute in genossenschaftlichen Werkstätten mit dem Zweck, folkloristische oder andere Produkte herzustellen, die von denjenigen benötigt werden, die am palästinensischen Kampf beteiligt sind. Werkstätten in allen palästinensischen Lagern erzeugen Produkte, die mit der palästinensischen Geschichte und Kultur in Zusammenhang stehen.

Neben der Usurpation einer Kultur, die in Wirklichkeit einem anderen Volk gehört, sind die Zionisten außerdem verantwortlich für eine Reihe von Entweihungen heiliger Stätten, wie z.B. für die Brände in der Al-Aqsa-Moschee (Jerusalem), im Katharinenkloster (Sinai) und der Johanneskirche. Israel hat alle internationalen Vereinbarungen und Abkommen über die Enthaltung von aggressiven Akten gegenüber anderen nationalen Kulturen verletzt.

Jerusalem ist immer eine heilige Stadt für das Judentum, das Christentum und den Islam gewesen. Die Tatsache, daß es immer Al-Quds (die Heilige Stätte) war, drückt sich beispielhaft in den wichtigsten Heiligtümern innerhalb der Altstadt aus – der Klagemauer, der Heilige-Grab-Kirche und dem Haram al-Sharif.

Das Königreich der Hebräer hatte aus dieser Stadt ein Heiligtum für die Juden gemacht. Aber auch Christus verlieh seiner Bestimmung seinen tiefen Eindruck. Und die Moslems betrachten es als eine der heiligsten Städte für den Islam; dem Glauben zufolge liegt hier die Stelle von Prophet Mohammeds nächtlicher Reise zum Himmel. Es war kein Zufall, daß Mu'awiyah sich im Jahre 661 dort zum Kalifen ausrief, als das arabisch-islamische Imperium bereits die gesamte Levante umschloß.

Die arabische Herrschaft beschützte die Rechte aller Glaubensrichtungen und Gemeinschaften, und während der ge-

samten Periode ottomanisch-türkischer Herrschaft (1517 - 1917) stand das Heilige Land stets allen Menschen verschiedener Religionen offen. Die Masse der Literatur über dieses Land bestätigt die Richtigkeit dieser Feststellung.

Besondere Instruktionen in dieser Richtung wurden in den Text des an Großbritannien gegebenen Mandates aufgenommen. Als im Jahre 1947 die Mandatsmacht ihre Absicht erklärte, sich aus Palästina zurückzuziehen, bestätigten die Vereinten Nationen den Willen der internationalen Gemeinschaft, den besonderen Charakter Jerusalems zu schützen. Eine „Separate Körperschaft“ unter internationaler Kontrolle sollte für Jerusalem und seine Umgebung geschaffen werden. (...) Die im Jahre 1950 von der israelischen Regierung getroffene Feststellung, daß Jerusalem ihre Hauptstadt sei, wurde von der UNO niemals akzeptiert. Sie wurde vielmehr zu zahlreichen Gelegenheiten verurteilt.

Die zionistische Gemeinschaft okkupierte Jerusalem und den Rest des Westufers im Jahre 1967. Innerhalb weniger Tage begannen die Zerstörung historischer Bauwerke und die Enteignung religiösen und privaten Besitzes. Die Araber wurden Einwohner, nicht Bürger von Jerusalem. Sie werden in Gefangenschaft gehalten, genau wie die Stadt selbst. Die Gleichheit und Freiheit, die die arabische und ottomanische Herrschaft gekennzeichnet hatten, wichen der zionistischen Diskriminierung.

Die israelischen Behörden haben seitdem ständig versucht, das traditionelle Gesicht und die Silhouette Jerusalems zu verändern, die Ausgewogenheit der Bevölkerung zu beeinflussen und so vollendete Tatsachen zu schaffen, mit denen sie hoffen, jede UN-Entscheidung für Gerechtigkeit für die Stadt und ihre ursprünglichen Bewohner zu blockieren. Jerusalem, eine der ältesten Städte der Welt, besitzt jetzt Viertel, die an Minnesota oder Plonsk erinnern.

Die Zionisten wollen das traditionelle Gesicht der Stadt auch für ihre eigenen theologischen Zwecke verändern. Die Zerstörung der historischen Viertel, die Enteignung moslemischen und christlichen Besitzes und die Entweihung von Friedhöfen dienen dem Zweck, Jerusalem in eine jüdische Stadt zu verwandeln.

Das „kollektive Harakiri“

Die „Restauration“ des Salomon-Tempels, der sehr dicht an den großen Moscheen von Al-Aqsa und 'Omar gelegen ist, hat bereits die Fundamente und Strukturen der beiden letzteren in ernsthafter Weise geschwächt. Ein Brand hat einen großen Teil der Al-Aqsa zerstört, einschließlich der unersetzlichen „minbar“, der Kanzel Saladins, die eines der erfolgreichsten Stücke mittelalterlicher arabischer Holzkunstarbeiten war.

Proteste gegen dieses „Massaker“ in der Heiligen Stadt wurden in der ganzen Welt laut. Vor allem hat eine ganze Reihe von Resolutionen der UN-Vollversammlung und des Sicherheitsrates seit der israelischen Aggression 1967 die fortgesetzte Okkupation Jerusalems und die Maßnahmen zur Änderung des Status der Stadt verurteilt. Zum Beispiel hat eine Resolution des Sicherheitsrates, die im Jahr 1971 mit 14:0 Stimmen angenommen wurde, zum wiederholten Male bekräftigt, daß alle gesetzgeberischen Maßnahmen Israels zur Änderung des Status von Jerusalem, einschließlich der Enteignung von Landbesitz, der Umsiedlung der Bevölkerung und der Gesetzgebung, die auf die Einbeziehung des besetzten Teils abzielt, null und nichtig sind und den Status nicht verändern können.⁴

Es gab ähnliche Reaktionen von Gelehrten und interessierten Organisationen. Italiens führender Städtekundler Prof. Bruno Zevi zum Beispiel hat den zionistischen Versuch, den universalen Charakter von Jerusalem zu verändern als ein

Beispiel von „kollektivem Harakiri“ bezeichnet.⁵ Das Magazin Time vom 1. März 1971 stellte fest, daß Israel buchstäblich mit Bulldozern seinen Weg zu jüdischer Herrschaft über den Kalkstein und Sand des jordanischen Jerusalem walzte, bevor Friedensverhandlungen abgehalten werden konnten. Prof. Arnold Toynbee und Sir Geoffrey Furlong, der frühere britische Botschafter in Jordanien, drückten in einem in der Londoner Times vom 15. März 1971 veröffentlichten Leserbrief die gleiche Ansicht aus.

Es gab viele andere Berichte über die Entweihung von kirchlichem Eigentum in Israel. Zum Beispiel wurden die berühmten Kütahyakacheln die im 18. Jahrhundert eigens von armenischen Pilgern aus der Türkei herangebracht wurden, von den Mauern der Erlöserkirche gerissen, welche die traditionelle Grabstätte der Patriarchen der Armenischen Kirche in Jerusalem ist.⁶ An die Armenische Kirche grenzt der griechisch-orthodoxe Friedhof am Berg Sion, in dem praktisch jede Grabkammer zerstört ist. Pater Andres veröffentlichte gleichfalls mehrere Fotos, die zerstörte Grabkammern zeigen, die zur Lateinischen Kirche gehören.⁷

Fortsetzung folgt

Anmerkungen:

- 1) Neville Mandel, Attempts at an Arab-Zionist Entente: 1913-1914, in: Middle Eastern Studies, London, Nr. 3/1965, S. 240
- 2) Zum Beispiel: The Government of Great Britain, Palestine Royal Commission Report, London 1937
- 3) Zum Beispiel: Shelagh Weir, Palestinian Embroidery, London 1970; Solidaritätskomitee der DDR, Palästinensische Volkskunst, Berlin 1978; Yusra Jouhairy Arnita, Popular Art in Palestine, Beirut 1968
- 4) Jerusalem and the World: A Case of Conscience, London 1971, S. 23
- 5) The Tablet, London, 10. April 1971
- 6) UN-Dokument A/7084, 19. April 1968
- 7) R. P. Isaías Andres, Profanation de Cimetieres a Jerusalem, La Terre Sainte, Jerusalem, März 1968



Wolfram Bröner

Afghanistan Revolution und Konterrevolution

Taschenbuch
290 Seiten
14,- DM

Zur Jahreswende 1979/80 erfuhr Afghanistan plötzlich Weltgeltung. Mit „Afghanistan“ rechtfertigten die Herrschenden der westlichen Hauptländer alles und nichts. Was verliert ausgerechnet diesem bettelarmen, weltabgeschiedenen Land am Hindukusch solche Bedeutung? Was waren die Hintergründe der zählebigen Weltkrise um Afghanistan? Warum sollte Afghanistan zum Stolperstein des Entspannungsprozesses werden?

Diesen und anderen Fragen der internationalen Dimension der Afghanistan-Krise geht dieses Buch nach. Insbesondere wird hierbei der Nachweis geführt, daß die Internationalisierung des Kampfes um Afghanistan längst vor dem 27./28. Dezember 1979, dem Sturz des Amin-Regimes, einsetzte. Genau im Frühjahr 1979 begann demnach unter CIA-Regie die bewaffnete Offensive gegen die afghanische Revolution, hauptsächlich von pakistanischem Boden aus und mit der konzertierten Unterstützung Pakistans, der USA und Chinas.

Doch zu diesem äußeren Interventionismus kam noch ein zweiter maßgeblicher Auslöser der Afghanistan-Krise hinzu, der in diesem Buch ausführlich behandelt wird, die dramatische Zuspitzung der inneren Widersprüche in den Reihen der regierenden Volksdemokratischen Partei Afghanistans. Der Autor untersucht sie auf dem Hintergrund der sozialen Veränderungen in Afghanistan seit der April-Revolution 1978.

Das Buch zeigt auf, wie es zum April 1978 kam, was sich unter den Regierungen Taraki, Amin und Karmal zutrug. Es diskutiert Art und Motive des sowjetischen Eingreifens in Afghanistan und die Voraussetzungen für die Weiterentwicklung des revolutionären Prozesses zu einer „wirklichen Volksrevolution“.

Neben Fotos, Karten und Situationsberichten enthält das Buch zahlreiche erstmals im Ausland veröffentlichter Grundsatzdokumente u. a. der Volksdemokratischen Partei Afghanistans.

Verlag Marxistische Blätter GmbH, Heddenheimer Landstraße 78a, 6000 Frankfurt/Main 50, Telefon (0611) 571051

Verlag Marxistische Blätter

Partei der Nationalprogressiv-Unionistischen Sammlung

Politisches Kommuniqué des 1. Kongresses

Anwar al Sadats Kurs des nationalen Ausverkaufs und einer rigiden Unterdrückung der inneren Opposition (Ende September d.J. gab es wiederum Verhaftungen von diesmal ca. 50 Linksoptionellen) wurde von der demokratischen Bewegung Ägyptens im April 1980 gebührend beantwortet: Im Beiruter Exil gab General Saadeddin Shazly die Gründung einer Nationalen Front seitens nasseristischer, islamischer, linksunabhängiger Kräfte und der Ägyptischen Kommunistischen Partei bekannt (Wortlaut der Gründungserklärung in AIB 6/1980, S. 16-18). Analog veranstaltete die Partei der Nationalprogressiv-Unionistischen Sammlung (PNP) am 10./11. April 1980 ihren 1. Kongreß. Der Kairoer Kongreß der PNP, die von Nasseristen und Marxisten dominiert wird, stand im Zeichen der Schaffung einer breitestmöglichen nationalen Einheitsfront gegen das Sadat-Regime im Lande selbst. Das hier dokumentierte Politische Kommuniqué dieses PNP-Kongresses formulierte Alternativen zur Sadat-Politik, denen nach wie vor Aktualität zukommt.

Am 10. und 11. April 1980 tagte der 1. Kongreß der Partei der Nationalprogressiv-Unionistischen Sammlung (PNP). Anwesend waren 401 Delegierte, die 21 Distrikte vertreten haben. Es wurden in den verschiedenen Ausschüssen des Kongresses der politische Bericht, die Eröffnungsrede, die von dem Kämpfer und Begründer der Partei, Khaled Mohedien, vorgetragen wurde, der Entwurf des allgemeinen politischen Programms „für Ägypten, als Heimat für Freiheit, Sozialismus und Einheit“, der Entwurf der Geschäftsordnung und der Organisationsbericht diskutiert. Es wurden einige Verbesserungen vorgenommen, die der Kongreß am Abend des 11. April mit absoluter Mehrheit verabschiedet hat. Ferner hat der Kongreß die Leitlinien des politischen Berichtes und der Eröffnungsrede des Parteibegründers genehmigt.

Camp David zu Fall bringen

Dabei wurde klar, daß die Stoßrichtung der jetzigen Etappe des Kampfes des ägyptischen Volkes sein muß: gegen die Politik des Separatfriedens mit Israel unter Schirmherrschaft der USA. Die ist die Speerspitze der imperialistischen Offensive, die für den Zionismus einen historischen Traum verwirklichen ließ. Dieser Traum war die Normalisierung der Beziehung zu Ägypten mit Botschafteraustausch (im Januar 1980; d. Red.). Dies war die natürliche Folge der politischen Linie der Regierung, die sich mit dem Besuch von Jerusalem (durch Sadat Ende 1977; d. Red.) anzeigte und ihre Fortsetzung in der Unterzeichnung des Camp-David-Abkommens und des separaten Friedensvertrags zwischen den Regierungen Ägyptens und Israels gefunden hat.

Aber diese imperialistisch-zionistische Offensive hat dazu geführt, daß sich in Ägypten eine felsenstarke nationale Kraft gefunden hat. Sie ist jetzt der Anfang einer Aufwärtsbewegung aus dem Tal, dessen tiefster Punkt das Abkommen von

Camp David (vom September 1978; d. Red.) war. (...)

Um den Gefahren der kommenden Etappe begegnen zu können, muß die Linie unserer Partei wie folgt aussehen:

1. Das Camp-David-Abkommen muß zu Fall gebracht werden. In diesem Kampf bewegt sich unsere Partei im Rahmen einer breiten ägyptischen, arabischen und internationalen Ablehnungsfront zum Camp-David-Abkommen.

2. Bewußtmachung, daß ein Sieg gegen das ägyptisch-israelische Abkommen nicht der Sieg in der Durchsetzung einer umfassenden und gerechten Lösung für den arabisch-israelischen Konflikt bedeutet, wo die arabischen Belange und besonders die gerechten Forderungen des palästinensischen Volkes durchgesetzt werden. Es lauert die Gefahr einer Ersetzung des ägyptischen durch ein arabisches Camp-David-Abkommen.

3. Unsere Partei muß die Oppositionsstimmung einer breiten Basis zum Camp-David-Abkommen positiv umsetzen, um zwei Ziele zu erreichen:

3.1. die Bestrebung zum Aufbau einer festeren Basis zwischen den Volksmassen, von Arbeitern, Bauern und von den verschiedenen Bevölkerungsschichten. Dabei muß die Wechselwirkung zwischen allen Problemen, unter denen die Bevölkerung leidet (die bedrückende Wirtschaftskrise und die Herrschaft der Demokratie der parasitären Kräfte anstatt die Herrschaft der Demokratie der Produzenten), unterstrichen werden;

3.2. der Aufbau einer breiten Nationalen Front. Ausgangspunkt muß es sein, einen gemeinsamen Nenner der verschiedenen politischen Kräfte, die in Opposition zur Politik der herrschenden Partei stehen, auszuarbeiten. Minimalforderung muß es zumindest sein, in einigen der wichtigsten Probleme, mit denen wir konfrontiert sind, Übereinstimmung zu erlangen: in der nationalen Frage, der Frage der Demokratie, der wirtschaftlichen Lage.

4. Je größer der Kampf Erfolg bei der Verankerung unter den Volksmassen, um das Abkommen von Camp-David zu Fall zu bringen, desto eher wird es uns gelingen, eine Lösung für die nationalen und nationalistischen Probleme, fern von dem imperialistischen Rahmen zu finden.

5. Durch den Charakter unserer Partei, in der Sammlung verschiedener Kräfte aus der ägyptischen Befreiungsbewegung mit allen ihren nationalen, sozialen, fortschrittlich-religiösen Richtungen und mit der Zusammenführung und Verschmelzung dieser verschiedenen Kräfte wird es gelingen, den Gefahren der kommenden Etappe zu begegnen. Die Verankerung unserer Partei unter den Volksmassen wird dies fördern. (...)

Auf der wirtschaftlichen und sozialen Ebene hat der 1. Kongreß der Sammlungspartei die Situation erörtert, zu der die Politik der „wirtschaftlichen Öffnung“ geführt hat. Er ist zu dem Ergebnis gekommen, daß diese Politik das soziale Gefälle verstärkt hat. Die Gesellschaft unterteilt sich in diejenigen, die sehr reich und diejenigen, die sehr arm sind. (...) Der Kongreß plädiert für eine alternative Wirtschaftspolitik, die auf 10 Prinzipien beruht:

1. Ständige Wachsamkeit für die wirtschaftliche Unabhängigkeit und Abbau jeglicher Formen von Ausbeutung und Abhängigkeit, die der Imperialismus und der Zionismus direkt oder indirekt über die multinationalen Großkonzerne durchzusetzen versucht, die ständig die Arbeit der Völker ausbeutet und die wirtschaftliche Entwicklung unter dem Deckmantel „Versorgung der Wirtschaft mit Investitionen“ sabotiert.

2. Rückkehr zur allgemeinen wissenschaftlichen Planung der Wirtschaft, die der Gesellschaft die Mobilisierung aller ihrer Potentiale für den richtigen Weg erlaubt.

3. Verstärkung der führenden Rolle des staatlichen Sektors und Schutz der nationalen Ökonomie vor fremder Herrschaft.

4. Bewahrung der grundsätzlichen Rolle, die das nationale Kapital spielen muß. Es muß zu Investitionen ermuntert werden entweder in Produktionsbereichen, die seiner Kapitalkraft und seinem technischem Know how entsprechen oder in Bereichen des Handels und der Verteilung, besonders im Einzelhandel. Alle diese Maßnahmen müssen im Rahmen eines nationalen Entwicklungsplanes erfolgen, der die Rechte der Arbeiter und eine gerechte Steuer für den Staat garantiert.

5. Es muß auf die eigenen Kräfte und nationalen Ressourcen (die wirtschaftlichen als auch die menschlichen) zurückgegriffen werden.

6. Beharren auf dem Aufbau und Aufblühen des genossenschaftlichen Sektors als Basis der Unterstützung kleiner Produzenten und Bauern und der Entwicklung der modernen Industrie. Es muß dafür gesorgt werden, daß der Aufbau der Genossenschaften und ihrer Führungen durch freie Wahlen geschieht und daß diese Genossenschaften die Bauern mit Krediten und Dienstleistungen versorgen. Die Vertreibung der Bauern von ihren Ländereien muß aufhören; auch die Pachthöhe muß neu überdacht werden.

7. Alle Gesetze, die im Rahmen der „wirtschaftlichen Öffnung“ verabschiedet worden sind, müssen überdacht und in den Dienst der Entwicklungsbelange gestellt werden. Die allgemeine Planung muß Vorrang haben.

8. Ausschaltung aller parasitären Aktivitäten, die nur einigen Wucherreichtum bringen, ohne zur Produktivität der ägyptischen Wirtschaft beizutragen.

9. Vereitelung der Versuche Israels, die ägyptische Wirtschaft zu beherrschen. Eine Rückkehr Ägyptens auf den Weg der arabischen sich ergänzenden Wirtschaft ist die einzige Garantie gegen die wirtschaftliche Gefahr Israels und ist ein Schutzschild gegen die internationalen Monopole, die den arabischen Raum wegen seiner natürlichen Reichtümer, monetären und menschlichen Ressourcen unter ihre Macht zu bringen versuchen.

10. Aufstellung eines nationalen Rettungsplans für die nächsten 3 Jahre, um die nationale Wirtschaft von der Auslandsabhängigkeit und den Auslandskrediten zu befreien und die Umpolung des Volkspotentials für eine schnellere Wachstumsrate der Wirtschaft durchzusetzen. Bekämpfung der Inflation von Grund auf und Anhebung des Lebensstandards des verarmten Volkes. Dieser Plan ist in der Lage, der Verschlechterung der Dienstleistungen, des wirtschaftlichen Aufbaus und des Lebensstandards der Bevölkerung Einhalt zu gebieten. Die Wirtschaftspolitik darf kein Streitpunkt und Grund für konfessionelle Auseinandersetzungen innerhalb der nationalen Kräfte sein. Wir sind alle mit derselben Frage konfrontiert: Rettung dieser Wirtschaft vor ausländischer Herrschaft. Diese Aufgabe muß als Berührungspunkt für alle politischen Kräfte des Landes für die Verteidigung der obersten Interessen des Vaterlandes gelten. Wir sollen uns über die Notwendigkeit einer selbständigen Wirtschaftsentwicklung und gerechten Verteilung als Garant für wirtschaftliches Wachstum einig sein.

Einige der Ziele unseres Parteikongresses sind die Bewahrung unserer nationalen Unabhängigkeit, der Aufbau einer unabhängigen nationalen Wirtschaft und Kultur, die Befreiung der besetzten arabischen Gebiete, einschließlich des arabischen Jerusalem und die Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates, die Verwirklichung der arabischen Einheit auf der Grundlage der arabischen gegenseitigen wirtschaftlichen Ergänzung und die Stärkung der eigenen Kraft der arabischen Nation. Dies versetzt uns in die Lage, den nationalen und internationalen Kampf für Freiheit und Fortschritt aktiv zu unterstützen. (...)

Eine echte Demokratie erkämpfen

Das allgemeine strategische Ziel kann nicht verwirklicht werden, wenn wir in Ägypten nicht für folgende Ziele kämpfen werden:

1. Rückkehr Ägyptens zu seiner alten Position als Kraft für Freiheit und Fortschritt und gegen Kolonialismus. Ägypten muß die Führung innerhalb der arabischen Befreiungsbewegung und der nichtpaktgebundenen Staaten wieder übernehmen.

2. Bekämpfung der Politik des separaten Friedens und Verhinderung ihres Übergreifens auf andere Gebiete des arabischen Vaterlandes.

3. Durchführung einer alternativen Wirtschaftspolitik, die auf dem Schutz der nationalen wirtschaftlichen Unabhängigkeit und auf der Planung der Entwicklungsstrategie beruht.

4. Umwandlung der formalen Demokratie (Demokratie der Parasitären) in eine echte Demokratie (Demokratie der Produzenten) und Schaffung einer umfassenden Veränderung der ägyptischen Gesellschaft durch:

a) das Erzwingen des Rücktritts der Regierung;

b) die Bildung einer Übergangsregierung aus nationaldemokratischen Kräften, die alle Strömungen repräsentiert;

c) die Aufhebung aller Gesetze und Verordnungen, die die politischen und demokratischen Freiheiten einschränken, seitens der neuen Regierung. An ihrer Spitze: das Gesetz des Hausarrestes, Nr. 38 vom Jahre 1971; das Gesetz Nr. 34 und 37 vom Jahre 1972; die Verordnung für das Gesetz Nr. 2 vom Jahre 1977; das Gesetz zum Schutz der inneren Front, Nr. 33 vom Jahre 1978; die Verordnung für das Gesetz Nr. 36 aus dem Jahre 1959; die Gesetze Nr. 21, 22 und 23 für das Jahr 1959, die die Veränderung des Volkskammergesetzes betrafen; Aufhebung des Notstandes, Aufhebung der Pressezensur, die auf der Verordnung des Pressebüros beruht; Aufhebung des Monopols der regierenden Partei auf dem Gebiet der Presseorgane. Die Herausgabe von Zeitungen durch die schon existierenden Parteien muß ohne jegliche Einschränkung erlaubt sein, wie auch die Gründung von neuen Parteien;

d) die Erreichung eines Minimums an Demokratie über die Durchführung neuer Wahlen für die Volkskammer nach der Listenwahl unter allen politischen und gesetzlichen Garantien, die allen politischen Kräften freien Zugang zur Bevölkerung erlauben, damit sie ihre politischen Programme unterbreiten können. Es darf keine polizeiliche oder administrative Einmischung in die Wahlen geben.

Die Verwirklichung eines Minimums an Demokratie und die Bildung einer neuen Regierung aus einer oder mehreren Parteien, die aus den Wahlen als Sieger hervorgehen werden, ist der erste Schritt auf dem Weg zur Verbesserung des nationalen Werdegangs und zur Rettung dessen, was noch zu retten ist.

Es lebe Ägypten als Heimat für Freiheit, Sozialismus und Einheit!

(Quelle: Beschlüsse des 1. Kongresses der Partei der Nationalprogressiv-Unionistischen Sammlung vom 10./ 11.4.1980 (arab.), o.O., 1980)

Wolfram Brönner

Krieg am Persischen Golf



Seit dem 22. September 1980 tobt inmitten des Ölzentrum am Shatt al-Arab („Araberstrom“), dem gemeinsamen Unterlauf von Euphrat und Tigris, der offene Krieg zwischen den Ölmächten Irak und Iran. An jenem Tag eröffnete das Regime Saddam Husseins mit konzentrierten Bombenangriffen auf militärische Stellungen (Flughäfen!) und Ölanlagen im benachbarten Iran sowie mit einer auf breiter Front (rund 320 km) vorgetragenen Invasion der irakischen Landstreitkräfte die Schlacht.

Das Szenario ist tragisch genug. Noch im Vorjahr sahen sich beide Staaten im Angesicht der zweiten Ölkrise mit unverhohlenen Ölkriegsdrohungen Washingtons ¹ konfrontiert, zumal sie als die hinter Saudi Arabien führenden Mitgliedsstaaten der Organisation Erdölexportierender Länder (OPEC) besonders lautstark gegenüber dem angloamerikanischen „Ölimperialismus“ auf nationale Eigenständigkeit pochten. Ja, mit dem Sturz der Schah-Diktatur im Februar 1979 hatten sich innerhalb der OPEC die Gewichte zugunsten des radikalen Flügels verschoben, damit auch die Gegenmachtposition der erdölexportierenden Entwicklungsländer gegenüber westlichen Hauptimporteuren und Ölmultis konsolidiert.

Die mit der Carter-Doktrin am 23. Januar 1980 dagegen gehaltene US-Erklärung des Persischen Golfes zur „lebenswichtigen“ amerikanischen Interessenssphäre, in der künftig mit „militärischer Gewalt“ seitens Washingtons zurückgeschlagen werde, erhärtete noch die Vision eines nahenden NATO- bzw. US-Kriegszuges zu den arabisch-iranischen Ölfeldern. Und standen nicht die USA seit der Jahreswende 1979/80 auf Kriegsfuß gegenüber dem revolutionären Iran? Nun, im September/Oktober d.J. kam es ganz anders. Die Luftwaffen des Iran und Irak schossen ihre Öltanks, Raffinerien und Ölhäfen am Persischen Golf selbst in Brand, dezimierten sich gegenseitig ihre – zur Abwehr des „Ölimperialismus“ bitter nötigen – Industrie- und Militärpotentiale. Der irakischen Aggressionsarmee war es in der iranischen Südwest-Provinz Khuzistan zwar zunächst rasch gelungen, bis zu 80 km tief ins Landesinnere vorzustoßen, den Ölhafen Khorramshahr einzunehmen und die großen Städte

Khorramshahr, Abadan, Ahwas und Dezful zu belagern. Doch der vom Hussein-Regime offenbar erhoffte Blitzsieg über eine gegnerische Armee, die aus den Revolutionsereignissen geschwächt und desorganisiert hervorgegangen war und die man gelähmt wähnte, blieb aus.

So unwägbar der Ausgang des Krieges derzeit auch sein mag, das Kräftebarometer (siehe auch vergleichende Daten) deutet auf einen gegenseitigen Abnutzungs- oder Stellungskrieg hin. Dabei scheint gegenwärtig der Irak hinsichtlich der Öl-exportressourcen – zur Hälfte laufen sie über Pipelines durch türkisches bzw. syrisches Gebiet, beim Iran fast komplett über den Persischen Golf – und der sonstigen Hilfsquellen im Vorteil, der Iran in punkto Menschenmaterial.

Allerdings, der Irak hält als Angreifer ca. 400 qkm persischen Bodens besetzt, weshalb ihm eine demonstrative Bejahung der Aufforderung des UN-Sicherheitsrates vom 28.9.1980 zur Waffenruhe leicht fiel. Saddam Hussein verordnete für die Zeit vom 5. - 8. Oktober d.J. eine einseitige Feuereinstellung und hielt die iranische Regierung zur Aufnahme von bilateralen Verhandlungen an. Präsident Abolhassan Bani-Sadr aber verneinte, jedenfalls solange irakische Besatzungstruppen auf dem Territorium des Iran stünden. Vermittlungsversuche der Islamischen Konferenz (Pakistans Zia ul Haq und der tunesische Generalsekretär Habib Chat-ti), der Nichtpaktgebundenen (Präsident Fidel Castro) und der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO-Vorsitzender Yassir Arafat) zeitigten bislang ebenso wenig Erfolg wie die der Vereinten Nationen. ² Der Krieg am Persischen Golf könnte langwierig werden...

Dieser Schluß drängt sich nachgerade auf, wirft man einen Blick auf Ursachen bzw. maßgeblichen Auseinandersetzungspunkte des irakisch-iranischen Konflikts.

Erster Streitgegenstand ist die Grenzziehung im Shatt al-Arab. Die territorialen Differenzen überdauerten den erstmals grenzfixierenden Vertrag von Istanbul aus dem Jahre 1913, bis schließlich Mitte der 70er Jahre eine beiderseits akzeptierte Vereinbarung zustandekam. Im März 1975 nämlich erklärte sich der Irak einverstanden, die Staatsgrenze in der Mitte des Shatt-al-Arab-Stromes verlaufen zu lassen. Damit gestand er dem Iran die Eigennutzung dieses wichtigen Transportweges und die früher vom (iranischen) Ostufer des Flußunterlaufes beanspruchten Abschnitte zu.

Zankäpfel Shatt al-Arab, Khuzistan

Im Juni 1975 wurde dann in einem weiteren Abkommen die Demarkationslinie genau fixiert und gute Nachbarschaft vereinbart. Als Gegenleistung stellte das Schah-Regime damals seine Unterstützung für die bewaffnete Kurdenrebellion im Irak (Kurdenkrieg 1974/75) ein, was deren Niederlage de facto besiegelte. Am 17. September 1980 erklärte der irakische Präsident Saddam Hussein vor der Nationalversammlung in Bagdad das Abkommen von Algier für „null und nichtig“.³

Zweiter Streitpunkt ist die an das Shatt al-Arab angrenzende iranische Ölprovinz Khuzistan. Sie wird von irakischer Seite schlicht „Arabistan“ genannt und im Namen der arabischen

Nation dem Irak „eingemeindet“. Als sich nach dem Sieg der sog. islamischen Revolution über die Schah-Diktatur in Khuzistan wieder die Autonomiebewegung für eine Gleichberechtigung der arabischen Minderheit (rund 2/3 der Bevölkerung dieser Provinz) regte, erhielt sie aus Bagdad großzügige Waffen- und Propagandahilfe. Das Hussein-Regime unterstützte dabei gerade jene Kräfte, die – wie die 1970 gegründete Revolutionäre Demokratische Bewegung für die Befreiung von Arabistan⁴ – die Lostrennung „Arabistans“ vom iranischen Zentralstaat favorisierten. Darüber hinaus förderte Bagdad die iranisch-kurdischen Aufständischen ebenso mit Geld und Waffen wie die auf irakischem Boden stationierte konterrevolutionäre Iranische Befreiungsarmee (rund 3.000 Mann) unter dem Kommando des getreuen Schahgenerals Gholam A. Oveissi.

Die so vom Irak mit vorangetriebene Destabilisierung des Revolutionsregimes in Teheran sollte den Boden bereiten für die Inangriffnahme der irakischen Annexionspläne im Shatt al-Arab und Khuzistan, zugleich aber auch für den Aufstieg des Irak zur Führungsmacht am Persischen Golf. Und dies ist der dritte Anstoßpunkt des Krieges Irak-Iran. Für die Übernahme der 1979 mit dem Sturz des Schah-Regimes vakant gewordenen Gendarmenrolle empfahl sich Bagdad mit der ultimativen Aufforderung des Iran, er „müsse seine illegale Okkupation der drei Inseln Großer Tumb, Kleiner Tumb und Abu Musa (Durchganginseln nahe der Straße von Hormuz) beenden“. Das wortwörtlich jedenfalls bekräftigte S. Hussein am 28. September d.J. in einer Rundfunkansprache.⁵

Militärpotentiale Iran-Irak im Vergleich
(Stand 1980)

	Iran	Irak
Bevölkerung	39 Mio	13 Mio
Streitkräfte	240.000	242.000
Reservisten	400.000	250.000
Kampfflugzeuge	445	332
Panzer	1.985	2.850
Militärbudget	4 Mrd	3 Mrd

(Quelle: International Institute of Strategic Studies, London, nach: US News & World Report, Washington, 6.10.1980)

Es liegt auf der Hand, daß das Hussein-Regime diesem Ziel der regionalen Vormachtstellung nur durch eine militärische Niederringung des Kontrahenten Iran, durch ein – zumindest zeitweiliges – Arrangement mit den Monarchen Saudi Arabiens und durch eine Mobilisierung des arabischen Chauvinismus nahekommen kann. Zu diesem Zweck stellte S. Hussein in der besagten Rede voraus: „Diese Schlacht ist nicht die unsrige (des Irak; d. Verf.) allein, sondern die aller Araber, um den arabischen Charakter des Golfes zu sichern, und der Gefahr des persischen Expansionismus ebenso zu begegnen wie jenem Interventionismus internationaler Mächte.“ Dieses Aufspielen als Anwalt der arabischen Nation trug ihm die – wenngleich (noch) zurückhaltende – ungeteilte Parteinahme der arabischen Anrainerstaaten am Persischen Golf für den Irak ein.

Was die prowestlichen Feudalclans Saudi Arabiens, der Vereinigten Emirate usw. dabei seit dem Februar 1979 mit dem kleinbürgerlich-nationalistischen Baath-Regime⁶ in Bagdad besonders verbindet, ist – und somit wären wir bei der vierten Konfliktursache – die Furcht vor der belebenden Einwirkung der islamischen Revolution des Iran auf den Volkswiderstand im eigenen Lande. Namentlich unter den bedeutenden schiitischen Bevölkerungsgruppen im Irak (rund 60% der Gesamtbevölkerung) und in Saudi Arabien loderte 1979/80 auch prompt Massenwiderstand auf.⁷ Die iranische Führung hat ihrerseits mit ihren Bestrebungen zum Export der islamischen Revolution, darunter mit Aufrufen

an das irakische Volk zum Sturz des „ungläubigen“ Regimes in Bagdad und ihrer Aufstellung einer Revolutionären Islamischen Armee zur Befreiung des Irak, dem auf interventionistische Weise nachgeholfen. Damit begünstigte sie die Strategie S. Husseins zur Eskalation des irakisch-iranischen Grenzkonfliktes.

Sowohl der Abschluß eines irakisch-saudischen Sicherheitsabkommens als auch der bereits im April 1980 eröffnete irakische Grenzkrieg gegen den persischen Nachbarn zielten darauf, einen Damm gegen die Ausstrahlung der iranischen Revolution zu errichten. Auf einer Woge des arabisch-antipersischen Chauvinismus hoffen sie nun im regulären Kriegszustand darauf, der iranischen Revolution vernichtende Schläge versetzen und den Volkswiderstand im eigenen Land abschwächen, d.h. den sozialen Sprengstoff nach außen umlenken zu können. Dieses Kalkül birgt für das irakische Hussein-Regime freilich zugleich das Risiko in sich, daß im Falle des letztlich Ausbleibens des versprochenen Kriegserfolges es selber, und nicht etwa Khomeini, stürzt.

Das Traumziel Washingtons

Ayatollah Khomeini und den iranischen Revolutionsprozeß „loszuwerden“, aber ist haargenau auch das Traumziel Washingtons in seinem fortgesetzten Interventionismus im Iran (siehe AIB 7-8/1980, S. 6). Nach dem kläglichen Scheitern der US-Luftlandeoperation vom 24./25. April und dem Aufliegen des für Ende Juli 1980 projektierten Generalputsches im Iran hat die Carter-Administration durch den irakischen Angriffskrieg fremde Schützenhilfe erhalten.

Der Kriegsausbruch am 22. September d.J. bot ihr den willkommenen Anlaß, ihre ohnehin seit Ausbruch der Weltkrisen um Afghanistan und den Iran zur Jahreswende 1979/80 verfielfachte Militärpräsenz um den Persischen Golf noch auszuweiten. Zu diesem Zeitpunkt kreuzten im Golf zwei und dicht davor im Arabischen Meer (Indischer Ozean) 31 US-Kriegsschiffe, zuzüglich britischen und französischen Flottenverbänden. Zusätzlich brachte Washington vier Überwachungsflugzeuge des Typs AWACS nach Saudi Arabien, also unmittelbar an den Kampfschauplatz Persischer Golf heran. Das US-Militärpersonal in der Region wurde erweitert, mit dem NATO-Generalstab und den engsten Verbündeten die Möglichkeit einer alliierten Interventionstruppe sondiert (die Bundesregierung wies offiziell eine Beteiligung an einem derartigen abenteuerlichen Unternehmen zurück). Unter dem Vorwand der Sicherung des freien Ölflusses durch die Straße von Hormuz, über die rund 40% der westlichen Ölimporte abgewickelt werden, können die USA ihren Belagerungsring um den Iran und Afghanistan noch enger schnüren und ihre nächsten gegenrevolutionären „Präventiv“-Operationen vorbereiten. Obgleich die iranische Regierung am 1. Oktober d.J. eine Garantierklärung abgab, sie werde alles tun, um „diesen Wasserweg offenzuhalten“⁸; droht – im Falle einer Ausdehnung des irakisch-iranischen Kampfgeschehens, einer arabischen Internationalisierung des Konflikts oder eines neuerlichen US-Angriffsaktes – der Krieg am Persischen Golf jederzeit unabsehbar zu eskalieren.

Anmerkungen:

- 1) Siehe Serie zur Ölkrise in: AIB 3-5/1980
- 2) Vgl. International Herald Tribune, Zürich, 30.9.1980; Time, New York, 6.10.1980; Le Monde, Paris, 30.9.1980
- 3) Time, 6.10.1980
- 4) Zur Statur dieser Bewegung siehe: Politica Internazionale, Rom Nr. 7/1979, deutsch in: 3. Welt Magazin, Bonn Nr. 6-7/1979, S. 40-43
- 5) Zit nach: Le Monde, 30.9.1980
- 6) Zur Rechtsentwicklung der Baath-Regierung siehe: AIB 7-8/1980, S. 25-28
- 7) Ebenda, S. 28 bzw. 29-32
- 8) Nachrichtenagentur PARS, Teheran, 1.10.1980

Hanne Denk

Rückkehr zur Zivilregierung Belaunde

Am 28. Juli d.J. übernahm erstmals wieder eine zivile Regierung die Staatsgeschäfte in Peru. Gleichzeitig trat eine neue Verfassung in Kraft. Seit den Wahlen zu einer Verfassungsgebenden Versammlung im Juni 1978 war die Übergabe der Regierung nach 12 Jahren Militärherrschaft an zivile Kreise vorbereitet worden.

Hatte sich die „Revolutionäre Regierung der Streitkräfte“ unter J. Velasco, die 1968 durch einen Putsch an die Macht kam, durch einen antiimperialistisch-antioligarchischen Kurs ausgezeichnet (Nationalisierung ausländischer Unternehmen, eine radikale Agrarreform u.a.), so ging die 1975 unter Präsident F. Morales Bermudez eröffnete „Zweite Phase der peruanischen Revolution“ mit einer schrittweisen Destabilisierung dieser revolutionären Umgestaltung und einem deutlichen Rechtstrend einher (siehe AIB 12/1977 und 1/1978). Schwerwiegende soziale und ökonomische Probleme – 50% der peruanischen Bevölkerung sind arbeitslos bzw. unterbeschäftigt, Peru zählt zu den vier am höchsten verschuldeten Staaten Südamerikas – führten nach zunehmenden Massenkämpfen (Generalstreik Juli 1977; nationaler Streik Januar 1979) schließlich zum Rückzug der peruanischen Militärs aus den Regierungsgeschäften.

Abtragung der letzten Reformruinen

So fanden im Mai 1980 die von General Bermudez lang angekündigten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen statt. Zum ersten Mal waren auch über 800.000 Analphabeten wahlberechtigt.

Als Sieger ging der Kandidat der bürgerlichen Volksallianz (AP), F. Belaunde Terry mit 43,6% der Stimmen hervor. F. Belaunde, der bereits von 1963 bis zu seinem Sturz durch die progressiven Militärs 1968 das Amt des Staatsoberhauptes inne hatte, gilt in den Augen Washingtons als „zuverlässiger“ Mann. An zweiter Stelle folgte die rechtssozialdemokratische Revolutionäre Volksallianz Amerikas (APRA) mit 26,5%. Ihr hatte man zunächst die größten Chancen eingeräumt, doch schwächten seit dem Tod ihres Gründers und Vorsitzenden Haya de la Torre im vergangenen Jahr innere Fraktionskämpfe die Position der Apristen. Die dritte konservative Partei, die Christliche Volkspartei (PPC), erhielt 11,2%.

Das Abschneiden der gesamten Linken mit nur 17% enttäuschte, zumal diese bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung mit über 30% der Stimmen einen beachtlichen Erfolg errungen hatten. Die beiden linken Wahlbündnisse, die Einheitsfront der Linken (UDI), der u.a. die Kommunistische Partei Perus (PCP) und die von Anhängern Velascos gegründete Sozialistisch-Revolutionäre Partei (PSR) angehören, sowie das trotzkistische Bündnis Revolutionäre Allianz der Linken (ARI) erlebten wenige Monate vor den Wahlen Abspaltungen. So verließ die Front der Arbeiter, Bauern, Studenten und des Volkes (FOCEP) das UDI-Bündnis, während sich die ARI auflöste.

Zersplittert stellte sich die Linke in fünf Blöcken zur Wahl.

Die Uneinigkeit der Linkskräfte und die Gefahr einer rechten Apristen-Regierung dürfte viele Peruaner zur Wahl F. Belaundes als dem „kleineren Übel“ verleitet haben. Auffallend ist auch der hohe Anteil ungültiger Stimmen von 37,5%¹

Bei den gleichzeitig abgehaltenen Parlaments- und Senatswahlen gewann die Volksallianz eine solide Mehrheit in den gesetzgebenden Organen. Im Parlament verfügt die AP über mehr als die Hälfte der Sitze, im Senat fehlen ihr 5 Sitze zur Mehrheit.² Nach Koalitionsverhandlungen erklärte sich die Christliche Partei bereit, im neuen Kabinett Ministerposten zu besetzen. Die APRA lehnte den Wunsch des neuen Staatsoberhauptes nach einer „breiten Basis“ durch Beteiligung an der Regierung ab. Sie will eine „konstruktive, konsequente und demokratische Opposition“ sein.

Wird sich mit der neuen Regierung Belaunde ein Richtungswechsel im politischen Kurs Perus vollziehen?

Ein konkretes Regierungsprogramm hat die im wesentlichen von Mittelschichten und Großbourgeoisie getragene Volksallianz bisher noch nicht vorgelegt. Der neue Wirtschaftsminister und Premier M. Ulloa eilte zunächst in die USA, um dort das Konzept vorzustellen. Den ersten Verlautbarungen nach will der neue Regierungschef, dessen Amtsperiode 1963-68 Korruption, Repression gegen die erstarkende Bauernbewegung und Ausverkauf peruanischer Interessen an den US-Konzern International Petroleum Company belasteten, eine Liberalisierung der peruanischen Wirtschaft vornehmen. Demzufolge plant F. Belaunde die staatlichen Kontrollen aufzuheben, die Reprivatisierungen der Unternehmen voranzutreiben, die Attraktivität Perus für ausländische Investitionen zu erhöhen und die Ansiedlung multinationaler Konzerne zu fördern.³ Großprojekte im infrastrukturellen Bereich sollen die Wahlversprechung, über 1 Mio Arbeitsplätze zu schaffen, realisieren.

Mit Inkrafttreten der neuen von den konservativen Kräften APRA und PPC durchgesetzten Verfassung (die linken Parteien stimmten dagegen) werden die letzten Ruinen der Reformphase abgetragen und ebnet den Plänen des Präsidenten den Weg. Zur Finanzierung der Vorhaben sind Gespräche mit der Weltbank, den internationalen Kreditinstitutionen und Pariser Banken vorgesehen. Im außenpolitischen Bereich will Präsident Belaunde, wie in seiner Antrittsrede verkündet, „die Beziehungen seines Landes mit Lateinamerika, den Vereinigten Staaten und dem Westen allgemein stärken. Die Rolle Perus als 'Blockfreies Land' soll neu bestimmt werden... Castro verstehe Blockfreiheit anders als Peru.“⁴

Zu den Gästen der Antrittsfeier zählten neben den Staatspräsidenten des Andenpakts (außer Bolivien), Rosalynn Carter und der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, R. Offergeld. Die wirtschaftliche und politische Anlehnung an die USA – F. Belaunde lebte bis 1978 im US-amerikanischen Exil – zeigt sich auch in der Besetzung wichtiger Posten der Zivilregierung mit in den Vereinigten Staaten ausgebildeten Fachleuten. Auch die BRD steht bereit Aufträge zu empfangen, zumal Peru als Schwerpunktland bundesdeutscher Entwicklungshilfe in Lateinamerika



gilt. Auch paßt F. Belaundes Strategie einer angepaßten Technologie in das Konzept bundesdeutscher Entwicklungshilfe.

Eine Wirtschaftspolitik, die die einheimische Großbourgeoisie und die ausländischen Monopole stärkt, eine Politik der Auslandsabhängigkeit – wenig Neues haftet dem Programm der neuen Machthaber an. Kann man also von einer bloßen Fortführung der Politik des F. Morales Bermudez in zivilem Gewande sprechen?

Mit der Amtszeit von General Bermudez verbindet sich die Rückentwicklung der tiefreichenden Reformen Velascos, die im Regierungsplan INCA (Wortlaut AIB 2/1975) zusammengefaßt waren. Das Regierungskonzept der zweiten Militärregierung legte den Grundstein für eine prokapitalistische Entwicklung. Der für Peru bedeutende Fischereisektor wurde reprivatisiert. Gleichzeitig wurde mit der Rückgabe der enteigneten Ländereien an die Großgrundbesitzer begonnen und dem Auslandskapital Tür und Tor geöffnet. Die Mitte der 70er Jahre stagnierenden Weltmarktpreise für Rohstoffe zwangen die Bermudez-Junta sich zunehmend an den Internationalen Währungsfonds (IMF) zu wenden, der einen Kredit von 110 Mio Dollar gewährte. Zweifelsohne waren damit Forderungen seitens des IMF verbunden: Streichung der Subventionen für Grundnahrungsmittel und Treibstoffe, Einfrieren der Löhne, Abbau von Sozialleistungen und Arbeitsplatzvernichtung im öffentlichen Dienst. Die Verteuerung der Importe ruinierte die mittelständische Industrie und führte zu unkontrollierter Inflation, Die Real-löhne sanken zwischen 1973 und 1979 um die Hälfte.

Erst seit 1979, dank gestiegener Weltmarktpreise für Rohstoffe vor allem Kupfer, Blei, Zink, Silber und Gold, konnte die Zahlungsbilanz ausgeglichen werden. Außerdem wurde die transandine Ölleitung fertiggestellt, die Peru zum Öl-selbstversorger macht. Im Metallbereich waren Zuwachsraten von 9,3%, im Erdölbereich von 13% zu verzeichnen. Die günstigen Rohstoffpreise und eine Ausweitung des Exportgeschäfts erbrachten eine Ausfuhrsteigerung um 78,6% im Jahr 1979 gegenüber 1978. Die Importe erhöhten sich nur um 28,7%. Die Zahlungsbilanz Perus 1979 schloß mit einem Rekordüberschuß von 1,57 Milliarden Dollar ab.⁵

Die Kapitulation der Militärregierung vor dem IMF und die aggressive Exportpolitik brachten jedoch keineswegs Verbesserungen für die dringendsten Probleme der peruanischen Bevölkerung: Arbeitslosigkeit, Inflation, Lebensmittelverteuerung und Unterernährung.

Für die Masse der Bevölkerung wird auch eine Regierung der

Volksallianz, die über keine Verankerung in der starken peruanischen Gewerkschaftsbewegung verfügt, keinen Ausweg bieten. Demagogische Wahlversprechungen beseitigen weder Hunger noch Arbeitslosigkeit. Schon wenige Wochen nach Antritt der neuen Zivilregierung haben Streikwellen an den Universitäten, im Bank- und Postwesen sowie in den Kupferminen das Land erfaßt. Protestaktionen gegen Preis-erhöhungen und Lohnforderungen werden laut.

Die Streitkräfte, die sich einen Nachfolger aus dem Kreise der Apristen wünschten, haben sich bisher nicht zu einer Regierung der Volksallianz geäußert. Die abgetretenen Militärs üben sich vorerst im Abwarten. Die Anhänger der progressiven Militärregierung Velascos haben sich in der Revolutionär-Sozialistischen Partei (PSR), die auch von den Mittelschichten und der Bauernschaft getragen wird, zusammengefunden. Gemeinsam mit der Kommunistischen Partei und einigen kleineren linken Gruppen hatte die PSR im Hinblick auf die Wahlen das Linksbündnis Einheitsfront der Linken (UDI) gegründet. Der Präsidentschaftskandidat der UDI und gleichzeitige Parteisekretär der PSR, General a.D. L. Rodriguez erklärte, „daß das Wahlprogramm der Front auf die konsequente Fortsetzung der progressiven Maßnahmen der ersten Etappe der Militärregierung bis 1975 gerichtet ist.“⁶

Auch die Gewerkschaftszentrale CGTP und der Bauernverband unterstützten das „Einheitsprogramm der Linksorganisationen Perus zum Sturz der Militärregierung und für eine antiimperialistische und demokratische Volksregierung.“

Wenige Wochen nach den Wahlen hat die PCP in einem Minimalprogramm den linken Parteien u.a. vorgeschlagen, ihre Aktionen im Parlament zu koordinieren. Einen weiteren Schritt zu einer Einheit der Linkskräfte Perus bedeutet das Wahlbündnis Vereinte Linke, dem Mitte September 1980 sieben Linksparteien für die zum 23. November d.J. aus-geschriebenen Gemeindewahlen beitraten.⁷

Die kommenden Gemeindewahlen könnten das Kräfteverhältnis im Parteienspektrum Perus neu bestimmen.

Anmerkungen:

- 1) Wahlergebnisse nach: Lateinamerika – Berichte und Analysen 4, Westberlin 1980
- 2) Die Linke erreichte insgesamt 21 Parlamentssitze, 11 Senatoren-sitze. Die Einheitsfront der Linken gewann 3 bzw. 2 Sitze. Nach: Lateinamerika-Nachrichten 84, August 1980
- 3) Vgl. International Herald Tribune, Zürich, 8.1.1980; Afrique Asie, Paris, 9. -22.6.1980
- 4) Zit. nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.7.1980
- 5) Daten nach: Mitteilungen der Bundesstelle für Außenhandelsin-formationen, Peru, Juli 1980, Beilage S. 2
- 6) Zit. nach: Neues Deutschland (ND), Berlin, 15.5.1980
- 7) Vgl. ND, 17.9.1980

Chile-Broschüre



Das Chile-Komitee Marburg bietet an:

Broschüre der Verschwundenen-AG im Komitee:

Dokumentation der betreuten Fälle, Briefkontakte mit Familien der Angehörigen, Aktionen...

Erscheint Anfang November d.J. Ca. 60 Seiten, 3,- DM

Chile-info Sonderheft 2 (35 Seiten) 1,- DM

Zum 10. Jahrestag des Volkssieges am 4. September 1970

Die ersten 60 Tage der Volksregierung

Bestellungen an: Waltraud Sparenberg-Czieslik, August-Rhode-Str. 22, 3550 Marburg.

Doris Mies Stroessners „vollgültige Demokratie“

Die Ermordung des Exdiktators von Nicaragua, Anastasio Somoza, in der paraguayischen Hauptstadt Asuncion rückte den südamerikanischen 3-Mio-Staat in ungewohnter Weise auf die vorderen Seiten der etablierten Massenmedien. Geflissentlich verschwiegen wurde, daß der paraguayische Diktator Alfredo Stroessner das Attentat auf seinen „intimen Freund“, dem er in Paraguay einen sicheren Unterschlupf und Riesenprofite garantierte, als höchst willkommenen Anlaß sah, eine regelrechte Treibjagd auf die demokratischen Kräfte Paraguays zu veranstalten.

Ein „nutzbringender Frieden“

A. Stroessner, der im Jahre 1954 mit Hilfe des Pentagon in den Sattel gehoben wurde und sich heute des Titels „Dienstältester Diktator Lateinamerikas“ rühmen kann, sieht sein Land „in einem nutzbringenden Frieden“.¹

„Frieden“ gewährt er Diktatoren vom Schlage eines Somoza und Nazikriegsverbrechern wie dem Auschwitz-Arzt Mengele, der für die Ermordung Hunderter jüdischer Kinder sorgte und heute zum engsten Beraterstab des faschistischen Stroessner-Unterdrückungsapparates gehört. „Frieden“ in Form großzügiger Konzessionen herrscht in Paraguay auch für die ausländischen, in erster Linie US-amerikanischen Konzerne. So erhielt die US-amerikanische Anschutz Corporation erst kürzlich die Erlaubnis, auf etwa 39% des Gesamtterritoriums von Paraguay neben Uran auch alle übrigen Bodenschätze (ausgenommen die Erdölförderungen, die bereits den US-Ölkonzernen Texaco und Standard Oil zugeschanzt wurden) zu erkunden und zu fördern.

Mit dem 1975 verabschiedeten Investitionsförderungsgesetz Nr. 550, das u.a. Steuererlasse für ausländische Investoren festlegt, hat A. Stroessner den ausländischen Monopolen Tür und Tor geöffnet. 84% der Wirtschaft Paraguays werden von ihnen kontrolliert. Zu den Banken, die zu 90% das Bankwesen Paraguays in der Hand haben, gehören die Deutsche Überseeische Bank und über die Banco Paraguayo de Comercio die Deutsche Bank. Die Bundesrepublik steht hinter Argentinien mit 46,4 Mio Dollar an 2. Stelle der Abnehmer paraguayischer Waren und an 6. Stelle der Länder, in die Paraguay exportiert. Bundesdeutsche Direktinvestitionen in Paraguay werden in offiziellen Statistiken auf 20,7 Mio Dollar² beziffert – eine Zahl, die die Hundert-Mio-Dollar-Grenze weitaus übersteigt, wenn man die zunehmenden Landkäufe bundesdeutscher Firmen, allen voran der Treubestitz-Südamerika-GmbH mitberechnet.

Als „die große Hoffnung“ für Paraguay bezeichnet das faschistische Regime das mit 14.000 Megawatt am Parana-Fluß projektierte Wasserkraftwerk ITAIPU. Gegen das zwischen Paraguay und Brasilien unterzeichnete Projekt – mittlerweile auf einen Gesamtkostenpreis von 8 Mrd Dollar veranschlagt und zum Teil finanziert von der Deutschen Bank und von BBC und Siemens mit den notwendigen Generatoren beliefert – gibt es große Proteste aus der Bevölkerung Paraguays. Die am ITAIPU-Projekt beteiligten paraguayi-



schen und ausländischen Firmen gehen brutal gegen die am Parana-Fluß ansässige Landbevölkerung vor. Tausende Kleinbauern wurden bereits enteignet, mußten ihr Land verlassen und wurden mit einer lächerlich geringen Entschädigungssumme abgeseigt.

A. Stroessner zeigt sich auch nicht kleinlich, wenn es um die Einnahmen seines eigenen Familienclans, seiner Stützen im Militär und in der von ihm geführten Colorado-Partei geht.³ Die Stroessner-Familie ist im Besitz solch wichtiger Industrieunternehmen Paraguays wie ICIERSA (Metallurgie) und IPAFRISA (Gefrierfleischfabriken) und verfügt über riesige Ländereien. Alfredo Stroessner selbst investiert im Bergbau Südafrikas. Die Militärs und Funktionäre der Colorado-Partei werden für ihre Treue zu A. Stroessner mit Anteilen am Schmuggelgeschäft – das jährlich 1,5 Mrd Dollar einbringt – und am Rauschgifthandel – Paraguay ist der größte Drogen-Umschlagplatz in Lateinamerika – belohnt.

Schlag gegen die Bauernbewegung

Während Paraguay für die einheimische Bourgeoisie und die ausländischen Monopole zu einem Paradies für Riesenprofite geworden ist, leben 80% der Paraguayaner an der Grenze des Existenzminimums. Paraguay, das neben Haiti zu den rückständigsten Ländern Lateinamerikas zählt, weist mit durchschnittlich 95 Dollar pro Monat das niedrigste Pro-Kopf-Einkommen in Lateinamerika auf. In den letzten fünf Jahren sind die Lebenshaltungskosten um über 100% gestiegen, die gesetzlich festgelegten Mindestlöhne wurden jedoch nur um 15% angehoben. 1 Mio Paraguayaner sind gezwungen, ihren Lebensunterhalt in den Nachbarländern Brasilien und Argentinien zu verdienen, wo sie brutal ausgebeutet werden.

In den vergangenen Monaten kam es immer häufiger zu Streikaktionen für Lohnerhöhung und Verbesserung der

sozialen Lage – eine Tatsache von großer Bedeutung für die Arbeiterklasse Paraguays, wenn man weiß, daß die einzig zugelassene Gewerkschaftsorganisation Paraguayanische Konföderation der Arbeiter (CPT) von Stroessner-hörigen Mitgliedern der Colorado-Partei bis in die Spitzenfunktionen durchsetzt und kontrolliert ist.

Starker Widerstand gegen die Stroessner-Diktatur kommt aus der Landbevölkerung, die mit brutalstem Terror unterdrückt wird. Mit dem im März dieses Jahres angerichteten Massaker an 120 Bauern⁴ von Caaguazu, 200 km von der brasilianischen Grenze entfernt, startete das faschistische Regime eine breitangelegte Terrorkampagne gegen die ländliche Bevölkerung. Den Überfall auf einen Touristenbus, mit dem eine Gruppe von Bauern auf ihre miserable soziale Lage aufmerksam machen wollte – in Paraguay verfügen 2,6% der Großgrundbesitzer über 75% der landwirtschaftlichen Nutzfläche – nutzte die Stroessner-Diktatur, um gegen die in den Agrarligen zusammengeschlossenen Bauern vorzugehen, die sich 1970 zur Föderation Christlicher Bauern (FCC) vereint haben, einen entscheidenden Schlag zu versetzen. Die von der Katholischen Kirche Paraguays unterstützte FCC wurde zum Sprachrohr der Bauern, zum Initiator zahlreicher Aktionen gegen Landraub, willkürliche Polizeiübergriffe gegen die Landbevölkerung und gegen die Ausbeutung durch ausländische Konzerne. 300 Landarbeiter aus dem Itacua-Department klagten zum Beispiel die bundesdeutsche Firma Treubest-Südamerika-GmbH an, ihre Beschäftigten „unmenschlich auszubeuten“. „Die Firma schuldet ihren Arbeitern Lohnzahlungen und weigert sich, ihnen und ihren Familien eine medizinische Betreuung zukommen zu lassen“.⁵

Demokratische Übereinkunft gegen die Diktatur

Vor dem Hintergrund des Sturzes von A. Somoza in Nicaragua und des zaghaften, jedoch im Ansatz steckengebliebenen Versuches einer „Demokratischen Öffnung“ im Nachbarland Brasilien⁶ sind aus dem Munde Präsident Stroessners heute des öfteren Worte wie „Wir haben eine vollgültige Demokratie“ und „Wir respektieren die Menschenrechte“⁷ zu hören. Paraguay gehört zu den sieben Ländern, die von der UN-Menschenrechtskommission im September letzten Jahres wegen eklatanter Menschenrechtsverletzung angeklagt wurden. Die Stroessner-Diktatur gerät offensichtlich in eine zunehmende innen- und außenpolitische Isolation.

Alles demagogische Gerede der Carter-Administration von Menschenrechten, die in Paraguay verletzt werden, täuschen nicht darüber hinweg, daß sich das faschistische Regime in Asuncion einzig und allein mit Waffen made in USA und einer in den USA ausgebildeten Armee über Wasser hält.

Die Colorado-Partei, die einzige Partei, die nicht dem Terror des Stroessner-Regimes ausgesetzt ist, soll dem Diktator als Aushängeschild für seine angebliche Massenverankerung dienen. Im Abstand von fünf Jahren läßt der Diktator sich in einer Wahlfarce im Ausnahmezustand zum Präsidenten „wiederwählen“ – die 1978 erzielten 89% waren schon vor dem eigentlichen „Wahltag“ ausgezählt.

Unter Anwendung der 1977 in die reaktionäre Verfassung von 1967 aufgenommenen zwei Gesetze, – des Gesetzes Nr. 294 und des Gesetzes Nr. 209, auf deren Grundlage für „Ruhe und Sicherheit“ im Lande gesorgt werden soll, werden alle oppositionellen Kräfte des Landes, vor allem jedoch die kommunistische Partei, grausam verfolgt. Antikommunismus ist Staatsdoktrin Nr. 1 der Stroessner-Diktatur. Verhaftungen, Folterungen, Hausrazzien und politische Morde sind in Paraguay an der Tagesordnung. Politische Gegner der Stroessner-Diktatur verschwinden kurzerhand von der Bildfläche, wie der Sekretär der KP Paraguays, Miguel Angel

Verschleppung Antonio Maidanas



Am 27. August d.J. wurden Antonio Maidana, 1. Sekretär der KP Paraguays, und Emilio Roa, ein bekannter paraguayischer Arbeiterführer, in der argentinischen Hauptstadt Buenos Aires entführt. Trotz weltweiter Proteste und der Forderung nach Aufklärung des Schicksals von A. Maidana und E. Roa haben der Präsident Argentiniens, Jorge Videla, und die argentinischen Behörden bisher jede Stellungnahme verweigert. „Ohne die Teilnahme, die Unterstützung oder stillschweigende Billigung durch die argentinischen Behörden, wäre es den Stroessner-Bütteln kaum möglich gewesen, einen solchen Akt mit all den charakteristischen Anzeichen einer Entführung in einem bevölkerungsreichen Stadtviertel von Buenos Aires auszuführen“, schreibt die KP Paraguays in einer Erklärung.

Der heute 63jährige Antonio Maidana – geboren in Encarnacion am Parana – verbrachte 19 Jahre seines Lebens in den Gefängnissen des faschistischen Stroessner-Regimes. Angesichts der weltweiten Solidaritätsbewegung sah sich Präsident Stroessner gezwungen, im Januar 1977 A. Maidana und andere führende Vertreter der PKP freizulassen.

Maidana spielte in der Geschichte der Studentenbewegung Paraguays eine führende Rolle. 1937 leitete er die Föderation Demokratischer Studenten. Unter seiner Führung fanden 1941 die größten Lehrer- und Studentenstreiks in der Geschichte Paraguays statt. A. Maidana wurde verhaftet und zum Tode verurteilt. Eine in aller Welt entfachte Solidaritätsbewegung verhinderte die Vollstreckung des Urteils. A. Maidana wurde ins Konzentrationslager im Chaco deportiert, von wo aus ihm die Flucht gelang. Vor dem Hintergrund eines wachsenden Volkswiderstandes gegen die 1954 an die Macht gekommene Stroessner-Clique wurde A. Maidana im August 1958 erneut verhaftet und trat auf persönliche Anordnung des Diktators den Weg durch die Folterhöhlen des faschistischen Regimes an.

Das Schicksal von Antonio Maidana und Emilio Roa wird entscheidend von der Breite der internationalen Solidarität abhängen. Gefordert ist: „Keine Auslieferung von Maidana an die Stroessner-Diktatur! Freiheit für Antonio Maidana und Emilio Roa!“

Soler und der Sekretär der Kommunistischen Jugend, Derliz Villagra, die seit 1975 als „verschwunden“ gelten (zu den neuesten Fällen A. Maidana und E. Roa siehe Kasten).

Ungeachtet des Terrors und der Repressalien gegen alle demokratischen Kräfte des Landes gibt es ermutigende Anzeichen für erste Schritte auf dem Weg zur Einheit aller antidiktatorischen Kräfte. Im Dezember letzten Jahres haben sich vier bürgerliche oppositionelle Parteien, die Authentische Radikalliberale Partei, die Partei der Revolutionären Febristen, die Christdemokraten und die Volksbewegung Colorado zu einem Bündnis Demokratische Übereinkunft zusammengeschlossen. In ihrer auch von den Kommunisten unterstützten 14-Punkte-Plattform fordert die Demokratische Übereinkunft die Aufhebung des Ausnahmezustandes, eine Generalamnestie für alle politischen Gefangenen, die Abschaffung des Gesetzes Nr. 294 und eine demokratische Entwicklung in Paraguay.

Anmerkungen:

- 1) ABC-Color, Asuncion, 9.4.1980
- 2) Angaben nach: Paraguay – Wirtschaftliche Entwicklung 1979, hrsg. von der Bundesstelle für Außenhandelsinformationen, Köln 1980
- 3) Zum Machtapparat Stroessners siehe: AIB 5/1977, S. 35-38
- 4) Prensa Latina, Paris, 18.3.1980
- 5) Prensa Latina, Paris, 2.8.1980
- 6) Siehe AIB 9/1980, S. 10-11
- 7) Vgl. ABC-Color, 9.4.1980



Gerhard Stuby

Berichtsentwurf einer Juristenmission nach El Salvador

Während der Generalstreikkämpfe vom August d.J. (siehe Beitrag von D. Mies in AIB 10/1980) wurden in San Salvador 17 führende Gewerkschaftsführer verhaftet und Verfahren gegen sie eröffnet. Der anschließend gegen sie veranstaltete Gerichtsprozeß und die flagranten Menschenrechtsverletzungen im gegenwärtigen El Salvador waren Anlaß für eine Mission, die vom 16.-19. September 1980 Repräsentanten der Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen (IVDJ, Sitz Brüssel) in dieses mittelamerikanische Land führte.

Der hohe Stellenwert dieser Mission der IVDJ wird daran deutlich, daß sie vom Generalsekretär dieser universellen Juristenvereinigung, dem Bremer Professor Dr. Gerhard Stuby selbst geleitet wurde. Ihn begleiteten Dr. Luis Quinteros-Yanez, ehemals Generaldirektor des chilenischen Außenministeriums, und Jaques Kro, Vertreter der holländischen Journalistenvereinigung. Wir dokumentieren den von G. Stuby erstellten Berichtsentwurf der Mission in jenen Passagen, die über die aktuelle Kräftekonstellation in El Salvador und die allgemeine Menschenrechtssituation Aufschluß geben.

I. Anlaß der Mission

Im Januar 1980 zogen sich bis auf zwei Christdemokraten alle Zivilisten aus der Regierungsjunta (Junta revolucionaria de gobierno) von El Salvador zurück. Nach ihrer Meinung werde die Repression, deren Abschaffung Ziel des Regierungswechsels war, fortgesetzt, nach wie vor die Herstellung demokratischer Verhältnisse verhindert, so daß die Junta nur noch als Feigenblatt für den ultrarechten Terror und das ungesetzliche Handeln von Armee und Polizei diene.

Seitdem haben sich die gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen in El Salvador zunehmend verschärft. Am 9.3.1980 wurde der Ausnahmezustand verhängt, der bislang dreimal verlängert wurde, obwohl die Verfassung nur eine zweimalige Verlängerung vorsieht. Am 24.3.1980 wurde Erzbischof Romero ermordet. Im März 1980 erklärte die Menschenrechtskommission von El Salvador, daß sie 1.029 Fälle von ermordeten oder verschleppten Personen dokumentieren könne.

Angesichts der wachsenden Repression blieben die demokratischen Gegenkräfte nicht untätig. Am 2.4.1980 schlossen sich alle relevanten Kräfte in der Demokratisch-Revolutionären Front zusammen. Auch die militärischen Gegenak-

tionen konnten zunehmend koordiniert werden. Es kam am 22. Mai 1980 zur Verkündung eines Manifests der Vereinigten Revolutionären Führung, die eine gemeinsame Planungsinstitution der militärischen Operationen vorsah.

Ende August kam es zu verschiedenen Streikaktionen und militärischen Operationen der Volkskräfte, die eine neue Stufe der Auseinandersetzung anzeigten. Es offenbarte sich ein labiles Gleichgewicht zwischen Teilen der Armee und Polizei und mit ihnen zusammen operierenden paramilitärischen ultrarechten Gruppen auf der einen und den mehr oder weniger geeinten Volkskräften auf der anderen Seite.

Regierungsjunta – Feigenblatt der Ultrarechten

Die Regierungsjunta – unterstützt von inländischen und ausländischen insbesondere westlichen Massenmedien – versucht das Bild zu vermitteln, als stehe sie zwischen den sich streitenden Gruppen von rechts und von links. In Wirklichkeit spielt der relevante Teil der Regierungsjunta direkt in die Hände der ultrarechten Kräfte oder muß mit ihnen identisch gesetzt werden, während der etwas gemäßigtere Flügel zunehmend in die Ecke gedrängt wird und als Quantité négligeable (Belanglosigkeit; d. Red.) betrachtet werden muß. Das gilt insbesondere seit der Kaltstellung der Gruppe um Oberst Majano. Durch ihr Verbleiben in der Regierung ist sie bewußt oder unbewußt Verschleierungsinstrument der staatlich durchgeführten oder gedeckten Repression geworden. Vertreter der Menschenrechtskommission von El Salvador (CDHES), der von der Repression besonders betroffenen Gewerkschaften und der in der Demokratisch-Revolutionären Front vereinten Gegenkräfte informieren seit längerer Zeit die IVDJ wie übrigens auch andere nichtstaatliche Organisationen über die massiven und systematischen Menschenrechtsverletzungen, die entweder direkt von Regierungsseite mitgetragen oder zumindest geduldet werden. Sie baten die IVDJ um Hilfe im Rahmen ihrer Möglichkeiten. (...) Während des letzten Generalstreiks Ende August (1980; d. Red.) in Sal Salvador, von dem auch die Elektrizitätswerke betroffen waren, wurden 17 führende Gewerkschafter insbesondere der Elektrizitätsgewerkschaft (STECCEL) verhaftet. Man beschuldigt sie, die Versorgungseinrichtungen lahmgelegt zu haben und außerdem seien sie bei den Aktionen bewaffnet gewesen, was als Aufstandshandlung zu werten sei. Nach dem Recht des Ausnahmezustandes – nach der dritten Verlängerung ist allerdings seine Verfassungsmäßigkeit fraglich

– fallen derartige Delikte in die Zuständigkeit der Militärgerichtsbarkeit. (...)

Die Widersprüchlichkeit der politischen Situation in El Salvador, die sich in einem eigenartigen Schwebestadium der politischen und militärischen Kräfteverhältnisse zwischen Regierungsjunta und paramilitärischen Gruppierungen auf der einen Seite und der in der Demokratisch-Revolutionären Front und der Vereinigten Revolutionären Führung geeinten politischen und militärischen Kräfte auf der andern Seite äußert, spiegelt sich auch im Zustand des Rechtssystems wider. Die ultrarechte Reaktion vermochte das Funktionieren bestimmter prozessualer Sicherungen noch nicht ganz aus den Angeln zu heben.

Zwar herrscht Ausnahmezustand. Hiervon sind insbesondere die Bereiche betroffen, die die Wahrnehmung politischer Grundrechte betreffen, weil sie Kriminalisierungsversuchen von Seiten staatlicher Behörden unterliegen und in summarischen Verfahren der Militärgerichtsbarkeit erdrückt werden. Die Haftüberprüfung selbst aber (Verfahren des habeas corpus) unterliegt der Zuständigkeit der normalen Gerichte. Die Wahrung ihrer Unabhängigkeit in Entscheidungsfällen, die den herrschenden Kräften in Militär und Polizei zuwidergehen, steht damit allerdings auf einem anderen Blatt.

Die Mission hat versucht durch ihre Aktion den Prozeß gegen die 17 Gewerkschafter in das Licht der internationalen Öffentlichkeit zu stellen, um so das labile Gleichgewicht der Rechtssituation zugunsten der Angeklagten zu erhalten. Zu diesem Zweck ist sie sowohl bei der Regierungsjunta selbst als auch beim Obersten Gerichtshof vorstellig geworden. Wir konnten feststellen, daß bislang die Behörden noch nicht gewagt haben, den vorgeschriebenen prozessualen Weg zu verlassen. Im Vergleich zu vielen anderen Fällen, wo Verhaftungen geübt werden und die Verhafteten einfach verschwinden, ist dies sicherlich ein Fortschritt. (...)

3. Allgemeine Situation der Menschenrechte und Grundfreiheiten in El Salvador

Durch unmittelbare Anschauung wie durch Gespräche mit den schon erwähnten Persönlichkeiten wie mit dem Erzbischof von San Salvador, Monsenor Arturo Rivera y Damas, Nachfolger des ermordeten Monsenor Oscar A. Romero, seinen Mitarbeitern und mit den Leidtragenden der Repression gewannen wir einen zwar nicht vollständigen, aber doch bezeichnenden Eindruck von der gegenwärtigen Situation der Menschenrechte und Grundfreiheiten in El Salvador.

Unsere Eindrücke sind zugleich deprimierend, wie hoffnungsvoll. Deprimierend vor allen Dingen, was die Lage der Menschenrechte angeht, hoffnungsvoll, was den Mut und die Widerstandskraft der Volkskräfte anlangt, Freiheit und Demokratie in El Salvador wiederherzustellen.

In San Salvador herrschte nicht nur – zwar sofort sichtbar – Belagerungszustand. An jeder Ecke stehen – die Maschinenpistolen schußbereit im Anschlag – Militär- und Polizeipatrouillen. An jedem strategischen Punkt der Stadt stehen gepanzerte Fahrzeuge, schwer bewaffnete Soldaten auf Lastwagen rollen andauernd durch die Stadt, es werden auch ständig auf offener Straße Verhaftungen vorgenommen. So wurden wir zufällig Zeugen von Festnahmen von Bauern durch die Streitkräfte (z.B. auf dem Weg vom Flughafen zur Hauptstadt) und von Gefangenentransporten in Militärfahrzeugen in der Stadt.

Nach den Zählungen der Menschenrechtskommission und der juristischen Abteilung der Erzdiözese werden täglich 40-50 Menschen allein in El Salvador getötet, oft bestialisch verstümmelt, um den Teroeffekt zu erhöhen. Man zeigte uns Hunderte von Dokumentarphotos. Tausende Menschen

“LOS HECHOS DE LA QUINCENA”

Del 16 al 29 de Agosto de 1980

1.-ASESINADOS.		2.-RESPONSABLES DE LOS ASESINATOS	
ASESINADOS		RESPONSABLES	
Campeños	202	ESCUADRON DE LA MUERTE	31
Obreros	9	POLICIA NACIONAL	4
Ertudiantes	25	GUARDIA NACIONAL	41
Empleados	14	POLICIA DE HACIENDA	1
Comerciantes	6	AGENTES DE CIVIL	5
Motoristas	5	MIEMBROS DEL EJERCITO	9
Enfermeras	1	MIEMBROS DE ORDEN	8
Desconocidos	59	CUERPOS COMBINADOS (GN, PN, EJERCITO, ORDEN)	150
TOTAL	321	DESCONOCIDOS	72
		TOTAL	321

CAPTURADOS POR MOTIVOS POLITICOS, QUE NO HAN SIDO LIBERADOS NI REMITIDOS A LOS ORDENES DE LOS TRIBUNALES.			
FECHA	NOMBRE	OFICIO	CAPTURADO POR
16/8/80	JOSE LUIS HERNANDEZ (25)	JORNALERO	MIEMBROS DE LA GN.
17/8/80	ANTONIO AGUILAR (42)	JORNALERO	AGENTES DE CIVIL
17/8/80	JOSE MARIANO AGUILAR (16)	JORNALERO	AGENTES DE CIVIL
18/8/80	FRANCISCO LOPEZ PEÑA (29)	COMERCIANTE	CUERPOS COMBINADOS
18/8/80	PABLO ROLANDO ROGEL CACERES (19)	SASTRE	CUERPOS COMBINADOS
19/8/80	MANUEL DE JESUS FABIAN (32)	CARPINTERO	MIEMBROS DE LA GN.
20/8/80	CRISTOBAL HENRIQUEZ (24)	JORNALERO	CUERPOS COMBINADOS
20/8/80	RAMIRO HENRIQUEZ (18)	JORNALERO	CUERPOS COMBINADOS
20/8/80	MARIA HENRIQUEZ (45)	JORNALERO	CUERPOS COMBINADOS
20/8/80	MARIA LUISA GOCHEZ CANAS (18)	ESTUDIANTE	CUERPOS COMBINADOS
22/8/80	MARIO ERNESTO VELESQUEZ (20)	ESTUDIANTE	MIEMBROS DE LA GN.
22/8/80	LUIS SALVADOR GUTIERREZ (18)	ESTUDIANTE	MIEMBROS DE LA GN.
23/8/80	INES AREVALO (22)	OBROERO	MIEMBROS DEL EJERCITO
23/8/80	HILARIO CHACON (16)	OFICIOS DOMESTICOS	MIEMBROS DEL EJERCITO
23/8/80	ARMANDO GONZALEZ CABALLERO	MECANICO	AGENTES DE CIVIL
25/8/80	EVA CATALINA HERNANDEZ (14)	ESTUDIANTE	MIEMBROS DEL EJERCITO
25/8/80	VENECIA CORTEZ (58)	JORNALERO	AGENTES DE CIVIL
25/8/80	CONCEPCION BURGOS GRANADOS	OBROERO	MIEMBROS DE LA GN.
26/8/80	JOSE ANTONIO LOPEZ GONZALEZ	OBROERO	MIEMBROS DE LA GN.
28/8/80	VICTORUELA MARTINEZ (22)	OBROERO	MIEMBROS DE LA GN.
28/8/80	RAUL OMAR ROSALES CAMPOS (15)	ESTUDIANTE	MIEMBROS DE LA GN.
28/8/80	JAIME ERNESTO MONTANO (17)	ESTUDIANTE	MIEMBROS DE LA GN.
28/8/80	JOSE MARIO GONZALEZ (17)	ESTUDIANTE	MIEMBROS DE LA GN.
28/8/80	FRANCISCO FUNES (16)	JORNALERO	" " "
28/8/80	FRANCISCO MARTINEZ (38)	JORNALERO	" " "
28/8/80	ANTONIO PINEDA (25)	JORNALERO	" " "
29/8/80	JULIO ALBERTO MARROQUIN (18)	ESTUDIANTE	" " "

sind verschwunden, nachdem sie von den Militär- oder Polizeikräften verhaftet wurden.

Die juristische Abteilung der Erzdiözese überreichte uns eine Liste von ca. 500 Personen, bei denen die Umstände der Verhaftung und vor allem das Verhaftungsdatum genau belegt werden können. Mit einigen Fällen beschäftigte sich unsere Delegation etwas näher und vernahm Zeugen, die zur Verhaftung durch die Behörden Aussagen machen konnten. Daß das Phänomen des Verschwindens von Personen kaum mehr zu verheimlichen ist, ergibt sich aus der Lektüre der ansonsten völlig auf Regierungskurs stehenden Presse in El Salvador. Täglich werden dort Suchanzeigen von Verschwindenen mit Photos veröffentlicht. Allerdings wird die Verhaftung durch die Behörden in diesen Suchanzeigen nicht angegeben.

Die Tötungs- und Verhaftungsaktionen auf „nimmer Wiedersehen“ werden sowohl von ultrarechten Gruppierungen wie auch von Militär- und Polizeikräften, z.T. auch in gemeinsamen Aktionen durchgeführt. Die unten stehende Statistik und Auflistung aus der Zeitschrift 'SOLIDARIDADE' der Erzdiözese in San Salvador über die Tötungen im Monat August geben hierüber einen präzisen Aufschluß (siehe Faksimile).

Der enge Zusammenhang von Nationalgarde und rechten paramilitärischen Terrororganisationen wurde in unserem Gespräch mit dem Sprecher der Junta im Ministerrang Dr. Suares offen zugegeben. Zugleich mußte er aber die Ohnmacht gegenüber diesen Entwicklungen eingestehen und widerlegte damit ungewollt das auch im Ausland oft vermittelte Bild der Regierungsjunta als Ordnungsstifter zwischen rechtem und linkem Terror.

Nach dem uns zugänglichen Material und Aussagen der Vertreter der Menschenrechtskommission, wie den Vertretern der juristischen Abteilung der Erzdiözese richtet sich der Vernichtungsterror vor allen Dingen gegen junge Menschen,

tionen wird ein klares Konzept vermutet, nämlich durch die Vernichtung einiger Hunderttausender Menschen, anders ausgedrückt ein Programm des Genozids, die Befriedung des Landes im Sinne der bislang noch mit ausländischer Unterstützung herrschenden Oligarchie zu erreichen.

Von den Terroraktionen sind auch solche Organisationen wie die Menschenrechtskommission und die Katholische Kirche selbst betroffen. Auf den Vorsitzenden der Menschenrechtskommission Dr. Mendez sind schon zwei Attentate verübt worden, das Büro der Kommission ist schon zweimal von Bomben zerstört worden. Nicht nur Erzbischof Romero, sondern zahlreiche Priester und Nonnen wurden getötet, der Sender der Katholischen Kirche wurde während unserer Anwesenheit von ultrarechten Terrorgruppen in die Luft gesprengt.

Flüchtlinge und falsche Guerilleros

Mit Erlaubnis des Erzbischofs konnten wir ein Flüchtlingslager der Kirche besichtigen. Es handelt sich meistens um Flüchtlinge, die vor dem Terror der rechten Organisationen und des Militärs in die Stadt geflohen sind.

Nach den Angaben des Erzbischofs Rivera y Damas gibt es 14 dieser Lager mit einer Belegung von 4.000 - 5.000 Flüchtlingen. Außerdem bestehen noch Flüchtlingslager der Regierung, die aber in ihrer Besetzung geringer sein sollen. Das von uns besichtigte Lager war etwa nur von 500 Flüchtlingen belegt. Es leben dort Frauen, Kinder und Kranke unter völlig unzureichenden hygienischen Bedingungen. Epidemien sind an der Tagesordnung. Die Ernährung der Flüchtlinge erfolgt nur sehr ungenügend. Als Nahrungsmittel zeigte man uns trockenen Fisch und etwas Mehl. Die medizinische Versorgung ist katastrophal, da Ärzte so eingeschüchtert sind, daß sie nicht zu den Lagern kommen, so daß bestenfalls Medizinstudenten eine ungenügende Behandlung an den Kranken vornehmen können. Die Krankenhäuser dürfen auf Anweisung der Junta keine Medikamente an die Lager liefern, da dort nur verwundete Guerilleros versorgt würden.

Was wir gesehen haben, ist unbeschreibbar. Als Medikament gibt es lediglich Aspirin, ein oder zwei Einwegspritzen werden ausgekocht, um mit ihnen einige rare schmerzstillende Mittel oder Antibiotika zu spritzen. Die Vertreter der Kirche richteten an uns einen eindringlichen Appell, Möglichkeiten für humanitäre Hilfe an die Flüchtlingslager der Kirche zu vermitteln.

Das von uns besuchte Flüchtlingslager wurde schon öfters – auch unmittelbar nach unserem Besuch – durch nächtliche Razzien, Maschinengewehrfeuer von Helikoptern aus usw. terrorisiert. Die Begründung für diese Aktionen: Dort würden verwundete Guerilleros und Waffen versteckt.

Bei den Gesprächen mit den Vertretern der Kirche, aber auch mit einigen Flüchtlingen in dem schon genannten Lager, konnten wir einige Informationen über den sog. linken Terror erhalten. So sei es schon öfters vorgekommen, daß Omnibusse auf dem Land von bewaffneten Männern angehalten worden seien, die wie Guerilleros gekleidet waren. Sie hätten vor allen Dingen die jungen Männer in den Bussen aufgefordert, zu ihnen zu kommen, da sie dringend Verstärkung bedürften. Diese seien vertrauensvoll mitgekommen und dann nach 100 m plötzlich von den bewaffneten Männern niedergestreckt worden.

Die angeblichen Guerilleros hätten sich als verkleidete Angehörige der ultrarechten Terrororganisationen herausgestellt. Auch manche bisweilen berichteten Massaker an Bauern seien auf die gleiche Art und Weise, auf das Konto der ultrarechten Terrororganisationen zu verbuchen.

Mit eigenen Augen konnten wir riesige Menschenmengen vor



Zu Tode gefolterte salvadorianische Revolutionäre

den Auswanderungsbehörden sehen, die versuchen eine Genehmigung zum Verlassen des Landes zu erlangen. Insgesamt hat man den Eindruck eines Landes, das mitten im Bürgerkrieg steht und gegen dessen Volk ein Vernichtungskrieg geführt wird.

4. Zusammenfassung und Wertung

Aufgrund unseres dreitägigen Aufenthaltes in El Salvador vermögen wir nur einige vorläufige Feststellungen aus unseren Kontakten, Beobachtungen und Gesprächen zu machen. a) Es herrscht eine Realität willkürlicher und ungesetzlicher Militärrepression, die z.T. mit dem organisierten ultrarechten Terror koordiniert ist. Die kriminellen Handlungen haben ein solches Ausmaß angenommen, daß die Menschenrechtskommission von El Salvador und die Katholische Kirche sie als „systematischen Genozid vor allem an zahlreichen Schichten der Landbevölkerung, und hier wiederum insbesondere der Jugend“ bezeichnen.

b) Die Regierungsjunta versucht das Bild des Ordnungstifters zwischen dem rechten und linken Extremismus zu vermitteln. Wenn man die Regierungsjunta überhaupt noch als ein Ganzes bezeichnen kann, so zeigt sie eine Haltung der Ohnmacht vor dem Militär, der Nationalgarde, der National- und Wirtschaftspolizei, d.h. vor den Unterdrückungsorganen, die ihre Vernichtungshandlungen vielfältig koordinieren.

Es ist offensichtlich, daß angesichts der tiefen Krise und des überhand nehmenden Terrors im Lande in der Regierungsjunta selbst Differenzen existieren. Hinsichtlich der Alternativen zur Überwindung dieses Zustandes ist sie so zerstritten, daß sie als handlungsunfähig bezeichnet werden muß.

Es gibt vielfältige Beweise, daß dieser Desintegrationsprozeß auf der Regierungsebene zu einer faktischen Vorherrschaft der reaktionärsten gesellschaftlichen Sektoren geführt hat, die zudem finanziell von der einheimischen Oligarchie und insbesondere von den USA unterstützt werden. Vielfältige Kanäle reichen auch nach Venezuela, das aufgrund der ideologischen Affinität der dort regierenden Christdemokratischen Partei (COPEI) sich entweder direkt als Waffenlieferant oder als Vermittler von Waffenlieferungen durch die USA zur Verfügung stellt.

Unter diesen Verhältnissen scheinen die formalen Strukturen der staatlichen Macht, insbesondere der Regierungsjunta immer stärker zu einer Fiktion zu werden angesichts der Realität der Militär- und Polizeimacht und deren konzentrierten Handlungen mit rechten Terrorbanden. Dem in der Regierungsverantwortung gebliebenen liberalen Flügel wird man daher lediglich eine Feigenblattfunktion zumessen können.

Unser Eindruck war auch, daß die Armee, selbst unter Einfluß der rechten paramilitärischen Gruppierungen, die militärische Lage nicht beherrscht. Das gilt nicht nur für einige befreite Zonen im Norden des Landes, sondern auch für die Hauptstadt, wo jederzeit, an jedem Ort eine militärische Aktion der Volkskräfte möglich ist. So wurde z.B. mitten am Tag – übrigens 300 m von unserem Hotel – die US-Botschaft mit schweren Waffen (Bazookas) angegriffen. Einen Tag später folgte die Besetzung des Gebäudes der OAS (Organisation Amerikanischer Staaten; d. Red.), ohne daß das Militär einzugreifen wagte.

Eindruck eines labilen militärischen Gleichgewichts

Man mag über den strategischen Stellenwert solcher Aktionen streiten – wie wir feststellen konnten, ist dieser auch bei den oppositionellen Kräften umstritten –, sie zeigen jedoch, daß zumindest ein labiles militärisches Gleichgewicht besteht. Ohne in die Diskussion über die Funktion des bewaffneten Kampfes einzusteigen – daß er in der dortigen Situation völkerrechtlich legitimiert ist, steht außer Zweifel –, entschieden wird und muß der Kampf politisch werden schon allein um die Opfergrenze möglichst gering zu halten. Sicherlich stehen wir vor einer neuen Phase der Auseinandersetzungen. Wie lange sie dauern wird und vor allem wann und wie sie endet, ist nach unserem Eindruck im Augenblick nicht abzusehen. Es spielen viele innere und äußere Faktoren eine Rolle, die allerdings nicht unbeeinflussbar sind.

c) Angesichts dieser Situation dient das scheinbar bestehende Rechtssystem hauptsächlich als Legitimation der Repression, insbesondere unter dem andauernden Ausnahmezustand. Der Spielraum der politischen Auseinandersetzungen scheint erschöpft zu sein und die bewaffnete Auseinandersetzung gemeinsam mit organisierten Aktionen von Arbeitern und Bauern gewinnt zunehmend an Bedeutung. Die nervöse und gespannte Haltung der Streitkräfte im „Kriegszustand“ verstärkt diesen Eindruck.

Die Regierungsjunta ist offensichtlich nicht in der Lage und insgesamt auch nicht Willens, die Voraussetzungen zu schaffen, die es der Opposition in El Salvador (einem ideologisch-pluralistischen Klassenbündnis) erlauben würde, ihre elementaren politischen Rechte auszuüben. Wahlen, Plebiszite und die verfassungsgebende Versammlung, die nach Auskunft des Sprechers der Junta in naher Zukunft abgehalten werden sollen, scheinen angesichts des sich entwickelnden Prozesses eines Bürgerkrieges utopisch und reine Fiktion.

d) die Katholische Kirche, in dem Maße wie sie durch den Erzbischof repräsentiert wird, hat eine „pastorale Haltung jenseits der politischen Interessen“ und ist gegen jede Ge-

walt. Trotzdem kann sie nicht neutral bleiben. Ihre Priester werden ermordet, ihre Kirchen gewaltsam durch das Militär von Besetzern geräumt. Sie ist gezwungen, Tausende von Flüchtlingen, hauptsächlich aus der Landbevölkerung, in ihre Lager aufzunehmen. Allein diese massenhafte Flucht widerlegt die Behauptung der Regierungsjunta, sie führe Reformen zum Wohle des Volkes durch. Die politische Hauptforderung der Kirche ist die Aufhebung des Ausnahmezustandes.

e) Die Kräftereserven der zivilen und militärischen Macht sind beträchtlich und die organisatorischen Schwierigkeiten der demokratischen-revolutionären Opposition noch nicht völlig beseitigt. Die Konsolidierung dieser Opposition sowohl auf der zivilen als auch der militärischen Ebene und der zunehmende Verfall der herrschenden Sektoren, können den Verlauf der Ereignisse in der nächsten Zukunft bestimmen. Allerdings bleibt eine ausländische Intervention, insbesondere eine direkte oder die schon laufende indirekte durch die USA, nach wie vor ein unwägbarer Faktor.

Internationale Unterstützung der Junta stoppen

In den zahlreichen Gesprächen, die wir mit Vertretern der oppositionellen Kräfte geführt haben, wurde die Meinung geäußert, daß die Regierungsjunta international noch nicht genügend isoliert sei. Immer noch könne sie das Bild des liberalen Reformers zwischen den Fronten vermitteln. Spätestens seit dem Rechtsruck, der Oberst Majano und seine Gruppe völlig isoliert hat, obwohl diese in der Junta verblieb, muß die Junta weitgehend mit den ultrarechten Terrororganisationen und ihren mit der Nationalgarde und Teilen der Armee durchgeführten Vernichtungsaktionen gleichgesetzt werden.

Jede internationale Unterstützung der Junta – das gilt vor allen Dingen für die USA, die militärische und materielle Hilfe für die Armee auch über die Nachbarländer in Form von Söldnereinschleusung leisten – ist direkte oder indirekte Mittäterschaft am Genozid. Dies gilt auch für andere Regierungen, insbesondere der EG-Staaten, die unter diesem Gesichtspunkt ihre Politik überprüfen sollten, zumal sie selbst die Lage machtpolitisch für so ungeklärt betrachten, daß sie ihre Botschaften in El Salvador unbesetzt halten.

Insbesondere von den Vertretern der Kirche wurde die Ansicht vertreten, daß die Massenmobilisierung nur unvollkommen erfolgen könne, vornehmlich durch Aktionen gegenüber der forcierten Militarisierung aller Lebensbereiche. Die Bekämpfung des Ausnahmezustandes und die Wiederherstellung der politischen Aktionsfreiheit ist daher ein oberstes Ziel aller politischen Kräfte der Volksfront, wenn auch für viele Strömungen als kombiniertes Mittel mit dem bewaffneten Kampf.

Uns gegenüber wurde immer wieder geäußert, daß man von uns erwartet, den Druck auf die Regierungen zu erhöhen, damit die Unterstützung der Regierungsjunta aufhört. Die internationale Solidarität müßte über die schon geführten Aktionen hinaus erweitert werden, insbesondere ist eine politische, moralische und materielle Unterstützung des Befreiungskampfes durch die großen gesellschaftlichen Organisationen, vornehmlich die Gewerkschaften, die Kirche auch außerhalb Südamerikas, und hier wiederum den Vatikan und alle noch abseits und abwartend stehenden Gruppierungen der Christdemokratie und die Sozialdemokratie von Nöten. Das Faktum der Klage der IVDJ vor der Menschenrechtskommission der UNO gegen die Regierungsjunta von El Salvador wurde als ein wichtiges Beispiel bezeichnet, wie man wirksame Unterstützungsaktionen auf internationaler Ebene für den Kampf des Volkes von El Salvador führen kann.

Schafiq Jorge Handal

Auf der Zielgeraden der Revolution



In AIB 4/1980 begannen wir mit der Vorstellung der revolutionären Organisationen El Salvadors, die sich im Januar 1980 zur Revolutionären Koordination und im Mai 1980 zur Vereinten Revolutionären Führung zusammenschlossen (Gründungsmanifest in AIB 9/1980, S. 27-28), und die das Rückgrat der im April d.J. konstituierten Demokratisch-Revolutionären Front El Salvadors bilden. Nach Selbstdarstellungen der Massenorganisationen Revolutionärer Volksblock (den Volksbefreiungskräften Farabundo Marti zuzurechnen), Vereinigte Volksaktion – FAPU (zuzurechnen dem Nationalen Widerstand – FARN), und der Partei der Salvadorianischen Revolution/Revolutionäres Volksheer (PRS/ERP) bringen wir abschließend ein Gespräch, das der mexikanische Journalist Mario Menendez mit dem Generalsekretär der Kommunistischen Partei El Salvadors (CPS, gegr. 1930), Schafiq Jorge Handal, irgendwo in El Salvador führte.

FRAGE: Was hält die Kommunistische Partei El Salvadors (CPS) von der gegenwärtig herrschenden Junta?

SCH. J. HANDAL: Diese ist ein zweiter Versuch. Es gibt überhaupt keine Möglichkeit, um die nationale Krise auf reformistische Weise zu lösen.

Und dies sind die Gründe, weshalb solches außer Frage steht: erstens, weil nichts die revolutionäre Bewegung aufhalten kann, die in einem Volk, dessen heldenhafter Kampf sich unter den brutalen Schlägen der Oligarchie entwickelt hat, tief verwurzelt ist; zweitens, weil die Unterdrückungsmaschinerie, die über ein halbes Jahrhundert lang aufgebaut wurde, nicht einmal mit einer demokratisch-bürgerlichen Entwicklung in Einklang gebracht werden kann. Diese Maschinerie ist umfangreich und schließt nicht nur die Armee ein, sondern Tausende von Menschen, denen beigebracht wurde, ihre Intelligenz in den Dienst der Konterrevolution zu stellen, Menschen zu foltern und zu ermorden. Ohne die Zerschlagung dieser Maschinerie kann es keinen wirklichen Demokratisierungsprozeß geben.

Und eine reformistische Lösung verlangt Antworten, und zwar präzise, auf zwei Probleme: Demokratisierung und Strukturveränderungen mit Hilfe von Reformen. Aber El Salvador befindet sich nicht nur in einer Krise seines politischen Systems, sondern in einer tiefgreifenden strukturellen Krise, einer Krise der sozioökonomischen Struktur als Ganzes.

Drittens (steht solches außer Frage), weil sich die salvadorianische Oligarchie fast in ihrer Gesamtheit mit ihren tiefen, mit der Zeit gefestigten Wurzeln an Grundbesitz und ihrer preußischen Ideologie vollkommen gegen weitreichende Reformen und gesellschaftliche Veränderungen sperrt. Daher könnte keiner der drei Punkte mit Hilfe von Reformen und Evolution gelöst werden. Die Revolution ist der einzige Weg.

FRAGE: Weshalb hat die CPS dann nach dem Sturz von General Carlos Humberto Romero im Oktober 1979 an der ersten Regierungsjunta teilgenommen?

SCH. J. HANDAL: Die CPS hat teilgenommen, weil die salvadorianische Revolution auch die demokratischen Kräfte braucht. Die revolutionäre Bewegung allein kann nicht gewinnen. Und zu der Zeit, als das Regime General Romeros gestürzt war, boten die demokratischen Strömungen, die progressiven Gruppierungen ihre Unterstützung an und traten der Junta bei.

Und weil die CPS die revolutionäre Organisation mit den ältesten Verbindungen zu den demokratischen Kräften war, mit denen sie früher Bündnispolitik betrieben hatte, mußte sie den Weg dieser Kräfte teilen, ihnen zur Seite stehen bis das Projekt fehlschlug, um ihre Zerstreuung nach der Niederlage zu verhindern und sie sofort mit der revolutionären Bewegung zusammenzubringen.

Außerdem war, abgesehen von der Tatsache, daß der Putsch vom 15. Oktober 1979 ein Werk des Imperialismus und der salvadorianischen Rechtskräfte war, eine patriotische, progressive Richtung junger Armeeoffiziere an ihm beteiligt, die sich der Ziele unseres Hauptfeindes nicht bewußt waren und tatsächlich ihre Hoffnung auf eine solche Lösung der nationalen Krise gesetzt hatten.

Jetzt sind die Weichen gestellt, auch für diese Offiziere. Es ist historisch möglich, daß ein Teil der Armee sich dem Volk und seiner revolutionären Bewegung anschließt. Die CPS empfindet das als eine gute Möglichkeit, aber sie betont auch, daß die Revolution ein unumkehrbarer Prozeß ist, dessen Sieg nicht davon abhängt, ob die Armee teilnimmt oder nicht.

Zum Sieg bedarf es einer breiten Einheit

Es ist jedoch wahr, daß die Einbeziehung patriotischer Offiziere hinsichtlich der gesellschaftlichen Kosten sozusagen eine Einsparung darstellen würde; und wir Revolutionäre sind die ersten, die versuchen, Gewalt und ihre tragischen Konsequenzen zu vermeiden. Die Reaktion ihrerseits versucht die Behauptung aufrechtzuerhalten, wir Kommunisten infiltrierten die Armee und seien in eine Verschwörung zum Zwecke ihrer Spaltung verwickelt. Das ist vollkommen falsch. Was jedoch feststeht, ist, daß die Soldaten der salvadorianischen Armee zumeist Bauern, Landarbeiter und Arbeiter sind, während die Offiziere und Unteroffiziere aus den verschiedenen Mittelschichten kommen; und alle sind beteiligt an den Entwicklungen, die im Lande stattfinden. Deshalb spiegelt sich, trotz der institutionellen Hindernisse, der Deformierung der reaktionären Befehlsgewalt und trotz des Einflusses der Vereinigten Staaten der allgemeine heldenhafte Kampf des salvadorianischen Volkes, dessen Teil die Soldaten sind, notwendigerweise in den Garnisonen wie-

der. Jene Offiziere und Soldaten sind sich der dringenden Notwendigkeit radikaler Veränderungen bewußt, und die CPS glaubt, daß sie ihrem eigenen Weg folgen und aus ihrer Erfahrung lernen müssen, so daß sie selbst zu dem Schluß kommen, daß es nur einen Weg gibt, eine wirkliche Lösung für die Probleme des Landes zu schaffen, die Revolution.

Außerdem muß in Bezug auf unsere Teilnahme an der ersten herrschenden Junta betont werden, daß die CPS sich nicht auf eine bloße Präsenz von Persönlichkeiten beschränkte. Nein, sie war die einzige politische Kraft, die ein Grundsatzprogramm für politische und soziale Veränderungen herausgab, das mit den Interessen des Volkes übereinstimmte. Und dieses Programm, obgleich verstümmelt, ist das, welches die zweite Junta bei ihrem Versuch, sich an der Macht zu halten, benutzt. Lassen Sie mich das Wort verstümmelt betonen, denn die politischen Veränderungen, die bestimmt waren, die Faschisten aus dem Staatsapparat zu vertreiben, wurden nicht durchgeführt.

Weder wurde die Repression beendet noch die politischen Gefangenen freigelassen. Die Killer und Folterer wurden nicht bestraft, die paramilitärischen Organisationen nicht aufgelöst und all das hat schon zu einer neuen Krise geführt. Die erste herrschende Junta scheiterte, wie die CPS es erwartet hatte, und das war eine Niederlage für die Faschisten, denn bei ihrem Rückzug fügten die demokratischen Kräfte ihnen wirkungsvolle Schläge zu. So ist für den Imperialismus, die Oligarchie und ihre Verbündeten der Faschismus, die faschistische Konterrevolution, die Zerschlagung der salvadorianischen Revolution die einzige realistische Möglichkeit; aber das ist schon unmöglich geworden. In antagonistischem Widerspruch dazu steht die andere realistische Möglichkeit: die Wahl der bewaffneten Revolution.

In der Endphase der Schlacht um die Macht

FRAGE: Was ist die Strategie der CPS, was sind ihre unmittelbaren Ziele?

SCH. J. HANDAL: Die Strategie der CPS wird in den Kontext der demokratisch-antiimperialistischen Revolution und der Wahl des bewaffneten Kampfes für die Übernahme der Macht eingeordnet, die mit der Aktionseinheit der revolutionären und demokratischen Kräfte erlangt werden wird.

So reden wir nicht über eine unmittelbare sozialistische Revolution. Revolutionen werden nicht durch irgendeinen Erlaß einer Macht vorgeschrieben, die den historischen Prozeß beschleunigen will. Unsere Revolution wird stattfinden, weil sie der objektiven Realität El Salvadors entspricht. Die demokratisch-antiimperialistische Revolution in unserem Land entspricht einer abhängigen kapitalistischen Gesellschaft eines mittleren Entwicklungsniveaus im Vergleich zu anderen abhängigen kapitalistischen Nationen.

Die CPS hat drei grundsätzliche Aufgaben und Ziele für die salvadorianische Revolution fixiert: erstens Freiheit und Achtung der Menschenrechte, da im vergangenen halben Jahrhundert eine Militärdiktatur die Macht innegehabt hat und immer repressiver und brutaler geworden ist; zweitens eine tiefgreifende Agrarreform, die diejenigen Leute, die das Land bearbeiten, zu Besitzern des Landes und seiner Produkte macht, um eine abschließende Lösung für die Probleme auf dem Lande zu schaffen; drittens echte nationale Unabhängigkeit, deren Notwendigkeit heutzutage für die Mehrheit der Menschen nicht so klar ist wie die beiden ersten Ziele. In dem Maße jedoch, wie der Prozeß voranschreitet und der Imperialismus danach strebt, ihn aufzuhalten, wird der Bevölkerung auch dieses Ziel klar und zu einer starken Motivation werden. Nationale Unabhängigkeit hat eine Reihe wirtschaftlicher, politischer, ideologischer und kultureller Implikationen. Ohne sie zu erreichen, ist es un-

möglich zu einer wirklichen Lösung für El Salvadors allgemeine Krise, die von der Abhängigkeit gezeichnet ist, zu kommen.

FRAGE: Kann die CPS sich in der gegenwärtigen internationalen Situation vorstellen, daß diese demokratisch-antiimperialistischen Aufgaben und Ziele erreicht werden können, ohne sich dem Sozialismus zu nähern?

SCH. J. HANDAL: Nein, das ist unmöglich. Zum einen ist das Hauptproblem der Revolution die Frage der Macht. Mit dem Sieg zerschlägt die große Mehrheit des Volkes – die Arbeiterklasse im allgemeinen, die Bauern, die Mittelschicht – die alte Unterdrückungsmaschinerie und errichtet die revolutionäre Macht.

Dann werden die demokratischen, antiimperialistischen Aufgaben und Ziele die erste Phase in einer einzigen Revolution, die, grundsätzlich analysiert, im Kern sozialistisch ist.

FRAGE: Wie sieht die CPS die unmittelbare Zukunft El Salvadors?

SCH. J. HANDAL: Dies ist ohne Frage das Jahr des großen Aufschwungs im revolutionären Kampf.

Einheit addiert sich nicht einfach, sie multipliziert. Das Bündnis der revolutionären und demokratischen Kräfte erzeugt in großem Umfang gesellschaftliche Energie, und während wir keine Garantie geben können, so können wir doch sagen, daß wir die Endgerade betreten haben, die Phase der umfangreichen Schlacht um die Macht.

Ein Vergleich mit der Entwicklung in Nicaragua hilft, die Situation El Salvadors heute zu erklären.

Ich glaube es ist legitim, den Beginn der Endphase mit dem Oktober 1977 anzusetzen, als die Sandinistische Front für die Nationale Befreiung (FSLN) mit einer Reihe von Angriffen begann, die auf die Besetzung der militärischen Garnisonen und Festungen abzielten (siehe Ortega-Interview in AIB 5-8/1980; d. Red.).

Zwischen Oktober 1977 und Juli 1979, wurde eine historisch nur kurze Periode bewältigt, aber in der Entwicklung gab es Fortschritte und Rückschläge. Es gab Generalstreiks großen Stils, und es gab den außerordentlichen Aufstand von September 1978, der nicht vom Sieg gekrönt wurde. Es gab einen Rückzug, aber auch eine Gegenoffensive zur Erlangung des Sieges, die einen allgemeinen Volksaufstand, Guerillakriegsführung, einen Bewegungskrieg mit der Teilnahme Hunderttausender, besonders junger Nicaraguaner und einer großen internationalen Anstrengung, mit der Unterstützung progressiver Menschen und Regierungen verband.

Diese Periode kann in El Salvador lange dauern oder sehr kurz sein. Aber wir sind in die letzte Phase eingetreten, wir befinden uns auf der Zielgeraden.

(Quelle: Granma. Weekly Review, Havanna, 1. und 8.6.1980, Ausschnitte)

GUATEMALA
Eine Dokumentation
und ein Erziehungsprojekt
der indianischen Gruppen
in Guatemala

Solidarität mit dem Volk von



GUATEMALA

Themen
DISKRIMIERUNG
BEFREIUNG
INDIANER
TOURISMUS-BOYKOTT
BROSCHÜRE
(DM 2.- in
Briefmarken einschl. Porto)

BESTELLEN BEI:
INFORMATIONSTELLE
GUATEMALA E.V.
Friedrichstr. 25
8000 München 40
Postcheckkonto München
2081 59-802

Rede Fidel Castros (2. Teil) Alptraum Reagan

Die Imperialisten drohen uns also mit Intervention. Sollen wir deshalb schlaflose Nächte verbringen? Haben wir nicht in den letzten 21 Jahren ständig unter Drohungen gelebt? Die Völker werden den Kampf nicht aufgeben. Das Beispiel Nikaraguas ist ein beredtes Zeugnis dafür, wozu ein Volk imstande ist, denn dort wurde die Armee Somozas fast ohne Waffen beseitigt. Die Völker wissen schon, daß man nicht nur in den Bergen kämpfen kann, nicht nur in ländlichen Gegenden, sondern auch in den Städten. Sie können Tunnels graben, Wände niederreißen, Häuser im selben Block miteinander verbinden und aufständische Städte in Festungen verwandeln.

Und wenn man sieht, wie das in Nikaragua vor sich ging, dann erkennt man, daß keine Armee dagegen etwas hätte machen können. Die Völker wissen bereits, daß die Legende, die alte Legende aus Mussolinis Zeiten, daß man nämlich eine Revolution mit oder ohne die Armee, aber niemals gegen die Armee machen kann, eine Lüge ist. Denn in unserer eigenen Hemisphäre gibt es bereits drei Revolutionen gegen drei Armeen (gemeint sind Kuba, Grenada und Nikaragua; d. Red.)!

Gegenwärtig erleben wir im internationalen Maßstab wirklich gefährliche Momente, die auf unsere Region und die ganze Welt Einfluß ausüben. Besonnene Leute, Analytiker und Staatsmänner sehen mit großer Klarheit, welche düstere Perspektiven sich für die Welt in den nächsten Jahren ergeben: Das Energieproblem, dem sich die Welt gegenüber sieht, besonders die unterentwickelten Länder; Ernährungsprobleme; das Problem des unkontrollierten Bevölkerungswachstums; Erziehungs- und Gesundheitsprobleme; das Problem des Umweltschutzes, das heißt nicht nur der Zerstörung der Landschaft, sondern auch die allmähliche Vergiftung von Wasser und Atmosphäre.

Selbst wenn es gelingt, den Ausbruch eines Krieges zu verhindern, so bedarf es zur Bewältigung dieser Probleme noch gewaltiger Anstrengungen, und ohne internationale Zusammenarbeit sind sie überhaupt nicht zu lösen – wir brauchen nicht nur eine Atmosphäre des Friedens, sondern auch der Zusammenarbeit.



Provokatorische US-Kriegsmanöver im kubanischen Guantanamo im Oktober 1979

Nun befindet sich die Welt erneut am Rand eines Kalten Kriegs, des Wettrüstens, zu einem Zeitpunkt, da auf den unterentwickelten Ländern der Welt Schulden in Höhe von 300 Mrd Dollar lasten, und man schätzt sie für 1985 auf 700 Mrd Dollar. Dies bedeutet, daß sich die Welt vor einer wirtschaftlichen und finanziellen Katastrophe ohnegleichen sieht.

Und angesichts dieser Situation, die zweifellos äußerst energische Anstrengungen um Frieden, Koexistenz und Zusammenarbeit unter allen Völkern der Welt erfordert, sehen wir uns den Vereinigten Staaten in ihrer gegenwärtigen Lage gegenüber, mit ihrer kriegstreiberischen Politik, ihrer Planung, mehr als 500 atomare Mittelstreckenraketen in Europa zu verteilen, ihren Plänen zur Hochrüstung der NATO, ihren Plänen zur Einrichtung von Militärstützpunkten am Persischen Golf und im Indischen Ozean, von Stützpunkten im Nahen Osten usw. Für all dies ist die gegenwärtige US-Regierung verantwortlich.

Unheilverkündende Plattform der Republikaner

Also, vor kurzem fand in den Vereinigten Staaten der Parteikonvent der Republikaner statt, und ihr Kandidat entwarf eine politische Plattform äußerst gefährlicher und äußerst reaktionärer Art, die auch gebilligt wurde. Manchmal bekommt man den Eindruck, als würden wir in Zeiten leben ähnlich denen vor der Wahl Hitlers zum deutschen Kanzler. Ich will damit nicht sagen, daß es sich um genau gleiche Situationen handelt. Damals konnte ein Wahnsinniger wie Hitler einen Krieg anfangen in der Hoffnung, ihn zu gewinnen, und ohne das Risiko der Vernichtung der Menschheit. Ich glaube, die Wahnsinnigen von heute stecken in einer anderen Zwangsjacke, die in den Veränderungen besteht, die in der Welt stattgefunden haben, in dem gegenwärtigen Kräfteverhältnis in der Welt; und außerdem haben wir noch die Hoffnung, daß diese Wahnsinnigen sich noch ein bißchen von der Vernunft leiten lassen.

Im Moment gibt es aber noch für die Partei, die eine solche Plattform billigte, eine reale Chance, die US-Wahlen zu gewinnen. Und natürlich könnte es keine unheilverkündenden Aussagen über Lateinamerika geben. Sie spricht sich für die Einstellung jeder Hilfe für Nikaragua aus und dafür, sich der Revolution dort zu entledigen, so wie jemand sich einen Tumor entfernen läßt; weiter alle fortschrittlichen Veränderungen in Mittelamerika zu verhindern, praktisch den faschistischen Regierungen zu helfen, die Abkommen über den Panamakanal zurückzuweisen und Puerto Rico zu annektieren. Es wurde sogar eine Seeblockade gegen Kuba erwähnt, und es gibt äußerst reaktionäre Ausführungen über eine aggressive Politik in Südostasien und im Nahen Osten, eine Politik der Aufrüstung, eine Politik, deren Ziel die militärische Überlegenheit über das sozialistische Lager ist.

Ich weiß, daß es in den Vereinigten Staaten einige Leute gibt, die meinen, daß wir Kubaner diese Plattform lieber nicht attackieren sollten. Sie sagen, daß infolge bestimmter Rechtstendenzen in der öffentlichen Meinung in den USA jede Kritik an diesem Programm nur die begünstigen würde,

die es gemacht haben, da man uns als Feinde betrachtet und es als Verdienst ausgelegt werden könnte, wenn Kuba dieses Programm angreifen sollte. Also, ich kann diese Ansicht wohl verstehen. Doch was hier auf dem Spiel steht, ist nicht die amerikanische Präsidentschaftswahl; was auf dem Spiel steht, könnte das Schicksal der Menschheit, das Schicksal der Welt sein, Krieg oder Frieden.

Diese Plattform muß zurückgewiesen werden, und die Weltmeinung muß darauf aufmerksam werden. Es ist wichtig, daß die Weltmeinung auf ein solches politisches Programm antwortet. Namen spielen für uns keine Rolle; es ist uns gleichgültig, wer Präsident der Vereinigten Staaten wird; wir wollen uns da nicht einmischen. Doch eine Situation, die sich aus dem Programm einer amerikanischen Partei herleitet, das die Welt mit Krieg bedroht, die geht uns schon an. Was hier auf dem Spiel steht, ist nicht nur eine nationale, sondern eine internationale Frage. Worum es hier geht, ist nicht Besorgnis um unser Land, sondern Besorgnis um die Menschheit.

Kubas Revolutionäre sind nicht einzuschüchtern

Als revolutionäres Land kennen wir die Risiken, die wir eingegangen sind, seit wir beschlossen, eine Revolution zu machen. Wir haben 21 Jahre lang mit solchen Risiken gelebt, und wir mußten alles ertragen: Wirtschaftsblockade, Subversion, Sabotage, konterrevolutionäre Banden, Pläne, uns alle zu ermorden. Daß wir noch leben, ist ein Beweis dafür, wie wirkungslos der Imperialismus ist, denn jeder kennt die Pläne, die sie gemacht haben; und bei aller Fairneß ist es auch ein Beweis dafür, wie wirksam unsere Staatssicherheitsorgane arbeiten. Söldnerinvasionen, Piratenangriffe, Pläne für eine direkte Aggression. Hat nicht all dies zur Stationierung von Atomraketen (seitens der UdSSR 1962; d. Red.) in Kuba geführt? Warum stimmten wir zu? Einfach, um die direkten Aggressionspläne der USA gegen Kuba zu kontern.

Viele von uns haben diese Erfahrung durchgemacht, ein großer Teil von denen, die hier anwesend sind – vielleicht nicht gerade die Jungen und Mädchen, die in den Mittelschulen als Beste abgeschnitten haben. Aber wir hatten schon einmal Atomraketen, und damals waren viele Atomwaffen auf uns gerichtet. Und alle werden sich wohl erinnern, daß in jenen kritischen Oktobertagen (des Jahres 1962; d. Red.) niemand hier eingeschüchtert war oder erschrocken oder schlaflose Nächte verbrachte. Es gab sogar eine Zeit, da hätten wir uns lieber von der Landkarte löschen lassen als den Forderungen des Imperialismus auch nur ein Jota nachzugeben.

Ich habe später dem 1. Parteikongreß unsere Einschätzung (Wortlaut siehe in AIB 2-4/1976; d. Red.) der Lösung erläutert, die für die folgende Krise gefunden wurde, und dabei sagte ich ganz offen und ehrlich, im Licht der Geschichte, im Licht der fast 20 Jahre, die seitdem vergangen sind, schien die Lösung uns korrekt gewesen zu sein.

Wenn ich davon heute wieder anfangen, wo neue Bedrohungen am Horizont auftauchen, so tue ich das, um gegenüber der republikanischen Clique und Herrn Reagan oder Regan oder wie immer er sich ausspricht – und seinen Beratern – ganz klar zu machen, daß Drohungen gegen Kuba nutzlos sind, um die Imperialisten zu warnen, daß sie uns damit nicht um den Schlaf bringen würden. Unser Volk ist kampferprobt und zu tapfer, als daß es sich von irgend jemand einschüchtern ließe.

Wir wissen nicht, was passieren wird. Es kommt ja häufig vor, daß die Wahlplattform eins ist und das, was die mutmaßlichen Wahnsinnigen tun, wenn sie an der Macht sind, etwas anderes. Vielleicht ist all das demagogische Gerede,

aber nach unserer Meinung ist es gefährlich, weil wir denken, daß sie sagen, was sie meinen, daß sie sagen, was sie fühlen.

Wir sollten diese Probleme analysieren, und unsere Bevölkerung muß gewarnt werden. Ich glaube, das ist ein Grund mehr für uns, unsere Arbeit zu verbessern, unsere Stärke zu entwickeln, unsere Verteidigung auszubauen und vor allem unsere Wachsamkeit zu erhöhen.

Wenn eine Plattform dieser Art in die Praxis umgesetzt wird, dann gibt es Krieg zwischen den USA und den Völkern Lateinamerikas, denn es ist unmöglich, diesen Kontinent in die Zeit des großen Knüppels zurückzusetzen. Und unser Volk – ein Volk mit hohem Erziehungsniveau und entwickeltem politischen Bewußtsein – muß mit diesen Realitäten konfrontiert werden, sich ihrer bewußt sein.

Wir sind keine Pessimisten, wir waren noch nie Pessimisten; im Gegenteil, wir waren und sind Optimisten. Darum messen wir der internationalen öffentlichen Meinung und der Meinung der Völker eine so große Bedeutung zu, denn es gibt keinen anderen möglichen Weg, keine anderen Wege oder Versuche, die Welt unter das Joch von Faschismus, unter das Joch von Kolonialismus, von Neokolonialismus, unter das Joch der Unterdrückung zu bringen als den, zuerst die Menschheit auszulöschen. Mit anderen Worten, wir glauben nicht, daß irgendetwas oder irgendjemand in der Welt in der Lage ist, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Wir wären aber naiv, sehr naiv, wir wären unrealistisch, wenn wir uns der Gefahren nicht bewußt wären.

Ich glaube, eine Menge Leute in der Welt – nicht nur Sozialisten, nicht nur Marxisten-Leninisten, sondern auch Demokraten, Liberale, Bürgerliche, bürgerliche Intellektuelle, religiöse Kreise, Staatsmänner auch aus der kapitalistischen Welt, auch aus der entwickelten kapitalistischen Welt, sind sich dieser Gefahren bewußt, müssen sich ihrer bewußt sein. Wir wissen, daß viele Leute vor ihnen warnen, und diese vernünftigen, zutiefst vernünftigen Ansichten müssen sich in der Tat durchsetzen.

Darum ist es unsere Pflicht, für den Frieden zu kämpfen, während wir gleichzeitig auf alles gefaßt sein müssen. Das sollte unsere Position sein: Für den Frieden kämpfen, für den Frieden arbeiten, den Frieden verteidigen, und gleichzeitig auf alles gefaßt sein.

Wird fortgesetzt

(Quelle: Granma, Weekly Review, Havanna, 3.8.1980)

AIB-Seminar Frieden und Befreiungskampf

Aus Anlaß des 10. Jahrestages des AIB-Antiimperialistischen Informationsbulletin veranstalten wir am Samstag, den 29. November 1980 in Marburg ein Seminar **Frieden und Befreiungskampf**.

Diskussionspunkte u.a.: Aktuelle weltpolitische Zuspitzung und Konsequenzen für die Dritte Welt; Verhältnis von Entspannung und Befreiungsrevolution; Legitimität des bewaffneten Befreiungskampfes?; Interessen der Dritten Welt an Abrüstung und friedlicher Koexistenz.

Alle interessierten AIB-Leser und Freunde haben dazu Gelegenheit am **Samstag, den 29. November 1980** im Marburger Stadthallenrestaurant von 10.30 bis 18.00. Tagungsbeitrag: 8,- DM. **Letzter Anmeldetermin: 7. November 1980.** Als angemeldet gilt, wer bis zu diesem Termin den Tagungsbeitrag entrichtet hat, entweder in Form von Briefmarken (dem Anmeldebrief beilegen) oder als Überweisung auf das Konto AIB-Weltkreis-Verlag, Kto. Nr. 966, Volksbank Marburg, (BLZ 533 900 00) Rudolphsplatz, 3550 Marburg.

Bitte nachstehenden Anmeldezettel ausschneiden oder kopieren und einsenden an: **AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg 1**

..... Anmeldeabschnitt

Ich/Wir
(Name und Adresse)

nehme(n) am AIB-Seminar Frieden und Befreiungskampf am 29. November 1980 in Marburg teil.

Der Tagungsbeitrag liegt in Briefmarken-Form bei
(Zutreffendes bitte ankreuzen) wurde auf das AIB-Konto überwiesen

.....
(Ort) (Datum) (Unterschrift)

Rainer Falk

Stillstand im „Nord-Süd-Dialog“



Vom 28. August bis zum 15. September 1980 tagte in New York die XI. Sondersitzung der UN-Vollversammlung. Den Durchbruch, den viele Entwicklungsländer erwarteten, hat diese Konferenz nicht gebracht. Nach wie vor ist die Rede vom Stillstand angemessen, wenn man den gegenwärtigen Stand der Auseinandersetzung um die Verwirklichung einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung (NIWO) umschreiben soll. Die von den imperialistischen Hauptmächten systematisch betriebene Verschärfung der internationalen Spannungen¹ hat auch die Chancen zur Durchsetzung echter demokratischer Veränderungen in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen zumindest vorübergehend erheblich eingeengt.

Auf der Tagesordnung der Konferenz standen zwei wesentliche Problemkomplexe:

1. Turnusgemäß sollte die Sondertagung der Vereinten Nationen ein Dokument über eine Neue Internationale Entwicklungsstrategie für die Dritte UN-Dekade, die 80er Jahre, verabschieden. Zum erstenmal hatten die Vereinten Nationen die 60er Jahre zum Entwicklungsjahrzehnt deklariert. Die Strategie für die Zweite Entwicklungsdekade in den 70er Jahren hatte sich bereits kurz nach ihrer Verabschiedung 1971 als ohne echte Realisierungschancen herausgestellt.

Dieses sich abzeichnende Scheitern der in der Entwicklungsstrategie für die Zweite Dekade fixierten Zielstellungen hatte in den Entwicklungsländern das Bewußtsein dafür ge-

schärft, daß grundlegende strukturelle Veränderungen am System der kapitalistischen Weltwirtschaft notwendig sein werden, wenn die ungleiche und abhängige Lage der Entwicklungsländer überwunden werden soll.

Resultat dieser Einsicht, die durch das Übergreifen der kapitalistischen Krise auf die Dritte Welt Mitte der 70er Jahre noch vertieft wurde, war die Forderung nach einer NIWO, so wie sie besonders in den Dokumenten der VI. und VII. Sondersitzung der Vollversammlung (1974 und 1975) gegen den heftigen Widerstand der imperialistischen Hauptmächte durchgesetzt wurde.

2. Die jetzt zu Ende gegangene Sondersitzung sollte ferner die Weichen für eine neue globale Verhandlungsrunde innerhalb des UN-Systems stellen, in der die bisherigen Ergebnisse der Bewegung für eine NIWO bilanziert und neue, verbindliche Festlegungen zu ihrer Verwirklichung getroffen werden sollen. Hier handelte es sich vor allem um eine Initiative der letzten Gipfelkonferenz der Bewegung nichtpaktgebundener Länder, die in ihrer Resolution Nr. 9 „die Zuflucht einiger entwickelter Länder zu Spaltungstaktiken gegenüber den Entwicklungsländern, zu Verzögerungsmanövern und zu Politiken, die darauf abzielen, globale Fragen von internationalem Interesse zu fragmentieren, um sich von ihren Verpflichtungen auf dem Gebiet der internationalen wirtschaftlichen und Entwicklungszusammenarbeit loszusagen“,² entschieden verurteilt hatte.

Die Havanna-Konferenz der Nichtpaktgebundenen forderte deshalb globale, einheitliche und auf ein verbindliches Ergebnis orientierte Verhandlungen auf den Gebieten Rohstoffe, Energie, Handel, Entwicklung, Währungs- und Finanzierungsfragen. Die XI. UN-Sondertagung sollte die genaue Tagesordnung dieser Verhandlungsrunde festlegen.

Internationale Entwicklungsstrategie wofür?

Das jetzt verabschiedete Strategiedokument enthält im wesentlichen folgende Festlegungen:

- Das Bruttosozialprodukt der Entwicklungsländer soll zwischen 1980 und 1990 jährlich um 7% wachsen. Die landwirtschaftliche Produktion soll um 4%, die industrielle Produktion um 9% gesteigert werden. Die Exporte der Dritten Welt sollen Zuwachsraten von 7,5%, die Importe von 8% aufweisen.

- Das Papier fordert einen höheren Kapitalzufluß als bisher, „dessen Konditionen besser den wirtschaftlichen Umständen in den Entwicklungsländern entsprechen“. Zu diesem Zweck sollen die Industrieländer entsprechend den Empfehlungen des Brandt-Berichts ihre öffentliche Entwicklungshilfe bis 1985 auf 0,7% ihres Bruttosozialprodukts steigern und so bald wie möglich weiter auf 1%.

- Empfohlen wird der Abschluß weiterer Rohstoffabkommen und eine Steigerung der Rohstoffverarbeitung in den Entwicklungsländern. Die Industrieländer sollen dies durch technische und finanzielle Hilfe fördern. Der gemein-

same Fonds des Integrierten Rohstoffprogramms der UNCTAD, der der Exporterlösstabilisierung der Dritten Welt dient, soll rasch seine Arbeit aufnehmen.

- Gefordert wird eine Reform des internationalen Währungssystems, die den Entwicklungsländern eine gleichberechtigte Beteiligung an den internationalen Institutionen wie Weltbank und Internationaler Währungsfonds (IMF) ermöglichen soll. Besonders an den IMF ergeht die Aufforderung, „den sozialen und innenpolitischen Zielen der Mitgliedsländer sowie ihren wirtschaftlichen Prioritäten, einschließlich der Zahlungsbilanzprobleme, größere Aufmerksamkeit zu schenken“.

- Das Strategiepapier spricht sich für eine schnellere Erschließung aller Energieträger aus. Besonders die westlichen Industrienationen, die den größten Teil der Kohlenwasserstoffenergie (Erdöl, Erdgas) verbrauchen, werden zu verstärkter Sparsamkeit angehalten. Den Entwicklungsländern soll der „größtmögliche Zugang zur Energietechnologie“ gewährt werden.

- Von den Industrieländern wird erneut eine Öffnung ihrer Märkte für Einfuhren aus Entwicklungsländern verlangt, gekoppelt mit Zoll- und anderen Präferenzen.

- In allgemeiner Form betont das Dokument die Notwendigkeit von Agrarreformen in der Dritten Welt und fordert die Schaffung einer Getreidereserve von 500.000 Tonnen.

- An institutionellen Neuerungen schlägt die neue Strategie die Bildung eines Weltentwicklungsfonds vor, gedacht wohl auch als Gegengewicht zur Finanzkraft der westlich dominierten Weltbank, der den finanziellen Ressourcetransfer in die Dritte Welt „poolen“ soll.³

Bei der Durchsicht dieser Zielstellungen fällt auf, daß sie zum großen Teil sehr unverbindlich und wenig präzise (sieht man von den quantifizierten Wachstumsraten ab) formuliert sind. Zu bemerken ist ferner ein fast durchgängig technisches Herangehen und der Verzicht auf die Formulierung wesentlicher sozialökonomischer Zielstellungen, wie es beispielsweise von zahlreichen nichtstaatlichen Organisationen – etwa der Organisation für Afro-Asiatische Völkersolidarität (AAPSO)⁴ – gefordert worden war. Notwendig wäre hier etwa gewesen ein Plädoyer

- für die Schaffung bzw. den weiteren Ausbau des staatlichen und genossenschaftlichen Wirtschaftssektors in der Dritten Welt;

- für die Einführung und effektive Gestaltung einer volkswirtschaftlichen Planung der ökonomischen Entwicklungsprozesse in den Entwicklungsländern; oder

- für die Schaffung einer wirksamen Gesetzgebung in den Entwicklungsländern zur Kontrolle des ausländischen Privatkapitals in ihrer Wirtschaft.

Insofern werden zentrale Mängel, die schon in der Internationalen Entwicklungsstrategie für die 70er Jahre enthalten waren, auch in dem neuen Dokument nicht behoben. Frag-

lich ist es deshalb auch, ob die neue Strategie ihrem Anspruch gerecht werden kann, einen wirksamen Beitrag zur Verwirklichung einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung zu leisten.

Fragt man nach den Ursachen dieser Schwächen, so muß neben den Inkonsequenzen, die sich vor allem aus dem Übergewicht kapitalistisch orientierter Entwicklungsländer in der Gruppe der 77 ergeben, vor allem auf die massive konzeptionelle Beeinflussung hingewiesen werden, die von den kapitalistischen Industriestaaten bei den Vorbereitungsarbeiten der Sondersitzung der Vollversammlung praktiziert worden ist.

Diese haben ihre Strategie zur Aushöhlung der entscheidenden anti-neokolonialistischen Bestimmungen der 1974 verabschiedeten UN-Charta der Ökonomischen Rechte und Pflichten der Staaten teilweise mit Erfolg fortführen können. Es ging ihnen in der Hauptsache darum, bereits im Entwurf des Strategiepapiers Maßnahmen zur Förderung der kapitalistischen Entwicklung in der Dritten Welt festzuschreiben und dabei gezielt die imperialistischen Finanzorganisationen wie IMF und Weltbank einzuschalten.

Hardliner USA, Großbritannien, BRD

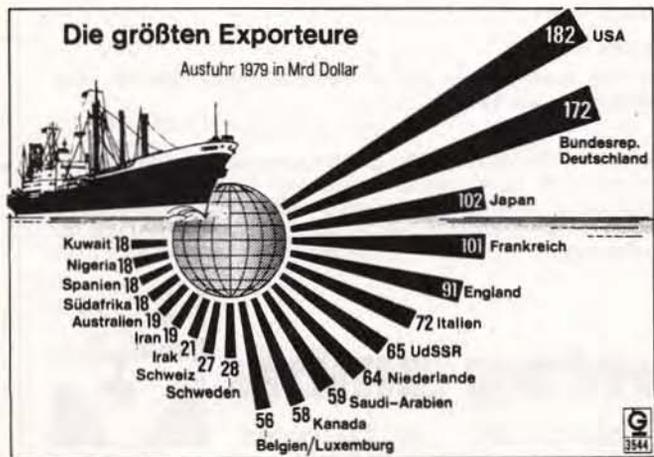
Während ein Teil der westlichen Länder die unabwendbare Umgestaltung der internationalen Arbeitsteilung durch Teilergebnisse an die Entwicklungsländer in „systemgerechte“ Bahnen lenken will, sind andere nicht einmal zu minimalsten Zugeständnissen bereit. Die USA und die Schweiz beispielsweise lehnten die Forderung nach Erhöhung der öffentlichen Entwicklungshilfe auf 0,7% des Brutto sozialprodukts strikt ab, während die BRD bei der Festlegung auf das Jahr 1985 Vorbehalte angemeldet hat.

Wichtiger noch als die Diskussionen über die Neue Internationale Entwicklungsstrategie waren auf der New Yorker Konferenz die Auseinandersetzungen über die Tagesordnung der für das nächste Jahr von Januar bis September geplanten globalen Verhandlungsrunde über die Verwirklichung zentraler Bestandteile des NIWO-Konzepts. Hier stellten sich die USA, Großbritannien und die BRD als die großen Bremsen selbst an den Pranger. Sie haben selbst zu Kompromissen über prozedurale Fragen „Nein“ gesagt.

Erneut wurde damit die latente Uneinigkeit der wichtigsten kapitalistischen Industriestaaten über wichtige taktische Fragen bei der Auseinandersetzung mit den Forderungen der Entwicklungsländer offenkundig, wengleich etwa der Bonner Delegationsleiter auf der Sondertagung die prinzipielle Einigkeit der EG darüber, „daß die Rechte der Sonderorganisationen der UNO nicht gefährdet werden dürfen“,⁵ betont hat.

Das „Nein“ der drei Hardliner USA, Großbritannien und der BRD zum Problem der Verhandlungskompetenzen der einzelnen Gremien innerhalb des UN-Systems, durch das wichtige Modalitäten der globalen Verhandlungsrunde noch im Ungewissen sind, hat einen einfachen, aber vom Standpunkt der Politik der imperialistischen Machtbehauptung sehr einsichtigen Grund: Im Vorhinein ging es den imperialistischen Hauptmächten darum zu verhindern, daß die von ihnen beherrschten Organisationen IMF und Weltbank durch die Vollversammlung überstimmt werden können. Aufgrund der negativen Erfahrungen mit der Pariser Konferenz für Internationale Wirtschaftliche Zusammenarbeit (KIWZ, damals auch „Nord-Süd-Dialog“) vom Dezember 1975 hatten die Entwicklungsländer diesmal darauf bestanden, daß die Verhandlungen über die NIWO innerhalb der demokratisch zusammengesetzten UN-Organe geführt werden.

Eine Auswertung der New Yorker Sondersitzung wäre unvollständig, wenn nicht ein Wort zur imperialistischen Spal-



tungstaktik gesagt würde, die die kapitalistischen Industrieländer auch diesmal wieder gegenüber der Dritten Welt versucht haben. Besonders Bundesaußenminister H.D. Genscher hat in seiner Rede versucht, die OPEC-Staaten für die Zahlungsbilanzprobleme der übrigen Entwicklungsländer verantwortlich zu machen. H.D. Genscher: „Der Ölpreisschub belastet die Entwicklungsländer in diesem Jahr gegenüber 1978 mit einer Summe, die fast das Doppelte der gesamten öffentlichen Entwicklungshilfe der OECD-Länder, der OPEC-Länder und der COMECON-Länder ausmacht. Es ist, als sei diese Hilfe gestrichen und darüber hinaus ein weiterer, fast gleich hoher Betrag zur Zahlung gefordert worden.“⁶

Schlüsselproblem Öl/Energie

Bei allen tatsächlich durch das neue ökonomische Gewicht der Ölländer innerhalb des Lagers der Dritten Welt ausgelösten Differenzierungsprozessen muß diese Taktik so lange scheitern wie die kapitalistischen Industrieländer nicht bereit sind, auch nur elementare Zugeständnisse an die Entwicklungsländer zu machen. Ähnliches gilt für den Versuch, die Entwicklungswelt gegen das sozialistische Lager, das die Forderung nach demokratischen Umgestaltungen in der Weltwirtschaft entschieden unterstützt, auszuspielen. Bemerkenswert ist deshalb der Kommentar des Handelsblatts vom 9. September 1980: „Doch dieses Konzept (der Spaltung; d. Verf.) scheint bislang fehlzugehen,“ heißt es dort. „In New York sind kaum Risse in der bewährten Front (von Entwicklungsländern, OPEC und sozialistischen Staaten; d. Verf.) sichtbar geworden. Die Vertreter der OPEC unterstützen die Forderungen der Dritten Welt nach Struktur-reformen im internationalen Finanzsystem. Die Entwicklungsländer verzichteten mit wenigen Ausnahmen auf An-

klagen gegen OPEC und Ostblock.“

Das bislang erfolgreiche Bemühen um die Überbrückung teilweiser Interessendivergenzen zwischen OPEC- und übrigen Entwicklungsländern zugunsten der gemeinsamen Interessen hat somit auch einen entscheidenden materiellen Grund. Für die kapitalistischen Industrieländer ist die Energiefrage heute „ein Schlüsselproblem“, wie auch H.D. Genscher in New York betont hat. Sie haben ein essentielles Interesse daran, über dieses Problem mit den OPEC-Staaten in verbindliche Verhandlungen zu treten. Wenn die OPEC-Länder nun, wie in New York und bei der kommenden globalen Verhandlungsrunde, nur unter der Bedingung zu solchen Verhandlungen bereit sind, daß auch die anderen Bereiche, in denen die Entwicklungsländer internationale wirtschaftliche Struktur-reformen fordern, auf die Tagesordnung gesetzt werden, bleibt den kapitalistischen Industrieländern gar nichts anderes übrig als darauf einzugehen.

So gesehen ist das Projekt der globalen Verhandlungsrunde zugleich eine Möglichkeit für die gesamte Dritte Welt, bei der Durchsetzung ihrer Forderung nach einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung ein Stück voranzukommen. Der Einsatz des ökonomischen und politischen Potentials der OPEC-Staaten ist dabei unverzichtbar.

Anmerkungen:

- 1) Siehe dazu: AIB 3/1980, S. 4ff. und 7-8/1980, S. 4 ff.
- 2) Res. No. 9 on Global Negotiations Relating to International Economic Co-operation for Development, in: Documents of the Sixth Conference of Heads of State or Government of Non-aligned Countries, Held in Havana, Cuba, from 3 to 9 September, 1979, o.O., o.J.
- 3) Zusammenfassung der Punkte nach Presseberichten, besonders: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.9.1980 und Die Welt, 17.9.1980
- 4) Siehe AAPSO-Positionspapier in: AIB 6/1980, S. 36-39
- 5) Zit. nach: Die Welt, 17.9.1980
- 6) Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung, Nr. 93/29.8.1980, S. 793

Kathrein Tallowitz
Der Staudamm-bau von Sobradinho

Vertreibung des Volkes



Das Buch zur Fernseh-sendung

am 26. 10. 1980, um 20.15 Uhr WDR III

am 30. 10. 1980, um 19.15 Uhr HR III

„Terra Roubada“ (Geraubtes Land)

von Peter v. Gunten

Ein Film über ein Großprojekt bundesdeutscher Hilfe zur Verarmung – das Stauseeprojekt von Sobradinho/Brasilien.

Unser Buch zu diesem Projekt:

Kathrein Tallowitz, Vertreibung des Volkes, Der Staudamm-bau von Sobradinho, 127 Seiten, Mettingen 1979, DM 9,80
ISBN 3-88559-079-4

Stimmen zum Buch:

... zur Zeit wohl leenswertestes Buch deutscher Sprache über den brasilianischen Nordosten ...“

W. Brasa, *Brasilien Nachrichten* 1/2/80

„Das Sobradinho-Projekt ist ein Beispiel für Ausbeutung im großen Stil, und die Deutschen haben wieder einmal ihre Finger mit im Spiel. Gerade deshalb ist die Beschäftigung mit diesem ‚Entwicklungs-Projekt‘ von großer Bedeutung, und dazu eignet sich diese Veröffentlichung als wertvolle Grundlage.“
Siegfried Pater, *ila-info*, April 1980

brasilienkunde verlag gmbh

Postfach 1220 · 4532 Mettingen



Die Neue TAGESZEITUNG **Keine
Schublade
paßt**

***Links,
unabhängig,
aber freilich
parteilich**



Das NEUE-Abonnement kostet im Vierteljahr DM 46,50. Nutzen Sie aber zunächst unser Angebot zum Kennenlernen: DIE NEUE eine Woche kostenlos ins Haus. Senden Sie uns einfach folgenden Coupon oder eine Postkarte. Name und Adresse nicht vergessen.

Ich bestelle die NEUE unverbindlich eine Woche zur Probe.

Name Straße

Ort Unterschrift

an: DIE NEUE Abt. W/ 66

Oranienburger Str. 170/172, 1000 Berlin 26

Simon Bolivar – „Befreier Südamerikas“



Der Name Simon Bolivar – dessen Todestag sich am 17. Dezember 1980 zum 150. Male jährt – ist das Symbol für die Befreiung Südamerikas. Dieser Ruhm, im Laufe der Jahrzehnte zusätzlich verklärt, läßt ihn fast übermenschliche Statur annehmen, die allerdings Widersprüche und Schwächen dieser Persönlichkeit verdeckt.

Simon Bolivar y Ponte wurde am 24. Juni 1783 in Caracas als Sohn einer kreolischen (Bezeichnung der in Amerika geborenen Spanier) Adelsfamilie geboren. Standesgemäß wurde er zur Ausbildung nach Europa geschickt, wo ihn die Ideen Rousseaus und der französischen Revolution beeinflussten. Nachhaltigen Eindruck übten indes auch die Kaiserkrönung Napoleons 1804 sowie die Verleihung der Eisernen Krone der Lombardei an Napoleon aus. Sie prägten offenkundig seinen späteren Hang zu prunkvollen Zeremonien und monarchischem Auftreten. 1809 kehrte Bolivar nach Venezuela zurück.

Zu dieser Zeit begann die Aufstandsbewegung Lateinamerikas gegen die spanische Herrschaft. 1810 befanden sich mit Ausnahme Perus alle spanischen Kolonien im Aufruhr. Bereits während des 18. Jahrhunderts war es immer wieder zu Rebellionen gekommen; 1806 schließlich führte Sebastian Francisco de Miranda eine Revolte in Venezuela an, die jedoch niedergeschlagen wurde. Die Ursachen lagen in dem verschärften Konflikt zwischen der zu ökonomischer Macht gelangten Kreolenaristokratie – die politische Autonomie und wirtschaftliche Freiheit forderte – und dem Starrsinn des niedergehenden spanischen Feudalismus.

Diese Kreolenschicht bildete auch die Führungsschicht des Befreiungskampfes. Selbst zumeist Großgrundbesitzer, fürchteten sie den Einfluß der Massen und waren bemüht, ihn zu unterbinden. Dennoch bildeten sich die Befreiungsarmeen überwiegend aus indianischen Bauern, schwarzen Sklaven, Mestizen-Handwerkern und städtischen kleinbürgerlichen Elementen. Ausgelöst durch den Sieg des Unabhängigkeitskampfes der USA, vor allem aber des Sklavenaufstandes auf Haiti (1803), und begünstigt durch den Verfall spanischer Herrschaft unter der napoleonischen Besetzung entwickelte sich die Aufstandsbewegung relativ spontan und an mehreren Orten zugleich. Diese regionale Zersplitterung, die erst spät durch Simon Bolivar und San Martin überwunden wurde, ermöglichte es der geschwächten Besatzungsmacht zunächst, die Bewegung zu zerschlagen.

S. Bolivar schloß sich dem Aufstand erst im September 1811 auf Drängen Mirandas, der im amerikanischen Unabhängigkeitskrieg und in den französischen Revolutionsheeren gekämpft hatte, als Befehlshaber einer Festung an. Die durch Versagen Bolivars erfolgte Besetzung dieser Festung durch die Spanier zwang Miranda, vertraglich der

Wiederunterwerfung Venezuelas unter Spanien zuzustimmen. Unter dem Vorwurf des Verrats wurde Miranda u.a. durch Bolivar, der dies möglicherweise ehrlich glaubte, den Spaniern ausgeliefert. Miranda, der große Führer dieser Phase der Revolution, starb 1816 in spanischer Haft. Simon Bolivar wurde zu seinem Nachfolger. Militärische Niederlagen, mehrfach aufgrund fehlerhafter Entscheidungen, führten zur Flucht, die ihn schließlich nach Haiti brachte. Von dort kehrte er mit neuer Ausrüstung 1816 zurück, um den Kampf wieder aufzunehmen.

Etwa gleichzeitig begann durch die Intensivierung des Aufstandes im Süden des Halbkontinents eine neue Phase der Revolution. Argentinien proklamierte 1816 seine Unabhängigkeit; im Januar 1817 führte General San Martin sein Heer mit einer Glanzleistung über die Anden, um das Vizekönigtum Peru zu erobern.

Währenddessen erlitt Bolivars Armee trotz Überlegenheit Niederlagen.

In dieser Situation kamen zwei glückliche Umstände zusammen: Eine große Zahl europäischer Freiwilliger, darunter erfahrene Offiziere, schloß sich Bolivars Truppen an, und in Angostura traf Bolivar mit Santander zusammen, der aus Neu-Granada (Kolumbien) stammte und ihn um Unterstützung bat, da die dortige Bevölkerung zum Aufstand bereit sei. Auf Anraten seiner ausländischen Offiziere führte Simon Bolivar sein Heer über die Anden und errang in mehreren Schlachten den Sieg über die Spanier. Im August 1819 wurde die Republik Kolumbien proklamiert, zu der Venezuela hinzukommen sollte; S. Bolivar wurde ihr Präsident. Nach längerem Zaudern wurden schließlich 1821 Venezuela und 1822 Ekuador befreit und zur Republik Großkolumbien vereinigt; Präsident wurde Bolivar, der „Befreier des Nordens“.

Inzwischen hatte San Martin, der „Befreier des Südens“ die Spanier bei Chacabuco geschlagen und Chile befreit und im September 1820 mit der Besetzung Limas die Befreiung Perus begonnen. Im Juli 1822 trafen Simon Bolivar und San Martin zusammen, zerstritten sich jedoch anscheinend über die militärische Führung; San Martin verzichtete und zog sich zurück, Bolivar setzte die Vorbereitungen zur Eroberung ganz Perus fort. Am 8. Dezember 1824 gelang der entscheidende Sieg, das obere Peru wurde ihm zu Ehren zur Republik Bolivien proklamiert. Im Januar 1826 kapitulierte die letzten spanischen Truppen. Die Befreiung vom spanischen Kolonialismus war vollendet.

Sieger über die Spanier

S. Bolivar berief 1826, während es in Kolumbien zu Differenzen zwischen seinen zentralistisch gesinnten Anhängern und eher föderalistisch orientierten Kräften kam, einen Panamerikanischen Kongreß nach Panama ein, dessen Ziel, einen neuen demokratischen und gesamtamerikanischen Gesetzkodex einzuführen, jedoch scheiterte. Nach zunehmenden Auseinandersetzungen und wegen diktatorischer Neigungen angegriffen, gab Simon Bolivar 1830 seinen Rücktritt bekannt. Er starb am 17. Dezember 1830 auf dem Weg ins Exil.

Die Befreiungsrevolution verwirklichte die politische Unabhängigkeit Lateinamerikas. Um ihre volle, auch ökonomische Souveränität, mußte die Überzahl der in viele Einzelstaaten zerfallenen ehemaligen Großrepubliken freilich noch heute kämpfen. Die lateinamerikanische Revolution schuf zwar bürgerliche Demokratien; deren Grenzen waren jedoch eng. In vielen dominierten diktatorische bis monarchische Tendenzen. So äußerte auch S. Bolivar: „Ein System der Massenherrschaft (...) würde unseren Ruin bedeuten.“ Entsprechend vermochte die Revolution die Bodenfrage in Form einer Landreform nicht zu lösen. Ihr sozialer Gehalt blieb die Herrschaft des siegreichen kreolischen Großgrundbesitzes mit bürgerlich-demokratischen Elementen.

Simon Bolivars Ruhm als Stratege und Feldherr ist vielfach derjenige anderer Offiziere und Heerführer; seine diktatorischen Neigungen waren gewiß kein Einzelfall unter den zahlreichen Militärbefehlshabern, unter denen es immer wieder zu Rivalitäten kam. S. Bolivar vermochte sich ihnen gegenüber jedoch durchzusetzen und damit integrierend sowohl für den Kampf als auch bei der Bildung der unabhängigen Republiken zu wirken. Seine Vision eines vereinten Amerika scheiterte, seine Leistung aber war die der erfolgreichen Beendigung der dreihundertjährigen Unterdrückung durch Spanien und damit eines historischen Sieges im Befreiungskampf der Völker.

H. Denk/J. Ostrowsky

Filme zum Verhältnis China-Vietnam nach 1975

Dieses Mal (Filme zur inneren Entwicklung in Vietnam bzw. Kampuchea siehe in: AIB 4 und 5/1980; d. Red.) sollen Filme vorgestellt werden, die einen Eindruck geben von der Entwicklung des Verhältnisses zwischen der VR China und der SR Vietnam nach 1975.

Bleib ruhig und sei bereit

(3 Wochenschauen)

Dokumentarfilmstudio Hanoi, Februar 1979. Schwarzweiß, 16 mm, ca. 8 Minuten, in deutscher Sprache. Leihgeb. 30,- DM.

Dieser Film besteht aus drei aneinandergehängten Wochenschauen aus dem Februar 1979, gedreht und montiert während der chinesischen Aggression. Er enthält Aufnahmen von den Kämpfen um Lang Son, von getöteten und gefangenen chinesischen Soldaten sowie von den Evakuierungsmaßnahmen der vietnamesischen Regierung.

Der Filmdienst hat den Originalkommentar ersetzt durch einen neuformulierten deutschen Text, der in Kurzform eine Bilanz der gesamten Aggression zu ziehen versucht.

Er ist besonders geeignet für Veranstaltungen, in denen diese Aggression nur einer der inhaltlichen Gesichtspunkte ist, als Einleitung einer Diskussion oder eines Referates.

Peking – Aggression und Niederlage

(Bac Kinh xam luoc va tham bai)

Dokumentarfilmstudio Hanoi, 1979. Schwarzweiß, 16 mm, ca. 40 Minuten, in englischer Sprache (deutsche Übersetzung wird mitgeliefert); Leihgebühr 60,- DM.

Der Film ist eine Zusammenstellung von vietnamesischen Wochenschauaufnahmen der chinesischen Militäraktion vom Februar/März 1979. Er führt einige Ereignisse aus der Vorgeschichte dieser Aggression an: die Aufhetzung der Hoas, den Grenzkonflikt im Südwesten, die Hinwendung der chinesischen Führung zur westlichen Führungsmacht USA. Er zeigt sowohl die vorsorglichen Maßnahmen der vietnamesischen Regierung (Evakuierung der Bevölkerung aus besonders gefährdeten Gebieten, Aufbau und Ausrüstung der lokalen Milizen, Verteidigungsanlagen und -vorarbeiten im Grenzgebiet, aber auch in den Städten Hanoi und Ho-Chi-Minh-Stadt) als auch den Ablauf der Kämpfe selbst (Verteidigung durch lokale Milizstreitkräfte und Armee, Guerillakampf und Artillerie). Gefangene chinesische Soldaten werden gezeigt und interviewt, die grausame „Politik der verbrannten Erde“, die die chinesischen Aggressoren praktiziert haben, wird in erschütternden Bildern dokumentiert.

Der Film ist in Vietnam mit einem englischen Kommentar versehen worden. Dem Filmdienst lag darüber hinaus noch eine aus Vietnam mitgelieferte Kommentarliste vor, die nicht immer mit dem Originalton übereinstimmt. Offenbar ist der Film im Lauf der Ereignisse immer wieder neu aktualisiert worden. Darauf deutet auch die Tatsache hin, daß er nicht argumentativ aufgebaut ist, sondern die verschiedenen Themen und Bildersequenzen in ihrer aktuellen Verfügbarkeit jeweils angefügt zu sein scheinen. Von unmittelbarer Betroffenheit durch das grausame Vorgehen des ehemaligen Bruderlandes ist auch der Originalkommentar geprägt.

Dies muß man berücksichtigen, wenn der Film ohne weitere Erläuterung vorgeführt werden soll, zum Beispiel vor einem Publikum, dem das Verstehen des englischen Textes zuzutrauen ist. Es sollte dann in einer einleitenden Erläuterung darauf hingewiesen werden, daß solche Zusammenstellungen von Wochenschauaufnahmen vor allem der Agitation der Bevölkerung in Vietnam dienen, und deshalb in einem Ton verfaßt sind, der den Verteidigungswillen und die Opferbereitschaft der Bevölkerung stärken soll, der aber von einem hiesigen Publikum leicht als zu militärisch-aufpeitschend empfunden werden kann.

Der mitgelieferte deutsche Kommentar, der so verfaßt ist, daß er bei Vorführung des Filmes eingelesen werden kann, stimmt nicht immer mit dem Originalkommentar überein, denn wir haben uns bei seiner Redaktion auch auf das mitgelieferte schriftliche Material gestützt, sowie einige Formulierungen bewußt abgeschwächt.

Die Wahrheit an den Tag gebracht

(Su That Len Tieng)

Dokumentarfilmstudio Hanoi, 1978. Schwarzweiß, 16 mm, 35 Minuten, in deutscher Sprache. Leihgebühr 60,- DM; gekürzte Fassung von ca. 10 Min. 30,- DM.

Die Auseinandersetzungen zwischen Vietnam und der VR China drangen zum ersten Mal an die Öffentlichkeit, als die chinesische Propaganda behauptete, Vietnam mißhandle und vertreibe die Ange-

hörigen der chinesischen Minderheit in seinem Land systematisch, um sich so der lästigen Bevölkerungsgruppe der Hoa zu entledigen. Diese Behauptungen sind dann auch von den westlichen Zeitungen und Regierungen übernommen worden im Zusammenhang mit der propagandistischen Nutzung der Flüchtlingstragödie der sog. „Boat People“ (Bootsleute).

Schon bald wurde klar, daß das Hochspielen der Probleme um die Hoa und die zynische Politik der chinesischen Führung einen wichtigen Stellenwert hatte in der Vorbereitung der militärischen Aggression von 1979. Der Film ist eine unmittelbare Reaktion auf diese ersten Vorwürfe, und, wenn man es aus der Distanz betrachtet, ein eindrucksvoller und sehr mühsamer Versuch, die Auseinandersetzungen auf der Ebene des Austausches von Argumenten zu halten. Das Hoa-Problem ist eine Episode einer Entwicklung, die inzwischen, wie wir wissen, weiterging.

Der Film besteht zum größten Teil aus sehr ausführlich zitierten Aussagen von Hoas über ihr Leben in Vietnam, über die Versuche der chinesischen Führung, durch Einschüchterung und Verlockung die Hoas dazu zu bewegen, für Unordnung und Aufruhr in Vietnam zu sorgen und in Massen illegal auszuwandern. Bei der Übersetzung der Zeugenaussagen direkt vom Vietnamesischen ins Deutsche, mit Unterstützung von hier lebenden Vietnamesen, hat der Filmdienst große Sorgfalt angewendet. Um den Freunden Vietnams, die in einer Veranstaltung auch hier mit einem kurzen Streifen informieren wollen, entgegenzukommen, bietet der Filmdienst eine gekürzte Fassung des Films an.

Einige Bilder zum Grenzproblem Vietnam – Kampuchea

Dokumentarfilmstudio Ho-Chi-Minh-Stadt 1977. Schwarzweiß, 40 Minuten, in englischer Sprache. Deutsche Übersetzung wird mitgeliefert. Leihgebühr 60,- DM.

Dieser Film beweist, daß die Truppen des Pol-Pot-Regimes, während der Dauer ihres Grenzkrieges gegen die südlichen und westlichen Randprovinzen Vietnams, schon genauso grausam gegen die Bewohner der überfallenen Städte und Dörfer vorgingen, wie wir es inzwischen von der Behandlung des eigenen Volkes wissen. Er ist direkt nach der öffentlichen Bekanntgabe der Feindseligkeiten zwischen Vietnam und dem „Demokratischen Kampuchea“ entstanden, nachdem zum Jahreswechsel 1977/78 die bisher geübte Geheimhaltung des Konflikts aufgegeben worden war.

Der Film besteht aus zwei Teilen, in deren erstem minutiös und unter genauer Angabe von Ort, Zeit und Ausdehnung sämtliche Grenzverletzungen, die die Truppen Pol Pots seit 1975 verübt hatten, aufgezählt werden. Im zweiten Teil werden vor allem Bilder von verwüsteten Dörfern und massakrierten Menschen gezeigt. Dazu enthält der Film Interviews mit vietnamesischen Dorfbewohnern, die überlebt haben sowie mit geflohenen Kampucheanern und gefangenen kampucheanischen Soldaten, die Aufschluß darüber geben, welche propagandistische und verleumderische Agitation man verwendete, um diese Truppen gegen Vietnam aufzuhetzen und zu führen.

Auch von diesem Film wird der Filmdienst eine gekürzte Version von ca. 10 Minuten Länge anbieten.

In Verbindung mit einem der beiden Filme über die chinesische Aggression von 1979 könnte die Vorführung beider Kurzversionen der Filme über den Grenzkonflikt im Süden und über die Hoas ein ziemlich vollständiges Bild ergeben über die Geschichte der Beziehungen zwischen der VR China und Vietnam nach 1975. Die vorangegangenen Phasen der Entwicklung dieser Beziehungen von der Freundschaft zur Feindschaft müßten in einleitenden Ausführungen von den Veranstaltern dargestellt werden.

G. Giesenfeld

(Quelle: Vietnam-Kurier, Düsseldorf Nr. 5/1980, S. 16)

Filmdienst Vietnam

c/o Prof. G. Giesenfeld
Frankfurter Straße 55
3550 Marburg/Lahn
Telefon (06421) 12170

Chile

Die Farce der „Volksabstimmung“ Pinochets vom 11. September d.J. hat die Einheitsbestrebungen aller nichtfaschistischen Kräfte Chiles vorangetrieben. Massendemonstrationen begleiteten das Plebiszit, das die faschistische Junta legalisieren sollte. Mit der Befragung, die unter Ausnahmezustand, Verbot aller politischen Parteien, ohne Wählerverzeichnisse usw. stattfand, plante die Junta, Pinochets Amtszeit bis ins Jahr 1997 zu verankern (vgl. AIB 10/1980, S. 3). Trotz des repressiven Klimas stimmten 30% der Chilenen gegen Pinochet. Der Widerstand gegen die sog. Volksbefragung zeigt, daß die von den Linksparteien vorgeschlagene Alternative, die Bildung einer Übergangsregierung und die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung in breiten Teilen der Bevölkerung, bei den Gewerkschaften und bei der Kirche Unterstützung findet.

Als einen ersten Schritt hin zur Einheitsfront beschlossen die in der Unidad Popular vereinten Parteien und Vertreter der Christdemokratischen Partei die Gründung einer „Sammlung für die Demokratie in Chile“, um die Legalisierung der politischen Parteien und die Herstellung aller Rechte zu erlangen. Der wachsende Widerstand des chilenischen Volkes wird laut C. Almeyda, früherer Außenminister der Regierung Allende, auch in der Breite der Bewegung für die Menschenrechte deutlich, die sich in der Gruppe der Angehörigen Verschwundener, der chilenischen Menschenrechtskommission und dem Komitee für die Rückkehr der Exilchilenen ausdrückt (siehe Afriקה Asie, Paris, Nr. 223/ 29.9. - 13.10.1980). C. Almeyda ist überzeugt, daß in den sich vertiefenden Kampf gegen die Diktatur künftig auch die Mehrheit der Christdemokraten einbezogen werden wird.

BRD- El Salvador

Am 26.9.1980 besetzten 150 Mitglieder von El-Salvador-Solidaritätsgruppen den Kölner Dom, um dort symbolisch das traditionelle kirchliche Asylrecht wahrzunehmen, das von der Junta in El Salvador systematisch verletzt wird. Erst wenige Tage vor der Besetzung waren in El Salvador 50 Menschen auf der Flucht vor der Repression, die innerhalb eines Jahres 8000 Opfer forderte, in kirchlichen Gebäuden umgebracht worden.

Ein weiteres Anliegen war, von Seiten der Deutschen Bischofskonferenz eine eindeutige Solidaritätserklärung zugunsten der verfolgten Christen und Volksorganisationen zu erhalten: „Von einer aktiven Stellungnahme erwarten die Demonstranten mehr als Worte: Einflußnahme der Bischöfe auf die Bundesregierung und vor allem die christlichen Parteien dahingehend, daß die wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen zu El Salvador abgebrochen und jegliche moralische, politische und militärische Hilfe für die Militärdiktatur eingestellt wird.“ So heißt es in der Kölner Presseerklärung der El-Salvador-Solidaritätskomitees vom 28.9.1980.

Die einzige Stellungnahme jedoch war die Anrufung der Polizei, die den Dom gewaltsam räumte. 31 Demonstranten wurden zur erkennungsdienstlichen Behandlung vorübergehend festgenommen.

BRD-Kuba

Im September d.J. titulierte das Landesarbeitsgericht Niedersachsen in einem Berufsverbotsurteil gegen Horst-Eckart Gross die Freundschaftsgesellschaft Bundesrepublik-Kuba als „verfassungsfeindliche Organisation“, die „weitgehend kommunistisch unterwandert“ sei. Bekanntlich arbeiten in der Freundschaftsgesellschaft Menschen unterschiedlichster politisch-weltanschaulicher Auffassungen, Sozialdemokraten, Liberale, Kommunisten und andere, zusammen. Im Vorstand sind beispielsweise der SPD-Bundestagsabgeordnete K. Thüsing oder der linkssozialdemokratische Priester J. Schwabedissen vertreten. In der Plattform der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba ist unzweideutig ein Auftrag des Grundgesetzes zugrundegelegt, stellt sie sich doch die Aufgabe, „die Beziehungen zwischen beiden Völkern zu vertiefen, das gegenseitige Verständnis zu fördern und auf eine dauerhafte Freundschaft hin zu festigen...“

In einer Erklärung vom 29.9.1980 rief der Vorstand der Freundschaftsgesellschaft „alle demokratischen Kräfte in unserem Land auf, die Revision des Berufsverbotsurteils gegen Horst E. Gross zu fordern und gleichzeitig gegen die Diffamierung der Freundschaftsgesellschaft als verfassungsfeindliche Organisation zu protestieren“. H.E. Gross ist immerhin amtierender Vorsitzender der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba.

Lateinamerika

Anfang September d.J. profilierte sich die argentinische Videla-Junta als Gastgeber einer internationalen Konferenz besonderer Art, des 4. Kongresses Antikommunistischer Konföderation Lateinamerikas. Die Konföderation wurde 1972 in Mexiko gegründet mit dem Ziel der Institutionalisierung einer kontinentalen antikommunistischen Allianz und eines faschistischen Staatenblocks im Cono Sur (Südgürtel).

Zum illustren Teilnehmerkreis der Tagung (200 Personen aus 20 Ländern) gehörten neben Exilkubanern auch zahlreiche Vertreter der faschistischen und diktatorischen Regimes des Kontinents. Besondere Sorge erregte bei den versammelten Reaktionären die Befürchtung, die lateinamerikanische Kirche könne aufhören, Instrument der Herrschenden zu sein, weshalb man u.a. die Ausweisung aller Jesuiten empfahl, um der „Befreiungstheomarxologie“ ein Ende zu bereiten. L. Caneda, Repräsentant des bolivianischen Putschistenregimes, erklärte diesbezüglich, man habe Erzbischof Manrique in La Paz „nur wegen seines Alters... nicht angetastet“, werde aber befreundete Geistliche bitten, dabei zu „helfen, bei ihm eine Teufelsaustreibung vorzunehmen“.

Enttäuscht vom angeblichen Verrat Carters am nikaraguanischen Diktator A. Somoza sprach man den Regimes in Argentinien, Bolivien, Chile, Guatemala, Paraguay und Uruguay (Eigen-)Lob aus „für ihre tapfere Haltung, sich weder durch Diffamierungen noch durch Pressionen und Drohungen des Carter-Kommunismus einschüchtern zu lassen“ und erhob nahezu unverblühte Interventionsforderungen zugunsten der wankenden Diktaturen Zentralamerikas.

Kolumbien

Seit Ende August d.J. führt das Regime in Kolumbien Krieg gegen die Landbevölkerung in weiten Landesteilen der Departements Caqueta, Huila, Tolima und Meta. Diese Militäroffensive ist die blutigste und aggressivste seit 15 Jahren. Sie wird mit 10.000 Soldaten, Artillerie und Luftwaffe geführt. Sie ist die Antwort des Regimes auf den wachsenden Kampf der Bauern gegen Landvertreibung durch Großgrundbesitzer und Militärs, gegen die Verelendung und politische Unterdrückung durch Mord und Folterungen. Dieser Kampf wird von Bauernvereinigungen, Landarbeitergewerkschaften, den

! Nicaragua libre !



15 Plakate aus dem freien Nicaragua

Plakatmappe „Nikaragua Libre!“

Das Antiimperialistische Solidaritätskomitee (ASK) hat jetzt eine Plakatmappe veröffentlicht, die 15 Plakate aus dem am 19. Juli 1979 befreiten Nicaragua enthält. Sie dokumentieren die ersten Monate nach dem Sieg über die Somoza-Diktatur. Die Mappe enthält u.a. Plakate zur Alphabetisierungskampagne, zur Ankurbelung der Produktion in Industrie und Landwirtschaft, Plakate der FSLN und ihrer Massenorganisationen. Alle Plakate sind mehrfarbig. Der Reinerlös aus dem Verkauf dient zur Unterstützung des Wiederaufbaus in Nicaragua.

Einzelpreis 20,- DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 15,40 DM, zuzüglich Versandkosten.

Bestellungen an: ASK, Mainzer Landstr. 15, 6000 Frankfurt 1

Parteien der Demokratischen Front (FD) und den Guerilleros vor allem der Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC) getragen. Zehntausende von Bauern sind bisher in die Städte geflüchtet. Die Zahl der Toten und Verwundeten ist groß, Hunderte von Personen wurden gefangen genommen und gefoltert. Der Widerstand der demokratischen Sektoren des Landes wächst, die FARC mobilisieren weitere Reserven.

Es ist kein Zufall, daß das Regime in einem Moment zuschlägt, in dem von einem breiten Bündnis von fortschrittlichen und revolutionären Kräften grundsätzliche Veränderungen gefordert werden (siehe AIB 10/1980, S. 27-30).

Mitte August tagte in Bogota das 2. Nationale Forum für die Menschenrechte, auf dem 700 Organisationen vertreten waren, unter ihnen 22 politische Organisationen: linksliberale Gruppierungen, die sozialistischen Parteien und Gruppen (FIRMES, PSR, PST), die Kommunistische Partei, die ANAPO, Sektoren der konservativen Partei und die vier Dachgewerkschaften des Landes. Das Forum forderte insbesondere eine Generalamnestie aller politisch Verfolgten, und stellte abschließend fest: „In der gegenwärtigen gesellschaftlichen Krise kann der faschistische und militaristische Ausweg zerschlagen werden, wenn wir weiterhin die starken Kräfte zusammenfassen, die in Kolumbien eine demokratische Öffnung anstreben.“

OPEC

Am Vorabend der 58. Konferenz der Organisation Erdölexportierender Länder vom 17.9.1980 in Wien trafen sich die Finanz-, Außen- und Ölminister der 13 Mitgliedsstaaten. Während sie über den prinzipiellen Preismodus im Rahmen einer noch festzulegenden OPEC-Langzeitstrategie (bisheriger Vorschlag: quartalsmäßige Festlegung bei Berücksichtigung von Inflation, Dollar- und DM-Kursschwankungen sowie Wachstumsraten) keinen endgültigen Beschluß fassen konnten, einigten sich die Ölminister über den aktuellen Preis. Angesichts der für die OPEC ungünstigen Weltmarktlage – Ölangebot höher als Ölnachfrage – beschloß man, die gegenwärtigen Preise einzufrieren. Lediglich das bisher billigste Öl, das saudiarabische Erdöl („Arabian Light“) wurde von 28 auf 30 Dollar je Barrel (= 159 Liter) angehoben (OPEC Presse Release, Wien, Nr. 11, 17.9.1980).

Die für Mitte November d.J. geplante Konferenz anlässlich des 20jährigen Bestehens der OPEC in der irakischen Hauptstadt Bagdad wurde wegen dem Krieg zwischen dem Iran und Irak verschoben.

Südafrika

9 Monate nach dem skandalösen Todesurteil (vom 15.11.1979) gegen den 24jährigen James Mange, Mitglied des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) und seines bewaffneten Zweiges Umkhonto we Sizwe (Speer der Nation), wurde dieses im Revisionsverfahren in eine 20jährige Haft auf der KZ-Insel Robben Island umgewandelt. Da dem Verurteilten schon im ersten Verfahren keine Teilnahme an einem „Gewaltverbrechen“ nachgewiesen sondern einzig seine Mitgliedschaft im ANC („Hochverrat“) vorgehalten worden war, bedeutete dieses Urteil eine besondere Verschärfung der Rassenjustiz. Die entschiedenen Proteste der internationalen Öffentlichkeit waren Oliver Tambo, Präsident des ANC, Anlaß zum Dank für die Hilfe bei der Rettung des Lebens J. Manges.

Gleichzeitig forderte O. Tambo vermehrte Anstrengungen angesichts neuerlich drohender Todesurteile. Anfang August d.J. begann in Pretoria ein Prozeß („Silverton Siege 9“) gegen 9 Freiheitskämpfer unter der Anklage von Mord, Mordversuch und Hochverrat. In einem reinen Indizienprozeß, der in Wahrheit auf anderen sog. „Verbrechen“ (Anlage von Waffendepots, militärische Ausbildung im Ausland usw.) basiert, konstruierten die Ankläger Zusammenhänge zwischen diesen Vergehen gegen die Apartheidsrechtsprechung und spektakulären Guerillaaktionen des letzten Jahres. Den Angeklagten wird ohne reale Beweisführung vorgeworfen, an folgenden Aktionen des Umkhonto we Sizwe, d.h. an Vorbereitung oder Durchführung, summa summarum teilgenommen zu haben: an erfolgreichen Angriffen auf die Hafenbehörde von Durban im Dezember 1979, auf die Polizeistation von Soekmeaar im Januar 1980 sowie an dem mißlungenen Überfall auf eine Bank in Silverton im selben Monat, bei dem 3 ANC-Kämpfer starben (vgl. AIB 6/1980, S. 4-7). Einen wichtigen Anknüpfungspunkt bilden angebliche Pläne für weitere Guerillaaktionen. Allen 9 Angeklagten droht von daher die Todesstrafe.

Südafrika-Kirche

Eine entschiedene Absage an südafrikanische Pläne zur Sicherung der rassistischen Minderheits Herrschaft enthält eine Erklärung des Zentralkomitees des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK), laut der „Apartheid Sünde ist“ (Wortlaut in: Kritisches Christentum, Wien, Nr. 41/Oktober 1980). In ihr wird Pretorias Mißachtung der Bürgerrechte, die Bantustanpolitik sowie die wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit mit dem Rassistenregime verurteilt und „allen, die in diesem Land für eine gerechtere Gesellschaft kämpfen“, Solidarität versichert.

Schon im September d.J. hatte der Weltkirchenrat gegen einen weiteren 250-Mio-Dollar-Bankkredit protestiert, an dem neben belgischen, britischen, schweizerischen und US-Banken auch die Dresdner und Commerzbank beteiligt sind. Angesichts fortgesetzter Verstöße gegen Sanktionsbeschlüsse der UNO bezeichnete der Direktor des Programms zur Bekämpfung des Rassismus des Weltkirchenrates solche Kredite als „die direkteste und eindeutigste Entscheidung für die Apartheid“.

Tschad

Im Bürgerkrieg im Tschad, der im März dieses Jahres ausgebrochen war (vgl. AIB 5/1980, S. 27-28), bahnt sich anscheinend eine neue Etappe an. Zwar hatte die Organisation für Afrikanische Einheit auf ihrer Gipfelkonferenz im Juni 1980 appelliert, eine interne Lösung der Auseinandersetzungen herbeizuführen, seither ist jedoch nichts geschehen.

Vielmehr scheinen sich die Freunde des rebellierenden nominellen Verteidigungsministers Hissen Habre, der französische Interessen vertritt, offener zugunsten einer Zersplitterung des Staatsgebietes (und einer eventuellen späteren Föderation) einsetzen zu wollen. Zu diesen Freunden zählen Regimes wie diejenigen des Senegal, des Sudan und Zaires. Seit neuestem erhält Habres Gruppierung, die Armee des Nordens (FAN), angeblich Waffen aus Ägypten, die über den Sudan in den Osten des Tschad gebracht werden. Dies berichtete der Außenminister der Regierung M. Ahmat Acyl, im September d.J. während eines Aufenthaltes in Bonn.

Damit festigt sich in einer weiteren für die Entwicklung Afrikas hin zu vollständiger Unabhängigkeit wichtigen Frage jene Allianz reaktionärer afrikanischer Regimes, die stets die Interessen des Neokolonialismus zu vertreten bereit sind. Daß für Ägypten seine Feindschaft zu Libyen, das trotz territorialer Ansprüche die Zentralregierung unter Goukouni Queddei weiterhin zu unterstützen scheint, ausschlaggebend sein könnte, bringt zudem die Gefahr eines regionalen Konflikts näher.

Friedensbewegung

Auf dem Weltparlament der Völker für den Frieden, das vom 23. - 27.9.1980 in Sofia tagte, wurde das Jahr 1981 zum Ausgangspunkt für eine allgemeine Offensive der Friedenskräfte in den 80er Jahren erklärt, „um im Kampf um die Einstellung des Wettrüstens einen Durchbruch zu erzielen“.

Die 2.260 Delegierten aus über 130 Ländern, unter ihnen Yassir Arafat (Vorsitzender der Palästinensischen Befreiungsorganisation), Luis Corvalan (Repräsentant der chilenischen Unidad Popular) und Romesh Chandra (Präsident des Weltfriedensrates), waren sich einig in der Verurteilung der US-Atomrüstungsstrategie, d.h. des Brüsseler Atomraketenbeschlusses vom Dezember 1979 und von J. Carters Erstschlags-„Direktive 59“, als Ursache der gegenwärtigen akuten Friedensgefährdung. In der vom Sofioter Forum einstimmig verabschiedeten Charta heißt es: „Der Friede ist das unschätzbare wertvolle gemeinsame Gut der Menschheit... Jeder Verstoß gegen dieses Recht ist ein Verbrechen gegen die Menschheit. Dieses Verbrechen haben sich die Urheber der sog. neuen Atomstrategie, die auf der Doktrin von einem 'begrenzten' Kernwaffenkrieg beruht, schuldig gemacht.“ Unter den Forderungen der Charta sind die nach der baldigen Ratifizierung des sowjetisch-amerikanischen Rüstungsbegrenzungsabkommens SALT II, der unverzüglichen Aufnahme von Verhandlungen über atomare Mittelstreckenraketen, nach der gleichzeitigen Auflösung der Militärbündnisse und dem Abbau aller ausländischen Militärstützpunkte sowie nach der Einberufung einer europäischen Abrüstungskonferenz hervorhebenswert.

AIB

Liebigstr. 46

3550 Marburg

Freie Fahrt für den CIA?

Veröffentlichungen über seine Tätigkeit waren dem US-Geheimdienst CIA (mit einem offiziellen Jahresbudget von etwa 5 Mrd US-Dollar besser ausgestattet als der Gesamtetat vieler Staaten) stets ein Greuel. Solange jedoch die Umsturz-, Verschwörungs- und Mordaktivitäten des CIA bzw. seine Beteiligung daran im Einklang schienen mit dem patriotischen Mehrheitsbewußtsein von der missionarischen Sendung der USA, nahm man das nicht weiter tragisch.

Das änderte sich im Gefolge der den USA abgerungenen Entspannungspolitik und vor allem nach dem Debakel der US-Interventionspolitik in Vietnam sowie nach dem „Watergate-Skandal“. Über Watergate war der republikanische Präsident Richard Nixon gestolpert, als er CIA-nahe Gestalten in ein Einbruchunternehmen ins Hauptquartier seiner Wahlgegner, der Garterschen Demokratischen Partei, eingespannt hatte. Die Rolle des US-Imperialismus und damit des CIA gerieten ins Zwielficht und wurden Gegenstand selbstkritischer Analysen. War es zuvor erst ein kritisches Werk gewesen, das sich mit dem CIA auseinandergesetzt hatte (D. Wise/Th. Ross, CIA – The Invisible Government, 1964), so folgten in den 70er Jahren gleich mehrere Publikationen vor allem auch von ehemaligen CIA-Agenten, so: Victor Marchetti/John D. Marks, The CIA And The Cult Of Intelligence, 1974; Philip Agee, Inside The Company – CIA-Diary, 1975, und: John Stockwell, In Search Of Enemies, 1978.

Unter dem Druck öffentlicher Kritik wurden die Vorschriften verschärft, welche die Kontrolle von CIA-Operationen gewährleisten sollten; die CIA-Arbeit wurde nominell transparent gemacht; per Gesetz, durch das sog. Clark-Amendment, wurde dem CIA 1976 sogar untersagt, die reaktionären angolischen Untergrundorganisationen FNLA und UNITA (nach dem Angolakrieg 1975/76!) weiterhin materiell – und das heißt: mit Waffen und Geld – zu unterstützen.

Nichts Anrühiges mehr an CIA-Komploten

Das soll nun anders werden. Schluß soll sein mit der angeblichen Amputation und Knebelung der „ehrenwerten Gesellschaft“ CIA, welche mitverantwortlich dafür sei, daß die USA angeblich von jedermann herumgeschubst würden. Präsidentschaftskandidat Ronald Reagan fand denn auch nichts Anrühiges mehr an CIA-Komploten wie dem Putsch in Chile 1973 oder der geplanten Ermordung Fidel Castros mit Hilfe angeheuerter Mafia-Gangster. Sein Vizepräsidentschaftsbewerber heißt denn auch George Bush, vor wenigen Jahren CIA-Direktor.

Im Repräsentantenhaus und im US-Senat ist ein Gesetz in Beratung, das es unter Strafe (bis zu drei Jahren Haft) stellen würde, Informationen zu veröffentlichen, die zur Enttarnung von CIA- oder FBI-Agenten führen könnten bzw. diese selbst benennen – selbst wenn alle Informationen aus öffentlichen Quellen bezogen sind. Unter dem Vorwand, „nationale Sicherheitsinteressen“ schützen zu wollen, ist damit ein Gesetz in Vorbereitung, das z.B. die Publizisten des „Watergate-Skandals“ ins Gefängnis hätte bringen können.

Doch damit nicht genug: Präsident Jimmy Carter, der 1977 angetreten war, mit den unheimlichen Praktiken des CIA aufzuräumen, ließ den Senat im Juni 1980 ein Gesetz verabschieden, nach welchem der CIA nur mehr von zwei statt wie bisher acht Kongreßmitgliedern kontrolliert werden soll und diese Kontrolle in „besonderen Fällen der nationalen Sicherheit“ (die der Präsident definiert!) fortfallen soll; der CIA wieder Journalisten, Missionare und im Ausland tätige Techniker und Lehrer für CIA-Arbeit anwerben darf; der Geheimdienst wieder „verdeckte Aktionen“ in aller Welt leichter durchführen können soll – also „Operationen“ wie die Schweinebucht-Invasion auf Kuba 1961 oder den Sturz des nationalpro-



gressiven Mossadegh-Regimes im Iran 1953. Im gleichen Zuge genehmigte der Senat dem CIA auch die Wiederaufnahmen seiner Unterstützung für die Konterrevolutionäre in Angola (siehe Kasten Angriffsziel Angola in diesem Heft). Und hier wird auch der Zusammenhang erkennbar, in dem sich die angebliche „Gesinnungsänderung“ J. Carters bewegt: die Rehabilitierung und Wiederaufrüstung des CIA sowie die Genehmigung für erneute subversive Operationen sind Bestandteil der Wende der USA zu einer erneuten Außenpolitik der Konfrontation und Intervention, die sich in der Carter-Doktrin (siehe AIB 3/1980, S. 4ff.) und atomaren Hochrüstungsplänen ausdrückt.

Der „schmutzige“ Teil dieser Operationen soll nun unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden. Zeichen in Richtung auf eine derartige Zensur – die sich nicht auf die USA beschränkt – sind bereits gesetzt: Der US-Journalist Thomas Powers schreibt z.B. offenherzig: Wenn der ehemalige CIA-Agent und heutige -Kritiker Ph. Agee „das Flurlicht nicht einschaltet, bevor er die Haustür öffnet, wenn er nicht seinen Wagen genau ansieht ehe er die Zündung einschaltet, und wenn er sich von Fremden kein Konfekt schenken läßt, dann ist das sicher keine übertriebene Vorsicht“. Ein neues Agee-Buch über CIA-Wühlarbeit in Afrika soll in den USA mit Verbot belegt werden. Ein Antrag auf Paßenzug für Agee, der zur Zeit in Hamburg lebt, fand (noch) keine positive Aufnahme. Im Juni d.J. wurde John Stockwell (bekannt geworden durch die CIA-Intervention im Angolakrieg) von einem US-Bundesgericht verboten, irgendetwas über den CIA zu publizieren ohne vorherige Absprache mit dem CIA.

Unmittelbarer Auslöser für das Zensurgesetz des CIA waren offenkundig die Veröffentlichungen des Magazins Counter Spy über die langfristige Vorbereitung der Afghanistan-Krise durch den CIA und über neue Details der CIA-Putschbeteiligung im Iran 1953. Letzteres geschah bereits im Hinblick auf das anstehende Gesetz: „Counter Spy' ... veröffentlicht diesen Sonderbericht, um das amerikanische Volk zu alarmieren und Aktionen zu organisieren, um die Verabschiedung der Vorlagen HR 5615 und S 2216 zu verhindern... Denn ... es wird fast unmöglich sein, 'Counter Spy' unter dem anstehenden Gesetz weiter zu publizieren, obwohl alle in 'Counter Spy' enthaltenen Informationen aus öffentlichen Quellen bezogen wurden“. So konstatiert Counter Spy in seiner jüngsten Ausgabe, der Sonderausgabe Nr. 4/September-Oktober 1980.

Bleibt die Frage: Wann wird es in der Bundesrepublik unmöglich sein, Informationen über den CIA und seine schmutzigen Geschäfte zu veröffentlichen?